



Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich

Wien, Dezember 2008

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. Was ist Armut? Was ist Reichtum?	5
1.1. Definition von Armut	5
1.2. Definition von Reichtum.....	10
2. Die Einkommen der ÖsterreicherInnen	13
2.1. Die ArbeitnehmerInnenentgelte.....	13
2.2. Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen	22
2.2.1. Selbständigeneinkommen	23
2.2.2. Betriebsüberschüsse	28
2.3. Vermögenseinkommen.....	29
3. Einkünfte aus umverteilten Einkommen	35
3.1. Arbeitslosengeld und Notstandshilfe	37
3.2. Pensionen.....	43
3.3. Pflegeleistungen	45
3.4. Familienleistungen.....	49
3.5. Sozialhilfe	55
4. Die Verwendung der Einkommen.....	59
4.1. Konsum	61
4.2. Sparen	63
5. Die Geldvermögen der ÖsterreicherInnen	65
5.1. Das Geldvermögen der Privaten	68
5.2. Das Geldvermögen der Kapitalgesellschaften	71
5.2.1. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (Wirtschaft).....	71
5.2.2. Finanzielle Kapitalgesellschaften (Finanzwirtschaft).....	72
5.3. Das Geldvermögen des Staates	73
6. Die Schulden der ÖsterreicherInnen	75
6.1. Die Schulden der Privaten.....	76
6.2. Die Schulden der Kapitalgesellschaften	79
6.2.1. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (Wirtschaft).....	79
6.2.2. Finanzielle Kapitalgesellschaften (Finanzwirtschaft).....	81
6.3. Die Schulden des Staates	83
7. Die Sachvermögen in Österreich	85
7.1. Erwerbsvermögen	85
7.1.1. Betriebsvermögen der Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (Wirtschaft)	85
7.1.2. Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	88
7.2. Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen	91
7.3. Spekulationsvermögen	93
7.4. Sachvermögen des Staates	95
8. Die Besteuerung von Einkommen und Vermögen	101

8.1.	Besteuerung von Einkommen	101
8.2.	Besteuerung von Einkommensverwendung (Umsatz und Verbrauch)	105
8.3.	Besteuerung von Vermögen.....	107
8.3.1.	Besteuerung von Geldvermögen.....	107
8.3.2.	Besteuerung von Grund und Boden.....	109
8.3.3.	Steuerparadies Privatstiftungen	111
8.3.4.	Gesamtertrag der Vermögenssteuern.....	113
8.4.	Steuerrückstände und Steuerhinterziehung.....	114
8.5.	Internationaler Vergleich.....	115
9.	Armut und Reichtum.....	117
9.1.	Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen – eine etwas andere Definition.....	117
9.1.1.	Grundlegende Begriffe dieser Theorie	117
9.1.2.	Armut an Verwirklichungschancen	118
9.1.3.	Reichtum an Verwirklichungschancen	118
9.2.	Armutsgefährdete Gruppen in Österreich	119
9.2.1.	Arbeit und Ausbildung	120
9.2.2.	Haushaltszusammensetzung	123
9.2.3.	MigrantInnen.....	128
9.3.	Reichtum in Österreich.....	132
9.4.	Folgen von Armut und Reichtum.....	137
9.5.	Armut und Reichtum in der politischen Diskussion in Österreich	143
	Zusammenfassung	149
	Quellennachweis	153

Vorwort

Mit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich hat die ÖGPP im Jahr 2004 einen wichtigen Beitrag zu einer damals erst am Anfang stehenden öffentlichen Diskussion darüber geleistet, dass in Österreich nicht nur Armut, sondern auch Reichtum offenkundig gleichzeitig zunehmen. Es konnte aufgezeigt werden, dass Verteilungsprozesse im Gang sind, welche auf der einen Seite eine wachsende Zahl von armutsgefährdeten Menschen produzieren, und auf der anderen Seite zu einem enormen Wachstum von Einkommen und Vermögen, insbesondere Geldvermögen, führen.

Mittlerweile sind Diskussionen darüber, wie die gestiegene Armut in Österreich zu bekämpfen sei und wie Verteilungsgerechtigkeit, etwa durch eine Vermögenszuwachssteuer, zu erhöhen sei, ein Bestandteil medialer und politischer Debatten und Maßnahmen geworden.

Vier Jahre nach dem Erscheinen des ersten Berichtes scheint es daher an der Zeit, einen neuerlichen Befund zu erstellen, wie es um Armut und Reichtum in Österreich tatsächlich bestellt ist und vor allem in welche Richtung die Entwicklung weiter verlaufen ist.

Die für eine wissenschaftliche Erfassung zur Verfügung stehende Quellenlage hat sich in dieser Zeit allerdings nur geringfügig verbessert. Zwar steht mit den Erhebungen der Statistik Austria „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen“ (EU-SILC) seit 2005 nun jährlich Datenmaterial zur Verfügung, das im besonderen Armut und soziale Teilhabe beleuchtet. Auch die Steuerstatistiken der Statistik Austria sind in einigen Aspekten aussagekräftiger geworden. Nach wie vor aber ist die Quellenlage am anderen Ende der sozialen Skala, beim Reichtum, sehr dürftig.

Dennoch wurde es durch die Verwendung zahlreicher Daten und Statistiken möglich, die Entwicklung von Armut und Reichtum klarer und umfangreicher darzustellen. Dazu dienen etwa die Analyse der verschiedenen Einkommen in Österreich (ArbeitnehmerInnen-Entgelte, Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse, Vermögenseinkommen sowie umverteilte Einkommen) sowie deren Verwendung (also Konsum und Sparen). Wie auch schon im ersten Bericht werden die Geldvermögen dargestellt und wird eine Sachvermögensbewertung versucht und anschließend auch die Wirkungsweise der Steuerpolitik auf die gesellschaftliche Entwicklung beleuchtet. Schlussendlich werden die konkreten Ausformungen und Auswirkungen von Armut und Reichtum beschrieben, wobei der notwendige Schritt unternommen wird, die Phänomene nicht nur von der rein materiellen Seite zu betrachten, sondern auch den Zusammenhang mit den verschiedensten gesellschaftlichen Verwirklichungschancen.

Besonderer Dank gilt an dieser Stelle Susanne Halmer und Barbara Hauenschild, die den Bericht inhaltlich und methodisch weiter verbessert, aber trotzdem lesbar gehalten haben. Denn ein wesentliches Ziel verfolgt dieser Bericht erneut: dass seine Ergebnisse nicht in Schubladen landen, sondern die gesellschaftliche Diskussion über Armut und Reichtum in Österreich beleben.

Wien, im Dezember 2008

AStR Dipl.Ing. Rudolf Schicker, Präsident der ÖGPP

Dr. Andreas Höferl, Generalsekretär und wissenschaftlicher Leiter der ÖGPP

1. Was ist Armut? Was ist Reichtum?

Bevor auf die unterschiedlichen Aspekte des Themas Armut und Reichtum eingegangen werden kann, müssen die grundlegenden Begriffe erläutert werden. Wann gilt jemand in Österreich als arm, wann kann er/sie „objektiv“ als reich betrachtet werden? Diese Frage soll im folgenden Kapitel behandelt werden.

1.1. Definition von Armut

Wenn in der öffentlichen Diskussion das Thema Armut angesprochen wird, befasst sich diese in der Regel nur mit der Einkommenssituation der Haushalte. Armutsgefährdung bezieht sich nach der derzeitigen Definition ausschließlich auf den Mangel an monetären Ressourcen, sie gibt jedoch keine Auskunft über die tatsächlichen Lebensumstände der Menschen. Armut bedeutet mehr als geringes Einkommen. Wenn sich der Mangel an finanziellen Ressourcen auch auf die Lebensumstände auswirkt, indem der Zugang zu einem gewissen Lebensstandard und den damit verbundenen Gütern beschränkt ist, spricht man von Deprivation. Von manifester Armut wird gesprochen, wenn man nicht nur über geringes Einkommen verfügt, sondern zusätzlich von Deprivation betroffen ist. Von sozialer Ausgrenzung wird gesprochen, wenn zwar an zentralen gesellschaftlichen Bereichen nicht teilgenommen wird, die fehlende Teilhabe jedoch nicht zwingender Weise auf finanzielle Benachteiligung zurückzuführen ist.

Auch Deprivation tritt in unterschiedlicher Ausformung auf: Ist es für die Betroffenen nicht möglich, sich grundlegende Güter leisten zu können, spricht man von primärer Benachteiligung der Lebensführung. Dazu gehört etwa, es sich nicht leisten zu können, unerwartete Ausgaben zu tätigen, einmal im Jahr Urlaub zu machen, die Wohnung angemessen warm zu halten oder abgetragene Kleidung zu ersetzen. 28% der Armutsgefährdeten (und 7% der restlichen Bevölkerung) in Österreich sind von zumindest drei dieser Bereiche betroffen, am häufigsten bei unerwarteten Ausgaben und Urlaub.

Sekundäre Benachteiligung betrifft den erzwungenen Verzicht auf als erstrebenswert erachtete Güter. Dazu gehören etwa PC, Handy und DVD-Player. Benachteiligung kann sich zudem in gesundheitlichen Einschränkungen und Wohnproblemen äußern. Auch hiervon sind Menschen mit geringem Einkommen besonders stark betroffen. Ein mittlerer Lebensstandard ist für 12% der Armutsgefährdeten nicht erreichbar, die restliche Bevölkerung ist davon nur mit 3% betroffen.

Damit einher geht ein Mangel an Verwirklichungschancen. Das Fehlen finanzieller Mittel bedeutet häufig auch gesellschaftliche Deprivation, da diese Menschen vom sozialen Leben ihres Umfeldes ausgeschlossen sind. *„Der Begriff Armut entzieht sich*

Deprivation

Manifeste Armut

**Soziale
Ausgrenzung**

**Primäre
Benachteiligung**

**Sekundäre
Benachteiligung**

**Mangel an
Verwirklichungs-
chancen**

wegen seiner Vielschichtigkeit einer allgemeingültigen Definition.“¹ Es handelt sich dabei aber nicht um individuelle Schicksale, sondern um sozial produzierte. Armut ist in der Regel keine Folge des mangelnden Willens, an der Leistungsgesellschaft teilzunehmen, sondern das Ergebnis der ungleichen Verteilung von Gütern und Lebenschancen.

Da der Vergleich von Verwirklichungschancen methodisch bislang aber nicht möglich ist, muss sich die Wissenschaft noch immer fast ausschließlich auf die Bewertung des Einkommens beschränken.²

Armut Definition

Die wichtigste Datengrundlage der Armutsberichterstattung ist die jährlich durchgeführte Erhebung „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen“, besser bekannt als EU-SILC. Nach einer europaweit einheitlichen Definition aus 1984 werden Menschen dann als arm eingestuft, wenn sie „über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“³. Dieses finanzielle Minimum wird bei 60% des Medianeinkommens festgelegt.

Um die tatsächlichen Lebensumstände der Menschen darzustellen, wird dazu nicht das Einkommen jedes einzelnen herangezogen, sondern es findet eine Beurteilung nach Haushalten statt. Denn je nachdem, wie viele Personen mit dem erwirtschafteten Geld auskommen müssen, ist die Situation der Gesamthaushalte unterschiedlich zu bewerten.

Tabelle 1: Armutsgefährdungsschwelle unterschiedlicher Haushaltstypen 2006⁴

Haushaltstyp	Jahreswert netto in Euro	Monatswert netto in Euro	Jahreswert durch 14
Einpersonenhaushalt	10.711	893	765
1 Erwachsener und 1 Kind	13.924	1.160	995
2 Erwachsene	16.067	1.339	1.148
2 Erwachsener und 1 Kind	19.280	1.607	1.377
2 Erwachsener und 2 Kinder	22.493	1.874	1.607
2 Erwachsener und 3 Kinder	25.706	2.142	1.836

Quelle: Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.32

**1.027.000
Menschen in
Österreich
armutsgefährdet**

Anhand dieser Grenzen waren in Österreich 2006 12,6% oder 1.027.000 Menschen (2005 12,3%) armutsgefährdet. Etwas mehr als eine Million Menschen lebten in Österreich 2006 damit in Haushalten, die entsprechend ihrer Haushaltszusammensetzung Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle zur

¹ Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001

² Eine Erläuterung des Konzepts der Verwirklichungschancen findet später in diesem Bericht statt.

³ Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985-1989, Brüssel 1991

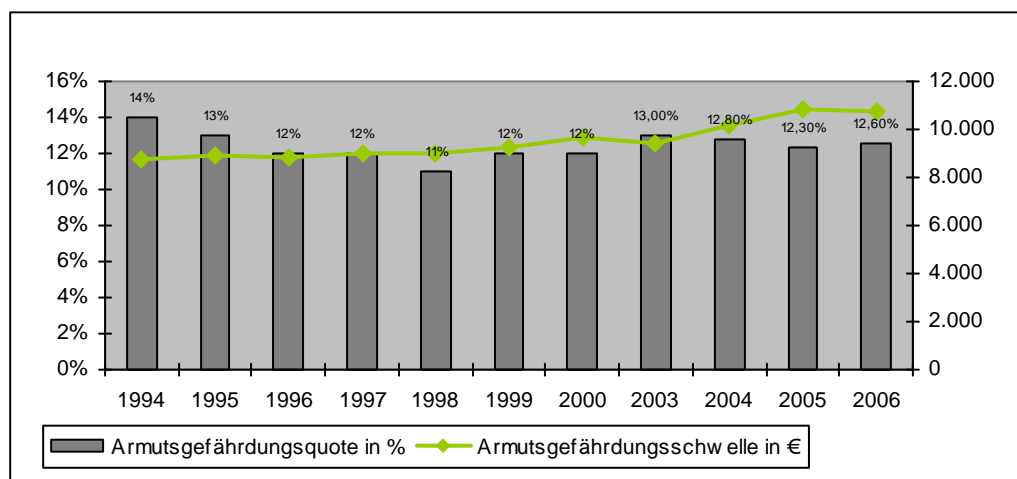
⁴ Farbliche Hervorhebungen in Tabellen beziehen sich in der Folge immer auf Werte, die im Text erwähnt bzw. erklärt werden

Verfügung hatten. Damit zeigt sich ein leichter Anstieg gegenüber 2005, wobei dieser innerhalb der statistischen Schwankungsbreite liegt. Der längerfristige Vergleich macht deutlich, dass die Armutsgefährdungsquote leicht zugenommen hat. Während sie im Jahr 2000 und in den Jahren davor bei 12% oder in einzelnen Jahren sogar bei 11% lag⁵, zeigt sich ab dem Jahr 2003 und den darauf folgenden eine leicht erhöhte Armutsgefährdungsquote von 13% (siehe Abbildung 1: Entwicklung von Armutsgefährdungsquote und Armutsgefährdungsschwelle 1994 bis 2006).

Die Armutsgefährdungsschwelle ist in den letzten Jahren gestiegen. Sie lag im Jahr 2006 für einen Einpersonenhaushalt bei 10.711 Euro netto pro Jahr. Für immer mehr Menschen (und ihre Familien) ist diese Schwelle mit ihrem Haushaltseinkommen nicht zu erreichen, durchschnittlich liegt das Einkommen der Armutsgefährdeten um fast 16% unter dieser Schwelle. Mehr über die Lücke zwischen realem Einkommen und der Einkommensschwelle später im Bericht.

Einkommen der Armutsgefährdeten deutlich unter Armutsgefährdungsschwelle

Abbildung 1: Entwicklung von Armutsgefährdungsquote und Armutsgefährdungsschwelle 1994 bis 2006



Quelle: BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004 und Statistik Austria: EU-SILC 2004-2006

In manifester Armut, also Lebensbedingungen, in denen niedriges Einkommen und niedriger Lebensstandard gleichzeitig auftreten, befanden sich im Jahr 2006 459.000 Menschen oder 6% der österreichischen Bevölkerung. Von manifester Armut sind damit im Jahr 2006 etwa gleich viele Menschen betroffen wie im Jahr 2004. Auch bei der Einkommensarmut gibt es in den letzten Jahren keine Veränderung. 7% der ÖsterreicherInnen sind von Einkommensarmut betroffen, aber nicht von mangelnder Teilnahme. Dagegen verfügen 1.524.000 ÖsterreicherInnen oder 19% über ein Einkommen oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle, sind in zentralen Lebensbereichen aber dennoch eingeschränkt. Dieser Wert liegt zwar um 2% unter

manifeste Armut

Einschränkung in zentralen Lebensbereichen

⁵ Damals noch erhoben durch die Studie „European Community Household Panel“ (ECHP)

dem Wert von 2004, wie die Zahlen zeigen sind aber noch immer sehr viele ÖsterreicherInnen davon betroffen. Insgesamt 2,1 Mio. Menschen (ein Viertel der österreichischen Bevölkerung) lebten zuletzt (2006) in Haushalten, die sich keinen Urlaub leisten können. 2,16 Mio. ÖsterreicherInnen – ebenfalls ein Viertel der Bevölkerung - lebten in Haushalten, die keine unerwarteten Ausgaben tätigen können. Das waren um fast 530.000 Personen mehr als noch 2004! 749.000 konnten es sich zuletzt (2006) nicht leisten, jeden zweiten Tag Fleisch oder Fisch zu essen, 396.000 konnten sich keine neuen Kleider kaufen. 313.000 konnten aus finanziellen Gründen die Wohnung nicht angemessen warm halten, um 62.000 Menschen mehr als noch 2005.⁶

Der Sozialbericht 2003/2004 räumt vorsichtig ein, dass „*steigende Arbeitslosenzahlen seit 2000 und der Anstieg von Sozialhilfebezieher/innen ein Hinweis auf eine mögliche Zunahme von Armutsgefährdung und Einkommensverlust für die unteren Einkommenschichten in Österreich*“⁷ sein könnten bzw. ergänzende Daten zu Sozialhilfe, Wohnungs- und Arbeitslosigkeit notwendig seien, was mit dieser Arbeit versucht wird.

Armutsgefährdungslücke

Die Armutsgefährdungsquoten alleine sagen noch nichts darüber aus, um wie viel das Einkommen der betroffenen Personen tatsächlich unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Auskunft darüber gibt die Armutsgefährdungslücke, „*die als Differenz zwischen dem Medianeinkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle*“⁸ (in %) interpretiert werden kann. Demnach liegt das Einkommen armutsgefährdeter Haushalten im Jahr 2006 durchschnittlich um 15,5% unter der Einkommensschwelle von 60% des äquivalenten Medianeinkommens. Das entspricht bei einem Einpersonenhaushalt einem Einkommen von 646 Euro monatlich (mal 14 bzw. 9.051 Euro pro Jahr): jeden Monat liegt das Einkommen damit um 119 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle. Bei einer Familie mit 3 Kindern bedeutet das ein monatliches Einkommen von 1551 Euro (mal 14 bzw. 21.722 Euro pro Jahr). Jeden Monat haben diese Familien also durchschnittlich um 285 Euro zu wenig, um ihr Leben zu bestreiten. Die Ausgleichszulage 2007, als Grundlage für eine kommende bedarfsorientierte Mindestsicherung, sichert zwar ein Einkommen von etwa 9.660 Euro pro Jahr (nach Abzug der Krankenversicherungsbeiträge), es ergibt sich dadurch aber dennoch eine Armutsgefährdungslücke von 16,7% oder 149 Euro pro Monat für Einpersonenhaushalte. Die geplanten Maßnahmen greifen also noch nicht weit genug, um Menschen tatsächlich vor Einkommensarmut schützen zu können. 2 Milliarden Euro jährlich wären notwendig, etwa 0,8% des BIP, um die Einkommen aller Armutsgefährdeten in Österreich auf den Schwellenwert von

2 Milliarden Euro jährlich notwendig, um Armutsgefährdungslücke zu schließen

⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.153

⁷ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.215

⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.32

60% des Medianeinkommens zu bringen und damit Armutsgefährdung zu beenden.⁹

Auch wenn die Armutsgefährdungsquote in den letzten drei Jahren in Österreich nur geringfügigen Änderungen unterlag, sind regional große Unterschiede festzustellen. „Die unterschiedlichen Armutsraten (der Bundesländer, Anm. der Verfasser) hängen mit den unterschiedlichen Erwerbschancen, Kostenstrukturen, Betreuungseinrichtungen und Ausbildungsmöglichkeiten je Bundesland zusammen.“¹⁰

Die starken Unterschiede sind jedoch auch auf Zufallsschwankungen der Stichprobenerhebung zurückzuführen und können nicht durch realpolitische Veränderungen erklärt werden. Wie zum Beispiel, dass das Bundesland Salzburg 2004 die höchste, 2005 die geringste und 2006 eine durchschnittliche Armutsgefährdungsquote aufgewiesen hat. Wirklich aussagekräftige Zahlen können nur für die gesamte österreichische Bevölkerung erstellt werden, für die Bundesländer sind die Zahlen nur unter Berücksichtigung großer Schwankungsbreiten zu interpretieren. (siehe Tabelle 2: Armutsgefährdungsquoten nach Bundesländern 2004 – 2006)

regionale
Unterschiede der
Armutsrate

Tabelle 2: Armutsgefährdungsquoten nach Bundesländern 2004 – 2006

Bundesland	2004	2005	2006
Burgenland	11,6%	15,2%	12,4%
Kärnten	13,1%	16,3%	14,6%
Niederösterreich	11,8%	12,9%	12,1%
Oberösterreich	9,3%	9,9%	10,1%
Salzburg	15,9%	8,7%	11,8%
Steiermark	12,5%	11,6%	11,6%
Tirol	11,0%	14,0%	10,0%
Vorarlberg	16,9%	12,9%	9,2%
Wien	15,8%	12,7%	17,2%
Österreich	12,8%	12,3%	12,6%

Quelle: Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.31

Aber nicht nur zwischen den einzelnen Bundesländern zeigen sich Unterschiede, auch einzelne Bevölkerungsgruppen haben ein deutlich höheres Armutsgefährdungsrisiko als andere. Zu den Risikogruppen zählen immer noch allein lebende Personen, Menschen mit geringer formaler Bildung, Arbeitslose, alleinerziehende Elternteile, Menschen mit Migrationshintergrund und Haushalte mit drei oder mehr Kindern. Ein Viertel aller Armutsgefährdeten in Österreich sind Kinder, 122.000 Buben und 128.000 Mädchen leben in armutsgefährdeten Haushalten.

betroffene
Bevölkerungs-
gruppen

⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.32

¹⁰ OTS01015 CI 0458 ARM 0001 II

Von Bedeutung für die Entstehung der Armutsgefährdung sind vor allem drei Faktoren: Status und Ausmaß von Erwerbsarbeit, die Familie und staatliche Sozialleistungen. Wie diese Faktoren sich auf einzelne Gruppen auswirken und sich in den vergangenen Jahren entwickelt haben, wird später in diesem Bericht noch gezeigt werden.

1.2. Definition von Reichtum

Während über das untere Ende der sozialen Skala, die Armut, durch Untersuchungen wie EU-SILC und die Sozialberichte des Sozialministeriums zahlreiche Daten zur Verfügung stehen, weiß man über das andere Ende, den Reichtum, nur wenig. Nur vereinzelt erscheinen Darstellungen über hohe Einkommen oder große Vermögen. Sie alle zeigen zumindest den Trend eines sehr starken, überdurchschnittlichen Wachstums. Wenn Armut und Reichtum durch Verteilungsmechanismen in einer Gesellschaft in einem engen Zusammenhang stehen, etwa durch die Steuerpolitik – wir haben darauf in unserem ersten Bericht 2004 hingewiesen und zeigen diese Entwicklung auch in diesem Bericht – dann muss angesichts steigender Armut auch der Entstehung und Entwicklung von Reichtum mehr wissenschaftliche Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der vorliegende Bericht versucht daher erneut, eine quantitative Bewertung des Reichtums in Österreich.

Während heute in Europa einheitliche Definitionen existieren, wann – gemessen am Einkommen – Armutsgefährdung beginnt (unter 60% des Medianeinkommens) und was Armut ist, gibt es solche Definitionen für Reichtum kaum.

keine einheitliche Definition von Reichtum

Beim Versuch einer Definition von „Reichtum“ haben auch die umfangreichen Arbeiten zum zweiten deutschen Armuts- und Reichtumsbericht (2004/2005) zu keinem Ergebnis geführt. *„Es besteht kein Konsens darüber, was Reichtum und Vermögen konkret sein soll; noch weniger ist eine Einigung in Fragen der Operationalisierung und Messung von Reichtum in Sicht. Auch bestehen noch vielfältige Erkenntnisdefizite insbesondere hinsichtlich nicht-monetärer Reichtumsdimensionen. Dies gilt etwa für die Analyse „vererbter Chancen“ und gesellschaftlicher Hierarchien in der intergenerationalen Perspektive sowie der gesellschaftlichen Bedeutung der Funktion von „Eliten“. Ein Konsens über eine eindeutige konkrete begriffliche Bestimmung „privilegierter Lebenslagen“ in der Wissenschaft existiert nicht. (...) Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Vererbung von Ressourcen, speziell von Vermögen, aber auch die unterschiedliche Ausstattung mit sozialem oder kulturellem Kapital, das Vorhandensein persönlicher Netzwerke und der Zugang zu karriererelevanten Informationen sowie Aspekte des Habitus, z. B. Umgangsformen, Souveränität des Auftretens, hohe Allgemeinbildung usw.“¹¹* Im Zusammenhang mit Reichtum und

¹¹ Lebenslagen in Deutschland - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, S.61

Vermögen werden daher im deutschen Bericht die Fragen hohe Einkommen, Vermögensverteilung, Betriebs-, Gebrauchs-, Human- und Sozialvermögen, Erbschaften und privilegierte Lebenslagen nur ansatzweise behandelt.

„Bisher ist weder ein allgemein akzeptierter Begriff des Einkommensreichtums noch eine allgemeingültige Einkommenshöhe als Abgrenzung entwickelt worden“, heißt es im deutschen Bericht weiter.¹² Als Menschen „mit hohem Einkommen“ zählen in Deutschland jene, die über mehr als das Doppelte (200%) des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (konkret mehr als 32.436 Euro für Deutschland im Jahr 1998) verfügten (1998 hatten demnach 23% der deutschen Bevölkerung ein hohes Einkommen). Als willkürliche Grenze eingestuft wurde von den AutorInnen des deutschen Berichts damals etwa das Erreichen eines Einkommens von einer Million DM, dessen Problematik sich bei Umstellung von DM auf Euro zeigte. Ebenso willkürlich sei aber auch, das oberste Einkommensprozent als reich zu bezeichnen, wie es etwa der letzte österreichische Sozialbericht 2003/04 tat.

Wir unternehmen in Anlehnung an den deutschen Bericht ebenfalls den Versuch, Einkommensgrenzen festzusetzen, was im Übrigen auch eine methodische Analogie zur Setzung von Einkommensgrenzen ist, ab denen Armutsgefährdung angenommen wird. Dieser Bericht übernimmt daher einerseits die deutsche Grenze der 200% des Medianeinkommens, ab der „hohe Einkommen“ beginnen (2005 wären das in Österreich 35.940 Euro verfügbares Einkommen gewesen). Und er definiert weiters als Einkommensgrenze, ab der wir von „Einkommensreichtum“ sprechen, mit 400% des Medianeinkommens an, das waren 2005 71.880 Euro. Es ist etwa jene Grenze, die zu Zeiten der Schilling-Währung 1 Million Schilling entsprach. Wer so viel verdiente oder hatte, galt im allgemeinen Sprachgebrauch als „Millionär“ und somit als „reich“. Demnach hatten in Österreich im Jahr 2005 444.240 Menschen ein hohes Einkommen, 62.910 von ihnen waren als einkommensreich zu bezeichnen. Mehr dazu im Kapitel 9.3.

Auch EU-SILC versucht eine Darstellung der Einkommenssituation in diesem Bereich und wies zuletzt (2006) 680.000 Menschen aus, die in Haushalten mit „hohem Einkommen“ lebten. Das waren etwa 8% der Bevölkerung.¹³

Festsetzung von Einkommensgrenzen

„hohe Einkommen“

„einkommensreich“

680.000 Personen in Österreich haben „hohe Einkommen“

¹² Lebenslagen in Deutschland - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, S.49

¹³ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.112. Haushalte mit mehr als 180% (das Dreifache) des Medianeinkommens.

2. Die Einkommen der ÖsterreicherInnen

Das Bruttonational- oder Volkseinkommen (= die Summe aller Wertschöpfungen in einer Volkswirtschaft, soweit diese den im Inland lebenden Personen zukommen) der ÖsterreicherInnen gliedert sich in folgende vermögensrelevante Arten von Einkommen: ArbeitnehmerInnenentgelte, Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen sowie Vermögenseinkommen. Neben der Darstellung des Volkseinkommens werden weiters die Einkünfte aus umverteilten Einkommen, sprich die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, behandelt, da sie eine bedeutende Rolle insbesondere zur Verhinderung von Armut spielen.

2.1. Die ArbeitnehmerInnenentgelte

Voraussetzung für Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit ist der Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Zahl der aktiv unselbständig Erwerbstätigen (ohne KindergeldbezieherInnen und Präsenzdienen) betrug im Jahr 2006 3.159.469 Personen¹⁴. Das bedeutet gegenüber dem Jahr 2003 einen Zuwachs von circa 100.000 Beschäftigten¹⁵. Ebenso wie die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen ist auch die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Jahren – von 194.314 im Jahr 2000 auf 252.654 im Jahr 2005 – gestiegen. Erst ab dem Jahr 2006 ist die Zahl der Arbeitslosen wieder gesunken; im Jahr 2007 waren durchschnittlich 222.248 Personen arbeitslos. Ein längerfristiger Vergleich zeigt, dass sich die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen seit Beginn der 1970er Jahre fast um die Hälfte verdoppelt hat. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich hingegen verfünffacht.¹⁶

**3.159.469
unselbständig
Erwerbstätige**

Die „Brutto-ArbeitnehmerInnenentgelte“ (Bruttoeinkommen inklusive der tatsächlichen Arbeitgeberbeiträge) betragen in Österreich im Jahr 2006 125,09 Mrd. Euro. Die Absolutbeträge sind seit 1976 (30,66 Mrd. Euro) jedes Jahr gestiegen (siehe Tabelle 3: ArbeitnehmerInnenentgelte, Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen). Ausschlaggebend für den Anstieg sind aber weniger reale Einkommenszuwächse, sondern die Zunahme der ArbeitnehmerInnen im Vergleich zu 1976 um 485.306 Personen¹⁷, wobei unselbständige und geringfügige Beschäftigungen deutlich stärker zugenommen haben. Bemerkenswert ist daher, dass der Anteil der ArbeitnehmerInnenentgelte am Bruttoinlandsprodukt seit 1979 sinkt und im Jahr 2006 um 8,4% geringer war als 1978. Im Vergleich dazu ist der Anteil der Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen am Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum um 10,3% angestiegen.

**„Brutto-
Arbeitnehmer-
Innenentgelte“
betragen 2006
125,06 Mrd. Euro**

**Anteil der
Arbeitnehmer-
Innenentgelte am
BIP sinkt**

¹⁴ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008 S.204

¹⁵ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007 S.198

¹⁶ AMS: Zeitreihe - Arbeitsmarktlage seit 1946 (www.ams.at)

¹⁷ Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1976-2006 S. 42, eigene Berechnungen

Tabelle 3: ArbeitnehmerInnenentgelte, Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen 1976- 2006

Jahr	BIP nominell	ArbeitnehmerInnenentgelte insgesamt		Bruttobetriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen	
	in Mrd. €	in Mrd. €	Anteil am BIP in %	in Mrd. €	Anteil am BIP in %
1976	55,52	30,66	55,22	17,83	32,11
1977	61,29	33,81	55,16	19,56	31,91
1978	64,79	36,99	57,09	19,84	30,62
1979	71,14	39,36	55,33	23,03	32,37
1980	76,32	42,44	55,61	24,51	32,11
1981	81,30	45,68	56,19	25,62	31,51
1982	87,33	47,69	54,61	29,13	33,36
1983	93,09	49,40	53,07	32,37	34,77
1984	97,66	52,00	53,25	33,03	33,82
1985	103,07	55,01	53,37	35,05	34,01
1986	108,50	58,30	53,73	37,18	34,27
1987	112,66	60,63	53,82	38,45	34,13
1988	118,38	62,96	53,18	40,80	34,47
1989	126,48	66,88	52,88	43,89	34,70
1990	136,33	72,05	52,85	47,75	35,03
1991	146,59	78,10	53,28	51,05	34,83
1992	155,47	83,38	53,63	53,61	34,48
1993	160,27	86,96	54,26	54,21	33,82
1994	168,94	90,72	53,70	57,20	33,86
1995	175,53	93,94	53,52	61,28	34,91
1996	181,87	94,96	52,21	64,98	35,73
1997	185,14	96,54	52,14	65,84	35,56
1998	192,38	100,07	52,02	69,44	36,10
1999	200,03	103,66	51,82	72,01	36,00
2000	210,39	107,22	50,96	78,27	37,20
2001	215,88	109,26	50,61	81,59	37,79
2002	220,84	111,24	50,37	83,67	37,89
2003	226,18	113,52	50,19	87,23	38,57
2004	235,82	115,75	49,08	93,78	39,77
2005	245,33	119,96	48,90	98,22	40,04
2006	257,90	125,09	48,50	105,49	40,90

Quelle: Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1976-2006, S.42

Der Rückgang des Anteils der ArbeitnehmerInnenentgelte am Bruttoinlandsprodukt erfolgte mit einigen Unterbrechungen. In den 1980er und frühen 1990er Jahren gab es Schwankungen, seit 1994 nimmt der Anteil jedoch jedes Jahr ab. Insgesamt sank der Anteil seit dem Jahr 1980 jährlich um 0,26%. Besonders in den letzten Jahren gab es einen starken Rückgang des Anteils. Allein im Jahr 2004 gab es ein Minus von 1,04%. Von 2000 bis 2006 sank der Anteil um 2,46%, das entspricht einem jährlichen Rückgang von 0,47%. Mit anderen Worten war und ist eine Umverteilung der Wertschöpfung von den ArbeitnehmerInnen hin zu den Selbständigen und

Unternehmen im Gang.

Die Real-Nettolöhne der ArbeitnehmerInnen weisen, je nach Beschäftigungsart eine unterschiedliche Entwicklung auf (siehe Tabelle 4: Nettojahreseinkommen der unselbständigen Erwerbstätigen 1997-2005). Generell konnten die besser verdienenden unselbständigen Erwerbstätigen seit 1997 kontinuierliche Einkommenszuwächse verbuchen, was auch einen Anstieg des Medianeinkommens bewirkte. Deutliche Zuwächse gab es vor allem bei den besser verdienenden BeamtInnen und Angestellten. Geringer geworden sind die Netto-Einkommen der Erwerbstätigen der unteren Einkommensklasse, die erst 2004 einen leichten Anstieg verbuchen konnten. Besonders negativ betroffen davon sind die ArbeiterInnen der unteren Einkommensgruppe.

**Lohnentwicklung
nach Beschäftigungsart
unterschiedlich**

Tabelle 4: Nettojahreseinkommen der unselbständigen Erwerbstätigen 1997-2005

Jahr	unselbständig Erwerbstätige			ArbeiterInnen		
	1. Quartil	Median	3. Quartil	1. Quartil	Median	3. Quartil
	EURO					
1997	8.367	14.579	20.166	5.826	12.092	16.178
1998	8.226	14.686	20.445	5.724	12.097	16.356
1999	8.205	14.929	20.911	5.663	12.197	16.680
2000	8.336	15.401	21.561	5.647	12.568	17.180
2001	8.298	15.533	21.741	5.608	12.616	17.402
2002	8.273	15.709	22.075	5.321	12.471	17.551
2003	8.172	15.867	22.421	5.013	12.356	17.685
2004	8.250	16.124	22.724	5.108	12.720	18.055
2005	8.379	16.626	23.439	5.109	12.987	18.484
Veränderungen 2004-2005 in %	1,6	3,1	3,1	0,0	2,1	2,4
	Angestellte			BeamtInnen		
	1. Quartil	Median	3. Quartil	1. Quartil	Median	3. Quartil
	EURO					
1997	9.392	15.804	22.765	17.269	21.290	26.234
1998	9.178	15.862	22.958	17.674	21.800	26.807
1999	9.186	16.074	23.290	18.303	22.633	27.728
2000	9.421	16.605	24.023	19.024	23.458	28.694
2001	9.459	16.762	24.172	19.208	23.562	28.612
2002	9.868	17.126	24.322	20.225	24.939	30.054
2003	10.057	17.444	24.666	21.007	25.826	30.998
2004	10.103	17.698	25.012	21.868	26.462	31.565
2005	9.904	18.323	26.685	22.777	27.683	32.976
Veränderungen 2004-2005 in %	2,8	3,5	3,9	4,2	4,6	4,5

Quelle: Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Seite 235/236

**Verteilung der
Bruttolöhne**

**überdurch-
schnittliche
Einkommens-
steigerungen**

Dass die Erwerbstätigen mit den geringsten Einkommen auch am negativsten von den Einkommensentwicklungen betroffen sind, zeigt sich bei genauerer Aufschlüsselung der Verteilung der Bruttolöhne (siehe Tabelle 5: Verteilung der Bruttolöhne und Gehälter 1995 und 2006). Im Zeitraum von 1995 bis 2006 sind die Bruttolöhne der 30% EinkommensbezieherInnen mit den geringsten Einkommen um lediglich 9,26% gestiegen. Im Gegensatz dazu sind die Einkommen der 5% EinkommensbezieherInnen mit den besten Einkommen um 43,5% gewachsen. Das Ganze in Zahlen betrachtet ergibt noch ein noch verschärftes Bild. Es zeigt sich, dass die obersten 5% ihre Einkommen von 1995 bis 2006 um 5,1 Mrd. Euro gesteigert haben. Das ist fast genau so viel wie all jene als die 60% mit geringen und mittleren Einkommen, die es gemeinsam auf ein Einkommensplus von nur 5,3 Mrd. Euro gebracht haben. Die Schlussfolgerung ist, dass jene Personen, die in den letzten Jahren ohnehin schon überdurchschnittlich viel verdient haben, auch überdurchschnittliche Einkommenssteigerungen erhalten haben.

Tabelle 5: Verteilung der Bruttolöhne und Gehälter 1995 und 2006

Dezile/Perzentile	1995		2006		Entwicklung 1995-2006 in %
	Gesamt- summe in Mrd. €	Anteil	Gesamt- summe in Mrd. €	Anteil	
1.-3. Dezile	5,4	7,40%	5,9	5,96%	9,26%
4.-6. Dezile	17,8	24,10%	22,6	22,83%	26,97%
7.-9. Dezile	29,6	40,30%	40,9	41,31%	38,18%
91.-95. Perzentile	7,7	10,50%	10,8	10,91%	40,26%
96.-100. Perzentile	13,1	17,70%	18,8	18,99%	43,51%
insgesamt	73,6	100,00%	99	100,00%	34,51%

Quelle: Statistik Austria: Statistik der Lohnsteuer 2006, S.384-385, eigene Berechnungen

**Individuelle
Einkommens-
zufriedenheit**

Die Entwicklung der Löhne, vor allem die weitgehend negative in den unteren Einkommensklassen, hat zur Folge, dass die individuelle Einkommenszufriedenheit sinkt. Der „Arbeitsklimaindex“ wies 2004 den niedrigsten jemals gemessenen Wert (seit 1997) auf. Obwohl der Wert 2006 wieder leicht gestiegen ist, ist vor allem das persönliche Auskommen mit dem Einkommen schlecht. Weniger als 60% der Befragten gaben 2008 an, mit ihrem Einkommen „sehr“ oder „ziemlich“ zufrieden zu sein. Im Vergleich dazu waren die Zahlen deutlich geringer als im Jahr 2000, wo noch 65% angaben, mit ihrem Einkommen „sehr gut“ oder „ziemlich gut“ auszukommen. Obwohl auch immer mehr Personen mit höheren Bildungsabschlüssen mit ihrem Einkommen unzufrieden sind, bestätigt der „Arbeitsklimaindex“ vor allem die prekäre Einkommenssituation von ArbeitnehmerInnen mit mittlerer bis geringer Qualifikation.¹⁸

¹⁸ Arbeitsklimaindex: www.arbeitsklimaindex.at und www.sora.at

Der unterschiedlich hohe Grad des Bildungsabschlusses wirkt sich auf das Einkommen der ArbeitnehmerInnen ebenfalls aus: Im Jahr 2006 hatten Personen mit Pflichtschulabschluss einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 9,10 Euro und AbsolventInnen einer AHS von 12,40 Euro. Beide Gruppen konnten, ebenso wie die anderen Gruppen der Bildungsabschlüsse, im Vergleich zu 2002 ein Einkommensplus verzeichnen. Lediglich bei AkademikerInnen hat sich der Bruttostundenverdienst jedoch nicht verändert und liegt noch immer bei 19,00 Euro. Eine Ursache kann unter anderem sein, dass gerade unter den Frauen die hohe Anzahl junger AkademikerInnen das Durchschnittseinkommen verringert.¹⁹

**Einfluss von
Bildungsgrad auf
Einkommen**

Das Zurückbleiben der Einkommensentwicklung unterer Einkommensgruppen hängt unter anderem auch mit dem Anstieg „atypischer“ Beschäftigungen mit geringen Einkommen seit Mitte der 1990er Jahre zusammen. Die neuen Erwerbsformen (geringfügige Beschäftigung, freie Dienstverhältnisse, neue Selbständigkeit, Zeitarbeit sowie Teilzeitbeschäftigung) führen zu unregelmäßiger, nicht ganzjähriger und nicht ganztägiger Beschäftigung und zeigen sich in der gegenwärtigen Einkommensentwicklung von großer Bedeutung.

**Anstieg
„atypischer“
Beschäftigungen**

Die Zahl der ganzjährigen Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse ist in Österreich im Jahr 2006 im Vergleich zu 2005 um 1,5% angestiegen (plus 31.550 Beschäftigungsverhältnisse), parallel dazu stieg die Zahl der ganzjährigen Teilzeitbeschäftigungen aber um 2,5% (plus 15.389 Beschäftigungsverhältnisse). Die Zahl der nicht ganzjährigen Beschäftigungen nahm in diesem Zeitraum um 2,3% zu (plus 22.364 Beschäftigungsverhältnisse). Nur 57% (2.125.232) aller unselbständigen Beschäftigungen waren 2006 Normalarbeitsplätze, das heißt, mit einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung. 17% (625.015 Arbeitsverhältnisse) waren in Form von ganzjährigen Teilzeitbeschäftigungen und 26% (994.971 Arbeitsverhältnisse) stellten nicht ganzjährige Beschäftigungsverhältnisse dar (darunter fallen vor allem Saisonarbeitskräfte und zeitweilig arbeitslose Menschen).

**57% aller
unselbständig
Beschäftigten
waren
Normalarbeits-
plätze**

Gemessen am durchschnittlichen Nettojahreseinkommen eines ganzjährig vollzeitbeschäftigten Erwerbstätigen (25.011 Euro) verdienten 2006 ganzjährig teilzeitbeschäftigte Personen nur 49% davon (12.152 Euro) und nicht ganzjährig beschäftigte Personen gar nur 28% (7.026 Euro) dieses Betrages.²⁰ (siehe Tabelle 6: Nettoerwerbseinkommen von österreichischen ArbeitnehmerInnen 2005 und 2006 in Euro)

¹⁹ Statistik Austria: Verdienststrukturerhebung 2002, S. 41 f. sowie www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/personen-inkommen/verdienststruktur/031604.html (Stand: 05.11.2008)

²⁰ Statistik Austria: Statistik der Lohnsteuer 2005 und 2006

Tabelle 6: Nettoerwerbseinkommen von österreichischen ArbeitnehmerInnen 2005 und 2006 in Euro

	Anzahl		durchschn. Nettojahreseinkommen		:14	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Männer						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	1.351.033	1.368.621	26.588	27.284	1.899	1.949
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	105.281	105.821	14.047	14.410	1.003	1.029
nicht ganzjährig beschäftigt	535.893	545.913	8.331	8.602	595	614
Frauen						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	742.649	756.611	20.369	29.899	1.455	1.493
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	504.345	519.194	11.441	11.692	817	835
nicht ganzjährig beschäftigt	436.714	449.058	4.991	5.109	357	365
gesamt						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	2.093.682	2.125.232	24.382	25.011	1.742	1.786
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	609.626	625.015	11.891	12.152	849	868
nicht ganzjährig beschäftigt	972.607	994.971	6.831	7.026	488	502
	3.675.915	3.745.218	17.672	18.091		

Quelle: Statistik Austria: Statistik der Lohnsteuer 2005 S.236 f. und Statistik der Lohnsteuer 2006 S.238 f.

Die geringfügige Beschäftigung stieg von fast 222.000 Beschäftigungsverhältnissen zu Jahresende 2003 auf etwa 240.000 Ende 2006 weiter an und ist damit um 86% höher als noch 1994.²¹ Als freie DienstnehmerInnen waren Ende 2006 etwa 26.500 Beschäftigungsverhältnisse vermerkt und als „neue Selbständige“ etwa 37.000.²²

„working poor“

Die neuen so genannten prekären Arbeitsverhältnisse führen zu niedrigem Einkommen und zum neuen Phänomen der „working poor“, worunter all jene Personen zwischen 20 und 64 Jahren zu verstehen sind, deren Haushaltseinkommen (als Summe aller Erwerbs- und sonstiger Einkommen bezogen auf Haushaltsgröße und Altersstruktur – das heißt äquivalisiert)²³ trotz Erwerbstätigkeit unter der Armutsgrenze liegt. Dies trifft aktuell auf 7%²⁴ der Erwerbstätigen bzw. auf 230.000 Personen in Österreich zu.

Bundesländer-
unterschiede

Die Höhe des Einkommens der unselbständig Erwerbstätigen hängt unter anderem auch mit dem Wohnsitz zusammen. Das Median-Bruttoeinkommen betrug in Österreich im Jahr 2005 22.611 Euro. Über dem Bundesdurchschnitt lag das Bruttoeinkommen in Niederösterreich, Wien, Oberösterreich, Vorarlberg und dem Burgenland, darunter lag es in Kärnten, Salzburg, Tirol und der Steiermark. Man kann in Österreich daher nicht von einem Ost-West, sondern muss vielmehr von einem

²¹ www.oegb.at

²² www.oegb.at

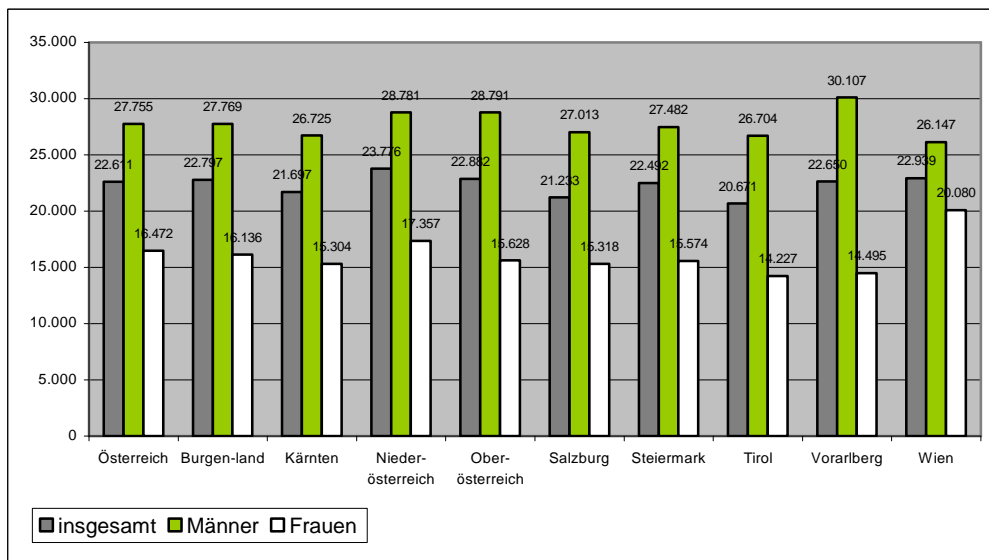
²³ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.35

²⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.34

Nord-Süd-Gefälle sprechen (siehe Abbildung 2: Median-Bruttoeinkommen der unselbständigen Erwerbstätigen 2005 nach Bundesländern).

Nord-Süd-Gefälle

Abbildung 2: Median-Bruttoeinkommen der unselbständigen Erwerbstätigen 2005 nach Bundesländern

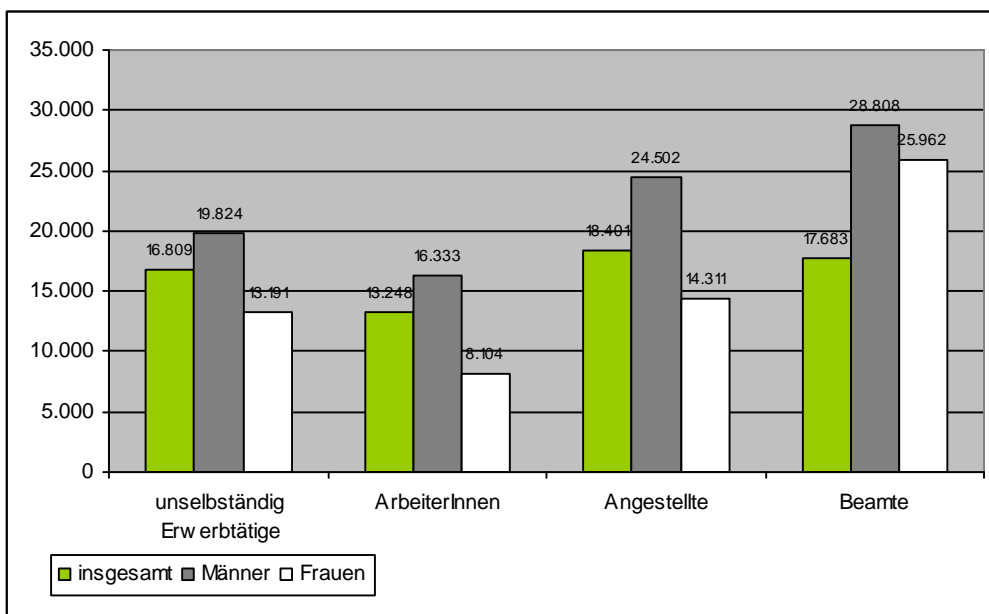


Quelle: Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S.241

Einen erheblichen Unterschied bei den Löhnen und Gehältern gibt es zwischen Männern und Frauen. Für das Jahr 2005 ergaben sich für die mittleren Nettoeinkommen Unterschiede zwischen Frauen und Männern, die in Abbildung 3: Medien-Jahresnettoeinkommen der unselbständig Erwerbstätigen 2005 deutlich werden.

**Einkommens-
unterschiede
zwischen
Männern und
Frauen**

Abbildung 3: Median-Nettojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen 2005



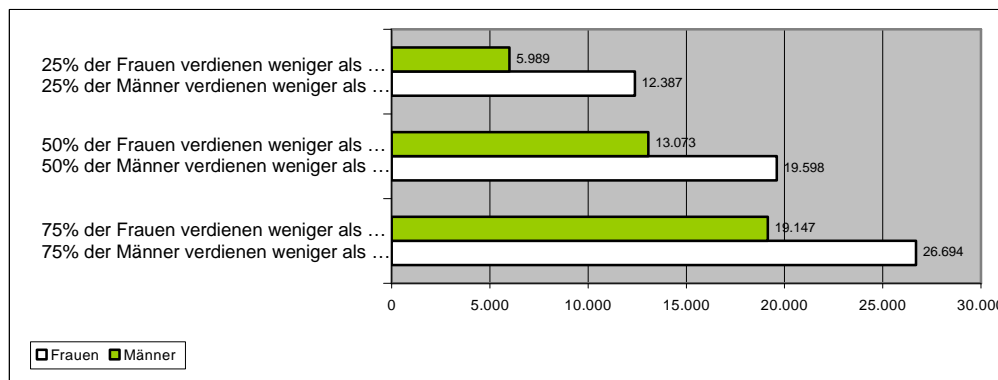
Quelle: Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S.241/242

**Frauen verdienen
knapp 60% des
Brutto-
einkommens der
Männer**

Insgesamt verdienen unselbständig erwerbstätige Frauen in Österreich im Durchschnitt nicht einmal 60% des Bruttoeinkommens der Männer. Der Einkommensunterschied war zuletzt (2005) am größten bei den Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten: Frauen verdienten im Jahr 2005 nur 56% des entsprechenden mittleren Bruttoeinkommens der Männer. Weniger eklatant ist der Unterschied bei Beamtinnen und Vertragsbediensteten, die laut „Einkommensbericht 2006“ im Jahr 2005 immerhin 74% des mittleren Bruttojahreseinkommens männlicher Kollegen erreichten.²⁵

Die Einkommensdifferenz der Nettoeinkommen zwischen Männern und Frauen wird veranschaulicht in Abbildung 4: Nettojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen 2005, nach Geschlecht und Quartilen.

Abbildung 4: Nettojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen 2005, nach Geschlecht und Quartilen



Quelle: Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S.235, eigene Darstellung

**39% aller
erwerbstätigen
Frauen sind
teilzeitbeschäftigt**

Eine wesentliche Ursache dieser großen Einkommensungleichheit zwischen Männern und Frauen ergibt sich aus der Tatsache, dass erwerbstätige Frauen in weit größerem Ausmaß als Männer entweder teilzeit- oder geringfügig beschäftigt sind. Die Dynamik, dass Vollzeitbeschäftigungen aufgegeben und Teilzeitarbeit angenommen wird, betrifft vor allem Frauen. 39% aller erwerbstätigen Frauen sind teilzeitbeschäftigt (der Anteil beträgt bei Männern nur 4%) und 89% aller Teilzeitarbeitskräfte sind weiblich²⁶. Diese Quote hat sich seit den 1970er Jahren mehr als verdoppelt.²⁷ Bei den geringfügig Beschäftigten verhält es sich ähnlich. Im Jahr 2007 waren 69% (170.241 von 245.133) aller geringfügig Beschäftigten Frauen²⁸.

Daraus ergibt sich auch, dass die Einkommensunterschiede zwischen gut und weniger verdienenden ArbeitnehmerInnen bei Frauen höher sind bei Männern. Das

²⁵ Statistik Austria: Allgemeiner Einkommensbericht 2006, S.46

²⁶ Statistik Austria: Allgemeiner Einkommensbericht 2006, S.9

²⁷ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.161

²⁸ Hauptverband der Sozialversicherungsträger (www.hauptverband.at)

durchschnittliche Bruttoeinkommen des dritten Viertels der unselbständig erwerbstätigen Frauen betrug 2005 das 3,6-fache des einkommensschwächsten Viertels. Das Einkommen des dritten Viertels der unselbständig erwerbstätigen Männer dagegen betrug nur das 2,4-fache des einkommensschwächsten Viertels.²⁹

Tabelle 7: Einkommensdifferenz der Medianbruttoeinkommen zwischen vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern

	Männer	Frauen	Differenz
ArbeiterInnen	24.937	17.692	29,05%
HilfsarbeiterInnen	18.125	16.317	9,98%
Angelernte ArbeiterInnen	24.556	18.909	23,00%
FacharbeiterInnen	26.405	17.049	35,43%
Angestellte	37.564	23.583	37,22%
Hilfs- und angelernte Tätigkeiten	20.728	15.633	24,58%
FacharbeiterInnen/MeisterInnen	30.355	19.132	36,97%
Mittlere Tätigkeiten	31.867	23.505	26,24%
Höhere Tätigkeiten	44.886	31.043	30,84%
Hochqualifizierte Tätigkeiten	48.942	37.170	24,05%
Führende Tätigkeiten	58.335	34.632	40,63%
Öffentliche Bedienstete	36.125	32.949	8,79%
Hilfs- und angelernte Tätigkeiten	28.003	21.996	21,45%
FacharbeiterInnen/MeisterInnen	30.651	29.310	4,38%
Mittlere Tätigkeiten	33.864	30.100	11,12%
Höhere Tätigkeiten	43.165	37.661	12,75%
Hochqualifizierte Tätigkeiten	50.986	41.328	18,94%
Führende Tätigkeiten	53.146	47.411	10,79%
Insgesamt	29.806	22.680	23,91%

Quelle: Statistik Austria, Allgemeiner Einkommensbericht 2006 S.311/313

Weiters können als Grund für die Einkommensdifferenzen zwischen Männern und Frauen auch die unterschiedlichen beruflichen Positionen aufgeführt werden. Frauen sind stärker in den niedrigeren Berufspositionen und schwächer in den höheren Berufspositionen vertreten. Der Frauenanteil beträgt bei den HilfsarbeiterInnen 58%, bei den FacharbeiterInnen dagegen nur 15%, bei den Angestellten mit höherer Tätigkeit 38%, bei Angestellten und öffentlich Bediensteten mit hochqualifizierter Tätigkeit nur 27%.³⁰ Es ist aber sehr wohl zu beachten, dass selbst wenn Frauen und Männer die gleichen oder ähnliche berufliche Positionen besetzen, Frauen zwischen 4% und 40% weniger verdienen als Männer (siehe Tabelle 7: Einkommensdifferenz der Medianbruttoeinkommen zwischen vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern).

Männer und Frauen besetzen unterschiedliche berufliche Positionen

²⁹ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S.235

³⁰ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003-2004

**Lohnunterschied
zwischen
Männern und
Frauen schwankt
zwischen
Bundesländern**

Interessant zu beobachten ist, dass der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen zwischen den Bundesländern schwankt (siehe Abbildung 2: Median-Bruttoeinkommen der unselbständigen Erwerbstätigen 2005 nach Bundesländern). Die Differenz des Brutto-Medianeinkommens zwischen Männern und Frauen bei unselbständigen Erwerbstätigen betrug in Österreich 2005 11.282 Euro. Das einzige Bundesland, wo der Einkommensunterschied (auch deutlich) unter dem Durchschnitt liegt, ist Wien (6.067 Euro), was vor allem an den überdurchschnittlich hohen Bruttolöhnen bei Frauen liegt. Überdurchschnittlich viel bezahlt bekommen Frauen auch in Niederösterreich. Am weitesten über der durchschnittlichen Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen liegt Vorarlberg (15.612 Euro), was einerseits an der unterdurchschnittlichen Bezahlung der Frauen, aber auch an den höchsten durchschnittlichen Bruttolöhnen der Männer liegt.

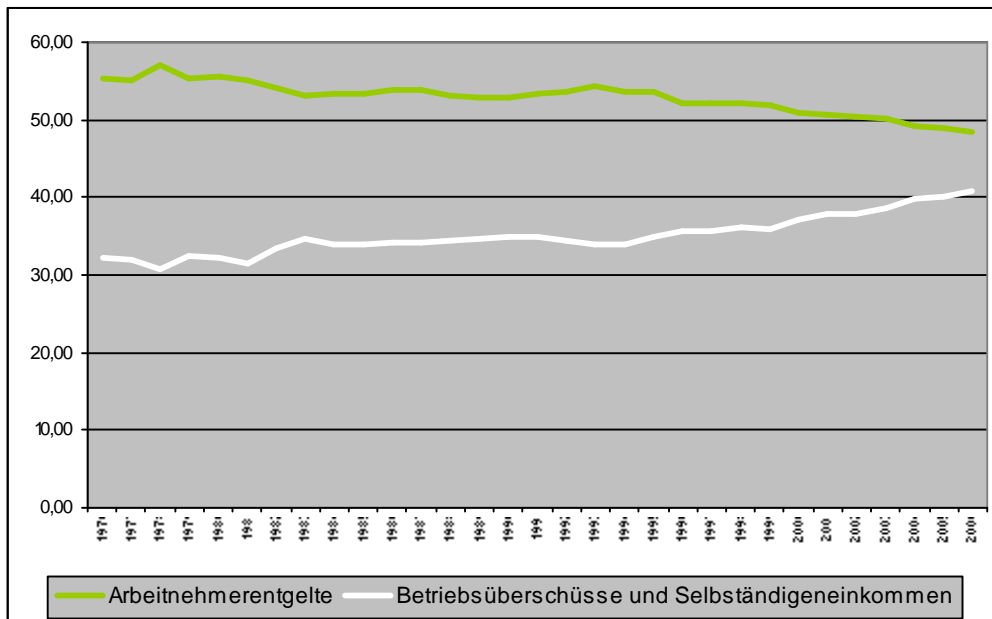
2.2. Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen

Bruttobetriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen sind die Einkommen von Unternehmen und Selbständigen nach Abzug der ArbeitnehmerInnenentgelte, Abschreibungen und Produktionsabgaben (wie Umsatz- und Verbrauchssteuern), jedoch noch vor Abzug der Gewinnsteuern.

**Anteil der Brutto-
betriebsüber-
schüsse und
Selbständigen-
einkommen am
BIP steigt**

Wie bereits eingangs erwähnt sind zwar die Absolutbeträge der Brutto-ArbeitnehmerInnenentgelte jedes Jahr gestiegen und machen mittlerweile das Vierfache des Betrags von 1976 aus, jedoch ist ihr Anteil am BIP deutlich gesunken. Genau entgegengesetzt verlief die Entwicklung der Bruttobetriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen. Die Absolutbeträge stiegen, wie bei den ArbeitnehmerInnen, seit 1976 kontinuierlich an und erreichten im Jahr 2006 eine Gesamtsumme von 105,49 Mrd. Euro (1976 waren es 17,83 Mrd. Euro) – das macht fast das Sechsfache des Betrages von 1976 aus –, jedoch stieg auch ihr Anteil am BIP, im Gegensatz zu jenem der ArbeitnehmerInnen deutlich an. Die Erhöhung des Anteils am BIP erfolgte zwar mit kleinen Unterbrechungen, vor allem in den 1980er Jahren, jedoch konnte der Anteil von 30,62% im Jahr 1978 auf 40,90% im Jahr 2006, also um 10,28% gesteigert werden (siehe Abbildung 5: ArbeitnehmerInnenentgelte, Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen 1976-2006 in % des BIP). Der Anteil der Brutto-ArbeitnehmerInnenentgelte am BIP nahm seit 1980, trotz steigender Beschäftigtenzahl, jährlich um durchschnittlich 0,26% ab, wohingegen der Anteil von Betriebsüberschüssen und Selbständigeneinkommen am BIP pro Jahr durchschnittlich um 0,31% zunahm, und das obwohl die Zahl der Unternehmen und Selbständigen abnahm.

Abbildung 5: ArbeitnehmerInnenentgelte, Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen 1976-2006 in % des BIP



Quelle: Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1976-2006, S.42, eigene Darstellung

Sofern es zu keinen Veränderungen der Verteilung kommt, ist damit zu rechnen, dass die Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse in den kommenden Jahren weiterhin tendenziell stärker wachsen als die ArbeitnehmerInnenentgelte, denn nicht nur in Aufschwungsjahren „nehmen typischerweise die Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse rascher zu als die ArbeitnehmerInnenentgelte“³¹. Es sind die Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse auch bei schwächerem Wirtschaftswachstum, wie in den Jahren 2001 bis 2004, rascher gewachsen als die ArbeitnehmerInnenentgelte. Schlussfolgernd bedeutet das, dass sich die Einkommenszuwächse von Unternehmen und Selbständigen vom Wirtschaftswachstum entkoppelt haben.

Einkommenszuwächse von Unternehmen und Selbständigen vom Wirtschaftswachstum entkoppelt

2.2.1. Selbständigeneinkommen

Unter selbständige Erwerbstätigkeit fallen diverse Einkommensarten, von atypischer Beschäftigung (etwa in Form von WerkvertragsnehmerInnen) über herkömmliche gewerbliche Tätigkeiten bis hin zu Vermietung und Verpachtung. Durch die Mischung verschiedener Einkommensquellen (Arbeitseinkommen, Einkünfte aus Kapitalvermögen und Vermietung und Verpachtung) sind die Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit weit schwerer erfassbar als jene von unselbständig Erwerbstätigen. Wenig aussagekräftig sind auch hier Durchschnittseinkommen. Durch

³¹ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.22

das Vorhandensein relativ vieler „Nullfälle“ (ca. 32%)³², also Personen die negative Einkünfte ausweisen, ergeben sich auch relativ niedrige Durchschnittseinkommen. Der Anteil der Nullfälle hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Im Jahr 2001 betrug ihr Anteil noch 22%. Deutlich wird bei genauerer Betrachtung der Daten auch, dass selbständige Frauen häufiger negative Einkünfte ausweisen als Männer. Und auch hier zeigt sich eine deutliche Entwicklung zum Nachteil der Frauen. Während im Jahr 2001 „nur“ 34% der selbständigen Frauen von negativen Einkünften betroffen waren (22% der Männer), wurden im Jahr 2004 42% der Frauen als Nullfälle ausgewiesen. Männer lagen mit 24% deutlich darunter.³³

**286.039
ausschließlich
Selbständige**

Im Jahr 2005 gab es in Österreich 286.039 ausschließlich Selbständige,³⁴ davon waren 98.555 Frauen und 187.484 Männer³⁵ und weitere 512.894 Personen, die neben unselbständiger Erwerbsarbeit oder Pension zusätzlich über Selbständigeneinkommen verfügten (207.458 Frauen und 305.436 Männer).³⁶ Aufgrund der Datenlage kann im Folgenden jedoch nur mit den Zahlen von 2003 gearbeitet werden. Im Jahr 2003 gab es in Österreich 266.482 ausschließlich Selbständige, davon waren 91.165 Frauen und 175.317 Männer³⁷ und weitere 374.509 Personen, die neben unselbständiger Erwerbsarbeit oder Pension zusätzlich über Selbständigeneinkommen verfügten (149.698 Frauen und 224.811 Männer).³⁸

**Disparität der
Selbständigen-
einkommen**

Das mittlere Bruttojahreseinkommen der Selbständigen betrug im Jahr 2003 10.900 Euro³⁹, jedoch ist dieser Wert noch weniger repräsentativ als bei den unselbständig Erwerbstätigen, denn bei den Selbständigen lässt sich eine noch größere Disparität der Einkommen feststellen als bei den unselbständig Erwerbstätigen. Ein Vergleich wesentlicher Branchen⁴⁰ zeigt im Jahr 2004, dass das dritte Einkommensviertel der Selbständigen bereits viereinhalb Mal so viel verdient wie das unterste Einkommensviertel.⁴¹

Weiters ist das Durchschnittseinkommen der Selbständigen nicht verallgemeinerbar, da es je nach Wirtschaftsbereich sehr hohe Unterschiede gibt. Die mit Abstand höchsten mittleren Bruttojahreseinkommen im Jahr 2003 erzielten Selbständige, die im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen tätig waren (35.479 Euro). Das liegt vor allem an der großen Anzahl an ÄrztInnen in dieser Branche.

³² Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Seite 251

³³ Statistik Austria: Statistische Jahrbücher 2002 bis 2008

³⁴ Statistik Austria: Statistik der Einkommensteuer 2005, S.56 f.

³⁵ Statistik Austria: Statistik der Einkommensteuer 2005, S.58 f.

³⁶ Statistik Austria: Statistik der Einkommensteuer 2005, S.59 f.

³⁷ Statistik Austria: Allgemeiner Einkommensbericht 2006, S.82

³⁸ Statistik Austria: Allgemeiner Einkommensbericht 2006, S.84

³⁹ Statistik Austria: Allgemeiner Einkommensbericht 2006, S.9

⁴⁰ herangezogen wurden hier die ÖNACE-Abschnitte K Realitätswesen, M Unterrichtswesen, N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen und O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen

⁴¹ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S.251

Am unteren Ende der Einkommensskala befanden sich Selbständige aus dem Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft (7.563 Euro) sowie Personen, die öffentliche und persönliche Dienstleistungen erbringen (7.588 Euro). Unter der Armutsgefährdungsschwelle lagen außerdem die Bereiche Beherbergung und Gaststätten sowie Unterrichtswesen. Alle anderen Wirtschaftsbereiche hatten mittlere Bruttojahreseinkommen bis 15.297 Euro. (siehe

Tabelle 8: Mittlere Jahreseinkünfte der ausschließlich selbständig Erwerbstätigen 2003

Tabelle 8: Mittlere Jahreseinkünfte der ausschließlich selbständig Erwerbstätigen 2003

ÖNACE	insgesamt		Frauen		Männer	
	Anzahl	Euro	Anzahl	Euro	Anzahl	Euro
A Land- und Forstwirtschaft	11.083	7.563	3.179	6.665	7.904	8.096
D Sachgütererzeugung	15.349	11.962	2.063	6.332	13.286	13.317
F Bauwesen	11.617	15.297	449	10.144	11.168	15.565
G Handel, Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	44.569	10.096	14.452	6.306	30.117	12.547
H Beherbergungs- und Gaststättenwesen	20.022	8.124	9.015	6.372	11.007	10.126
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7.756	10.616	1.425	7.840	6.331	11.386
J Kredit- und Versicherungswesen	4.310	11.988	1.060	6.576	3.250	14.923
K Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen	68.414	13.312	21.427	7.405	46.987	17.899
M Unterrichtswesen	3.789	8.585	2.047	7.272	1.742	10.894
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	16.016	35.479	7.649	16.586	8.367	74.830
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	21.519	7.588	10.736	6.962	10.783	8.447

QUELLE: Allgemeiner Einkommensbericht 2006, S.83

Anm.: Alle hier nicht aufgeführten Wirtschaftsbereiche haben eine zu geringe Zahl an selbständig tätigen Perso

Auch bei den Selbständigeneinkommen gibt es große Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen. Im Jahr 2003 verdienten die 175.317 selbständig erwerbstätigen Männer mit durchschnittlich 13.586 Euro fast doppelt soviel wie die 91.165 selbständigen Frauen, die über ein mittleres Bruttojahreseinkommen von 7.352 Euro verfügten.⁴²

Sowohl Frauen als auch Männer hatten im Bereich Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen durchschnittlich das höchste mittlere Einkommen, jedoch verdienten die 8.637 Männer mit durchschnittlich 74.830 Euro viereinhalb Mal so viel wie die 7.649

Große Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen auch bei Selbständigen

⁴² Statistik Austria: Allgemeiner Einkommensbericht 2006, S.82

Frauen, die ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 16.586 Euro hatten. Die geringsten Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen gab es in jenen Bereichen, in denen das Durchschnittseinkommen gering ist: Der Einkommensunterschied im Bereich der Erbringung von öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen betrug 859 Euro (oder 21%) und in der Forst- und Landwirtschaft 1.431 Euro (oder 21%). Frauen verdienten am wenigsten im Handel (6.306 Euro), gefolgt von Sachgütererzeugung (6.332 Euro) und dem Beherbergungs- und Gaststättenwesen (6.372 Euro). Männer verdienten am wenigsten in der Forst- und Landwirtschaft (8.096 Euro), bei der Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (8.447 Euro) und im Beherbergungs- und Gaststättenwesen (10.126 Euro).

Sowohl die meisten Frauen (21.427) als auch die meisten Männer (46.987) waren im Bereich Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen selbständig erwerbstätig. Männer verdienten allerdings mit durchschnittlich 46.987 Euro pro Jahr zweieinhalb Mal so viel wie Frauen, deren Durchschnittsverdienst 7.405 Euro betrug.

374.509

„Mischfälle“

Im Jahr 2003 gab es 374.509 Personen, die neben selbständiger Arbeit auch unselbständig tätig waren oder über Pensionen verfügten („Mischfälle“). Die 224.811 Männer und 149.698 Frauen verfügten über ein durchschnittliches Bruttojahreseinkommen von 25.624 Euro. Das Einkommen lag somit deutlich höher als bei Personen, die ausschließlich selbständig erwerbstätig sind. Der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen ist aber auch bei den „Mischfällen“ gegeben. Männliche „Mischfälle“ verdienten durchschnittlich 30.415 Euro und weibliche 19.402 Euro.⁴³

Einkunftsarten

Durch die Einteilung in ÖNACE-Abschnitte geht oft die Information über die tatsächlichen Tätigkeitsbereiche der Personen verloren. Eine tiefere Gliederung der ÖNACE führt zu einer Einteilung in drei verschiedene Einkunftsarten (Schwerpunkte), die sich auf Einkommen aus Gewerbebetrieb, selbständiger Arbeit und Vermietung und Verpachtung beziehen. Miteinbezogen werden sowohl Selbständige als auch Mischfälle.⁴⁴ (siehe Abbildung 6: Mittlere Jahreseinkünfte der selbständig Erwerbstätigen nach Schwerpunkten 2003)

Im Schwerpunkt Gewerbebetrieb betrug das mittlere Bruttojahreseinkommen 2003, bei 188.783 Personen, 11.336 Euro. In der Gruppe Vermietung und Verpachtung von eigenen Grundstücken, Wohnungen und sonstigen Realitäten wurden die höchsten mittleren Einkommen (28.930 Euro) erzielt.⁴⁵ Selbständige Arbeit weist vergleichsweise zu den anderen zwei Schwerpunkten die höchsten Einkommen

⁴³ Statistik Austria: Allgemeiner Einkommensbericht 2006, S.85

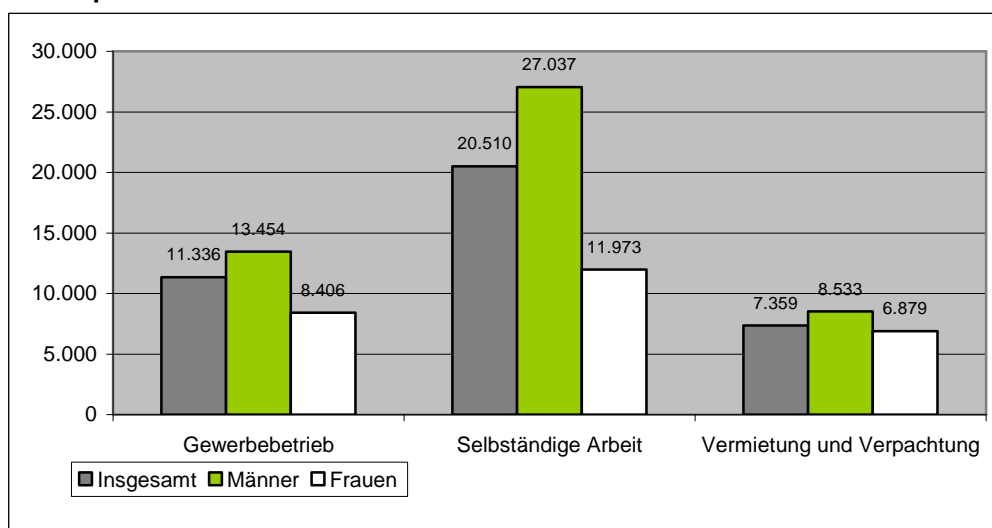
⁴⁴ Statistik Austria: Allgemeiner Einkommensbericht 2006, S.85

⁴⁵ Statistik Austria: Allgemeiner Einkommensbericht 2006, S.85

überhaupt auf. Die insgesamt 80.530 Personen verdienten durchschnittlich 20.510 Euro. Der Geschlechtsunterschied kommt in diesem Schwerpunkt am deutlichsten zum Tragen: Männer verdienten mit 27.030 Euro, zweieinhalb Mal so viel wie Frauen (11.973 Euro). Innerhalb der „Selbständigen Arbeit“ werden im Bereich Gesundheitswesen die höchsten mittleren Einkommen mit 57.919 Euro erzielt. Innerhalb der Branche haben die höchsten mittleren Einkommen die FachärztInnen (113.184 Euro), ZahnärztInnen (96.141 Euro) und AllgemeinmedizinerInnen (78.763 Euro). Ein sehr hohes mittleres Einkommen haben auch RechtsberaterInnen mit 66.913. Die niedrigsten mittleren Einkommen verzeichnen hier Personen, die ihr Einkommen durch künstlerische oder schriftstellerische Tätigkeiten beziehen (6.408 Euro). Im Jahr 2003 waren 41.721 Personen im Schwerpunkt Vermietung und Verpachtung beschäftigt, deren mittleres Jahreseinkommen 7.359 Euro betrug. Zu beachten ist, dass Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung meist nur Nebenerwerbe sind.⁴⁶

Höchsten mittleren Einkommen im Gesundheitswesen

Abbildung 6: Mittlere Jahreseinkünfte der selbständig Erwerbstätigen nach Schwerpunkten 2003



Quelle: Statistik Austria: Allgemeiner Einkommensbericht 2006, S.85, S.189, S.193

Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede finden sich auch in den mittleren Jahreseinkommen der Selbständigen nach Schwerpunkten. Während die Einkommensunterschiede im Jahr 2003 im Schwerpunkt Vermietung und Verpachtung relativ gering waren (480 Euro), verdienten Männer im Schwerpunkt Selbständige Arbeit mehr als doppelt so viel wie Frauen. (siehe Abbildung 6: Mittlere Jahreseinkünfte der selbständig Erwerbstätigen nach Schwerpunkten 2003) Innerhalb des Gesundheitswesens stellt sich ein verschärftes Bild dar: Männer (104.077 Euro) verdienten im Jahr 2003 mehr als viermal so viel wie ihre weiblichen Kolleginnen (25.016 Euro). Etwas geringer sind die Unterschiede bei den RechtsberaterInnen.

Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede

⁴⁶ Statistik Austria: Allgemeiner Einkommensbericht 2006, S.86

Männliche Rechtsberater (71.902) verdienen nicht ganz doppelt so viel wie Rechtsberaterinnen (39.616 Euro).⁴⁷

2.2.2. Betriebsüberschüsse

Die Einkommen der Betriebe werden mit der Körperschaftsstatistik erfasst. Als Körperschaft gelten nicht-natürliche, juristische Personen, deren Einkünfte daher nicht einkommen-, sondern körperschaftssteuerpflichtig sind. Körperschaften sind im wesentlichen Wirtschaftsbetriebe, aber auch Genossenschaften, Vereine und Stiftungen, die Einkünfte haben.

Im Jahr 2004 wurden in Österreich 102.919 Körperschaften erfasst⁴⁸, von denen 43.982 (42,7%) „Nullfälle“ waren, also geringe oder gar keine Einkünfte hatten. Die restlichen 58.937 Wirtschaftsbetriebe waren Steuerfälle.

Von den Steuerfällen hatten 23.536 Betriebe ein zu versteuerndes Einkommen von weniger als 8.000 Euro. 16.039 Betriebe (27,2%) hatten ein steuerpflichtiges Einkommen zwischen 8.000 und 40.000 Euro. 11.813 Betriebe konnten ein zu versteuerndes Einkommen zwischen 40.000 und 200.000 Euro verzeichnen. Nur 12,8% der Wirtschaftsbetriebe (7.549 Betriebe) wiesen ein zu versteuerndes Einkommen von über 200.000 Euro auf, sie hatten jedoch 2004 90,3% aller zu versteuernden Einkünfte (13,7 von insgesamt 15,3 Mrd. Euro) und brachten im Jahr 2004 89,1% des gesamten Körperschaftssteuer auf. (siehe Tabelle 9: Steuerfälle der Wirtschaftsbetriebe 2004)

Tabelle 9: Steuerfälle der Wirtschaftsbetriebe 2004

zu versteuerndes Einkommen in Euro	Anzahl der Wirtschaftsbetriebe	Anzahl in %
weniger als 8.000	23.536	39,9%
8.000 bis unter 40.000	16.039	27,2%
40.000 bis unter 200.000	11.813	20,0%
200.000 bis unter 500.000	3.857	6,5%
500.000 bis unter 1.000.000	1.716	2,9%
mehr als 1.000.000	1.976	3,4%

Quelle: Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, S.468, eigene Darstellung

Auch die Analyse der ÖGPP von im ATX an der Wiener Börse notierenden Unternehmen zeigt in den letzten Jahren eine deutliche Entwicklung. Die Unternehmensgewinne haben sich mit 12,1 Mrd. Euro im Jahr 2007 gegenüber

⁴⁷ Statistik Austria: Allgemeiner Einkommensbericht 2006, S.86

⁴⁸ Statistik Austria: Statistik der Körperschaftsteuer 2004, S.33

2003 vervierfacht. Gleichzeitig sind auch die Dividendenausschüttungen gestiegen, sie waren im Berichtsjahr 2007 mit 3,2 Mrd. Euro ebenso vier Mal so hoch wie noch im Jahr 2003. Die Investitionen und die Anzahl der Beschäftigten stagnieren dagegen oder waren sogar rückläufig. Insgesamt ist der Personalaufwand je MitarbeiterIn in diesen Unternehmen in den letzten Jahren um rund 10% zurückgegangen, während sich die Bezüge der Vorstandsmitglieder beinahe verdoppelt haben. Auch hier zeigt sich deutlich, dass sich die Verteilung der Wertschöpfung zuungunsten der ArbeitnehmerInnen ändert und die Einkommensschere auseinander geht.⁴⁹

2.3. Vermögenseinkommen

Unter Vermögenseinkommen versteht man „das Einkommen, das [jemand] dafür erhält, dass er einer anderen institutionellen Einheit finanzielle Mittel oder nichtproduziertes Sachvermögen [i.w. Land] zur Verfügung stellt“⁵⁰. Darunter fallen Zinsen, Gewinnausschüttungen, Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen und reinvestierte Gewinne. Makroökonomisch betrachtet werden auf den Vermögensmärkten keine Einkommen geschaffen, sondern lediglich umverteilt (beispielsweise wenn durch Personalabbau höhere Unternehmensgewinne und Dividenden entstehen), denn jedes Einkommen auf den Finanzmärkten muss durch Arbeit und/oder Kapitaleinsatz geschaffen werden.

Die Vermögenseinkommen betragen in Österreich 2005 62.652 Mio. Euro, das waren 25,5% gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Ersten Berechnungen zufolge haben die Vermögenseinkommen im Jahr 2006 bereits 74.395 Mio. Euro betragen, 29% gemessen am BIP. Von dem im Jahr 2005 erwirtschafteten Vermögenseinkommen entfielen 24.915 Mio. Euro auf finanzielle Kapitalgesellschaften (im Jahr 2003 lag dieser Wert bei 22.746 Mio. Euro) und 23.510 Mio. Euro auf Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck (auch hier ist die Zahl von 2003 mit 18.876 Mio. Euro deutlich darunter). 10.881 Mio. Euro und damit um 2.283 Mio. Euro mehr als noch 2003 entfielen weiters auf nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und bereits 19.716 Mio. Euro (2003: 16.240) flossen 2005 ins Ausland. (siehe Tabelle 10: Konto der primären Einkommensverteilung 2005 in Mio. Euro)

**2005 betragen
Vermögensein-
kommen 62.652
Mio. Euro**

⁴⁹ ÖGPP: Wichtige Kennzahlen der börsennotierten Unternehmen 2003-2007

⁵⁰ Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1976-2005, S.116

Tabelle 10: Konto der primären Einkommensverteilung 2005 in Mio. Euro

Transaktionen, sonstige Ströme, Salden	Volks- wirtschaft	Nicht- finanzielle Kapital- gesell- schaften ¹⁾	Finan- zielle Kapital- gesell- schaften ²⁾	Staat	Private Haushalte u. Private Organi- sationen ohne Erwerbs- zweck ³⁾	Kein Sektor	Übrige Welt
Aufkommenskonto							
Vermögens- einkommen	62.652	10.881	24.915	3.347	23.510		19.716
Zinsen	32.412	2.225	22.847	1.828	5.512		13.531
Ausschüttungen und Entnahmen	25.571	7.890	1.613	1.329	14.740		4.915
Ausschüttungen	719			719			0
Entnahmen	610			610			0
Reinvestierte Gewinne aus der/an die übrige Welt	1.123	670	453	0	0	0	1.270
Vermögenseinkomm-en aus Versiche- rungsverträgen	3.355	95	2	0	3.257		0
Pachteinkommen	191	0	0	191	0		0
Verwendungskonto							
Vermögens- einkommen	65.731	30.350	25.958	7.065	2.357		16.637
Zinsen	35.119	6.672	19.025	7.065	2.357		10.825
Ausschüttungen und Entnahmen	25.797	22.243	3.554				4.689
Reinvestierte Gewinne aus der/an die übrige Welt	1.270	1.245	25				0
Vermögenseinkomm-en aus Versiche- rungsverträgen	3.355		3.355				0
Pachteinkommen	191	191	9	0	0	0	0
Primäreinkommen netto/Nationaleinkom- men netto	207.557	10.881	2.657	23.795	170.224		

Erwerbstätigen, die in ihrer Haupttätigkeit Waren und nichtfinanzielle Dienstleistungen produzieren, kurz gesagt „die Wirtschaft“.

2) „Finanzielle Kapitalgesellschaften“ sind Banken, Investmentfonds, finanzielle Holding- und Mantelgesellschaften, Verwalter von Pensionskassen und Investmentfonds sowie Versicherungsunternehmen und Pensionskassen, kurz gesagt „die Finanzwirtschaft“.

3) „Private Haushalten und private Organisationen ohne Erwerbszweck“ sind im Wesentlichen Privatpersonen, Gewerkschaften, Kirchen und Stiftungen.

Quelle: Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1976-2006, Seite 123

Das Vermögenseinkommen wird hauptsächlich durch Zinsen, Ausschüttungen und Entnahmen gemacht. Etwas mehr als die Hälfte des Vermögenseinkommens wird durch Zinsen geschaffen (32.412 Mio. Euro), Ausschüttungen und Entnahmen machten 25.571 Mio. Euro aus. Weiters trugen Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen 3.355 Mio. Euro bei. Die Zinsen werden hauptsächlich von finanziellen Kapitalgesellschaften „bezahlt“ (19.025 Mio. Euro), sowie, zu etwa gleichen Teilen, von nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (7.065 Mio. Euro) und vom Staat (6.672 Euro). Ausschüttungen und Entnahmen kamen vor allem von nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (22.243 Mio. Euro). Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen kam mit 3.355 Mio. Euro ausschließlich von finanziellen Kapitalgesellschaften. (siehe Tabelle 10: Konto der primären Einkommensverteilung 2005 in Mio. Euro)

Die in der vorangegangenen Übersicht angeführten „Pachteinkommen“ (des Staates) sind nicht zu verwechseln mit den generellen Einkünften aus Vermietung und Verpachtung. Besitz, also das Sachvermögen in Form von Grund und Boden, von Wohnungen, Büros und Geschäftsflächen sowie deren Vermietung und Verpachtung und damit das Einkommen daraus haben selbstverständlich auch eine enorme volkswirtschaftliche Bedeutung und Größe, sind allerdings sowohl Vermögenseinkommen wie auch Erwerbseinkommen.

**Vermietung und
Verpachtung**

Der Mikrozensus 2007 weist beispielsweise für Österreich 1,360.400 Hauptmietwohnungen und bei diesen einen durchschnittlichen monatlichen Wohnungsaufwand (Miete, Umsatzsteuer und Betriebskosten) von 387 Euro aus.⁵¹ Der reine Mietertrag kann erfahrungsgemäß mit etwa der Hälfte angenommen werden. Daraus ergibt sich für das Jahr 2007 ein Wohnungsaufwand von insgesamt 5,26 Mrd. Euro und ein reiner Mietertrag von knapp 2,6 Mrd. Euro. 819.294 Wohnungen (61%) waren 2001 im Eigentum von Gebietskörperschaften, öffentlich-rechtlichen Einrichtungen sowie gemeinnützigen Bauvereinigungen, bei denen nicht der Erwerbzweck, sondern soziale Aufgaben der Wohnraumbereitstellung im Vordergrund stehen. So sich die Prozentsätze nicht deutlich verändert haben, waren im Jahr 2007 etwa 530.500 Wohnungen im Eigentum von Privatpersonen und Unternehmen, sodass das jährliche Vermögens- und Erwerbseinkommen aus der Vermietung dieser Wohnungen mit etwa 1,6 Mrd. Euro angenommen werden kann.

**Hauptmiet-
wohnungen**

2001 waren außerdem 52% aller Arbeitsstätten auf vermieteten Flächen, also rund 182.500. Aufgrund fehlender aktueller Daten, ziehen wir die durchschnittliche Größe der Arbeitsstätten von 1991, 247m², heran. Laut Immobilienpreisspiegel lag der durchschnittliche Quadratmeterpreis für Büroflächen und Geschäftslokale 2008 bei

Arbeitsstätten

⁵¹ Statistik Austria: Wohnen 2007 – Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus 2007, S.29

8,45 Euro. Daraus errechnen sich jährliche Brutto-Mieterträge aus den 182.500 vermieteten Arbeitsstätten von 4,57 Mrd. Euro, was als eine realistische Größenordnung gegenüber dem von der Arbeiterkammer für 1991 errechneten Wert von 2 Mrd. Euro erscheint, da sich die Preise in der Zwischenzeit um über 80% erhöht haben. Im Fall der Büros und Geschäftsmieten können etwa zwei Drittel als reiner Mietertrag angesehen werden, sodass das jährliche Vermögens- und Erwerbseinkommen aus der Vermietung von Büros und Geschäftslokalen mit etwa 3 Mrd. Euro angenommen werden kann.

Allein die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, also die Einkommen von Privatpersonen bzw. Selbständigen, wurden - wie aus nachfolgender Tabelle 11: Schwerpunktmäßige Jahreseinkünfte (ohne Nullfälle) aus Vermietung und Verpachtung 2004 nach Abschnitten der ÖNACE 1995 zu errechnen ist – 2004 mit über 773 Mio. Euro angegeben.

In der Körperschaftssteuerstatistik 2004 wurden für die Wirtschaftstätigkeiten Kauf, Verkauf, Vermietung, Vermittlung und Verwaltung von Realitäten körperschaftssteuerpflichtige Einkünfte von zusammen über 767 Mio. Euro ausgewiesen.⁵²

Tabelle 11: Schwerpunktmäßige Jahreseinkünfte (ohne Nullfälle) aus Vermietung und Verpachtung 2004 nach Abschnitten der ÖNACE 1995⁵³

Gliederung	Einkommensteuerpflichtige		Männer		Frauen	
	insgesamt	Euro	Anzahl	Euro	Anzahl	Euro
A Land- und Forstwirtschaft	1.491	17.442	973	19.288	518	15.633
H Beherbergungs- und Gaststättenwesen	4.331	15.001	1.493	18.853	26.838	13.164
K Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen	22.446	19.676	8.197	24.325	14.249	17.502
Sonstige	14.092	16.795	6.454	19.180	7.638	15.266
Summe- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	42.360	18.259	17.117	21.772	25.243	16.284

Quelle: Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, 9.17, S.252

Wachstum der Besitzeinkommen

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) hatte schon vor Jahren errechnet, dass sich der Anteil der Vermögens- oder Besitzeinkommen an den gesamten Nicht-Lohneinkünften (also vor allem den Unternehmenseinkünften) von 1980 bis 1998 von 18 auf 23% erhöht hat. Das Wachstum der Besitzeinkommen lag seit den 1980er-

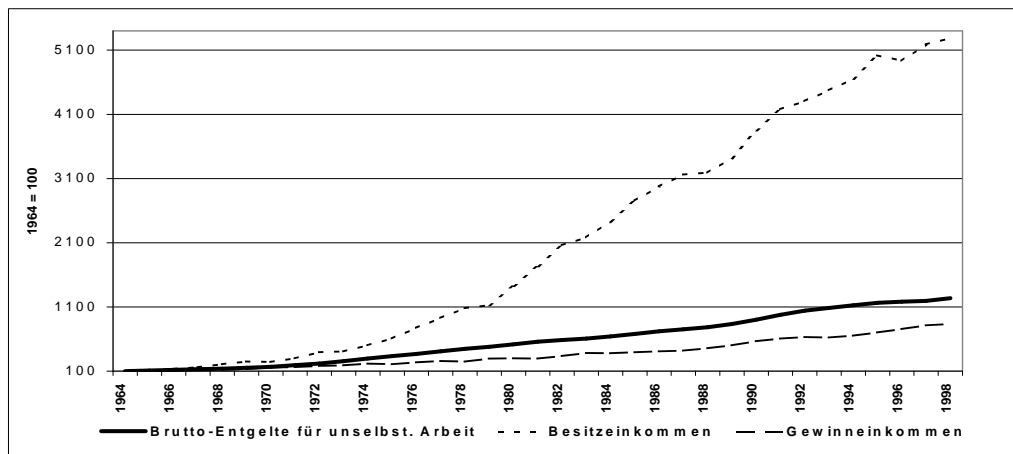
⁵² Statistik Austria: Statistik der Körperschaftsteuer 2004, S. 66

⁵³ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S.252

Jahren deutlich über dem Wachstum anderer Einkommen. Seit dieser Zeit sind auch tatsächlich die Renditen stärker gestiegen, Geldanlagen, Wertpapier- und Währungsspekulation wurden durch die weltweite Liberalisierung des Kapitalverkehrs attraktiver als Investitionen in Sachanlagen, der Kreis der Wertpapier- oder Immobilienbesitzer/innen hat sich vergrößert. Klassische Lohneinkommen würden dadurch für Reichere tendenziell unwichtiger. Allein die Zinseinkünfte (fast 37 Mrd. Euro im Jahr 1998), schätzte das WIFO, gehen zu drei Viertel auf das Konto des oberen Einkommensdrittels. Das ärmste Einkommensdrittel hingegen bekomme nur 6,5% der Zinseinkommen.⁵⁴

Nachfolgende Grafik (Abbildung 7: Wachstum der wichtigsten Einkommen 1964-1998) zeigt besonders deutlich, dass insbesondere seit der Liberalisierung der Kapitalmärkte Mitte der 1970er Jahre die Vermögenseinkommen wesentlich stärker gewachsen sind als andere Einkommen, wie auch das starke Wachstum der Geldvermögen insgesamt - im Kapitel 3 dieses Berichtes dargestellt - belegt.

Abbildung 7: Wachstum der wichtigsten Einkommen 1964-1998



Quelle: Wifo, Statistik Austria

Welche Bedeutung Zinsen für die Vermögenseinkommen haben, zeigt sich beispielsweise auch daran, dass nach Angaben der Oesterreichischen Nationalbank die inländischen Kreditinstitute im Jahr 2007 für täglich fällige Spareinlagen durchschnittlich nur 1,74 % Zinsen pro Jahr gewährten, bei höheren Spareinlagen jedoch deutlich höhere Renditen. Einfacher gesagt: Wo Geld vorhanden ist, wird es mehr. Dementsprechend hat sich beispielsweise die Zahl der großen Sparguthaben und Geldmögen (über 1 Mio. Schilling bzw. rund 70.000 Euro) von 1993 bis 2003 – also innerhalb von nur 10 Jahren – auf rund eine Viertelmillion verdoppelt.⁵⁵ Auch die weitere Entwicklung zwischen 2003 und 2007 bestätigt den Eindruck, dass Geld sich

Zinsen

Wo Geld vorhanden ist, wird es mehr

⁵⁴ siehe KURIER, 12.2.2003

⁵⁵ OeNB – Statistische Monatshefte

dort, wo es vorhanden ist, vermehrt. So hat die Anzahl der Spareinlagen bis 10.000 Euro zwischen 2003 und 2007 um 1,1% abgenommen, die Anzahl jener über 100.000 Euro hat hingegen um 31,2% zugenommen.⁵⁶

**Nettozinserträge
der Banken mehr
als 7 Mrd. Euro**

Wo dagegen kein oder zu wenig Geld vorhanden ist, wird es sogar weniger. Für Überziehungskredite verlangten die inländischen Kreditinstitute 2007 durchschnittlich 7,50% Zinsen pro Jahr. Die Zinsen für Kredite nichtfinanzieller Unternehmen waren im Durchschnitt um 1% niedriger als jene der privaten Haushalte. In Summe erwirtschafteten die inländischen Kreditinstitute dadurch im Jahr 2007 Nettozinserträge von jeweils mehr als 7 Mrd. Euro, das heißt, ihre Zinseinnahmen waren um jährlich 7 Mrd. Euro höher als ihre Zinszahlungen. Österreichs private Haushalte und die Wirtschaft hatten 2002⁵⁷ bei den inländischen Banken Sicht-, Termin- und Spareinlagen von zusammen 175,1 Mrd. Euro und Kredite von insgesamt 196,2 Mrd. Euro, neuere Zahlen sind dazu nicht verfügbar.⁵⁸

Auch wer persönlich keine Schulden zu haben meint, zahlt Zinsen: etwa werden mit den Steuern die Zinsen der öffentlichen Schulden bezahlt, oder über die Preise von Waren und Dienstleistungen Zinsen von Unternehmenskrediten, oder über die Miete Zinsen für das Wohnbaurdarlehen oder Investmentkapital, mit dem das Haus errichtet wurde.

Der Finanzmarktstabilitätsbericht 15 der Österreichischen Nationalbank führt an, dass sich die Risikoposition der Haushalte 2007 verschlechtert hat. Grund dafür sind die steigenden Zinsen, *„die sich aufgrund des hohen Anteils von variabel verzinsten Krediten relativ rasch in den Kundenzinssätzen und damit im Zinsaufwand niederschlagen. Die gute Beschäftigungslage auf dem Arbeitsmarkt spiegelt sich nicht in entsprechenden Realeinkommenszuwächsen wider, und hat demnach wahrscheinlich die Fähigkeit der Haushalte, ihren Kreditverpflichtungen nachzukommen, nicht verbessert.“*⁵⁹

⁵⁶ OeNB, Statistiken - Daten & Analyse, Q3/08

⁵⁷ neue Daten nicht vorhanden

⁵⁸ OeNB: Statistisches Monatsheft 2/2004

⁵⁹ OeNB: Finanzmarktstabilitätsbericht 15, S.39

3. Einkünfte aus umverteilten Einkommen

Einkünfte aus umverteilten Einkommen sind einerseits Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, andererseits aber auch Sozial- und Sozialversicherungsleistungen. Die Sozialversicherungsleistungen beinhalten Familienleistungen, Wohnbeihilfen, Arbeitslosenunterstützungen, Krankengelder, Unfallrenten und Pensionen. Private Versicherungsleistungen fallen ebenfalls unter umverteiltes Einkommen.

Im Jahr 2005 betragen die Sozialausgaben in Österreich 70,61 Mrd. Euro, das waren 28,8% gemessen am BIP („Sozialquote“). Die Sozialquote ist in Österreich bis zum Jahr 1994 gestiegen und hat dann bis 2001 abgenommen, nach einem Anstieg bis 2003 (vor allem aufgrund höherer Ausgaben für die gestiegene Arbeitslosigkeit) gab es seither wieder einen leichten Rückgang. (siehe Tabelle 12: Entwicklung der Sozialausgaben und der Sozialquote in Österreich 1990-2005)

Sozialausgaben

Tabelle 12: Entwicklung der Sozialausgaben und der Sozialquote in Österreich 1990-2005

Jahr	Sozialausgaben in Mrd. Euro	Veränderung der Sozialausgaben gegenüber dem Vorjahr (in%)	Sozialquote (Sozialausgaben in % des BIP)
1990	35,50	-	26,0
1991	38,61	8,8	26,3
1992	41,79	8,2	26,9
1993	45,12	8,0	28,2
1994	48,82	8,2	28,9
1995	50,45	3,3	28,7
1996	52,30	3,7	28,8
1997	52,88	1,1	28,6
1998	54,51	3,1	28,3
1999	57,47	5,4	28,7
2000	59,30	3,2	28,2
2001	61,64	3,9	28,6
2002	64,31	4,3	29,1
2003	66,63	3,6	29,5
2004	68,73	3,2	29,1
2005	70,61	2,7	28,8

Quelle: BMSK/Statistik Austria, ESSOSS-Datenbank

Im internationalen Vergleich lag die Sozialquote Österreichs 2005 über dem EU-Durchschnitt, der 27,2% bei den EU 27 und 27,8% bei den EU 15 betrug. Die höchsten Sozialquoten hatten Schweden (32,0%), Frankreich (31,5%), Dänemark (30,1%), Belgien (29,7%) und Deutschland (29,4%). Am unteren Ende der Skala

Sozialquote liegt über EU-Durchschnitt

befanden sich Lettland (12,4%), Estland (12,5%) und Litauen (13,2%).⁶⁰

**Einkünfte aus
umverteilten
Einkommen
nominell
gestiegen**

Die Einkünfte aus umverteilten Einkommen sind von 1990 bis 2005 nominell um 98,3% gestiegen (siehe Tabelle 13: Sozialausgaben nach Funktionen (Sozialrisiken) 1990 – 2005), das ist mehr als die nominellen Zugewinne der ArbeitnehmerInnenentgelte und der Selbständigeneinkommen. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass die Zahl der PensionistInnen und Arbeitslosen stärker zugenommen hat als die Zahl der Beschäftigten, Selbständigen und Betriebe.

Mit 47% waren fast die Hälfte der Einkünfte aus umverteilten Einkommen im Jahr 2005 Pensionen (32.298 Mio. Euro), gefolgt von Geldleistungen im Krankheitsfall mit 26% (bzw. 17.432 Mio. Euro). Am stärksten gewachsen sind seit 1990 die Sozialausgaben für Arbeitslosigkeit (+142,4%), Familie (+105,2%) und Pensionen (+104,2%) sowie Krankheit (+94,06%).

Tabelle 13: Sozialausgaben nach Funktionen (Sozialrisiken) 1990 – 2005

Sozialrisiko	1990	1995	2000	2005	Veränderung von 1990-2005
Krankheit	8.983	12.529	14.665	17.432	94,06%
Invalidität	3.163	4.410	5.195	5.460	72,62%
Alter	15.815	22.089	26.949	32.298	104,22%
Hinterbliebene	754	864	885	886	17,51%
Familie	3.570	5.502	6.153	7.327	105,24%
Arbeitslosigkeit	1.625	2.834	2.793	3.939	142,40%
Wohnen und Soziale Ausgrenzung	540	675	607	963	78,33%
Insgesamt	34.450	48.902	57.247	68.306	98,28%

Quelle: BMSK/Statistik Austria, ESSOSS-Datenbank, www.bmsk.gv.at, Sozialstatistik

Politische Maßnahmen führten zu Senkung der Einkünfte aus umverteilten Einkommen

Unter dem Motto „Lohnnebenkostensenkung“, „Entlastung der Wirtschaft“, „Steuersenkung“, „Krankenkassenreform“ und „Pensionsreform“ liefen in den letzten Jahren in Österreich Bemühungen und Maßnahmen der Bundesregierungen, die auf eine Senkung der Steuern und Abgaben und somit auch auf eine daraus folgende Senkung der Einkünfte aus umverteilten Einkommen hinausliefen. In mehreren Schritten wurden seit 2000 die Beiträge der ArbeitgeberInnen zur Arbeitslosen-, Unfall- und Insolvenzversicherung („Lohnnebenkosten“) gesenkt, es wurden infolgedessen im Jahr 2001 das Arbeitslosengeld, die Bezugsdauer für Krankengeld und die Invaliditätspensionen gekürzt, es wurden die Unfallrenten besteuert, kurzzeitig auch Ambulanzgebühren eingeführt, es wurden seit 2000 die Pensionen im wesentlichen nur mehr unter der Inflationsrate angepasst, es trat 2004 eine

⁶⁰ epp.eurostat.ec.europa.eu - Gesamtausgaben für Sozialschutz (Stand: 29.03.2007)

Pensionsreform in Kraft, welche die künftigen Pensionen – nach Angaben der Regierung – um bis zu 10% kürzen soll. Im Gegenzug wurde lediglich das Karenzgeld in ein Kinderbetreuungsgeld umgewandelt, die Bezugsdauer um ein halbes Jahr und auch der Bezieherinnenkreis erweitert. Und die Abfertigung wurde umgewandelt in eine Vorsorge, die unabhängig vom Arbeitgeber angespart werden kann.

Lohnnebenkostensenkungen führen zu Einkommensminderungen gerade in Haushalten mit niedrigem oder ohne Erwerbseinkommen, weil dort Sozial- und Sozialversicherungsleistungen einen Großteil des Einkommens ausmachen: Bei Haushalten mit sehr niedrigem Lebensstandard (ohne Pensionistenhaushalte) machen Sozialleistungen – je nach Zahl der Kinder – zwischen 17 und 37% des Haushaltseinkommens aus.⁶¹ Selbst ein niedriger Lebensstandard kann oft nur durch Sozialleistungen absichert werden. Im Allgemeinen können Haushalte nur dann einen besseren Lebensstandard erreichen, wenn sie aufgrund von Erwerbstätigkeit ein Markteinkommen erzielen, stellte bereits der Sozialbericht 2001/2002 unmissverständlich fest. Selbst ein mittlerer Lebensstandard ist heute in der Regel nur mehr durch zwei Einkommen erreichbar. Chancen auf solche Einkommen bieten allerdings nur rund 20% aller Arbeitsplätze.⁶² Die wieder zunehmende Arbeitslosigkeit wirkt dem natürlich entgegen. Die bereits angesprochene Zunahme von Erwerbsverhältnissen mit geringeren Einkommen führt sogar dazu, dass trotz Erwerbstätigkeit und trotz Mehrfachverdienst Haushalte in Österreich immer häufiger nur einen niedrigen oder sehr niedrigen Lebensstandard bzw. Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle haben („working poor“).⁶³

Sozial- und Sozialversicherungsleistungen haben eine „armutslindernde“ Wirkung. In nicht armutsgefährdeten Haushalten machen Sozialleistungen immerhin 33% des Einkommens aus, in armutsgefährdeten Haushalten hingegen sogar 60%. OHNE Sozial- und Sozialversicherungsleistungen wären im Jahr 2006 nicht 13% der Bevölkerung armutsgefährdet gewesen, sondern 43%.

**Einkommens-
minderungen**

**Sozial(versiche-
rungs)leistungen
haben eine „ar-
mutslindernde“
Wirkung**

3.1. Arbeitslosengeld und Notstandshilfe

Im Jahr 2007 waren in Österreich 222.284 Menschen arbeitslos, das entsprach einer Arbeitslosenquote von 6,2%. Nachdem die Arbeitslosenquote in den 1990er Jahren kontinuierlich gestiegen ist und erst in den Jahren 1999 und 2000 leicht zurückging, begann sie zu Beginn des neuen Jahrtausends wieder zu steigen. Im Jahr 2006 und 2007 nahm sie wieder ab, auch die ersten Zahlen aus 2008 zeigten diese positive Entwicklung, die allerdings durch die Auswirkungen der US-Finanzkrise 2009 wieder gestoppt werden dürfte.

**222.284
Arbeitslose 2007**

⁶¹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.39

⁶² BMSK: Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.38 und 40

⁶³ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.28 f.

**Geschlechts-
spezifische
Unterschiede in
der Betroffenheit**

Bei der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit lassen sich geschlechtsspezifische Unterschiede feststellen. Seit dem Jahr 1986 bis zum Jahr 2000 hatten Frauen eine höhere durchschnittliche Arbeitslosenquote als Männer. Erst seit 2001 sind Männer von Arbeitslosigkeit stärker betroffen als Frauen. Im Jahr 2007 waren 124.346 Männer ohne Beschäftigung, das entsprach einer Arbeitslosenquote von 6,5%, hingegen betrug die Arbeitslosenquote bei Frauen „nur“ 6% (97.902 Personen).⁶⁴

**Bundesländer-
unterschiede**

Im Bundesländervergleich wiesen Wien (8,5%), das Burgenland (7,6%) und Kärnten (7,3%) 2007 die höchste Arbeitslosigkeit auf. Am geringsten war die Arbeitslosigkeit in Oberösterreich (3,6%), Salzburg (4%) und Tirol (5,3%). (siehe Tabelle 14: Arbeitslose und Arbeitslosenquote in Österreich 2007)

Tabelle 14: Arbeitslose und Arbeitslosenquote in Österreich 2007

Bundesland	Frauen		Männer		insgesamt	
	Anzahl	Arbeits- losenquote	Anzahl	Arbeits- losenquote	Anzahl	Arbeits- losenquote
Burgenland	3.171	7,2	4.106	8,0	7.277	7,6
Kärnten	7.447	7,2	8.831	7,4	16.278	7,3
Niederösterreich	16.845	6,4	20.516	6,3	37.361	6,3
Oberösterreich	10.530	3,9	11.789	3,4	22.319	3,6
Salzburg	4.689	4,1	5.063	3,9	9.752	4,0
Steiermark	14.074	6,1	17.868	6,7	31.942	6,4
Tirol	7.896	5,6	8.515	5,1	16.410	5,3
Vorarlberg	4.366	6,4	4.280	5,1	8.646	5,7
Wien	28.885	7,0	43.379	9,9	72.264	8,5
Österreich	97.902	6,0	124.346	6,5	222.248	6,2

Quelle: AMS, Jahresfolder 2007

**Internationaler
Vergleich**

Im internationalen Vergleich der Arbeitslosigkeit nimmt Österreich eine gute Stellung ein.⁶⁵ Innerhalb der EU hat Österreich mit einer voraussichtlichen Quote von 4,2% im Jahr 2008 die viertniedrigste Arbeitslosenquote aller EU-Staaten. Darunter werden nur die Niederlande (2,9%), Dänemark (3,1%) und Zypern (3,7%) liegen. Die Arbeitslosenquote im EU-Durchschnitt wird bei 6,8% erwartet. Die höchsten Arbeitslosenquoten werden in der Slowakei (9,8%) und in Spanien (9,3%) erwartet.⁶⁶

Schulungen

Von den durchschnittlich 222.248 arbeitslosen Menschen in Österreich befanden sich 2007 52.653 Personen in Schulungen, das war eine Abnahme um 8,4% im Vergleich zum Vorjahr. 28.005 (53%) der SchulungsteilnehmerInnen waren Frauen, das waren um 7,9% weniger als im Vorjahr, 24.648 (minus 9% im Vergleich zum Jahr 2006)

⁶⁴ AMS: Zeitreihen: Arbeitsmarktlage der Männer und Frauen (auf www.ams.at)

⁶⁵ Das AMS gibt Registerarbeitslosenquoten heraus. Der internationale Vergleich zieht eine andere Berechnung der Arbeitslosigkeit vor (Befragung einer Stichprobe von Haushalten). Die hier ausgegebenen Arbeitslosenquoten entsprechen dieser Berechnung

⁶⁶ EU-Kommission: Economic Forecast, Spring 2008, S.149

waren Männer.⁶⁷

Tatsächlich waren aber im Jahr 2007 weit mehr als die durchschnittlich 222.248 Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen: Insgesamt gab es 903.628 Personen, die sich arbeitslos gemeldet haben („Zugänge“), das waren um 17.352 Personen oder 1,9% weniger als noch im Jahr davor. 1.044.524 Personen traten aus der Arbeitslosigkeit heraus und fanden wieder einen Arbeitsplatz („Abgänge“), das war ein Minus von 24.362 oder von 2,3%.⁶⁸

Zu- und Abgänge

Betrachtet man in diesem Zusammenhang den Einfluss des Alters, so zeigt sich, dass im Jahr 2007 die Altersgruppe der 25- bis 44-jährigen mit 51% (412.860 Personen) den größten Teil der Arbeitslosen ausmachte; sie stellte allerdings auch den größten Teil des Arbeitskräftepotentials. Der Anteil der unter 25-jährigen an allen Arbeitslosen betrug 22% (168.744) und jener der über 45-jährigen 27% (211.344 Personen). Zu beobachten ist, dass mit steigendem Alter die Betroffenheit sinkt, jedoch die Dauer der Arbeitslosigkeit ansteigt.⁶⁹

Alterseffekt

Mit durchschnittlich 39.563 Personen waren knapp 18% der Arbeitslosen ausländische StaatsbürgerInnen. Frauen waren davon weniger betroffen als Männer, ihr Anteil machte 38,6% aus (152.911 Personen).⁷⁰ Insgesamt waren im Jahr 2007 146.671 ausländische Erwerbstätige von Arbeitslosigkeit betroffen, das waren um 2,3% weniger als 2006.⁷¹ Interessant zu beobachten ist, dass zwar 18,9% aller von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen ausländische StaatsbürgerInnen waren, ihr Anteil an den Langzeitarbeitslosen aber nur 15,4% betrug.⁷² Die Arbeitslosenquote von ausländischen Erwerbstätigen lag mit 8,8% deutlich über jener der Inländer/innen (5,9%).⁷³ Das Arbeitsplatzrisiko eines Beschäftigten aus dem Ausland (32,4%) lag jedoch über dem eines inländischen Erwerbstätigen (20,3%).⁷⁴

**Ausländische
Staatsbürger-
Innen**

Im Jahr 2007 bezogen in Österreich 114.469 Menschen Arbeitslosengeld, das waren um 6.227 Personen weniger als im Vorjahr. 48.862 der Arbeitslosengeldbezieher/innen (43%) waren Frauen (minus 843 gegenüber 2006) und 65.605 waren Männer (minus 5.659 gegenüber 2006).

Arbeitslosengeld

Der durchschnittliche Tagessatz beim Arbeitslosengeld betrug in Österreich 2007 24,90 Euro. Frauen bekamen durchschnittlich 22,10 Euro pro Tag, das ergab im Monat zwischen 663 und 685,10 Euro. Der durchschnittliche Tagessatz der Männer

**Tagsatz
Arbeitslosengeld**

⁶⁷ AMS: Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

⁶⁸ AMS: Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

⁶⁹ AMS: Arbeitsmarktlage 2007, S.22

⁷⁰ AMS: Arbeitsmarktlage 2007, Tabelle 7

⁷¹ AMS: Arbeitsmarktlage 2007, S.21

⁷² AMS: Arbeitsmarktlage 2007, S.28

⁷³ AMS: Arbeitsmarktlage 2007, Tabelle 12

⁷⁴ AMS: Arbeitsmarktlage 2007, S.32

betrug 27 Euro, das ergab monatlich zwischen 810 und 837 Euro. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld der österreichischen Arbeitnehmer betrug im Jahr 2007 damit um 22% mehr als jenes der Arbeitnehmerinnen.

Bundesländer- unterschiede

Die Höhe des Arbeitslosengeldes schwankte zwischen den Bundesländern leicht. So wurde mit 25,30 Euro täglich das höchste Arbeitslosengeld in Vorarlberg bezahlt. Den niedrigsten Tagessatz hatten Oberösterreich mit 24,60 und Wien mit 24,70 Euro pro Tag. (siehe Tabelle 15: Durchschnittliches Arbeitslosengeld in Österreich 2007 in Euro)

Tabelle 15: Durchschnittliches Arbeitslosengeld in Österreich 2007 in Euro

Bundes- land	Frauen			Männer			insgesamt		
	Anzahl	täglich	= monat- lich	Anzahl	täglich	= monat- lich	Anzahl	täglich	= monat- lich
Burgenland	1.639	21,5	645,00- 666,50	2.545	27,3	819,00- 846,30	4.184	25,0	750,00- 775,00
Kärnten	4.411	22,0	660,00- 682,00	5.726	27,6	828,00- 855,60	10.138	25,2	756,00- 781,20
NÖ	7.904	22,1	663,00- 685,10	11.048	27,3	819,00- 846,30	18.952	25,1	753,00- 778,10
OÖ	6.377	21,5	645,00- 666,50	7.887	27,2	816,00- 843,20	14.264	24,6	738,00- 762,60
Salzburg	3.451	22,4	672,00- 694,40	3.826	27,3	819,00- 846,30	7.277	25,0	750,00- 775,00
Steiermark	6.971	21,4	642,00- 663,40	10.254	27,2	816,00- 843,20	17.225	24,9	747,00- 771,90
Tirol	5.682	22,3	669,00- 691,30	6.277	27,6	828,00- 855,60	11.959	25,1	753,00- 778,10
Vorarlberg	2.313	22,5	675,00- 697,50	2.363	28,0	840,00- 868,00	4.677	25,3	759,00- 784,30
Wien	10.114	23,0	690,00- 713,00	15.679	25,7	771,00- 796,70	25.793	24,7	741,00- 765,70
Österreich	48.862	22,10	663,00- 685,10	65.605	27,0	810,00- 837,00	114.469	24,9	747,00- 771,90

Quelle: AMS, Arbeitsmarktdaten

Notstandshilfe

Nach dem Bezug des Arbeitslosengeldes (oder Karenzgeldes), welches befristet ist, kann die Notstandshilfe beantragt werden. Im Falle einer Notlage, hierbei wird sowohl das eigene Einkommen als auch jenes des Ehepartners oder Lebensgefährten im gleichen Haushalt berücksichtigt, kann Notstandshilfe im Prinzip ohne zeitliche Begrenzung bezogen werden.

Insgesamt bezogen in Österreich 2007 85.182 Menschen Notstandshilfe, das war ein Rückgang von 6.627 Personen im Vergleich zum Jahr 2006. 41% der

Notstandshilfebezieher/innen waren Frauen (35.045 Personen) (minus 2.359 Personen gegenüber 2006) und 50.136 Männer (minus 4.367 gegenüber 2006).

Der durchschnittliche Tagessatz der Notstandshilfe betrug Österreichweit 2007 19,30 Euro. Frauen bekamen durchschnittlich 16,70 Euro täglich, das entsprach monatlich zwischen 401 und 517,70 Euro. Männer bekamen pro Tag durchschnittlich 21 Euro, das entsprach monatlich zwischen 630 und 651,00 Euro. Die durchschnittliche Notstandshilfe der österreichischen Männer betrug 2007, das war um 26% mehr als jene der Frauen.

Bei der Notstandshilfe sind die Unterschiede zwischen den Bundesländern etwas größer als beim Arbeitslosengeld. Die höchste Notstandshilfe wurde in Vorarlberg mit täglich 20,30 Euro bezahlt. Lediglich 18,80 Euro wurden in Oberösterreich ausbezahlt. (siehe Tabelle 16: Durchschnittliche Notstandshilfe in Österreich 2007 in Euro)

Tagsatz
Notstandshilfe

Bundesländer-
unterschiede

Tabelle 16: Durchschnittliche Notstandshilfe in Österreich 2007 in Euro

Bundesland	Frauen			Männer			insgesamt		
	Anzahl	täglich	= monatlich	Anzahl	täglich	= monatlich	Anzahl	täglich	= monatlich
Burgenland	1.002	15,9	477,00-492,90	1.346	21,4	642,00-663,40	1.346	19,0	570,00-589,00
Kärnten	2.204	16,5	495,00-511,50	2.658	21,2	636,00-657,20	4.863	19,1	573,00-592,10
NÖ	6.139	16,4	492,00-508,40	8.200	21,5	645,00-666,50	14.338	19,3	579,00-598,30
OÖ	2.885	15,9	477,00-492,90	3.457	21,2	636,00-657,20	6.342	18,8	564,00-582,80
Salzburg	937	17,1	513,00-530,10	1.179	21,1	633,00-654,10	2.115	19,3	579,00-598,30
Steiermark	4.838	16,2	486,00-502,20	6.438	21,3	639,00-660,30	11.276	19,1	573,00-592,10
Tirol	1.480	16,6	498,00-514,60	1.686	21,4	642,00-663,40	3.167	19,2	576,00-595,20
Vorarlberg	1.370	17,3	519,00-536,30	1.622	22,8	684,00-706,80	2.992	20,3	609,00-629,30
Wien	14.190	17,3	519,00-536,30	23.550	20,6	618,00-638,60	37.741	19,3	579,00-598,30
Österreich	35.045	16,7	501,00-517,70	50.136	21,0	630,00-651,00	84.180	19,3	579,00-598,30

Quelle: AMS, Arbeitsmarktdaten

In den letzten 5 Jahren sind sowohl das Arbeitslosengeld sowie die Notstandshilfe leicht gestiegen. Das durchschnittliche tägliche Arbeitslosengeld betrug 2007 um 1,40

Euro mehr als im Jahr 2002. Die durchschnittliche Notstandshilfe ist nur um 0,80 Euro im selben Zeitraum angestiegen.⁷⁵

Durchschnittliche/s Arbeitslosengeld und Notstandshilfe unter der Armutsgefährdungsschwelle

Aufgrund des schwachen Anstiegs der Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezüge und des ohnehin schon sehr niedrigen Niveaus dieser Sozialleistungen ist es nicht verwunderlich, dass sowohl das durchschnittliche Arbeitslosengeld wie auch die durchschnittliche Notstandshilfe in Österreich (wie auch in den einzelnen Bundesländern) unter der Armutsgefährdungsgrenze liegen.

Durchschnittlich lag das monatliche Arbeitslosengeld der österreichischen Männer um bis zu 83 Euro und jenes der Frauen um bis zu 230 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle von 2006 (893 Euro/Monat). Je nach Bundesland ergaben sich jedoch deutlich größere Differenzen: so lag es bei den männlichen Erwerbstätigen in Wien sogar um 122 Euro, bei jenen aus Vorarlberg „nur“ um 53 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle. Bei den Frauen lag es in der Steiermark um 251 Euro, in Wien hingegen „nur“ um 203 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle.

Die durchschnittliche Notstandshilfe lag noch deutlicher unter der Armutsgefährdungsschwelle von 2006: bei den österreichischen Männern um bis zu 263 Euro und bei den österreichischen Frauen um bis zu 492 Euro. Die größte Differenz zur Armutsgefährdungsschwelle gab es für Männer in Wien (275 Euro) und für Frauen im Burgenland (416 Euro).

Entscheidend dafür, ob es dauerhaft zu Armutsgefährdung und Armut kommt, ist, ob im Laufe des Jahres zumindest zeitweise Erwerbsarbeit und –einkommen erlangt werden kann, beziehungsweise wie die Einkommenssituation und Kostenbelastung im Haushalt insgesamt aussieht. In Haushalten, in denen ein Arbeitsloser lebt, führt der Verlust der Erwerbsarbeit meist zu einem sprunghaften Anstieg der Armutsgefährdungsquote auf 33%, wobei Haushalte mit einem Langzeitarbeitslosen (12 oder mehr Monate arbeitslos) eine Gefährdungsquote von sogar 40% haben. Kurzarbeitslosigkeit (weniger als 6 Monate) erhöht zwar die Armutsgefährdung, ist aber im Vergleich zu Haushalten mit Langzeitarbeitslosigkeit, mit 9%, relativ gering.⁷⁶

105.000 Haushalte wegen Arbeitslosigkeit armutsgefährdet

Im Jahr 2007 waren insgesamt 775.341 Personen zumindest einen Tag als arbeitslos gemeldet. Davon waren 118.863 langzeitarbeitslos und 639.797 kurzzeitig ohne Beschäftigung.⁷⁷ Ausgehend von der Armutsgefährdungsquote für Langzeitarbeitslosigkeit (40%) und Kurzarbeitslosigkeit (9%), kann angenommen werden, dass im Jahr 2006 in Österreich etwa 105.000 Haushalte aufgrund von eigener Arbeitslosigkeit oder jener eines Familienmitglieds zumindest zeitweise armutsgefährdet waren.

⁷⁵ AMS: Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

⁷⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.34 und S.41

⁷⁷ AMS: Arbeitsmarktlage 2007

3.2. Pensionen

Im Jahr 2006 wurden in Österreich insgesamt 1.921.022 Pensionen ausbezahlt, davon gingen 855.096 an Männer und 1.065.926 an Frauen.

Die durchschnittliche Jahresnettopension eines österreichischen Arbeitnehmers betrug im Jahr 2006 18.196 Euro, das waren monatlich 1.300 Euro. Österreichische Pensionistinnen bezogen durchschnittlich 12.413 Euro, was eine durchschnittliche Monatspension von nur etwa 887 Euro ergab. (siehe Tabelle 17: durchschnittliche Nettojahrespension der österreichischen ArbeitnehmerInnen 2005 und 2006 in Euro)

**durchschnittliche
Jahresnetto-
pension
18.196 Euro**

Tabelle 17: durchschnittliche Nettojahrespension der österreichischen ArbeitnehmerInnen 2005 und 2006 in Euro

	Anzahl		durchschnittliche Nettojahrespension		:14	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Männer						
ganzjährige Bezüge	804.696	812.012	18.792	18.759	1.342	1.340
nicht ganzjährige Bezüge	42.470	43.084	7.309	7.587	522	542
insgesamt	847.166	855.096	17.792	18.196	1.270	1.300
Frauen						
ganzjährige Bezüge	1,008.414	1,013.856	12.404	12.773	886	912
nicht ganzjährige Bezüge	51.745	52.070	5.169	5.409	369	236
insgesamt	1,060.159	1,065.926	12.051	12.413	861	887
gesamt	1,907.325	1,921.022	14.601	14.987	1.043	1.071

Quelle: Statistik Austria: Statistik der Lohnsteuer 2005, S.278 f. und Statistik der Lohnsteuer 2006, S.280 f.

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen aus dem aktiven Erwerbsleben finden ihre Fortsetzung in der Pension, denn Arbeitnehmer hatten 2006 in Österreich eine um durchschnittlich 47% (oder monatlich 413 Euro) höhere Pension als Arbeitnehmerinnen.

Bei Frauen mit ganzjährigen Bezügen lag die Pension durchschnittlich um 147 Euro monatlich über der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2006. Bei Frauen, die keine ganzjährigen Bezüge aufwiesen, stellt sich die Situation anders dar. Ihr monatliches Einkommen lag durchschnittlich sogar um 379 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle. Auch bei den männlichen Pensionisten lag die durchschnittliche Pension unter jenen mit nicht ganzjährigen Bezügen um 223 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle. Nicht ganzjährige Beschäftigung bedeutet also sowohl für Frauen als auch für Männer in der Pension Armutsgefährdung, allerdings sind Frauen durch die deutlich niedrigere Pension stärker davon betroffen.

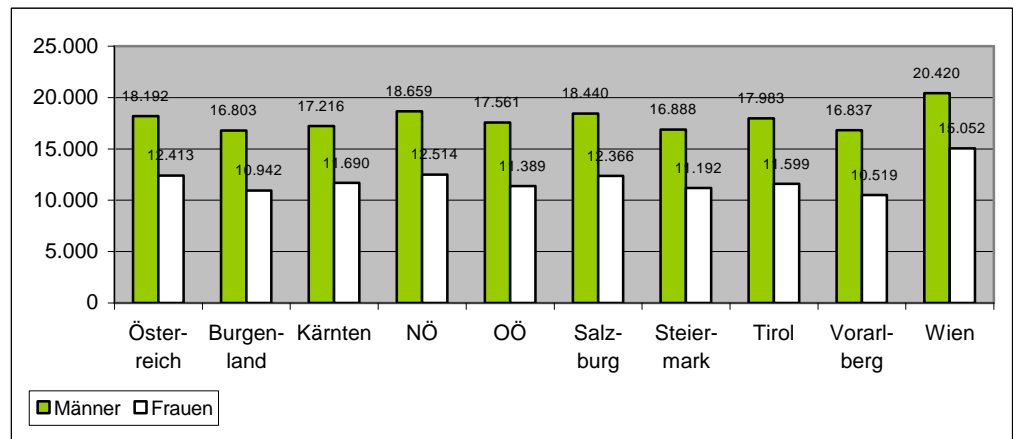
**Einkommens-
unterschiede
zwischen den
Geschlechtern
finde ihre Fort-
setzung in der
Pension**

Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind gravierend. Die höchsten Pensionen werden durchschnittlich vor allem in Wien sowie in Niederösterreich und

**Bundesländer-
unterschiede**

Salzburg ausbezahlt, die geringsten im Burgenland, Vorarlberg und der Steiermark. So lag die Durchschnittspension eines Wieners um 22% (oder 258 Euro monatlich) über der eines Burgenländers, die einer Wienerin sogar um 43% (oder 324 Euro monatlich) über jener einer Vorarlbergerin. (siehe Abbildung 8: durchschnittliche Nettojahrespension der österreichischen ArbeitnehmerInnen 2006 nach Bundesländern in Euro)

Abbildung 8: durchschnittliche Nettojahrespension der österreichischen ArbeitnehmerInnen 2006 nach Bundesländern in Euro



Quelle: Statistik Austria: Statistik der Lohnsteuer 2006

Ausgleichszulage

Personen, deren Eigenpension nicht hoch genug ist, beziehen eine Ausgleichszulage. Die vom Nationalrat bestimmten Ausgleichszulagenrichtsätze für das Jahr 2007 betragen für Alleinstehende 726 Euro und für Ehepaare 1.091 Euro monatlich. Diese Werte entsprachen allerdings der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2004, so dass BezieherInnen einer Ausgleichszulage weiterhin in die Gruppe der armutsgefährdeten Personen fielen. Die Ausgleichszulagenrichtsätze lagen im Jahr 2007 bei Alleinstehenden um 39 Euro und bei Ehepaaren um etwa 57 Euro monatlich unter den Schwellenwerten des Jahres 2006.

239.515 Bezieher

Insgesamt bezogen im Dezember 2007 239.515 Personen eine Ausgleichszulage, das waren 11,3% aller Pensionisten in Österreich. Frauen sind aufgrund der niedrigeren Eigenpension in stärkerem Maße von dieser Leistung abhängig. So waren 69% der AusgleichszulagenbezieherInnen Frauen (164.544 Personen).

Die durchschnittliche Ausgleichszulage in Österreich betrug zuletzt (2007) 263 Euro pro Monat. Allerdings ergaben sich bundesländerspezifische Unterschiede. So wurde mit 288 Euro die durchschnittlich höchste Ausgleichszulage in Tirol und die niedrigste in Oberösterreich (250 Euro) ausbezahlt.

Die verhältnismäßig meisten BezieherInnen der Ausgleichszulage kamen aus der Steiermark (21%) und Niederösterreich (17%). Die wenigsten kamen aus Vorarlberg (3%) und dem Burgenland (4%).

Gemessen an den sich in Pension befindlichen Personen bezogen in Kärnten mit 18,8% aller PensionistInnen die meisten eine Ausgleichszulage. In Wien bezogen sie dagegen nur 9,5% aller PensionistInnen. (siehe Tabelle 18: Ausgleichszulagen nach Bundesländern Dezember 2007)

Tabelle 18: Ausgleichszulagen nach Bundesländern Dezember 2007

Bundesland	Empfänger	in % des Pensionsstandes	durchschnittliche Ausgleichszulage in Euro
Wien	36.138	9,5	260
Niederösterreich	41.486	11,0	256
Burgenland	10.296	14,1	257
Oberösterreich	36.637	11,4	250
Steiermark	50.064	17,7	271
Kärnten	24.114	18,8	262
Salzburg	12.303	11,3	260
Tirol	21.163	15,9	288
Vorarlberg	7.314	9,8	267
Österreich	239.515	11,3	263

Quelle: www.sozialversicherung.at, Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen (21.Ausgabe: August 2008), S.22

Aufgrund der teils niedrigen Pensionen weisen PensionistInnenhaushalte mit 16% eine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf. So sind in Österreich 249.600 Personen, die in einem Haushalt mit zumindest einem Pensionisten leben, armutsgefährdet. Alleinstehende Pensionistinnen sind besonders stark davon betroffen. 28% (120.700 Personen) sind aufgrund ihrer niedrigen Pension armutsgefährdet.⁷⁸ Ein Grund hierfür ist auch darin zu sehen, dass nicht wenige Pensionistinnen als Haupteinkommensquelle ausschließlich eine Hinterbliebenenpension haben (im Jahr 2001 waren es 13% aller PensionistInnen (oder 223.042 Personen), während praktisch alle Männer über eine Eigenpension verfügten.⁷⁹

PensionistInnenhaushalte überdurchschnittlich armutsgefährdet

3.3. Pflegeleistungen

Im Juli 1993 trat das Bundespflegegesetz in Kraft, welches festlegt, dass allen Personen, die aufgrund von Krankheit oder Behinderung Pflegebedarf haben, ein Pflegegeld, unabhängig von Einkommen und Vermögen, ausbezahlt wird.⁸⁰ Je nach

⁷⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.41

⁷⁹ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Österreich, S.12

⁸⁰ es steht Personen zu, die einen Pensionsanspruch haben

Bundespflegegeld

334.162

Bezieher/innen

Ausgaben für Bundespflegegeld 1,6 Mrd. Euro

Grad der Pflegebedürftigkeit wird pensionsberechtigten Personen ein Bundespflegegeld der Stufe 1 bis 7 gewährt, mit dem Pflegeleistungen abgegolten werden sollen. Doch die erbrachten Pflegeleistungen übersteigen wertmäßig oft das Pflegegeld. Denn der implizierte Stundenlohn der Pflegestufe 1 beträgt (nach der Erhöhung ab 1.1.2009) 3,08 Euro, in der aufwändigsten Pflegestufe 7 (Pflegebedarf von mehr als 180 Stunden pro Monat) maximal 9,20 Euro.⁸¹

In Österreich erhielten im Jahr 2006 334.162 Personen⁸² Bundespflegegeld.⁸³ Gegenüber 1995 war das ein Plus von 19% bzw. über 50.000 Personen. In etwa zwei Drittel der BezieherInnen waren Frauen, ein Drittel Männer. Dieses Verhältnis ist seit 1995 relativ unverändert. Der Großteil der BezieherInnen bezog ein Pflegegeld der unteren Stufen: 56% der BezieherInnen entfielen auf die ersten zwei und insgesamt 73% auf die ersten drei Pflegestufen, wobei es kaum geschlechtsspezifische Unterschiede innerhalb der Stufen gibt. Ende 2005⁸⁴ waren 88% aller BundespflegegeldbezieherInnen älter als 60 Jahre alt. (siehe Tabelle 19: BundespflegegeldbezieherInnen Ende 2006)

Die Ausgaben für das Bundespflegegeld betragen im Jahr 2006 1,6 Mrd. Euro, das war im Vergleich zum Jahr 1996 um etwa 23% mehr. Das durchschnittliche monatliche Pflegegeld lag bei 401 Euro.⁸⁵

Tabelle 19: BundespflegegeldbezieherInnen Ende 2006

	Bezieher insgesamt	Davon in Stufe						
		1	2	3	4	5	6	7
Frauen	226.516	53.690	75.853	36.398	33.550	17.641	5.570	3.814
Männer	107.646	20.000	38.623	18.050	17.441	8.600	3.135	1.797
insgesamt	334.162	73.690	114.476	54.448	50.991	26.241	8.705	5.611
Anteile in % insgesamt	100	22	34	16	15	8	3	2

Quelle: Statistik Austria (www.statistik.at)

Landespflegegeld

Das Landespflegegeld ist durch die Pflegegesetze der Bundesländer geregelt und wird, wie das Bundespflegegeld, nach dem erforderlichen Pflegebedarf – in sieben Pflegestufen – bemessen.⁸⁶ Es steht Personen zu, die noch keinen Pensionsanspruch haben.

60.971 Bezieher

In Österreich bezogen Ende 2006 60.971 Personen Landespflegegeld, davon waren ebenfalls etwa zwei Drittel Frauen (40.080 Personen) und ein Drittel Männer (20.891

⁸¹ Die geplante Pflegegelderhöhung erkennt dieses Problem zwar an, kann für die anfallenden Kosten aber dennoch nur einen Teil beitragen.

⁸² Ohne Landeslehrer und Opferbefürsorgte, weil diese Daten in der Aufgliederung nach dem Geschlecht nicht vorliegen. Mit Landeslehrer und Opferbefürsorgte beträgt die Zahl 323.288.

⁸³ Anfrage an Statistik Austria

⁸⁴ Hierzu gibt es noch keine neueren Statistiken

⁸⁵ Statistik Austria:

www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialeleistungen_auf_bundesebene/bundespflegegeld/index.html (Stand: 21.08.2008)

⁸⁶ es steht Personen zu, die keinen Pensionsanspruch haben

Personen). Das war ein Plus von 13% bzw. 7.100 Personen gegenüber dem Jahr 1996.⁸⁷ Beim Landespflegegeld werden die oberen Pflegestufen etwas stärker in Anspruch genommen als beim Bundespflegegeld. So befanden sich 69% aller Bezieher/innen in den Pflegestufen 1 bis 3 (42.087 Personen) und 29% in den Stufen 4 bis 7 (17.408 Personen).

Anders als beim Bundespflegegeld sind die BezieherInnen des Landespflegegeldes jünger. So waren nur 44% der Bezieher/innen älter als 60 Jahre und 38% unter 40 Jahre. Es zeigt sich hier allerdings ein deutlicher Geschlechtsunterschied: 63% der männlichen Bezieher, aber nur 24% der weiblichen waren nicht älter als 40 Jahre, dafür waren 59% der weiblichen Bezieherinnen, aber nur 15% der männlichen älter als 60 Jahre. Die Ausgaben für das Landespflegegeld betragen 2006 303 Millionen Euro, das war ein Plus, im Vergleich zu 1996, von 13%. Das durchschnittliche monatliche Landespflegegeld lag zuletzt (2006) bei etwa 428 Euro.

Die meisten LandespflegegeldbezieherInnen kommen aus Wien (12.760 Personen), Niederösterreich (11.382 Personen) und der Steiermark (10.268 Personen). Auf diese drei Bundesländer entfallen 56% aller LandespflegegeldbezieherInnen sowie 57% aller Ausgaben.⁸⁸ (siehe Tabelle 20: LandespflegegeldbezieherInnen Ende 2006)

**Ausgaben für
Landespflege-
geld 303 Mio.
Euro**

Tabelle 20: LandespflegegeldbezieherInnen Ende 2006

	Bezieher			Pflegestufen		Ausgaben in Mio. Euro
	Frauen	Männer	insgesamt	1-3	4-7	
Burgenland	1.297	549	1.846	1.217	590	10,542
Kärnten	4.193	1.436	5.629	4.008	1.496	19,99
Niederösterreich	7.724	3.658	11.382	7.768	3.342	58,007
Oberösterreich	6.038	3.100	9.138	6.465	2.414	47,89
Salzburg	2.034	1.193	3.227	2.305	838	16,564
Steiermark	7.346	2.922	10.268	6.977	3.291	53,8
Tirol	3.043	1.534	4.557	3.005	1.429	23,334
Vorarlberg	1.343	801	2.144	1.247	702	11,026
Wien	7.062	5.698	12.760	9.095	3.306	62,487
Österreich	40.080	20.891	60.971	42.087	17.408	303,642

Quelle: Statistik Austria (www.statistik.at)

Pflegedienstleistungen (wie Soziale Dienste) und Pflegeeinrichtungen (wie geriatrische Tageszentren, Wohngemeinschaften und zum Teil SeniorInnen- und vor allem Pflegeheime) werden in der Regel durch die Bundesländer organisiert und sollen Haushalte von Betreuungs- und pflegerischen Leistungen entlasten. Im Jahr 2006 wurden in Österreich für die Alten- und Pflegeheime 1,2 Mrd. Euro, für die Be-

⁸⁷ Statistik Austria:
www.statistik.at/web_de/static/landespflegegeldbezieher_und_landespflegegeldbezieherinnen_1996-2006_020138.pdf (Stand: 14.07.2008)

⁸⁸ Statistik Austria:
www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialeleistungen_auf_landesebene/landespflegegeld/index.html

hindertenhilfe 863 Mio. Euro und für Soziale Dienste 294 Mio. Euro aufgewandt.⁸⁹

Es zeigt sich allerdings eine deutliche Differenz zwischen der Anzahl jener Menschen, die Pflegegeld in Anspruch nehmen und jener, die in einem Alter sind, in dem üblicherweise Pflegebedarf besteht. So war im Jahr 2006 die Zahl der über 70-jährigen Personen (ein Alter, an dem erstmals Hilfe erforderlich ist) in Österreich (949.700 Personen) beinahe drei Mal so hoch, wie jene, die tatsächlich Pflegegeld bezogen. Vor allem in ländlichen Regionen ist die Inanspruchnahme eigentlich gebührender Leistungen oft gering.

Steuerliche Maßnahmen

Großteil der Pflegeleistungen durch Angehörige

Das Pflegegeld soll dazu dienen, dass pflegebedürftige Menschen Hilfspersonal, Soziale Dienste oder Pflegeeinrichtungen für deren Dienstleistungen bezahlen. Weiters sollen steuerliche Maßnahmen wie zum Beispiel der Selbsthalterlass bei Aufwendungen für Behinderungen von Kindern bei außergewöhnlichen Belastungen den Familien helfen. Zudem erhalten Familien mit behinderten Kindern und Jugendlichen eine erhöhte Familienbeihilfe. Die staatlichen Unterstützungen sind jedoch in der Regel zu niedrig, um die tatsächlichen Aufwendungen für die Betreuung und Pflege zu gewährleisten, weshalb ein Großteil der Pflegeleistungen durch Angehörige, insbesondere durch Frauen, und nicht von Sozialen Diensten oder geriatrischen Einrichtungen, erbracht wird. Im Jahr 2002 gab es in Österreich 464.800 Personen, deren Pflege durch insgesamt 425.900 Angehörige (281.900 Frauen und 144.000 Männer) erfolgte.⁹⁰ Eine groß angelegte Untersuchung der häuslichen Pflege durch das Sozialministerium im Jahr 2003 ergab, dass in 80 bis 90% der Betreuungs- und Pflegefälle Hilfsmaßnahmen (wie Einkaufen und Reinigung der Wohnung) durch Angehörige (oder andere Personen; Anm. der VerfasserInnen) erfolgten und in nur 15 bis 20% durch mobile Dienste und stationäre Einrichtungen. Auch aufwändigere Betreuungs- und Pflegemaßnahmen wie Körperpflege, An- und Auskleiden, Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten, Notdurftbetreuung, Medikamentengabe und Mobilität im Wohnbereich wurden mehrheitlich von Angehörigen durchgeführt.⁹¹ *„Zwei Drittel der untersuchten Pflegegeldbezieherinnen und –bezieher nehmen professionelle Dienste gar nicht in Anspruch.“⁹²*

Die in Anspruch genommenen Leistungsbezüge (in Form von Pflegegeld oder einer erhöhten Familienbeihilfe) verringern für Haushalte mit pflegebedürftigen Personen das Armutsrisiko auf ein durchschnittliches Maß. Stehen solche Leistungen entweder nicht zur Verfügung oder reichen sie nicht aus, um den Betreuungs- und

⁸⁹ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, 08.31, S.232

⁹⁰ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, S.44

⁹¹ vgl. Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung

⁹² Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, S.24

Pflegeaufwand zu bezahlen, erhöht sich die Armutsgefährdungsquote sprunghaft auf 20%. Dies ist in Österreich in Haushalten mit zusammen 236.000 Menschen der Fall. Bei dieser Gruppe wird die Bedeutung von ausreichenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen zur Verringerung von Armutsgefährdung besonders deutlich. Armutsgefährdung von Haushalten mit pflegebedürftigen Menschen entsteht meist dadurch, dass die Erwerbstätigkeit pflegender Angehöriger eingeschränkt wird, denn etwa die Hälfte der pflegenden Angehörigen arbeitet nur Teilzeit und/oder es fallen erhebliche zusätzliche Kosten für Pflegehilfen an.

**Haushalte mit
pflegebedürftigen
Menschen über-
durchschnittlich
armutsgefährdet**

Die Bevölkerungsprognosen für die kommenden Jahrzehnte schwanken, sicher scheint jedoch, dass die Zahl älterer Menschen steigen wird. Die deutliche Zunahme älterer Menschen in den kommenden Jahrzehnten wird auch den Betreuungs- und Pflegebedarf entsprechend erhöhen, sofern sich der allgemeine Gesundheitszustand älterer Menschen nicht deutlich verbessert. Ausgehend von steigender Lebenserwartung wurde errechnet, dass im Jahr 2015 1.264.900 Menschen über 70 Jahre in Österreich leben werden (+21%). Bis 2030 wird ihre Anzahl auf 1.554.500 Personen (+63%) zunehmen, gleichzeitig wird sich aber auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung deutlich erhöhen. Während im Jahr 2006 11% der Bevölkerung älter als 70 waren, werden es im Jahr 2015 13%, im Jahr 2030 sogar 17% sein.⁹³

Kommt es in naher Zukunft zu keinem deutlichen Ausbau von Betreuungs- und Pflegediensten bzw. -einrichtungen bzw. der für Betreuungs- und Pflegeleistungen bereitgestellten Gelder (sei es über ein erhöhtes Pflegegeld, einen Pflegefonds oder eine Pflegeversicherung) und von Betreuungs- und Pflegepersonal, so werden in noch viel höherem Maß als heute Familienmitglieder – oder billige ausländische Betreuungs- und Pflegekräfte - die Pflege Angehöriger erbringen und noch mehr als heute Angehörige ihre Erwerbstätigkeit einschränken müssen, wodurch das Risiko der Armutsgefährdung zunehmen könnte.

3.4. Familienleistungen

In Österreich gab es 2007 2.315.300 Familien, davon waren 1.704.300 Ehepaare mit/ohne Kinder (74%), 309.100 Lebensgemeinschaften mit/ohne Kinder (13%) und 301.900 AlleinerzieherInnen (13%). Insgesamt waren 889.300 Familien (38%) kinderlos. Die 1.426.000 Familien mit Kindern hatten zusammen 2.392.200 Kinder, von denen über die Hälfte (53%) – 1.279.500 Kinder – unter 15 Jahre alt waren. Knapp drei Viertel der Kinder (1.758.900) lebten in Familien, deren Eltern verheiratet sind, fast ein Fünftel (424.100) bei einem alleinerziehenden Elternteil und 209.200 Kinder lebten in Lebensgemeinschaften. (siehe Tabelle 21: Familien nach Typ und Kindern in Österreich 2007)

**1.426.000
Familien mit
Kindern**

⁹³ Statistik Austria: Bevölkerungsvorausschätzung 2006-2050

Tabelle 21: Familien nach Typ und Kindern in Österreich 2007

	Ehepaar		Lebens- gemeinschaft		AlleinerzieherIn		insgesamt
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl
Familien	1.704.300	74	309.100	13	301.900	13	2.315.300
Familien mit ... Kindern							
0	721.600	81	167.700	19	-	-	889.300
1	416.800	59	87.700	12	206.800	29	711.200
2	403.200	77	42.300	8	74.800	14	520.300
3 oder mehr	162.700	84	11.400	6	20.300	10	194.400
Kinder pro Familientyp	1.758.900	74	209.200	9	424.100	18	2.392.200

Quelle: Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2007

7,3 Mrd. Euro Familienleistungen

Familienleistungen zählen zu Einkünften aus umverteilten Einkommen. Zu einem Großteil werden sie vom Familienlastenausgleichsfonds oder in Form von steuerlichen Nachlässen erbracht. Im Jahr 2005 wurden in Österreich über 7,3 Mrd. Euro für Familienleistungen aufgewendet.⁹⁴

Wochengeld

Das Wochengeld ersetzt das Einkommen von unselbständig erwerbstätigen Frauen während der gesetzlichen Schutzfrist vor und nach der Geburt des Kindes. Im Normalfall sind dies acht Wochen vor und nach der Geburt. Die Höhe des Wochengeldes ergibt sich aus dem durchschnittlichen Nettoverdienst der letzten drei Kalendermonate zuzüglich eines Zuschlages für Sonderzahlungen. Selbstversicherte geringfügig Beschäftigte und freie Dienstnehmerinnen erhalten einen Fixbetrag in der Höhe von 7,55 Euro pro Tag^{95,96}. werdende Mütter, die in der Land- und Forstwirtschaft oder gewerblichen Wirtschaft selbständig tätig sind, haben Anspruch auf eine Betriebshilfe zur Aufrechterhaltung des Betriebes. Kann eine Betriebshilfe nicht zur Verfügung gestellt werden, haben auch diese Frauen Anspruch auf Wochengeld, wenn eine Hilfskraft beschäftigt wird, in der Höhe von 24,78 Euro pro Tag.⁹⁷ Zuletzt (im Jahr 2005) wurden 346 Mio. Euro für das Wochengeld aufgewendet.⁹⁸

Betriebshilfe

Kinderbetreuungsgeld

Anstelle des Karenzgeldes wurde am 1.1.2002 das Kinderbetreuungsgeld eingeführt. Das Kinderbetreuungsgeld erhalten Eltern (sowohl leibliche als auch Adoptiveltern), wenn sie Anspruch auf Familienbeihilfe, einen gemeinsamen Haushalt mit dem Kind sowie den Lebensmittelpunkt in Österreich haben. Seit 2008 gilt eine Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes. Die Eltern können demnach zwischen dem alten Modell – ca. 436 Euro für 30/36 Monate - oder einem der beiden neuen

⁹⁴ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, 8.03, S.219

⁹⁵ Stand 2008

⁹⁶ AK: www.arbeiterkammer.at

⁹⁷ Österreichische Sozialversicherung: www.sozialversicherung.at; Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft: www.esv-sva.sozvers.at

⁹⁸ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S.220

Modelle - ca. 800 Euro für 15/18 Monate oder ca. 624 Euro für 20/24 Monate - wählen. Ein Bezug ist je nach Bezugsmodell maximal 36/24/28 Monate möglich, wenn beide Elternteile das Kinderbetreuungsgeld beziehen. Bezieht nur ein Elternteil das Kinderbetreuungsgeld, so ist dies nur 30/20/15 Monate möglich. Weiters erfolgte eine Anhebung der Zuverdienstgrenze (von 14.600 Euro) auf 16.200 Euro. Einen Zuschuss von 181 Euro pro Monat erhalten Eltern mit sehr geringem Einkommen bzw. AlleinerzieherInnen.⁹⁹ Das Kinderbetreuungsgeld wird aus dem Familienlastenausgleichsfonds bezahlt, dafür wurde im Jahr 2006 knapp 1,1 Mrd. Euro aufgewandt.¹⁰⁰ Im Jahr 2006 bezogen in Österreich 164.725 Personen Kinderbetreuungsgeld.¹⁰¹

Unabhängig von Beschäftigung oder Einkommen haben Eltern, die einen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich haben, Anspruch auf Familienbeihilfe für bei ihnen haushaltszugehörige Kinder bzw. für Kinder, denen sie überwiegend Unterhalt leisten. Vorrangig anspruchsberechtigt ist dabei die Mutter. Bis zum 18. Lebensjahr wird die Familienbeihilfe automatisch gewährt, danach nur mehr im Falle einer weiteren Ausbildung des Kindes bis zum vollendeten 26., unter Umständen auch bis zum 27. Lebensjahr. Die Familienbeihilfe beträgt ab der Geburt des ersten Kindes monatlich 105,40 Euro, ab dem Alter von 3 Jahren 112,70 Euro, ab dem Alter von 10 Jahren 130,90 und 152,70 Euro ab dem 20. Lebensjahr. Wird für zwei Kinder die Familienbeihilfe bezogen, erhöht sich der Gesamtbetrag um monatlich 12,80 Euro, ab dem dritten Kind um monatlich 35 Euro und für jedes weitere Kind um 50 Euro. Für ein erheblich behindertes Kind gibt es einen Zuschlag von 138,30 Euro. Die Familienbeihilfe wird 6-mal im Jahr alle zwei Monate ausbezahlt.¹⁰² Die Familienbeihilfe wird aus dem Familienlastenausgleichsfonds finanziert. Im Jahr 2006 wurden knapp 3 Mrd. Euro dafür aufgewandt.¹⁰³ (siehe Tabelle 22: Familienbeihilfe pro Monat in Euro)

Familienbeihilfe

Tabelle 22: Familienbeihilfe pro Monat in Euro

	für jedes Kind	ab dem Monat, in dem das Kind das 3. Lebensjahr vollendet	ab dem Monat, in dem das Kind das 10. Lebensjahr vollendet	ab dem Monat, in dem das Kind das 19. Lebensjahr vollendet
1. Kind	105,40	112,70	130,90	152,70
2. Kind	118,20	125,50	143,70	165,50
3. Kind	140,40	147,70	165,90	187,20

Quelle: Arbeiterkammer (www.arbeiterkammer.at)

⁹⁹ Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend: www.bmgfj.gv.at

¹⁰⁰ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S.230

¹⁰¹ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S.231

¹⁰² AK: www.arbeiterkammer.at

¹⁰³ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S.230

Familien mit 3 oder mehr Kindern können den Mehrkindzuschlag beantragen, allerdings nur dann, wenn eine gewisse Grenze des zu versteuernden Einkommens unterschritten wird (seit 1.1.2008 55.000 Euro) und für diese Kinder Familienbeihilfe bezogen wird. Der Mehrkindzuschlag beträgt 36,40 pro Monat für das dritte und jede weitere Kind.¹⁰⁴

SchülerInnen- Beihilfen

Es gibt auch eine Reihe von SchülerInnen-Beihilfen wie die Schulbeihilfe, die Fahrt- und Heimkostenbeihilfe sowie die besondere Schulbeihilfe, die einkommensschwächeren Haushalten helfen sollen. Auch die Bundesländer gewähren darüber hinausgehende SchülerInnen-Unterstützungen in unterschiedlichster Form. Auch die Studienbeihilfe soll einkommensschwächeren Haushalten das Studium ermöglichen.

Studienbeihilfe

Steuerliche Maßnahmen

Steuerliche Maßnahmen bieten weitere Unterstützung für Familien, denn Absetzbeträge vermindern die tatsächlich zu leistende Steuerschuld.

Der Kinderabsetzbetrag steht jedem Steuerpflichtigen zu, dem Familienbeihilfe gewährt wird, und er wird auch gemeinsam mit ihr ausbezahlt. Er beträgt 50,90 Euro monatlich und wird auch im Fall geringer oder fehlender Steuerleistung gewährt.¹⁰⁵ Im Jahr 2005 wurden 1,16 Mrd. Euro für den Kinderabsetzbetrag aufgewendet.¹⁰⁶

Der Alleinerzieherabsetzbetrag steht Steuerpflichtigen zu, die mehr als 6 Monate im Jahr nicht in einer Ehe- oder Lebensgemeinschaft leben und währenddessen Familienbeihilfe für mindestens ein Kind mindestens sieben Monate im Kalenderjahr beziehen. Die Lohnsteuer vermindert sich bei einem Kind jährlich um 494 Euro, bei zwei Kindern um 669 Euro und bei jedem weiteren Kind um jeweils 220 Euro. Ist das zu versteuernde Einkommen so niedrig, dass sich der Absetzbetrag nicht auswirkt, wird der Betrag bar, als „Negativsteuer“, ausbezahlt.¹⁰⁷

Der Alleinverdienerabsetzbetrag steht einem Steuerpflichtigen zu, der mehr als 6 Monate verheiratet und nicht dauernd getrennt lebt oder für mindestens ein Kind mehr als 6 Monate Familienbeihilfe bezogen hat und mehr als 6 Monate in einer Lebensgemeinschaft lebt. Die Einkünfte des (Ehe)Partners dürfen, wenn ein Kind vorhanden ist, nicht mehr als 6.000 Euro jährlich betragen und ohne Kind 2.200 Euro nicht übersteigen. Der Alleinverdienerabsetzbetrag mindert die Lohnsteuer jährlich um 364 Euro ohne Kind, um 494 Euro bei einem und um 669 Euro bei zwei Kindern (wenn Familienbeihilfe bezogen wird) und erhöht sich um 220 Euro pro weiterem Kind.¹⁰⁸

Wer für ein nicht haushaltszugehöriges Kind nachweislich gesetzlichen Unterhalt zahlt, hat Anspruch auf den monatlich ausbezahlten Unterhaltsabsetzbetrag von

¹⁰⁴ AK: www.arbeiterkammer.at

¹⁰⁵ Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend: www.bmgfj.gv.at

¹⁰⁶ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S.220

¹⁰⁷ AK: www.arbeiterkammer.at

¹⁰⁸ AK: www.arbeiterkammer.at

25,50 Euro für das erste Kind, 38,20 Euro für das zweite und 50,90 Euro für das dritte und jedes weitere Kind pro Monat.¹⁰⁹

Im Rahmen der Sonderausgaben können bis zu 2.920 Euro pro Jahr diverse Ausgaben geltend gemacht werden. Bei Personen, denen ein Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag zusteht, verdoppelt sich dieser Betrag auf 5.840 Euro. Weitere 1.460 Euro kommen hinzu, wenn für mindestens drei Kinder der Kinderabsetzbetrag oder der Unterhaltsabsetzbetrag zusteht. Für Personen, die mehr als 50.900 Euro jährlich verdienen, gibt es keine Absetzung von Sonderausgaben mehr, ab einem Einkommen von 36.400 Euro wird der absetzbare Betrag reduziert.¹¹⁰

Außergewöhnliche Belastungen können ebenfalls Steuer mindernd für Familien wirken. Darunter fallen Belastungen, die außergewöhnlich sind in dem Sinn, dass sie höher sind als bei der Mehrzahl der Steuerpflichtigen, die zwangsläufig entstehen und die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigen. Als außergewöhnliche Belastungen gelten (unter Berücksichtigung eines Selbstbehaltes) Krankheitskosten, Pflegeheimkosten, Unterhaltsleistungen sowie Begräbnis- und Grabsteinkosten bis zu 4.000 Euro, wenn sie durch den Nachlass nicht gedeckt sind. Die Höhe des Selbstbehalts hängt vom Einkommen ab. Zu einer Verminderung des Selbstbehaltes um je ein Prozent kommt es, wenn ein Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag zusteht sowie für jedes Kind. Ohne Selbstbehalte können Steuer mindernd geltend gemacht werden Aufwendungen für eine auswärtige Berufsausbildung eines Kindes (Pauschalbetrag von 110 Euro pro Monat), Mehraufwendungen für Kinder, für die erhöhte Familienbeihilfe bezogen wird (Pauschalbetrag von 262 Euro pro Monat), Krankheitskosten, wenn eine Erwerbsminderung von 25% vorliegt, Aufwendungen für Behinderungen von Kindern sowie Katastrophenschäden.¹¹¹

Im Jahr 2005 wurden in Österreich 874 Mio. Euro für Kindergärten aufgewendet.¹¹² Dass das Kinderbetreuungsangebot dennoch zu gering ist, zeigt sich anhand folgender Zahlen: In Österreich lebten 2007 478.622 Kinder im Alter bis 5 Jahre, davon waren aber nur 233.856 Kinder in Krippen oder Kindergärten untergebracht. Das heißt, dass 49% der österreichischen Kinder in Betreuungseinrichtungen untergebracht waren und mehr als die Hälfte in anderer Form betreut wurden (zu Hause, Tagesmütter, Spielgruppen, Verwandte, usw.). Eine genauere Betrachtung zeigt, dass ein akuter Betreuungsmangel vor allem bei Kindern bis 2 Jahre besteht, da nur 11,8% von ihnen in einer Betreuungseinrichtung versorgt wurden. Die Betreuungsquote bei Kindern zwischen 3 und 5 Jahren liegt immerhin bei 84,9%.¹¹³

Sonderausgaben

Außergewöhnliche Belastungen

Kinderbetreuung

¹⁰⁹ AK: www.arbeiterkammer.at

¹¹⁰ AK: www.arbeiterkammer.at

¹¹¹ AK: www.arbeiterkammer.at

¹¹² Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S.220

¹¹³ Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2007/2008, S.68

**Problem
mangelnder
externer Kinder-
betreuung bei
Alleinerzieher-
innen besonders
massiv**

Das „*Problem mangelnder externer Kinderbetreuung*“ hat oft zur Folge, dass sich Frauen aus dem Erwerbsarbeitsprozess zurückziehen müssen.¹¹⁴ Über 60% der Frauen mit Kleinkindern (bis 6 Jahren) in Österreich können nur Teilzeit arbeiten und sind damit abhängig vom Erwerbseinkommen eines Lebenspartners.¹¹⁵

Besonders massiv ist das Problem bei Alleinerzieherinnen-Haushalten. Obwohl Alleinerzieherinnen mit 77% eine sehr hohe Erwerbsbeteiligung haben, ist die Kombination von Beruf und Kind sehr schwierig. Daher ist es essentiell „...*Frauen mit Familie ausreichend bezahlte Erwerbstätigkeit und die damit verbundene Kinderbetreuung zu ermöglichen, um Familien und ihre Kinder vor Armut zu schützen. Alleinerziehende, eine zunehmende Lebensform, bedürfen in besonderem Maß flexibler Kinderbetreuung und familienadäquater Arbeitszeiten.*“¹¹⁶

**Armutsrisiko
steigt durch
Kinder**

Trotz aller finanzieller Leistungen und steuerlichen Unterstützungen von Seiten des Staates steigt das Armutsrisiko einer Familie durch die Geburt von Kindern.

Liegt die Armutsgefährdungsquote von Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder bei 7%, so steigt sie bei einem Kind auf 9%, bei zwei Kindern auf 11% und bei drei Kindern stark auf 21%. Im Jahr 2006 gab es in Österreich 196.000 Familien mit 3 oder mehr Kindern, die zusammen 646.600 Kinder hatten, von denen etwa die Hälfte (291.600 Kinder) unter 15 Jahre alt waren.¹¹⁷ Insgesamt lebten in solchen Haushalten 1.017.100 Menschen. Ausgehend von einer 21%igen Armutsgefährdungsquote bedeutet das, dass 2006 (abzüglich der 93.200 Personen aus AlleinerzieherInnenhaushalten) 194.000 Erwachsene und Kinder armutsgefährdet waren, weil sie in Familien mit 3 oder mehr Kindern lebten und dadurch eingeschränkte Erwerbsmöglichkeiten bzw. überdurchschnittliche Lebenshaltungskosten haben.

**194.000 Personen
armutsgefährdet,
die in Familien
mit 3 oder mehr
Kindern leben**

Auch das Alter des Kindes ist von Bedeutung, denn kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich. Haushalte mit kleinen Kindern (4 bis 6 Jahre) haben in Österreich ein überdurchschnittliches Armutsrisiko (17%).¹¹⁸ Erst wenn das jüngste Kind im Haushalt sieben Jahre alt ist, kann ein deutlicher Rückgang des Armutsrisikos verzeichnet werden, weil – durch die Schulpflicht – Kinderbetreuungsaufwand bzw. -kosten zurückgehen und die Frau wieder stärker in das Erwerbsleben eingebunden sein kann.

Bei AlleinerzieherInnen steigt das Armutsgefährdungsrisiko sprunghaft auf 27% an.¹¹⁹ 2006 war in Österreich jede fünfte Familie mit Kindern ein AlleinerzieherInnen-Haushalt. Bei den 295.700 AlleinerzieherInnen lebten insgesamt 420.800 Kinder, von denen 39% (165.300 Kinder) unter 15 Jahre alt waren. In Österreich waren 251.300 (85%) der alleinerziehenden Elternteile Frauen mit zusammen 360.000 Kindern.¹²⁰

¹¹⁴ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.217

¹¹⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 36, eigene Berechnungen

¹¹⁶ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

¹¹⁷ Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2006, S.66

¹¹⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.38

¹¹⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.38

¹²⁰ Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2006, S.58

Aufgrund der überdurchschnittlichen Armutsgefährdungsquote von 27% kann davon ausgegangen werden, dass in Österreich knapp 80.000 alleinerziehende Haushalte mit zusammen etwa 193.000 Erwachsenen und Kindern armutsgefährdet waren, darunter waren etwa 67.800 Haushalte mit alleinerziehenden Frauen (mit zusammen 177.000 Frauen und Kindern).

80.000 alleinerziehende Haushalte (27%) armutsgefährdet

Insgesamt lebten 14% aller Kinder und Jugendlichen bis 19 Jahre (257.000) in Haushalten, die armutsgefährdet sind.¹²¹

14% aller Kinder armutsgefährdet

3.5. Sozialhilfe

Die Sozialhilfe dient dazu, hilfsbedürftigen Menschen das zum Leben Notwendigste zu ermöglichen. *„Hilfsbedürftigkeit liegt dann vor, wenn der notwendige Lebensbedarf bzw. Lebensunterhalt weder durch den Einsatz der eigenen Kräfte und Mittel (Einsatz der Arbeitskraft, Einsatz von Einkommen und Vermögen) oder durch familiäre Unterhaltsleistungen, noch aufgrund eines sozialversicherungsrechtlichen oder sonstigen vorrangigen Leistungsanspruchs gesichert werden kann (Prinzip der Subsidiarität).“*¹²²

Tabelle 23: Sozialhilferichtsätze 2007 nach Bundesland in Euro (pro Monat)

	Alleinunterstützte (Alleinstehende)	Hauptunterstützte (Haushaltsvorstände)	Mitunterstützte (ohne Familienbeihilfenanspruch)	Mitunterstützte (mit Familienbeihilfenanspruch)
Burgenland	433 488,70 a)	358,30 414 a)	261,40 306,80 a)	128,30 173,70 a)
Kärnten	480 c) 528/552/624 (d)	360 396/414/468 (d)	360 396/414/468 (d)	144 192 (e)
NÖ	501,30, (341,30) (b)	440,20	242,30	135,90
OÖ	542,30, (402) (b) 562 a), (426,20) (b)	492,50 513 a)	311,50 339,60 a)	150,70
Salzburg	421	379	242,50	113
Steiermark	507	463 (b)	309	156
Tirol	431,20	368,90	256,60	143,40
Vorarlberg	480,40	403,30	257,30	156,70
Wien	427 690,06 a)	330 518,56 a), 427 c)	330 518,56 a)	127

Quelle: BMSK (www.bmsk.at)

a) erhöhter Richtsatz für "Dauerunterstützte" (insb. Erwerbsunfähige, Hilfebedürftige im Pensionsalter)

b) geringerer Satz für an sich alleinunterstützende Personen in Haushaltsgemeinschaft mit ihnen gegenüber nicht Unterhaltspflichtigen (z.B. Geschwistern)

c) Hauptunterstützter Alleinerzieher

d) erhöhter Richtsatz ergibt sich für drei Personengruppen: +10% für arbeitsunfähige Personen, +15% für Personen nach Vollenden des 60. Lebensjahres, wenn selbst kein Anspruch auf eine Pension besteht und zumindest ein Kind erzogen wurde, +30% wenn für eine Person erhöhte Familienbeihilfe bezogen wird

e) Kinderrichtsätze nach Alter gestuft: vor Vollendung des 10. Lj.: 144 Euro, nach Wollendung des 10. Lj.: 192 Euro

¹²¹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.149

¹²² Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: www.bmsk.at

Die Sozialhilfe wird von den Ländern finanziert. Die Sozialhilfegesetze sind nicht einheitlich, sondern unterscheiden sich in den einzelnen Bundesländern teilweise erheblich voneinander. So sind vor allem der Anspruch auf Sozialhilfe und deren Höhe in den Bundesländern unterschiedlich. (siehe Tabelle 23: Sozialhilferichtsätze 2007 nach Bundesland in Euro (pro Monat))

Tabelle 24: SozialhilfebezieherInnen und –ausgaben 2006

	Öster- reich	Burgen- land	Kärnten	NÖ	OÖ
SozialhilfebezieherInnen	191.244	2.058	5.086	21.899	15.291
davon Privathaushalt	131.318	846	1.352	11.342	4.472
davon Altenwohn- und Pflegeheime	59.926	1.212	3.734	10.557	10.819
Veränderung 2005-2006, %	4,6	4,3	7,0	4,8	-1,1
Zahl der Bezieher pro 1.000 EW	23	7	9	14	11
Sozialhilfeausgaben in Mio. Euro	2.267,304	26,812	117,333	361,866	405,263
davon Allgemeine Sozialhilfe	434,738	1.723,280	763,861	56,318	24,909
Richtsatzleistungen	118,811	1,28	4,321	22,374	16,291
Mietbeihilfen	31,147	470	734	2,572	1,195
Geldaushilfen zur Sicherung des Lebensbedarfs	145,038	265	2,728	2,595	2,195
Krankenhilfe	139,742	987	22,812	28,777	5,228
davon Altenwohn- und Pflegeheime	1.243,707	23,110	59,161	238,524	239,580
davon soziale Dienste	348,007	141	17,093	52,034	75,971
davon Flüchtlingshilfe	133,897	1	7,096	726	37,685
davon sonstige Leistungen	106,956	559	3,386	14,265	27,119
	Salzburg	Steier- mark	Tirol	Vorarl- berg	Wien
SozialhilfebezieherInnen	14.494	11.256	14.141	5.917	101.102
davon Privathaushalt	11.062	4.786	10.009	3.926	83.523
davon Altenwohn- und Pflegeheime	3.432	6.470	4.132	1.991	17.579
Veränderung 2005-2006, %	0,4	9,8	2,4	40,2	4,2
Zahl der Bezieher pro 1.000 EW	27	9	20	16	61
Sozialhilfeausgaben in Mio. Euro	105,075	275,262	132,184	84,192	759,317
davon Allgemeine Sozialhilfe	27,069	42,169	1.109,588	664,842	218,500
Richtsatzleistungen	9,125	9,122	8,056	4,741	43,500
Mietbeihilfen	9,896	5,266	6,805	4,209	*
Geldaushilfen zur Sicherung des Lebensbedarfs	1,740	5,370	1091	653	128,4
Krankenhilfe	6,308	22,411	3,727	2,892	46,6
davon Altenwohn- und Pflegeheime	46,846	181,484	88,394	46,897	319,71
davon soziale Dienste	13,537	12,586	8,505	8,224	159,914
davon Flüchtlingshilfe	7,847	26,813	9,096	7,560	37,072
davon sonstige Leistungen	9,775	12,208	6,509	9,015	24,120

Quelle: Statistik Austria, Sozialhilfestatistik 2006

Im Jahr 2006 betragen die Sozialhilfeausgaben in Österreich etwas mehr als 2,2 Mrd. Euro, wobei 434,7 Mio. Euro (19%) für die Allgemeine Sozialhilfe entfielen (darunter fallen Richtsatzleistungen, Mietbeihilfen, Geldaushilfen zur Sicherung des Lebensbedarfs und Krankenhilfe). Der Großteil der Sozialhilfe floss aber 2006 in die Finanzierung von Alten- und Pflegeheimen, dafür wurden 1,24 Mrd. Euro aufgewendet, das waren 55% aller Sozialhilfeausgaben. Auf soziale Dienste entfielen 348 Mio. Euro (15%) und auf die Flüchtlingshilfe 133,9 Mio. Euro (6%). Verglichen mit dem Jahr davor gab es bei den Sozialhilfeausgaben eine deutliche Steigerung um 7,1%. Gegenüber 1996 haben sich die Ausgaben sogar um 77% erhöht.¹²³

**Sozialhilfe-
ausgaben**

Die höchsten Sozialhilfeausgaben wurden in Wien (759 Mio. Euro), Oberösterreich (405 Mio. Euro) und Niederösterreich (362 Mio. Euro) getätigt, die niedrigsten im Burgenland (27 Mio. Euro) und in Vorarlberg (84 Mio. Euro).

Im Jahr 2006 gab es in Österreich 191.244 SozialhilfebezieherInnen, davon waren 131.318 Personen, die in Privathaushalten lebten und 59.926 EmpfängerInnen in Alten- und Pflegeheimen. Die Zahl der BezieherInnen in Altenwohn- und Pflegeheime ist im Vergleich zu 2005 um 4,8%, in Privathaushalten um 4,5% gestiegen. Insgesamt ergab das eine Steigerung der BezieherInnen um 4,6% (oder 8.405 Personen). In den letzten zehn Jahren, von 1996 bis 2006, ist die Zahl der BezieherInnen von Sozialhilfe insgesamt um 83.310 Personen (77%) gestiegen, wobei sich die Zahl der BezieherInnen in Privathaushalten verdoppelt hat, die Steigerung bei Personen in Alten- und Pflegeheimen betrug „nur“ 36%.¹²⁴ (siehe Tabelle 24: SozialhilfebezieherInnen und –ausgaben 2006)

**191.244
Sozialhilfe-
bezieherInnen**

Die meisten SozialhilfebezieherInnen kommen aus Wien (101.102 Personen) und Niederösterreich (21.889 Personen), die wenigsten aus dem Burgenland (2.058 Personen) und Kärnten (5.086 Personen). Die Inanspruchnahme hängt stark davon ab, wie „anonym“ eine Antragstellung erfolgen kann (in ländlichen Regionen wirkt das Phänomen der „verschämten Armut“ stärker als in Städten) bzw. ob sie als rückzahlbare Leistung konstruiert ist, was in den meisten Bundesländern der Fall ist und daher von einer Inanspruchnahme tendenziell abhält oder nicht (was nur in Wien und Salzburg der Fall ist, weshalb dort auch die höchste Inanspruchnahme zu verzeichnen ist).

**Inanspruch-
nahme**

Die Zahl der BezieherInnen relativ zur Wohnbevölkerung beträgt in Österreich 23 Personen pro 1.000 Einwohner, wobei diese Zahl von Wien (61 von 1.000 Einwohnern) deutlich nach oben korrigiert wird. Die relativ wenigsten BezieherInnen gibt es im Burgenland (7 von 1.000 Einwohnern) und in Kärnten und der Steiermark (jeweils 9 von 1.000 Einwohnern). Nach Wien gibt es die verhältnismäßig meisten Be-

¹²³ Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 1996-2006

¹²⁴ Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 1996-2006

zieherInnen in Salzburg und (27 von 1.000 Einwohnern) und Tirol (20 von 1.000 Einwohnern).

Von den 131.318 SozialhilfebezieherInnen in Privathaushalten (offene Sozialhilfe) waren 53% (69.285 Personen) Frauen. Der leichte Überhang von Frauen bei der Beziehung von Sozialhilfe zeigt sich in allen Bundesländern sowie auch in fast allen Unterstützungskategorien.

59% (77.987 Personen) der BezieherInnen der offenen Sozialhilfe waren Allein- oder Hauptunterstützte, wobei 66% der BezieherInnen aus Wien stammten. 41% (47.538 Personen) waren Angehörige in Mehrpersonenhaushalten (mit und ohne Familienbeihilfenanspruch), welche mitunterstützt wurden.¹²⁵

¹²⁵ Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 2006

4. Die Verwendung der Einkommen

Das Einkommen wird entweder für Konsumausgaben oder für Sparen verwendet.

Unter „Konsum“ versteht die Wirtschaftswissenschaft Ausgaben vom verfügbaren Einkommen für dauerhafte und (vor allem) für nicht dauerhafte Güter und Dienstleistungen.¹²⁶ In der Wirtschaft sind dies Investitionen und Betriebsausgaben. Bestimmt wird der Konsum bzw. die Konsumnachfrage durch Einkommen, Preise, Vermögen und Zinsniveau. Der Konsum eines Haushalts wird weiter bestimmt durch Haushaltsgröße und Alter der Haushaltsangehörigen. In Haushalten erhöht sich mit steigendem Einkommen die Konsumnachfrage, nicht jedoch die Konsumquote (= Anteil des Konsums am Einkommen), was dazu führt, dass Reiche einen höheren Betrag ihres Einkommens sparen können als ärmere Personen.

„Konsum“

Unter „Sparen“ wird entweder das (freiwillige) Sparen als Vermögensanlage oder das Zwecksparen (Ansparen) für dauerhafte Konsumgüter verstanden. Die Höhe des Sparens hängt vor allem vom Zins und der wiederum vom Einkommen ab.

„Sparen“

Tabelle 25: Jährliche Veränderung von BIP, verfügbarem Einkommen, Konsum und Sparen in %

Jahr	BIP nominell	Verfügbares Einkommen nominell	Verfügbares Einkommen real	Konsum	Sparen
1990	3,4	8,1	3,8	7,7	11,2
1991	2,8	7	2,2	7,4	4,3
1992	1,9	5,9	1,7	7,5	-6,5
1993	0,3	2,9	0	4,1	-7,6
1994	2,2	5,5	2,2	5,9	2,2
1995	1,6	2,8	1,5	3,3	-1,9
1996	2,3	4,2	2,7	4,7	-0,9
1997	1,6	1,1	1	0,3	10,5
1998	3,2	3,6	3,1	2,3	17,5
1999	3,2	3,5	2,9	3,2	5,5
2000	3,2	5,5	3,1	5,3	7,1
2001	0,8	1,7	0,2	2,3	-3,6
2002	0,9	2,9	2	1,7	13,7
2003	1,1	2,8	1,3	3	1
2004	2,3	4,5	2,5	3,6	11,9
2005	2	4	1,8	3,8	5,3
2006	3,3	4,9	2,7	3,9	13,4
durchschnittl. Veränderung	2,4	5,2	2,1	5,2	5,4

Quelle: Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1976-2006, S.24

¹²⁶ vgl. Gabler-Wirtschaftslexikon, Wiesbaden 1997

**Schwankungen
beim
Sparverhalten**

Das Konsum- und Sparverhalten hängt deutlich mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, der Steuer- und Sozialpolitik und dem verfügbaren Einkommen zusammen. In den letzten 5 Jahren, genauso wie in den Jahren zuvor, lassen sich starke Schwankungen beim Sparverhalten feststellen. Zu erklären ist das durch den Umstand, dass im Jahr nach konjunkturellen Schwächen das Sparen verstärkt wird. Obwohl real wieder mehr Einkommen verfügbar ist, fehlt noch das Vertrauen und die Bereitschaft für neue Anschaffungen. (siehe Tabelle 25: Jährliche Veränderung von BIP, verfügbarem Einkommen, Konsum und Sparen in %) Bestätigt wird dieser Zusammenhang durch regelmäßige Erhebungen zum Konsumverhalten.

**verfügbares
Einkommen von
201.412 Mio. Euro**

Im Jahr 2005 wurde in Österreich ein verfügbares Einkommen von 201.412 Mio. Euro erwirtschaftet, davon wurden 90% für „Konsum“ und 10% für „Sparen“ verwendet. (siehe Tabelle 26: Einkommensverwendungskonto 2005 in Mio. Euro)

Tabelle 26: Einkommensverwendungskonto 2005 in Mio. Euro

Transaktionen, sonstige Ströme, Salden	Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften	Finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte u. Private Organisationen ohne Erwerbszweck ³⁾	Übrige Welt
Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept), netto	201.412	2897	2.151	45.875	150.489	
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	869				869	
Konsum (Ausgabenkonzept)	182.044			44.469	137.575	
Konsumausgaben für den Individualverbrauch	164.814			27.239	137.575	
Konsumausgaben für den Kollektivverbrauch	17.230			17.230		
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	869		869			
Sparen, netto	19.368	2897	1.282	1.406	13.783	
Saldo d. laufenden Außentransaktionen						-3.020

Quelle: Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1976-2006, S.125

4.1. Konsum

Für Konsumausgaben wurden 2005 182.044 Mio. Euro (90%) verwendet, davon kam ein Viertel vom Staat (44.469 Mio. Euro) und der Rest von Privaten Haushalten und Organisationen (137.575 Mio. Euro). (siehe Tabelle 26: Einkommensverwendungskonto 2005 in Mio. Euro)

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind von 1995 bis 2005 um 39,3% von 100,57 Mrd. Euro auf 140,04 Mrd. Euro gestiegen. Die wichtigsten Konsumausgaben der privaten Haushalte waren 2005 Wohnen, Wasser und Energie (29,03 Mrd. Euro) sowie Verkehr (17,52 Mrd. Euro). Diese Ausgaben machen zusammen ein Drittel der Konsumausgaben aus. Im längerfristigen Vergleich (1995 bis 2005) zeigen sich Veränderungen der Konsumausgaben in Österreich. So sind in diesen 10 Jahren die Ausgaben für Bildungswesen (+107,0%), Nachrichtenübermittlung (+83,8%), Wohnen, Wasser, Energie (+55,8%) und für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (+53,8%) überdurchschnittlich gestiegen. Unterdurchschnittlich gestiegen sind dagegen die Ausgaben für Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte (+10,5%), Nahrungsmittel (+16,4%) sowie Bekleidung und Schuhe (+18,1%). (siehe Tabelle 27: Konsumausgaben der privaten Haushalte 1995-2005).

Veränderungen
der Konsum-
ausgaben

Tabelle 27: Konsumausgaben der privaten Haushalte 1995-2005

Verbrauchsgruppe	1995	2005	Zunahme der Ausgaben 1995-2005 in %
	Mrd. Euro		
Wohnung, Wasser, Energie	18,63	29,03	55,82%
Verkehr	11,87	17,52	47,60%
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	11,21	17,24	53,79%
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	11,25	16,48	46,49%
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	12,79	14,89	16,42%
Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte	9,29	10,27	10,55%
Bekleidung und Schuhe	7,84	9,26	18,11%
Gesundheitspflege	3,34	4,48	34,13%
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	2,81	3,65	29,89%
Nachrichtenübermittlung	1,91	3,51	83,77%
Bildungswesen	0,43	0,89	106,98%
Andere Waren und Dienstleistungen	9,2	12,81	39,24%
Summe Inlandskonsum	100,57	140,04	39,25%
weniger AusländerInnenkonsum im Inland	10,69	15,43	44,34%
plus Inländerkonsum im Ausland	6,94	8,39	20,89%
InländerInnenkonsum	96,82	133	37,37%

Quelle: Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, S.256

Bundesländer- unterschiede

Die Konsumausgaben der Haushalte sind je nach Bundesland unterschiedlich. Ein durchschnittlicher österreichischer Haushalt gab 2004/2005 im Monat 2.535 Euro aus.¹²⁷ Österreichweit an der Spitze lagen Oberösterreich (2.727 Euro), Salzburg (2.719 Euro) und Tirol (2.656 Euro). Am geringsten waren die durchschnittlichen Haushaltsausgaben in Kärnten (2.399 Euro) und Wien (2.326 Euro).¹²⁸

Die Kosten für Wohnen und Energie waren anteilmäßig an den Haushaltsausgaben am größten und machten durchschnittlich 565,9 Euro (22,3%) pro Monat aus. Am niedrigsten war der Anteil in Wien (21,3%) und der Steiermark (21,8%), am höchsten mit 25,1% in Vorarlberg und Oberösterreich (23,1%). Für den Verkehr ebenso wie für die Ernährung mussten BurgenländerInnen prozentuell am meisten aufwenden (19,7% und 14,0%), am wenigsten die WienerInnen (13,1% und 12,0%). Die WienerInnen gaben dafür anteilmäßig am meisten für Freizeit, Sport und Hobby aus (15,2%), die geringsten Ausgaben wiesen hier die BurgenländerInnen auf (9,3%).

Tabelle 28: monatliche Konsumausgaben der privaten Haushalte 2004/2005 nach Bundesländern

Bundesland	Verbrauchsausgaben per Haushalt pro Monat	Ernährung		Wohnen, Energie			
		Euro	Anteil in %	Euro	Anteil in %		
Burgenland	2.476,2	347,3	14,03	550,5	22,23		
Kärnten	2.399,5	332,6	13,86	533,8	22,25		
Niederösterreich	2.631,8	348,7	13,25	582,5	22,13		
Oberösterreich	2.727,6	363,2	13,32	630,1	23,10		
Salzburg	2.719,7	346,6	12,74	625,8	23,01		
Steiermark	2.476,3	331,7	13,39	540,2	21,81		
Tirol	2.656,6	342,4	12,89	597,2	22,48		
Vorarlberg	2.514,1	340,5	13,54	632,1	25,14		
Wien	2.326,3	279,8	12,03	495,8	21,31		
Österreich	2.535,7	330,6	13,04	565,9	22,32		
		Verkehr		Freizeit, Sport, Hobby		sonstiges	
		Euro	Anteil in %	Euro	Anteil in %	Euro	Anteil in %
Burgenland	487,1	19,67	229,3	9,26	862,0	34,81	
Kärnten	402,5	16,77	249,2	10,39	881,4	36,73	
Niederösterreich	452,6	17,20	335,9	12,76	912,1	34,66	
Oberösterreich	457,7	16,78	320,2	11,74	956,4	35,06	
Salzburg	474,0	17,43	320,1	11,77	953,2	35,05	
Steiermark	433,1	17,49	292,0	11,79	879,3	35,51	
Tirol	407,3	15,33	342,4	12,89	967,3	36,41	
Vorarlberg	381,1	15,16	296,4	11,79	864,0	34,37	
Wien	304,1	13,07	353,8	15,21	892,8	38,38	
Österreich	408,8	16,12	320,1	12,62	910,3	35,90	

Quelle: Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, S.39-261

¹²⁷ Errechnet als Zwölftel der Gesamtausgaben eines Jahres (also einschließlich einmalige Ausgaben wie Urlaub oder größere Anschaffungen)

¹²⁸ Statistik Austria: Verbrauchsausgaben 2004/05 – Ergebnisse der Konsumerhebung

4.2. Sparen

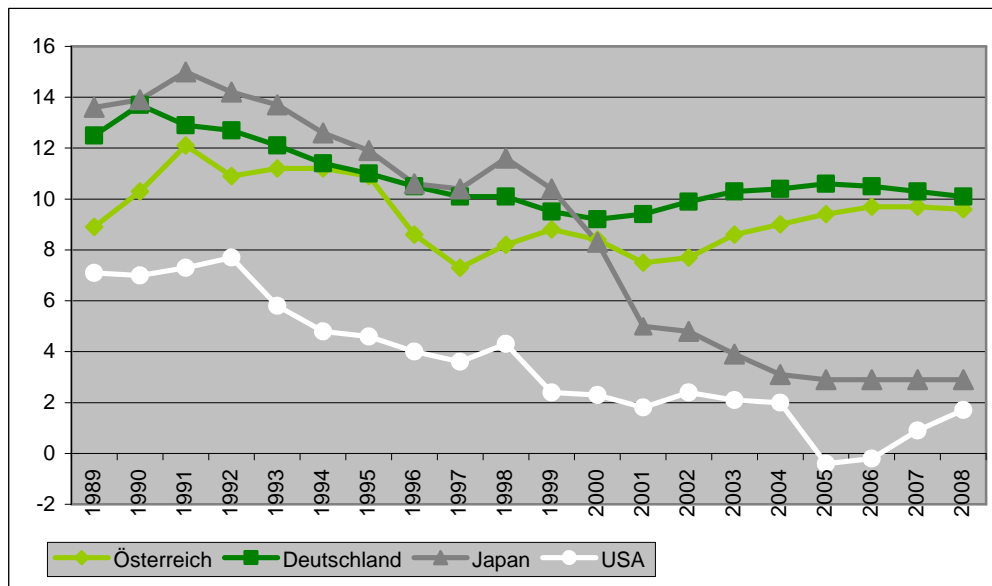
Die Sparbereitschaft und –fähigkeit hängt von verschiedensten Faktoren ab wie der allgemeinen wirtschaftlichen Situation, dem verfügbaren Einkommen, dem Zinsniveau oder der Attraktivität anderer Veranlagungen.

Von den 19.368 Mio. Euro, die 2005 in Österreich für Sparen verwendet wurden, kamen drei Viertel von Privaten Haushalten und Organisationen (13.783 Mio. Euro), der Rest vom Staat (1.406) und von Kapitalgesellschaften (4.179 Mio. Euro). (siehe Tabelle 26: Einkommensverwendungskonto 2005 in Mio. Euro)

Die Sparquote (= Anteil des Sparens am verfügbaren Einkommen) erreichte mit 12% 1991 einen Höhepunkt, sank dann bis 1997 auf unter 8% und stieg erst wieder 2002 langsam auf knapp unter 10%, vor allem bedingt durch verstärktes Pensionssparen einerseits und „Angstsparen“, wie die Wirtschaftsforscher sagen, andererseits.¹²⁹ Private Haushalte legten ihr „Erspartes“ in den letzten Jahren (2004-2006) verstärkt in Lebensversicherungen, Investmentzertifikaten und Aktien an, die Wirtschaft vor allem in Aktien, Anteilsrechten und Investmentzertifikaten.¹³⁰

Sparquote

Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte in % des verfügbaren Einkommens im internationalen Vergleich



Quelle: OECD Economic Outlook No. 80 - Statistical Annex Tables

Die Sparquote Österreichs liegt im internationalen Vergleich knapp unter jener von Deutschland, jedoch deutlich über der Japans und der USA, die 2005 und 2006 sogar

¹²⁹ t.B. der WIFO-Experte Dr. Markus Marterbauer in APA0429 vom 27.4.2004

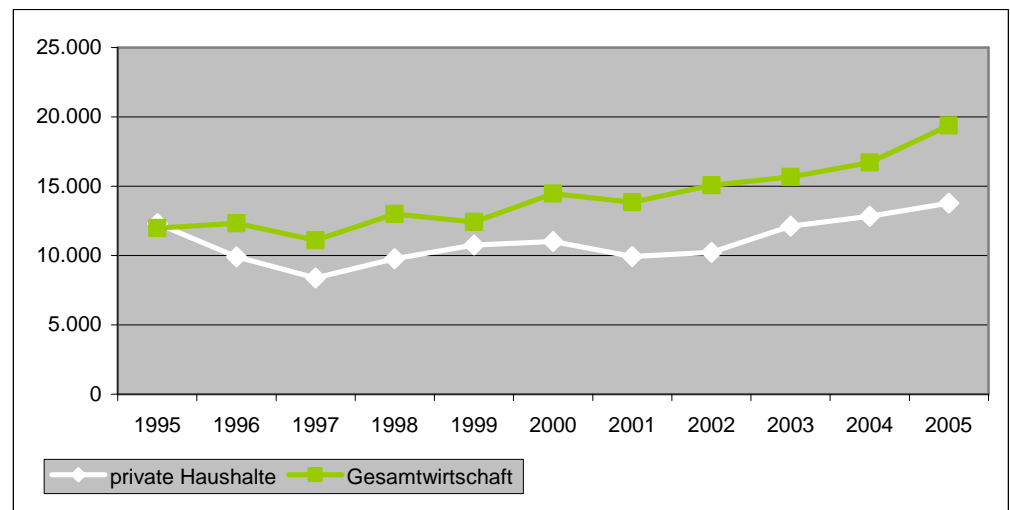
¹³⁰ OeNB: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögen der privaten Haushalte und der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (auf www.oenb.at)

in den Minusbereich abgerutscht sind. (siehe Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte in % des verfügbaren Einkommens)

Sparbereitschaft

Die Sparbereitschaft der privaten Haushalte und der Gesamtwirtschaft hat sich seit 1995 unterschiedlich entwickelt. Während die Sparbereitschaft von Haushalten und Wirtschaft in Österreich im Jahr 1995 noch in etwa ausgeglichen war, hat seitdem die Wirtschaft gegenüber den privaten Haushalten die Überhand. Im Jahr 2005 haben Kapitalgesellschaften (19.368 Mio. Euro) um 40% mehr gespart als private Haushalte (13.783 Mio. Euro), sprich Eigenkapital gebildet. (siehe Abbildung 10: Entwicklung des Sparens in Mio. Euro)

Abbildung 10: Entwicklung des Sparens in Mio. Euro



Quelle: Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2005, Konten nach Sektoren

5. Die Geldvermögen der ÖsterreicherInnen

Sparen ist ein wesentlicher Beitrag zur Vermögensbildung, entweder durch direkte Finanzanlagen oder durch das Ansparen für dauerhafte Güter. Finanz- bzw. Geldvermögen umfassen alle Forderungen aus finanziellen Aktiva der inländischen volkswirtschaftlichen Sektoren gegenüber in- und ausländischen Schuldern.

Ende des Jahres 2007 betrug das Geldvermögen in Österreich insgesamt 2.154.777 Mio. Euro. Die Geldvermögen im Inland sind damit von 1997 bis 2007 um 1.215.599 Mio. Euro oder 129,4% gestiegen, wurden sich also binnen 10 Jahren mehr als verdoppelt. Das entspricht einem jährlichen Wachstum von durchschnittlich 121.560 Mio. Euro. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt, das im selben Zeitraum ein durchschnittlich jährliches Wachstum von 8.736 Mio. Euro zu verbuchen hatte, sind die Geldvermögen in absoluten Beträgen rund vierzehn Mal stärker gewachsen. (siehe Tabelle 29: Entwicklung des Geldvermögens in Österreich 1997-2007)

Geldvermögen in Österreich 2007
2.154,8 Mrd. Euro
– in den letzten 10 Jahren verdoppelt

Der Großteil des Geldvermögens gehörte 2007 mit 1.595.281 Mio. Euro Kapitalgesellschaften (74,0%), wobei die Finanzwirtschaft mit einem Geldvermögen von 1.297.919 Mio. Euro (60,2%) den größeren Teil für sich einnimmt, nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (Unternehmen) verfügten mit 297.362 Mio. Euro (13,8%) über den Rest. „Private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck“¹³¹ verfügten 2007 über ein Geldvermögen von 454.513 Mio. Euro, das waren 21,1% des gesamten Geldvermögens. Der „Staat“¹³² hatte mit 104.983 Mio. Euro (4,9%) das niedrigste Geldvermögen zu verbuchen.

Deutlich verbessern konnte ihre Anteile am Gesamtgeldvermögen seit 1997 die Wirtschaft (von 10,1% 1997 auf 13,8% 2007 aller Geldvermögen), aber auch die Geldvermögen der Finanzwirtschaft stiegen stark (von 56,1% 1997 auf 60,2% 2007). Der Anteil des privaten Geldvermögens ist dagegen im Zeitraum von 1997 bis 2007 von 27,6% im Jahr 1997 auf 21,1% 2007, gesunken. Der Geldvermögensanteil des Staates ist rückläufig, von einem ohnehin schon geringen Anteil 1997 von 6,2% ist der Anteil mittlerweile auf 4,9% im Jahr 2007 zurück gegangen.

Anteile am Gesamtgeldvermögen

In absoluten Beiträgen konnte die Finanzwirtschaft mit einem Plus von 771.003 Mio. Euro am meisten zulegen. Deutlich geringer war das Plus der Wirtschaft mit 202.224 Mio. Euro und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck mit 195.607 Mio. Euro.

Überdurchschnittlich stark gestiegen sind im Zeitraum von 1997 bis 2007 die Geldvermögen der Wirtschaft mit einer Steigerung von 212,6%, das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 12,3%, und der Finanzwirtschaft mit

¹³¹ dazu zählen neben Privatpersonen auch Gewerkschaften, Kirchen und die Stiftungen

¹³² Dazu zählen alle Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen und Kammern

einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 9,2%. Unterdurchschnittlich war dagegen das Wachstum der Geldvermögen der Privaten mit einem jährlichen Plus von 5,7%. (siehe Tabelle 29: Entwicklung des Geldvermögens in Österreich 1997-2007) Jedenfalls aber lagen diese Zuwachsraten weit über den Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes, der Arbeitnehmereinkommen oder der Pensionen.

Tabelle 29: Entwicklung des Geldvermögens in Österreich 1997-2007

	1997	2007	Veränderung absolut		Veränderung in %	
			gesamt	jährlich	gesamt	jährlich
	in Mio. €					
BIP	183.480	270.837	87.357	8.736	47,61%	3,77%
Geldvermögen (Inland) gesamt	939.178	2.154.777	1.215.599	121.560	129,43%	8,44%
<i>davon</i>						
Bargeld und Einlagen	303.636	586.244	282.608	28.261	93,07%	6,27%
<i>Anteil in %</i>	32,33%	27,21%				
Wertpapiere	146.826	337.482	190.656	19.066	129,85%	8,70%
<i>Anteil in %</i>	15,63%	15,66%				
gewährte Kredite	253.377	457.917	204.540	20.454	80,73%	5,80%
<i>Anteil in %</i>	26,98%	21,25%				
Anteilsrechte	169.499	626.014	456.515	45.652	269,33%	14,60%
<i>Anteil in %</i>	18,05%	29,05%				
Versicherungstechnische Rückstellungen	43.043	91.702	48.659	4.866	113,05%	7,97%
<i>Anteil in %</i>	4,58%	4,26%				
Währungsgold u.a.	2.252	5.273	3.021	302	134,15%	4,48%
<i>Anteil in %</i>	0,24%	0,24%				
Sonstige Forderungen	20.526	49.756	29.230	2.923	142,40%	9,01%
<i>Anteil in %</i>	2,19%	2,31%				
Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck	258.906	454.513	195.607	19.561	75,55%	5,65%
<i>Anteil in %</i>	27,57%	21,09%				
Wirtschaft	95.138	297.362	202.224	20.222	212,56%	12,33%
<i>Anteil in %</i>	10,13%	13,80%				
Finanzwirtschaft	526.916	1.297.919	771.003	77.100	146,32%	9,19%
<i>Anteil in %</i>	56,10%	60,23%				
Staat	58.218	104.983	46.765	4.677	80,33%	5,45%
<i>Anteil in %</i>	6,20%	4,87%				

Quelle: OeNB (www.oenb.at), eigene Berechnung

Mit 626.014 Mio. Euro (29,1%) entfiel das meiste Geldvermögen auf Anteilsrechte (Aktien und Investmentzertifikate), 586.244 Mio. Euro (27,2%) entfielen auf Bargeld und Einlagen, 457.917 Mio. Euro (21,2%) auf gewährte Kredite, 337.482 Mio. Euro (15,7%) auf Wertpapiere und 91.702 Mio. Euro (4,3%) auf versicherungstechnische

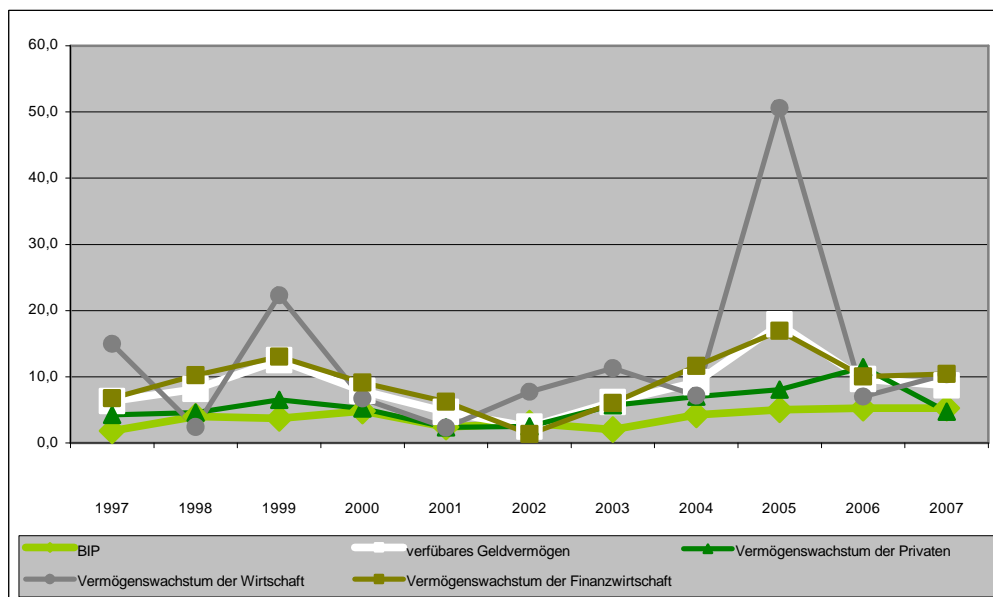
Rückstellungen (Ansprüche Privater auf Rückstellungen bei Lebensversicherungen und Pensionseinrichtungen).

Von 1997 bis 2007 konnten vor allem die Anteilsrechte ihre Anteile am Gesamtvermögen von 18,1% 1997 auf 29,1% 2007) erhöhen, im Jahr 2007 entfällt auf diese Kategorie erstmals mehr Vermögen als auf Bargeld und Einlagen. Bei den Wertpapieren zeigt sich dagegen kaum eine Veränderung, ihr Anteil liegt bei rund 16,7%. Deutlich zurückgegangen sind die Anteile am gesamten Geldvermögen vor allem von Bargeld und Einlagen von 32,3% 1997 auf 27,2% 2007) und bei den Krediten von 27,0% 1997 auf 21,3% 2007).

Auch in absoluten Beträgen konnten Anteilsrechte mit einer Steigerung von 456.515 Mio. Euro den größten Zuwachs verbuchen. Wertpapiere hatten ein Plus von 190.656 Mio. Euro, Bargeld und Einlagen von 282.608 Mio. Euro und Kredite von 204.540 Mio. Euro.

Eine überdurchschnittliche Steigerung konnten von 1997 bis 2007 Anteilsrechte mit 269,3% erzielen, das entspricht einer jährlichen Steigerung von 14,6%. Weiters konnten Wertpapiere und versicherungstechnische Rückstellung mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 8,7% bzw. 8% entsprechend dazu gewinnen. Eher schwach war das durchschnittliche jährliche Wachstum bei Krediten (5,8%) sowie Bargeld und Einlagen (6,3%). (siehe Tabelle 29: Entwicklung des Geldvermögens in Österreich 1997-2007)

Abbildung 11: Jährliches Wachstum von BIP, verfügbarem Einkommen und Geldvermögen der einzelnen Sektoren 1997-2007 in %



Quelle: OeNB (www.oenb.at)

Zwischen dem (nominellen) Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, dem Wachstum des verfügbaren Einkommen und dem Wachstum des Geldvermögens bestand lange

ein sichtbarer Zusammenhang, auch wenn die Wachstumsraten der Finanzwirtschaft und jene des verfügbaren Geldvermögens in einzelnen Jahren über jenen des BIP und dem Vermögenswachstum Privater lagen. Völlig losgelöst vom Wachstum des Bruttoinlandsproduktes und der verfügbaren Einkommen verlief dagegen in den letzten 10 Jahren die Entwicklung bei der Wirtschaft. Die Wachstumsraten des Geldvermögens der Wirtschaft lagen zum Teil weit über jenen des BIP und der verfügbaren Einkommen.

5.1. Das Geldvermögen der Privaten

**Geldvermögen
der Privaten
454,5 Mrd. Euro**

Ende des Jahres 2007 betrug das Geldvermögen der Privaten 454.513 Mio. Euro, das war um 195.607 Mio. Euro mehr als noch vor 10 Jahren (1997 waren es 258.906 Mio. Euro). Von 1997 bis 2007 konnte das Geldvermögen der Privaten um 83,0% gesteigert werden, das entsprach einem jährlichen Wachstum von 19.561 Mio. Euro. Das wieder entsprach mehr als dem Doppelten des Wachstums des Bruttoinlandsproduktes. (siehe Tabelle 29: Entwicklung des Geldvermögens in Österreich 1997-2007)

Tabelle 30: Geldvermögen der Privaten 1997-2007 in Mio. Euro

	1997	1998	2001	2002	2006	2007
Bargeld und Einlagen	143.504	146.971	159.578	165.369	191.929	204.569
Bargeld	10.277	10.185	8.941	10.940	13.615	13.728
Einlagen	133.227	136.786	150.637	154.429	178.314	190.841
Wertpapiere	23.273	20.600	20.753	22.455	34.380	37.475
Anteilsrechte	15.838	58.554	71.903	67.095	121.117	122.173
Börsennotierte Aktien	5.924	7.425	9.562	8.313	31.239	30.225
sonstige Anteilsrechte	27.052	27.906	31.725	30.654	39.849	42.205
Investmentzertifikate	19.848	23.223	30.616	28.128	50.029	49.743
Versicherungstechnische Rückstellungen	39.328	43.634	45.891	59.880	81.903	85.692
Lebensversicherungen	27.640	30.175	39.274	41.592	57.848	61.151
Pensionsansprüche	4.784	6.555	9.886	10.243	13.950	14.422
übrige Forderungen	26	1.060	1.626	3.721	4.343	4.336
Geldvermögen gesamt	258.906	270.829	310.769	318.581	433.896	454.513

Quelle: OeNB (www.oenb.at)

**größter Anteil
Bargeld und
Einlagen**

Den größten Anteil der privaten Geldvermögen machten Bargeld und Einlagen mit 204.569 Mio. Euro aus (45,0%). 122.173 Mio. Euro (26,9%) waren in Anteilsrechten und 37.475 Mio. Euro (8,2%) in Wertpapieren investiert. Weitere 85.692 Mio. Euro (18,9%) entfielen auf Versicherungen. (siehe Tabelle 30: Geldvermögen der Privaten 1997-2007 in Mio. Euro)

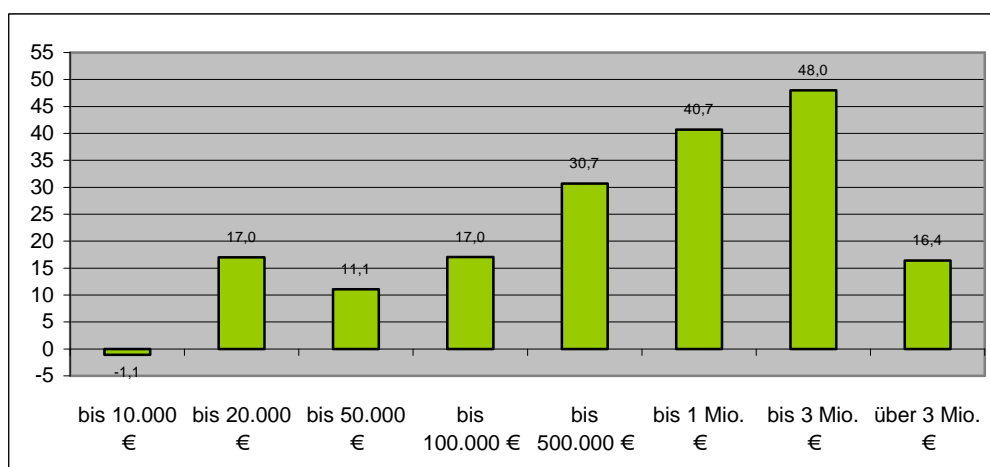
Die Struktur der Geldvermögen der Privaten hat sich von 1997 bis 2007 etwas verändert. Zwar machen Bargeld und Einlagen mit 45,0% immer noch den größten Anteil aus, jedoch ist dieser um 10,4% gesunken (1997 55,4%). Auch der Anteil von Wertpapieren am gesamten Vermögen der Privaten ist von 9,0% 1997 auf 8,2% 2007 gesunken. Besonders stark angestiegen ist der Anteil von Anteilsrechten, die ein Plus von 20,8% verbuchen konnten, von 6,1% im Jahr 1997 auf 26,9% 2007. Ein Anstieg ist auch bei versicherungstechnischen Rückstellungen vorhanden, von 15,2% im Jahr 1997 auf 18,9% im Jahr 2007.

Bargeld machte mit 13.728 Mio. Euro nur 3,0% des gesamten Geldvermögens der Privaten im Jahr 2007 aus. Das Bargeld war von 1996 bis 2001 Schwankungen unterworfen und ist erst seither gestiegen. (siehe Tabelle 30: Geldvermögen der Privaten 1997-2007 in Mio. Euro) Einlagen machten mit 190.841 Mio. Euro 42,0% des Geldvermögens Privater aus. Von 1997 bis 2007 erfolgte, in absoluten Beträgen, eine Steigerung von 57.614 Mio. Euro. Einlagen sind seit 1997 kontinuierlich gewachsen, wenn auch nicht überdurchschnittlich.

Die Zahl der Spareinlagen bei inländischen Kreditinstituten ist in den letzten Jahren nur leicht gestiegen. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2003 war die Zahl der Spareinlagen im 2. Halbjahr 2007 um 375.349 Stück höher, was allerdings nur eine Steigerung von 1,6% bedeutet. Im Vierjahresvergleich zeigt sich, dass die Zahl der Sparkonten bis zu 10.000 Euro um 1,1% zurückgegangen ist. Überdurchschnittlich gestiegen sind von 2003 bis 2007 hingegen Sparkonten mit hohen bis sehr hohen Spareinlagen. So nahmen Spareinlagen mit über 3 Mio. Euro um 16,4% zu, jene von 1 bis zu 3 Mio. Euro sogar um 48,0% und die bis zu 1 Mio. Euro um immerhin 40,7%. (siehe Abbildung 12: Wachstum der Anzahl von Sparkonten 2003-2007 in %)

Spareinlagen

Abbildung 12: Wachstum der Anzahl von Sparkonten 2003-2007 in %



Quelle: OeNB, Statistiken - Daten & Analyse, Q3/08

Nochmals erwähnt sei, dass die Banken durch ihre Zinspolitik zur Attraktivität hoher Spareinlagen und somit zur Einkommens- und Vermögensentwicklung beitragen: für große Sparguthaben werden höhere Zinsen bezahlt als für kleine.

Anteilsrechte

Anteilsrechte bilden mit 26,9% den zweitgrößten Anteil an den Geldvermögen der Privaten. Ihr Anteil am privaten Geldvermögen ist in den späten 1990ern durch den Börsenboom rapide angestiegen. Nach einem kurzen Rückgang Anfang des neuen Jahrtausends stiegen die Anteilsrechte von 2003 bis 2007 wieder um 68,5% auf 122.173 Mio. Euro, das ist mehr als das Siebeneinhalbfache des Betrages von 1997 (15.838 Mio. Euro).

Innerhalb der Anteilsrechte machen Investmentzertifikate (49.743 Mio. Euro) den weit größeren Anteil aus als börsennotierte Aktien (30.225 Mio. Euro), das so veranlagte Vermögen steigt jedoch. Börsennotierte Aktien machten 2002 nur 2,6% des gesamten Geldvermögens der Privaten aus, 2007 lag ihr Anteil bereits bei 6,6%. (siehe Tabelle 30: Geldvermögen der Privaten 1997-2007 in Mio. Euro)

Versicherungs- technische Rückstellungen

Versicherungstechnische Rückstellungen haben sich von 1997 bis 2007 mehr als verdoppelt, von 39.328 Mio. Euro auf 85.692 Mio. Euro, wobei es in dieser Zeit einen kontinuierlichen Anstieg gab.

Das wichtigste Anlageprodukt sind Lebensversicherungen, die im Jahr 2007 61.151 Mio. Euro ausmachten, das ist eine Verdoppelung im Vergleich zu 1997 (27.640 Mio. Euro). Die Forderungen aus Lebensversicherungen sind kontinuierlich gewachsen und machten 2007 13,5% des gesamten Geldvermögens der Privaten aus. 3,2% des Geldvermögens von Privaten (14.422 Mio. Euro) betrafen 2007 Forderungen gegenüber Pensionskassen, ihr Anteil hat sich seit 1996 beinahe verdoppelt. (siehe Tabelle 30: Geldvermögen der Privaten 1997-2007 in Mio. Euro)

Wertpapiere

Der Besitz von Wertpapieren (Geld- und Kapitalmarktpapiere) bzw. die Anlage von Geld in Wertpapieren von Privaten weist kein kontinuierliches Wachstum auf, im Gegenteil sogar phasenweise Rückgänge. Einem Rückgang bis zum Jahr 1999 folgte, nach einem Auf und Ab in den Jahren 2000 und 2001, wieder eine Zunahme auf 37.475 Mio. Euro im Jahr 2007. In den Geldvermögen von Privaten spielen jedoch Wertpapiere eher eine untergeordnete Rolle, denn nur 8,2% des Geldvermögens Privater sind in Wertpapieren angelegt und nur 11,1% aller in Österreich von Inländern gehaltenen Wertpapiervermögen gehörten 2007 Privaten, 5,6% dem Staat und der Hauptteil mit 83,3% Kapitalgesellschaften. (siehe Tabelle 30: Geldvermögen der Privaten 1997-2007 in Mio. Euro)

5.2. Das Geldvermögen der Kapitalgesellschaften

In diesem Fall ist eine Trennung in finanzielle und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften notwendig. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften sind jene Kapital- und Personengesellschaften und selbständig Erwerbstätigen, die in ihrer Haupttätigkeit Waren und nichtfinanzielle Dienstleistungen produzieren, also vereinfacht gesagt „die Wirtschaft“.

Finanzielle Kapitalgesellschaften dagegen sind die Banken, Investmentfonds, finanzielle Holding- und Mantelgesellschaften, Verwalter von Pensionskassen und Investmentfonds sowie Versicherungsunternehmen und Pensionskassen, also vereinfacht gesagt „die Finanzwirtschaft“.¹³³

5.2.1. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (Wirtschaft)

Am Ende des Jahres 2007 betrug das Geldvermögen der Wirtschaft 297.362 Mio. Euro, das ist mehr als das Dreifache wie im Jahr 1997 (95.138 Mio. Euro). Die Wirtschaft konnte ihr Geldvermögen von 1997 bis 2007 um 212,6% steigern, das entspricht einem jährlichen Wachstum von 20.222 Mio. Euro. Das war um rund zweieinhalb Mal mehr als das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in diesen Jahren. (siehe Tabelle 29: Entwicklung des Geldvermögens in Österreich 1997-2007)

**Geldvermögen
der Wirtschaft
297,4 Mrd. Euro**

Den größten Anteil an den Geldvermögen der Wirtschaft hatten 2007 Anteilsrechte mit 192.559 Mio. Euro (64,8%) sowie Bargeld und Einlagen mit 48.179 Mio. Euro (16,2%). Eher geringere Bedeutung haben gewährte Kredite mit 28.760 Mio. Euro (9,7%) und Wertpapiere mit 9.439 Mio. Euro (3,2%). (siehe Tabelle 31: Geldvermögen der Wirtschaft 1997-2007 in Mio. Euro)

Besonders stark gewachsen sind von 1997 bis 2007 in absoluten Beträgen Kredite, die sich fast versiebenfacht haben (von 4.171 Mio. Euro 1997 auf 28.760 Mio. Euro 2007), sowie Anteilsrechte, die sich innerhalb der letzten Jahre um das Vierfache erhöht haben (von 48.755 Mio. Euro 1997 auf 192.559 Mio. Euro 2007). Die Höhe an Bargeld und Einlagen hat sich mittlerweile mehr als verdoppelt (von 22.018 Mio. Euro 1997 auf 48.179 Mio. Euro 2007). Wertpapiere haben ihren Anteil über die Jahre hinweg in etwa gehalten und lagen 2007 um 10% unter dem Wert des Jahres 1997. (siehe Tabelle 31: Geldvermögen der Wirtschaft 1997-2007 in Mio. Euro)

¹³³ vgl. dazu die Definitionen in den Erläuterungen der Statistischen Monatshefte der OeNB

Tabelle 31: Geldvermögen der Wirtschaft 1997-2007 in Mio. Euro

	1997	1998	2001	2002	2006	2007
Bargeld und Einlagen	22.018	25.580	26.537	27.320	39.107	48.179
Wertpapiere	10.512	8.154	9.921	10.411	10.930	9.439
Kredite	4.171	4.797	14.588	14.701	24.384	28.760
Anteilsrechte	48.755	50.153	69.358	77.823	177.882	192.559
Übrige Forderungen	0	8.775	9.736	9.927	17.074	18.425
Geldvermögen gesamt	95.138	97.457	130.140	140.181	269.383	297.362

Quelle: OeNB (www.oenb.at)

5.2.2. Finanzielle Kapitalgesellschaften (Finanzwirtschaft)

Geldvermögen der Finanz- wirtschaft 1.297,9 Mrd. Euro

Am Ende des Jahres 2007 betrug das Geldvermögen der Finanzwirtschaft (der Banken und Kreditinstitute, Versicherungen, Pensionskassen usw.) 1.297.919 Mio. Euro, das war mehr als das Doppelte im Vergleich zu 1997 (526.916 Mio. Euro). Von 1997 bis 2007 konnte das Geldvermögen der Finanzwirtschaft um 146,3% gesteigert werden, das entsprach einem jährlichen Wachstum von 77.100 Mio. Euro – das war beinahe achtmal so viel wie das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes. (siehe Tabelle 29: Entwicklung des Geldvermögens in Österreich 1997-2007)

Den größten Teil machten gewährte Kredite mit 400.940 Mio. Euro (30,9%) aus, gefolgt von Wertpapieren mit 271.747 Mio. Euro (20,9%), Bargeld und Einlagen mit 321.796 Mio. Euro (24,8%) und Anteilsrechten und Investmentzertifikaten mit 273.547 Mio. Euro (21,1%). Währungsgold machte mit 0,4% (5.273 Mio. Euro) am Gesamtvermögen der Finanzwirtschaft nur einen minimalen Anteil aus. (siehe Tabelle 32: Geldvermögen der Finanzwirtschaft 1997-2007 in Mio. Euro)

Tabelle 32: Geldvermögen der Finanzwirtschaft 1997-2007 in Mio. Euro

	1997	1998	2001	2002	2006	2007
Bargeld und Einlagen	130.486	142.463	189.223	164.662	285.927	321.796
Wertpapiere	109.507	121.480	162.194	180.541	262.522	271.747
Kredite	225.149	239.401	294.164	304.431	369.899	400.940
Anteilsrechte u. Investmentzertifikate	46.201	61.822	103.969	110.164	227.741	273.547
Währungsgold	2.252	2.384	3.783	3.513	4.625	5.273
sonstige Forderungen	13.301	13.394	7.825	8.056	24.337	24.225
Geldvermögen gesamt	526.916	580.961	761.183	771.393	1.175.397	1.297.919

Quelle: OeNB (www.oenb.at)

Das Wachstum des Geldvermögens der Finanzwirtschaft wurde von 1997 bis 2007 besonders durch die über weite Strecken kontinuierlichen Zuwächse der Wertpapiere, Kredite, Anteilsrechte und von Bargeld und Einlagen geprägt. Besonders die

Steigerung der Anteilsrechte und Investmentzertifikate um das fast Sechsfache (von 46.201 Mio. Euro 1997 auf 273.547 Mio. Euro 2007) und die Zunahme bei Wertpapieren um das Zweieinhalbfache (von 109.507 Mio. Euro 1997 auf 271.747 Mio. Euro 2007) trugen maßgeblich zum Wachstum bei. (siehe Tabelle 32: Geldvermögen der Finanzwirtschaft 1997-2007 in Mio. Euro) Auch die Ausweitung der gewährten Kredite bestimmte die Geldvermögensposition der Finanzwirtschaft.

5.3. Das Geldvermögen des Staates

Am Ende des Jahres 2007 betrug das Geldvermögen des „Staates“ 104.983 Mio. Euro, das war fast das Doppelte als noch 1997 (58.218 Mio. Euro). Von 1997 bis 2007 konnte der Staat sein Geldvermögen um 80,3% steigern, das entsprach einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 4.677 Mio. Euro. (siehe Tabelle 29: Entwicklung des Geldvermögens in Österreich 1997-2007)

**Geldvermögen
des „Staates“
105,0 Mrd. Euro**

Vom Geldvermögen des Staates entfielen 27.949 Mio. Euro auf gewährte Kredite (26,6%), 37.735 Mio. Euro auf Anteilsrechte (35,9%), 18.819 Mio. Euro auf Wertpapiere (17,9%) sowie 11.700 Mio. Euro auf Bargeld und Einlagen (11,1%). (siehe Tabelle 33: Geldvermögen des Staates 1997-2007 in Mio. Euro)

In absoluten Beträgen sind in den letzten 10 Jahren vor allem Wertpapiere und Anteilsrechte stark und kontinuierlich gewachsen. Die Anteile der Wertpapiere haben sich von 1997 bis 2007 verfünffacht (von 3.533 Mio. Euro 1997 auf 18.819 Mio. Euro 2007) und die von Anteilsrechten mittlerweile beinahe verdoppelt (von 21.718 Mio. Euro 1997 auf 37.735 Mio. Euro 2007). Die Entwicklung bei den Krediten und Bargeld und Einlagen verlief dagegen sehr schwankend. (siehe Tabelle 33: Geldvermögen des Staates 1997-2007 in Mio. Euro)

Tabelle 33: Geldvermögen des Staates 1997-2007 in Mio. Euro

	1997	1998	2001	2002	2006	2007
Bargeld und Einlagen	7.678	7.617	11.802	10.950	10.340	11.700
Wertpapiere	3.533	7.070	12.230	17.399	17.977	18.819
Kredite	24.056	27.800	34.871	33.884	31.000	27.949
Anteilsrechte	21.718	22.488	25.509	25.978	36.595	37.735
übrige Forderungen	-103.709	-116.842	1.363	1.757	7.588	8.780
Geldvermögen gesamt	58.218	66.391	88.446	92.418	103.500	104.983

Quelle: OeNB (www.oenb.at)

6. Die Schulden der ÖsterreicherInnen

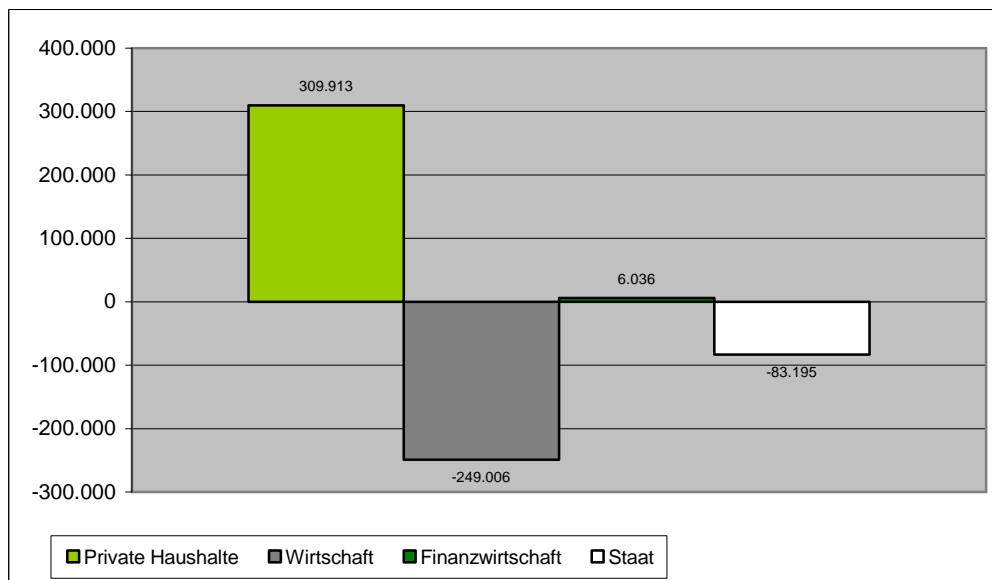
In einer gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung sind den Geldvermögen (auf der Aktivseite) die Verpflichtungen (etwa aushaftende Kredite, Einlagen bei Banken usw.) auf der Passivseite gegenüberzustellen.

Im Jahr 2007 standen in Österreich dem Geldvermögen von 2.154.777 Mio. Euro Verpflichtungen von 2.170.946 Mio. Euro gegenüber, was einen negativen Saldo aller Aktiva und Passiva von 16.168 Mio. Euro zur Folge hatte.

**2.170,9 Mrd. Euro
Schulden**

In den einzelnen Sparten zeigten sich jedoch drastische Unterschiede. Die privaten Haushalte hatten 2007, so wie in den Jahren zuvor, mit 309.913 Mio. Euro Nettogeldvermögen ein deutliches Plus auf der Habenseite zu verzeichnen. Den Geldvermögen von 454.513 Mio. Euro, also den Bargeldbeständen, Wertpapieren, Anteilsrechten und versicherungstechnischen Rückstellungen, standen 144.600 Mio. Euro Verpflichtungen (fast ausschließlich Kredite) gegenüber. Die Finanzwirtschaft hatte abweichend vom Trend der letzten Jahre eine positive Bilanz von 6.036 Mio. Euro. Deutlich negativ zeigte sich das Nettogeldvermögen bei den Sektoren Staat und Wirtschaft. Der Staat als „Nettoschuldner“ wies 2007 ein Minus von 83.195 Mio. Euro auf. Die Wirtschaft stand mit 249.006 Mio. Euro noch deutlicher im Minus. (siehe Abbildung 13: Finanzielle Vermögensbilanz Österreichs 2007 in Mio. Euro)

Abbildung 13: Finanzielle Vermögensbilanz Österreichs 2007 in Mio. Euro



Quelle: OeNB (www.oenb.at), eigene Darstellung

6.1. Die Schulden der Privaten

Kredite

Bei den Privaten stehen den Geldvermögen auf der Aktivseite praktisch ausschließlich Kredite auf der Passivseite gegenüber. Der Großteil der 144.600 Mio. Euro waren 2007 mit 127.686 Mio. Euro (88,3%) langfristige Kredite, der Rest sind kurzfristige Kredite, die sich auf 16.864 Mio. Euro beliefen (11,7%). Mehr als die Hälfte der Kredite (60,8%) sind Wohnbaukredite, 17,3% Konsumkredite und der Rest Kredite mit anderem Verwendungszweck.

Von 1997 bis 2007 sind sowohl langfristige (+80%) als auch kurzfristige (+55%) Kredite angewachsen. Bei der Unterscheidung nach Verwendungszwecken sind seit 2001 (erst ab diesem Zeitpunkt sind entsprechende Daten vorhaben) die Wohnbaukredite mit 60,7% am stärksten gewachsen, Konsumkredite hatten einen deutlich schwächeren Zuwachs mit nur 21,9% im Vergleich zum Jahr 2001, worin sich die schlechtere Wirtschaftslage widerspiegelt. (siehe Tabelle 34: Verpflichtungen der privaten Haushalte 1997-2007 in Mio. Euro)

Kredite stehen bei der Geldvermögensbilanz zwar eindeutig auf der Seite der Passiva, tragen aber gerade bei den privaten Haushalten – durch ihre überwiegende Verwendung für den Wohnbau – auch zur Sachvermögensbildung bei. (à mehr dazu siehe Kapitel 5)

Tabelle 34: Verpflichtungen der privaten Haushalte 1997-2007 in Mio. Euro

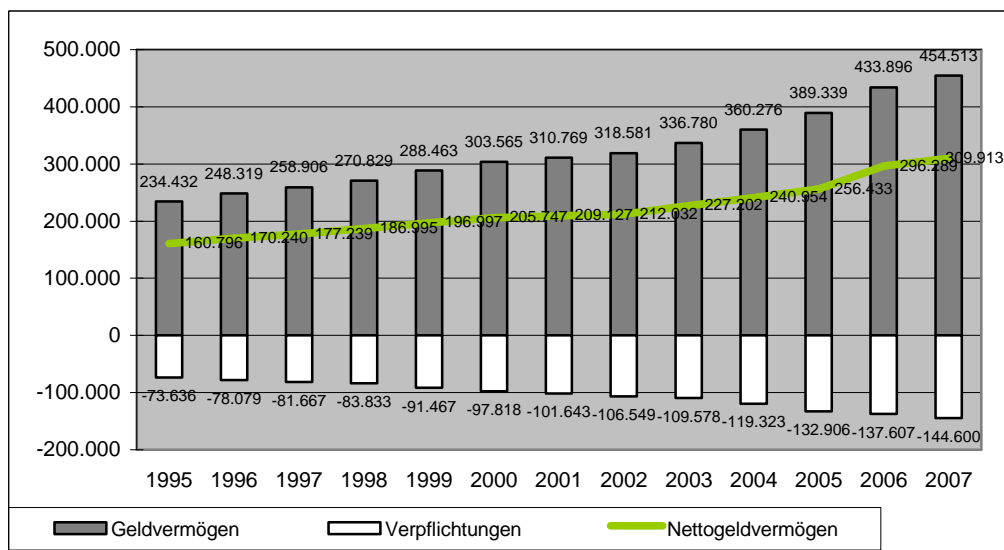
	1997	1998	2001	2002	2006	2007
Kredite	81.660	83.812	101.478	106.305	132.656	135.025
nach Laufzeit						
kurzfristige Kredite	10.904	11.354	11.689	12.639	16.455	16.864
langfristige Kredite	70.756	72.458	89.789	93.666	121.095	127.686
nach Verwendungszweck						
Wohnbaukredite	0	0	54.702	57.635	83.477	87.929
Konsumkredite	0	0	20.521	22.143	24.390	25.024
sonstige Kredite	0	0	26.884	26.527	29.683	31.597
übrige Verbindlichkeiten	7	21	166	244	57	50
Verpflichtungen gesamt	81.667	83.833	101.643	106.549	137.607	144.600

Quelle: OeNB (www.oenb.at)

Die Verschuldung der Privaten stieg in den letzten 10 Jahren kontinuierlich an und betrug 2007 mit 144.600 Mio. Euro um 62.933 Mio. Euro mehr als noch 1997 (81.667 Mio. Euro), das war eine Steigerung um 77%. (siehe Abbildung 14: Geldvermögen und Verschuldung der Privaten 1995-2007 in Mio. Euro, Tabelle 34: Verpflichtungen der privaten Haushalte 1997-2007 in Mio. Euro)

Ebenso wie die Verschuldung stieg auch das Geldvermögen der Privaten in Österreich von 1995 bis 2007 an und betrug mehr als die Verpflichtungen. Das hat zur Folge, dass das Nettogeldvermögen der Privaten von 1995 bis 2007 zugenommen hat, auch wenn es phasenweise eher schwache Zugewinne gab. Von 2002 bis 2007 konnte das Nettogeldvermögen um 43%, von 318.581 Mio. Euro auf 454.513 Mio. Euro gesteigert werden. (siehe Abbildung 14: Geldvermögen und Verschuldung der Privaten 1995-2007 in Mio. Euro)

Abbildung 14: Geldvermögen und Verschuldung der Privaten 1995-2007 in Mio. Euro



Quelle: OeNB (www.oenb.at)

Im internationalen Vergleich der Haushaltsverschuldung zeigt sich, dass Österreich zu den Ländern mit einer geringeren Verschuldungsquote gehört. Im dritten Quartal 2006 lag die Haushaltsverschuldungsquote Österreichs bei 54% gemessen am BIP. Laut Schätzung der Europäischen Zentralbank lag die private Verschuldungsquote des gesamten Euroraumes bei 59%.¹³⁴

internationaler
Vergleich

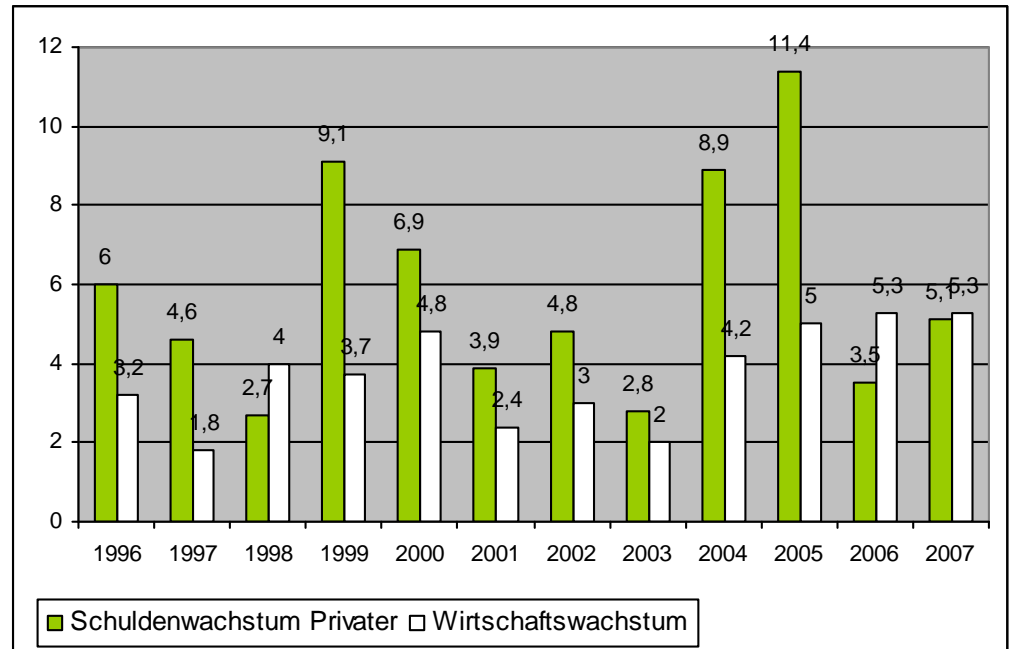
Auch zwischen Schuldenwachstum und Wirtschaftswachstum gibt es einen Zusammenhang: Das Schuldenwachstum der Privaten war in den letzten Jahren dann am höchsten, wenn auch das stärkste Wirtschaftswachstum (1999 und 2000, 2005 und 2006) zu verzeichnen war. Dies waren Zeiten, wo die Bereitschaft auch zu längerfristigen Anschaffungen am höchsten war. 2003 waren die Kreditaufnahmen sogar rückläufig (minus 1,2 Mrd. Euro), nicht allerdings die bestehenden Schulden. Diese erhöhten sich um 2,8 %, was allerdings ein vergleichsweise niedriger Zuwachs im Vergleich zu anderen Jahren war. Neue Kreditaufnahmen betrafen in erster Linie

Zusammenhang
zwischen
Schulden- und
Wirtschafts-
wachstum

¹³⁴ OeNB: Zurückhaltende Geldvermögensbildung des privaten Sektors (Statistiken Q1/07), www.oenb.at/de/stat_melders/statistische_publika/gesamtwirtschaftlich/gfr_berichte_20070125_andreasch.jsp

den Wohnbau. Die Kreditaufnahmen nahmen im Jahr 2006 und 2007 zwar nicht weiter zu und blieben auf ihrem hohen Niveau, die Wirtschaft profitierte jedoch von den zuvor erhöhten Kreditaufnahmen.

Abbildung 15: Schuldenzuwachs Privater 1996 – 2007 in Mrd. Euro und %



Quelle: OeNB (www.oenb.at)

Die Höhe der Forderungen an Private Haushalte betrug im Jahr 2007 bereits über 115 Mrd. Euro.¹³⁵ In der Großkreditstatistik, die von Österreichischen Nationalbank geführt wird und in der nur - im Jahr 2007 rund 586.400 - Kredite ab einer Höhe von 350.000 Euro erfasst sind, waren 2007 Einzelunternehmer und Private mit 23.150 Krediten nur sehr gering vertreten.

**mehr
überschuldete
Haushalte**

In Österreich gibt es immer mehr überschuldete Haushalte bzw. Haushalte, die an der Schwelle zur Überschuldung stehen. Auch die Höhe der Verschuldung ist in den letzten Jahren immer weiter gestiegen und betrug 2007 durchschnittlich 76.407 Euro (Medianverschuldung 39.829 Euro).

Schulden haben, nach Bildungsabschluss betrachtet, vor allem Personen mit einer formalen Ausbildung unterhalb der Matura, also PflichtschulabsolventInnen (40,2%) und AbsolventInnen von Berufs- und berufsbildenden Schulen (51,7%). Gemessen am Einkommen haben vor allem Personen, die über ein Einkommen von weniger als 1.501 Euro verfügen, Schulden, sie machen 84,3% der gesamten SchuldnerInnen aus. Nach genauerer Einteilung zeigt sich, dass die Einkommensklasse zwischen 1.001 und 1.500 Euro mit 32,4% den größten Anteil der Verschuldeten ausmacht,

¹³⁵ OeNB: www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=3.5 (Stand: 25.07.2008)

gefolgt von der Gruppe mit einem Einkommen zwischen 727 und 1.000 Euro (24,5%) und jener mit einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums (27,4%). (siehe Abbildung 16: SchuldnerInnen nach Einkommen in Österreich 2007) Von den SchuldnerInnen sind 49,2% erwerbstätig und 32,8% arbeitslos.

Die häufigsten Ursachen für Überschuldung waren 2007 Selbständigkeit (22%), Arbeitslosigkeit bzw. Einkommensverschlechterung (19%) sowie der (zu großzügige) Umgang mit Geld (18%).

Bemessen nach der Höhe der Durchschnittsforderung, haben Kreditinstitute mit 21.391 Euro mit Abstand die höchsten Forderungen, gefolgt von Dienstleistern (6.084 Euro), Privatgläubigern (5.922 Euro) sowie Verwaltung und Justiz (mit 5.568 Euro).

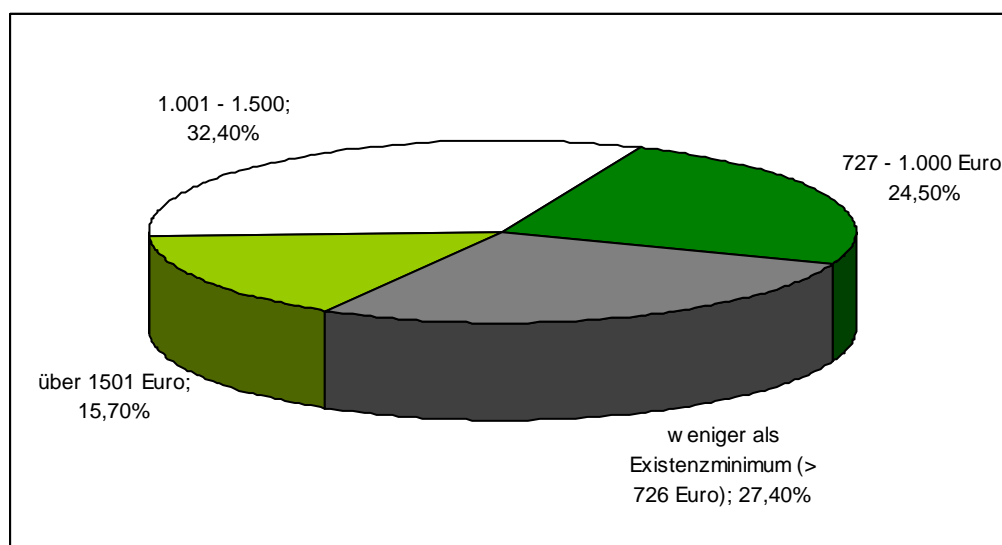
Im Jahr 2007 gab es in Österreich 8.717 Konkursanträge, das ist eine Steigerung der Privatkonkurse im Vergleich zum Vorjahr um 13,6%, sowie 7.388 Konkursöffnungen (plus 14,4% gegenüber 2006).

Insgesamt gab es 2007 1.690.987 Anträge auf Exekutionen und Pfändungen, davon waren 930.787 Fahrnisexekutionen (Pfändung von beweglichen Sachen) und 760.200 Forderungsexekutionen (Lohnpfändung bis zum Existenzminimum (726 Euro)).¹³⁶

Ursachen für Überschuldung

Privatkonkurse

Abbildung 16: SchuldnerInnen nach Einkommen in Österreich 2007



Quelle: Schuldnerberatung (www.schuldnerberatung.at)

6.2. Die Schulden der Kapitalgesellschaften

6.2.1. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (Wirtschaft)

Dem Geldvermögen der Wirtschaft standen 2007 546.368 Mio. Euro Verpflichtungen gegenüber. Dies waren hauptsächlich Kredite mit 186.168 Mio. Euro (34,1%) und An-

Schulden der Wirtschaft 546,4 Mrd. Euro

¹³⁶ Schuldnerberatung: Schuldenreport 2008 (www.schuldnerberatung.at)

teilsrechte Dritter mit 313.163 Mio. Euro (57,3%) sowie Wertpapiere (meist Schuldverschreibungen auf Kapitalaufnahmen) mit 31.021 Mio. Euro (5,7%).

Von 1997 bis 2007 sind die Verpflichtungen vor allem bei Anteilsrechten und Wertpapieren, mit einer Steigerung um mehr als das Dreifache, enorm gewachsen.

Die Kredite der Wirtschaft sind um 67% im Vergleich zu 1997 gestiegen. (siehe Tabelle 35: Verpflichtungen der Wirtschaft 1997-2007 in Mio. Euro)

Tabelle 35: Verpflichtungen der Wirtschaft 1997-2007 in Mio. Euro

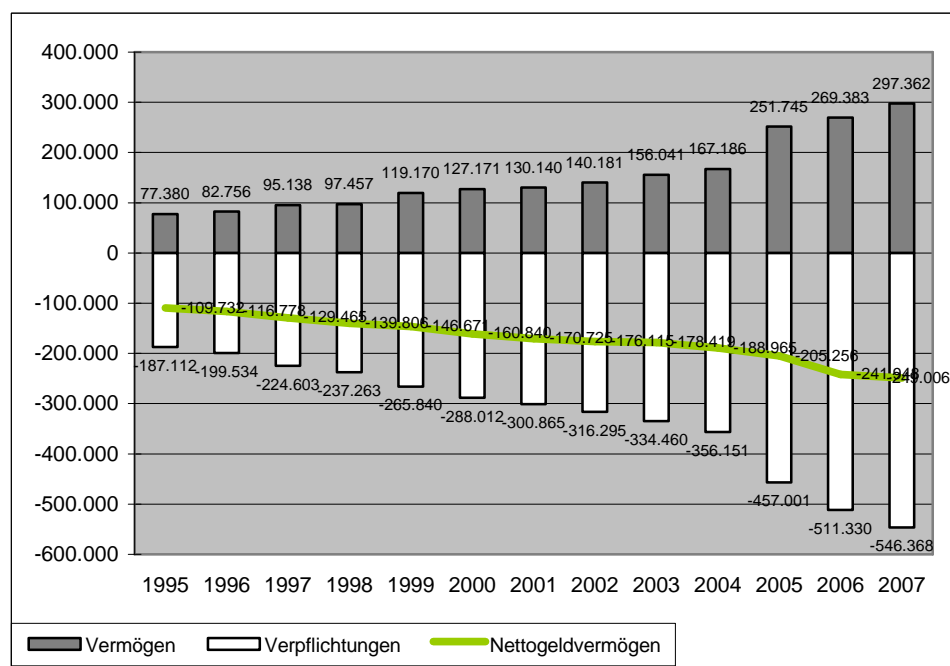
	1997	1998	2001	2002	2006	2007
Kredite	111.161	117.675	154.041	156.583	173.815	186.168
kurzfristige Kredite	34.482	38.385	41.909	42.587	48.015	52.665
langfristige Kredite	76.679	79.290	112.132	113.996	125.800	133.503
Wertpapiere	12.038	12.622	16.875	16.656	27.627	31.021
Anteilsrechte	94.773	100.121	122.244	134.414	294.012	313.163
übrige Verbindlichkeiten	0	0	7.705	8.642	15.878	15.934
Verpflichtungen	224.603	237.263	300.865	316.295	511.330	546.368

Quelle: OeNB (www.oenb.at)

**Verschuldung
kontinuierlich
gestiegen**

Die Verschuldung der Wirtschaft ist in den letzten 10 Jahren kontinuierlich gestiegen und betrug 2007 mit 546.368 Mio. Euro mehr als das Doppelte (plus 321.765 Mio. Euro) als noch 1997 (224.603 Mio. Euro). (siehe Abbildung 17: Geldvermögen und Verschuldung der Wirtschaft 1995-2007 in Mio. Euro, Tabelle 35: Verpflichtungen der Wirtschaft 1997-2007 in Mio. Euro)

Abbildung 17: Geldvermögen und Verschuldung der Wirtschaft 1995-2007 in Mio. Euro



Quelle: OeNB (www.oenb.at)

Neben der Verschuldung ist auch das Geldvermögen der Wirtschaft von 1995 bis 2007 kontinuierlich gewachsen. Einen besonders starken Zuwachs des Geldvermögens (um 61%) gab es zwischen 2004 und 2006. Insgesamt ist das negative Nettogeldvermögen von 1995 bis 2007 aber immer weiter gestiegen und betrug 2007 mit 249.006 Mio. Euro mehr als das Doppelte von 1995 (109.732 Mio. Euro). (siehe Abbildung 17: Geldvermögen und Verschuldung der Wirtschaft 1995-2007 in Mio. Euro)

negatives
Geldvermögen
gestiegen

6.2.2. Finanzielle Kapitalgesellschaften (Finanzwirtschaft)

Dem Geldvermögen der Finanzwirtschaft standen aus der Passivseite Verpflichtungen von 1.291.882 Mio. Euro gegenüber. Der Großteil der Verpflichtungen waren (fremde) Bargeldbestände und Einlagen mit 600.883 Mio. Euro (47%). Mit 231.677 Mio. Euro hatten Wertpapiere (18%) einen fast ebenso hohen Anteil wie Anteilsrechte mit 292.885 Mio. Euro (23%). Weitere 91.129 Mio. Euro (7,1%) waren Verbindlichkeiten an versicherungstechnischen Rückstellungen. Kredite machten mit 38.154 Mio. Euro (1,6%) einen geringen Anteil der Verpflichtungen aus.

Schulden der
Finanzwirtschaft
1.291,9 Mrd. Euro

Die größte Steigerung bei den Verpflichtungen gab es zwischen 1997 und 2007 vor allem bei den Krediten, die sich fast vervierfacht haben. Aber auch Anteilsrechte haben im selben Ausmaß zugenommen. Wertpapiere und versicherungstechnische Rückstellungen konnten einen Zuwachs von etwa dem Zweifachen verbuchen. Die Verpflichtungen bei Bargeldbeständen haben sich fast verdoppelt. (siehe Tabelle 36: Verpflichtungen der Finanzwirtschaft 1997-2007 in Mio. Euro)

Tabelle 36: Verpflichtungen der Finanzwirtschaft 1997-2007 in Mio. Euro

	1997	1998	2001	2002	2006	2007
Bargeld und Einlagen	305.471	335.341	408.683	392.923	539.651	600.883
Kredite	10.403	13.280	19.841	24.554	37.789	38.154
kurzfristige Kredite	4.204	5.437	7.751	9.337	23.593	19.414
langfristige Kredite	6.199	7.843	12.090	15.217	14.196	18.740
Wertpapiere	82.747	83.115	133.404	142.126	209.177	231.677
Anteilsrechte und Investmentzertifikate	80.073	96.583	136.107	139.039	274.226	292.885
versicherungstechnische Rückstellungen	42.989	47.276	60.894	60.894	86.890	91.129
übrige Verbindlichkeiten	11.194	11.546	6.025	7.817	36.463	37.086
Verpflichtungen gesamt	532.884	587.142	764.956	770.471	1.184.299	1.291.882

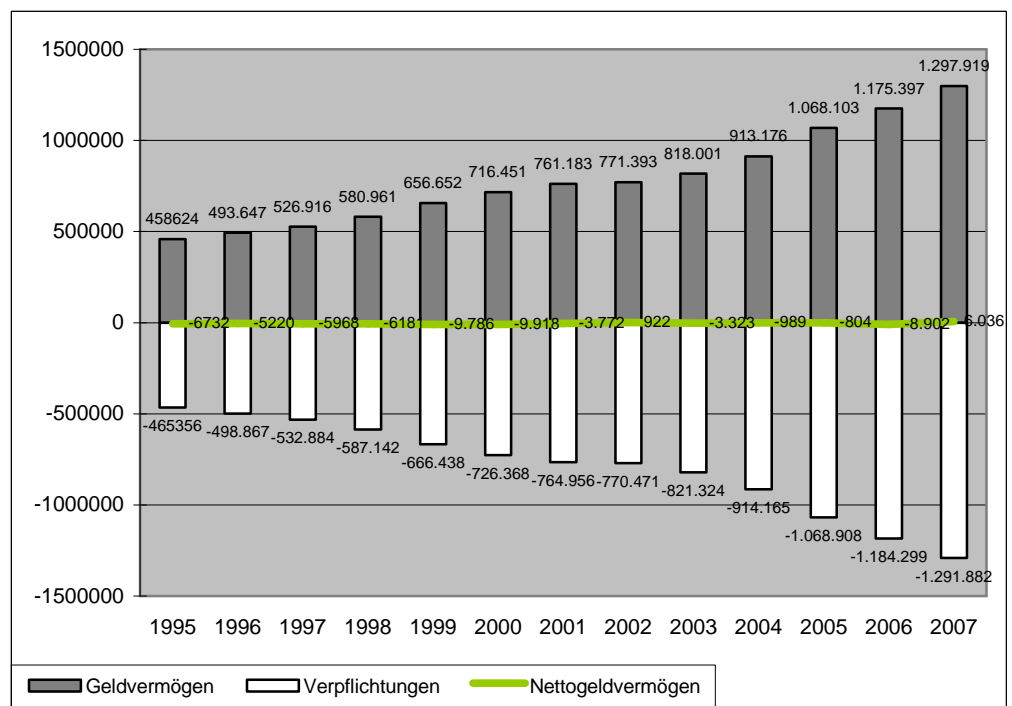
Quelle: OeNB (www.oenb.at)

Die Verschuldung der Finanzwirtschaft ist von 1997 bis 2007, ebenso wie das Geldvermögen, kontinuierlich gestiegen und betrug 2007 mit 1.291.882 Mio. Euro

mehr als das Doppelte von 1997 (532.884 Mio. Euro). (siehe Abbildung 18: Geldvermögen und Verschuldung der Finanzwirtschaft 1995-2007 in Mio. Euro, Tabelle 36: Verpflichtungen der Finanzwirtschaft 1997-2007 in Mio. Euro)

Geldvermögen und Verschuldung der Finanzwirtschaft halten sich in etwa die Waage. (siehe Abbildung 18: Geldvermögen und Verschuldung der Finanzwirtschaft 1995-2007 in Mio. Euro)

Abbildung 18: Geldvermögen und Verschuldung der Finanzwirtschaft 1995-2007 in Mio. Euro



Quelle: OeNB (www.oenb.at)

Zinsen

**Nettozinsenertrag
7,4 Mrd. Euro**

Es ist an dieser Stelle nochmals anzuführen: Die Finanzwirtschaft übt einen wesentlichen Einfluss auf die Geldvermögensbildung in Österreich aus in Form der Zinsen. Und damit vor allem auch auf ihre eigene Geldvermögensbildung bzw. die ihrer KundInnen. Weil für Spareinlagen 2007 im Schnitt nur 1,84% Zinsen gezahlt wurden, für Privatkredite dagegen im gleichen Jahr durchschnittlich 6,29% Zinsen verlangt wurden, für Überziehungen von Gehalts- und Pensionskonten sogar 7,5%, erwirtschaftete die Finanzwirtschaft 2007 einen Nettozinsenertrag – also einen Saldo aus Zinsaufwendungen und Zinserträgen von plus 7,4 Mrd. Euro. Bezahlten Zinsen von 30,3 Mrd. Euro standen eingenommene Zinsen in Höhe von 37,7 Mrd. Euro gegenüber. Obwohl das Zinsniveau nach einigen sehr schwachen Jahren nun wieder angestiegen ist, war der Nettozinsenertrag der inländischen Kreditinstitute 2007 sogar um 664 Mio. Euro höher als im Jahr 2000.

6.3. Die Schulden des Staates

Dem Geldvermögen des Staatssektors standen 2007 Verpflichtungen im Umfang von 188.178 Mio. Euro gegenüber. Die Verpflichtungen setzten sich zusammen aus Wertpapieren mit 153.632 Mio. Euro (81,6%) und Krediten mit 28.666 Mio. Euro (15,2%).

Schulden des „Staates“ 188,2 Mrd. Euro

Die Verpflichtungen bei den Krediten haben sich in den letzten Jahren von 34.832 Mio. Euro 1997 relativ kontinuierlich, mit Ausnahmen im Jahr 2001, 2004 und 2005 verringert und betragen 2007 um 18% weniger als noch vor 10 Jahren. Im Gegenzug dazu sind die Verpflichtungen bei den Wertpapieren von 89.495 Mio. Euro im Jahr 1997 auf 153.632 Mio. Euro im Jahr 2007 gewachsen, also um 72%. (siehe Tabelle 37: Verpflichtungen des Staates 1997-2007 in Mio. Euro)

Tabelle 37: Verpflichtungen des Staates 1997-2007 in Mio. Euro

	1997	1998	2001	2002	2006	2007
Kredite	34.833	31.463	30.313	29.312	30.605	28.666
kurzfristige Kredite	2.177	1.769	4.058	4.790	3.422	3.226
langfristige Kredite	32.656	29.694	26.255	24.522	27.183	25.440
Wertpapiere	89.495	102.454	130.733	141.225	153.433	153.632
übrige Verbindlichkeiten	981	2.600	3.096	3.067	4.958	5.879
Verpflichtungen gesamt	125.309	136.517	164.143	173.604	188.995	188.178

Quelle: OeNB (www.oenb.at)

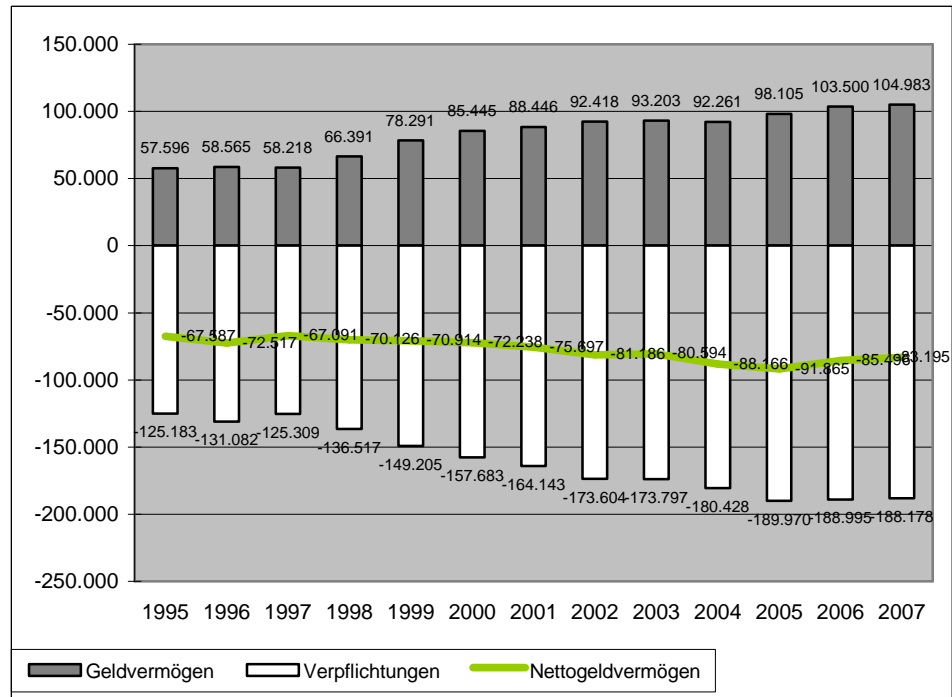
Die positive Entwicklung bei den Krediten und die negative bei den Wertpapieren führten dazu, dass die Verpflichtungen zwischen 1997 und 2007 um 50%, von 125.309 Mio. Euro 1997 auf 188.178 Mio. Euro 2007 stetig angestiegen sind. (siehe Abbildung 19: Geldvermögen und Verschuldung des Staates 1995-2007 in Mio. Euro, Tabelle 37: Verpflichtungen des Staates 1997-2007 in Mio. Euro)

Schulden stetig angestiegen

Der Staat ist in einer Nettoschuldnerposition, das heißt, dass seine Finanzvermögen geringer sind als seine Finanzverpflichtungen. Das negative Nettogeldvermögen des Staates schwankte von 1995 bis 2000 zwischen 67.091 Mio. Euro und 72.517 Mio. Euro, seither ist es immer mehr angestiegen (mit Ausnahmen in den Jahren 1997 und 2003, wo es in etwa gleich blieb) und erreichte 2005 ein Maximum von 91.865 Mio. Euro. Im Jahr 2007 nahm das Nettogeldvermögen ab und machte 83.195 Mio. Euro aus. Nicht unterschätzt werden darf allerdings das erhebliche Sachvermögen, dass auch durch Schulden geschaffen wurde. (siehe Abbildung 19: Geldvermögen und Verschuldung des Staates 1995-2007 in Mio. Euro)

Nettoschuldnerposition

Abbildung 19: Geldvermögen und Verschuldung des Staates 1995-2007 in Mio. Euro



Quelle: OeNB (www.oenb.at)

7. Die Sachvermögen in Österreich

In der Volkswirtschaftslehre wird das Vermögen in Geld- und Sachvermögen unterschieden. Die verschiedenen Formen des Sachvermögens – dazu zählen Erwerbsvermögen (welches primär oder ausschließlich dem Erwerb dient, etwa gewerbliche Anlagen, land- und forstwirtschaftliche Flächen, Mietshäuser), Gebrauchsvermögen (meint langlebige Konsumgüter wie Wohnungen, Kraftfahrzeuge usw.), Verbrauchsvermögen (wie Hausrat, Möbel, Bekleidung) und Spekulationsvermögen (wie unbebaute Grundstücke) – werden im folgenden näher dargestellt.

Das Sachvermögen wird in der Regel durch Konsum und Investitionen gebildet und vermehrt (im Fall von Spekulationsvermögen auch ohne eigenes Zutun). Erworben werden kann es auch durch Schenkung oder Erbschaft und verloren durch Wertverminderung und Abschreibungen.

Tabelle 38: Sachvermögensbildungskonto 2005 in Mio. Euro

Transaktionen, sonstige Ströme, Salden	Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften	Finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt
Reinvermögen durch Sparen und Vermögenstransfers	19.192	7.857	1.080	-4.433	14.688	-2.844
Abschreibungen	35.055	22.829	1.498	3.013	7.714	
Bruttoinvestitionen	51.402	35.285	1.539	2.784	11.795	
Bruttoanlageinvestitionen	50.255	34.521	1.591	2.783	11.360	
Vorratsveränderung	959	750	0	0	209	
Nettozugang an Wertsachen	187	13	-53	1	226	
Nettozugang an nicht-produzierten Vermögensgütern	13	221	0	-208	0	-13
Finanzierungssaldo	2.831	-4.820	1.039	-3.996	10.608	-2.831

Quelle: Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1976-2006, S.125

7.1. Erwerbsvermögen

7.1.1. Betriebsvermögen der Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (Wirtschaft)

Wirtschaftsbranchen, die mit Sachvermögen in Form von Erwerbsvermögen tätig sind, sind vor allem die Sachgütererzeugung, der Handel, das Beherbergungs- und Gast-

stättengewerbe, das Realitätenwesen sowie zahlreiche Dienstleistungsbranchen.

34,5 Mrd. Euro (Brutto)Anlage-- investitionen

Zur Sachvermögensbildung investierte die Wirtschaft im Jahr 2005 brutto 35.285 Mio. Euro. Davon waren 34.521 Mio. Euro (Brutto)Anlageinvestitionen. Anlageinvestitionen sind Aufwendungen für neuwertige dauerhafte Güter abzüglich Erlöse von verkauften Anlagen und umfassen Nutztiere und Nutzpflanzen, Bauten, Ausrüstungen (wie Fahrzeuge, Maschinen und Einrichtungen) sowie immaterielle Anlagegüter (wie Computerprogramme oder Urheberrechte). 763 Mio. Euro der Bruttoinvestitionen entfielen auf Vorratsänderungen und den Nettozugang an Wertsachen. An Abschreibungen – also Sachvermögensminderung durch Alterung und Verschleiß – wurden 2005 22.829 Mio. Euro registriert. (siehe Tabelle 38: Sachvermögensbildungskonto 2005 in Mio. Euro)

unbewegliche Wirtschaftsgüter

Einer der wichtigsten Posten des Betriebsvermögens sind unbewegliche Wirtschaftsgüter, meint Geschäftsgrundstücke und –gebäude.¹³⁷ Immobilien, die betrieblichen Zwecken dienen. Das sind vor allem Hotels und Beherbergungsbetriebe, Bürogebäude, Groß- und Einzelhandelsgebäude, Industrie- und Lagerhallen, gewerbliche Garagen, Wohnhäuser und landwirtschaftliche Betriebsgebäude. Zuletzt (2001) gab es in Österreich 176.797 Gebäude, die gewerblichen Zwecken dienten (Land- und Forstwirtschaft nicht eingerechnet), davon waren 35.837 Hotels (oder ähnliche Gebäude), 32.235 Bürogebäude, 33.065 Gebäude des Groß- oder Einzelhandels, 3.849 Gebäude des Verkehrs- oder Nachrichtenwesens und 71.811 Werkstätten, Industrie- oder Lagerhallen.¹³⁸ Weiters gab es 165.702 Wohnungen, die im Eigentum von Unternehmen standen. Zum Betriebsvermögen sind auch Grundflächen zu zählen, die der Bodenbewirtschaftung (Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden usw.) oder als Verkehrsflächen dienen. Die 299.899 Unternehmen in Österreich verfügten im Jahr 2001 über 364.770 Arbeitsstätten,¹³⁹ die sich sowohl in der Nutzung des Eigentümers, als auch auf gemieteten oder geleasteten Flächen bzw. Räumlichkeiten befanden und für deren EigentümerInnen sowohl Vermögens- wie auch Erwerbseinkommen darstellten.

Da eine Flächen- und Mietenauswertung der Statistik Austria nach der Gebäude- und Wohnungszählung 2001 für die Arbeitsstätten nicht durchgeführt wurde, ziehen wir als Grundlage der Bewertung dieser Arbeitsstätten den Ertragswert von Büroflächen und Geschäftslokalen heran. Wir ziehen als Messgröße - wie schon bei der Berechnung der Vermögenseinkommen in Kapitel 2.3 - den durchschnittlichen Mietaufwand pro Bürofläche und Geschäftslokal 2008 (8,45 Euro/m² laut Immobilienpreisspiegel 2008) heran. Und wir ziehen wiederum die durchschnittliche Fläche pro Arbeitsstätte von

¹³⁷ vgl. AK Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer

¹³⁸ Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Österreich, S.44

¹³⁹ Statistik Austria: Arbeitsstättenzählung 2001 – Hauptergebnisse Österreich, S.40

1991 - 247 m² - heran.¹⁴⁰ Daraus ergäben sich jährliche Brutto-Mieterträge aus allen 364.770 Arbeitsstätten von 9,1 Mrd. Euro. Abzüglich Umsatzsteuer und Betriebskosten ergäbe sich ein Netto-Mietertrag von 6 Mrd. Euro. Unter Berücksichtigung eines Vervielfältigers von 14 zur Kapitalisierung des erzielbaren Ertrages über die Restnutzungsdauer ergibt sich somit ein Gebäudewert der 364.770 Arbeitsstätten in Österreich von schätzungsweise 84,9 Mrd. Euro.¹⁴¹

**Arbeitsstätten:
Gebäudewert
84,9 Mrd. Euro**

Die 165.702 Wohnungen, die zuletzt (2001) im Eigentum von Unternehmen standen¹⁴², dienten primär der Erzielung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Als Bewertungsgrundlage ziehen wir den aktuellen, aus dem Jahr 2007 stammenden, durchschnittlichen monatlichen Wohnungsaufwand (Miete, Umsatzsteuer und Betriebskosten) von 368 Euro heran.¹⁴³ Der reine Mietertag wird erfahrungsgemäß mit etwa der Hälfte angenommen. Somit ergibt sich ein reiner Mietertrag von 366 Mio. Euro und unter Berücksichtigung eines Vervielfältigers von 14, zur Kapitalisierung des erzielbaren Ertrages über die Restnutzungsdauer, ein Gebäudewert dieser 165.702 Wohnungen von 5,1 Mrd. Euro.¹⁴⁴

**Gebäudewert der
Wohnungen 5,1
Mrd. Euro**

Kraftfahrzeuge stellen ein beträchtliches und wichtiges Erwerbsmögen dar. In Österreich waren Ende 2007 1,35 Mio. Kraftfahrzeuge registriert, die Erwerbszwecken dienen (als PKW/Kombi, LKW, Zugmaschinen, Anhänger, Arbeitsmaschinen und sonstige Fahrzeuge). Die Land- und Forstwirtschaft war Fahrzeughalter von 534.968 Fahrzeugen (davon 294.133 Zugmaschinen, 118.948 PKW/Kombi, 72.194 Anhänger, 13.693 LKW sowie weitere 36.000 sonstige Fahrzeuge) und die Wirtschaft (Betriebe und Selbständige) von 816.765 Fahrzeugen (davon 428.933 PKW/Kombi, 224.176 LKW, 104.009 Anhänger sowie weitere 59.647 sonstige Fahrzeuge).¹⁴⁵

Legt man einen durchschnittlichen Neuwert von 20.000 Euro für einen PKW, 50.000 für eine landwirtschaftliche Zugmaschine, 10.000 für einen landwirtschaftlichen Anhänger, 70.000 für einen LKW und 25.000 für einen Anhänger und eine Nutzungsdauer von 10 Jahren sowie einen Wertverlust gemäß AfA zugrunde¹⁴⁶, so ergibt sich daraus ein Wert der landwirtschaftlichen Kraftfahrzeuge (PKW, LKW, Zugmaschinen und Anhänger) von 1,3 Mrd. Euro und der Kraftfahrzeuge der Wirtschaft (PKW, LKW und Anhänger) von etwa 5,2 Mrd. Euro. Zusammen haben diese Kraftfahrzeuge einen Wert von etwa 6,5 Mrd. Euro.¹⁴⁷

**Wert der
Kraftfahrzeuge
etwa 6,5 Mrd.
Euro**

¹⁴⁰ Neuere Daten sind hierzu nicht verfügbar

¹⁴¹ vgl. AK Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer

¹⁴² Statistik Austria:

www.statistik.at/web_de/statistiken/wohnen_und_gebaeude/bestand_an_gebaeuden_und_wohnungen/022985.html (Stand: 18.01.2008)

¹⁴³ Statistik Austria: Wohnen 2007 – Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus, S.13

¹⁴⁴ vgl. AK Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer

¹⁴⁵ Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 31.12.2007, S.318

¹⁴⁶ Bei dieser Wertverlustrsannahme wird (im Groben) davon ausgegangen, dass der Wertverlust nach einem Jahr ein Viertel und nach sechs Jahren bereits mehr als vier Fünftel beträgt.

¹⁴⁷ vgl. AK Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer

7.1.2. Land- und forstwirtschaftliches Vermögen

Das land- und forstwirtschaftliche Vermögen besteht zu einem Großteil aus Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und Maschinen, Vieh und Geld, der Rest aus Boden, Pflanzenbeständen, Vorräten sowie Nebenbetrieben (wie zum Beispiel Gästebeherbergung).

Der durchschnittliche Quadratmeterpreis für veräußerte land- und forstwirtschaftliche Grundstücke betrug 1993 1,53 Euro (21,- ATS)¹⁴⁸ und ist bis zum Jahr 2003 auf 2,20 gestiegen.¹⁴⁹ Das waren um 0,67 Euro/m² (oder 44%) mehr als 1993, was einer durchschnittlich jährlichen Wertsteigerung um 3,7% entsprechen würde. Nimmt man eine Wertsteigerung von 3,7% auch für die folgenden zwei Jahre an, so ergibt sich für das Jahr 2007 ein Durchschnittspreis von 2,54 Euro/m². Die land- und forstwirtschaftliche Gesamtfläche betrug in etwa 73.200 km²¹⁵⁰, so dass sich ein Gesamtwert aller land- und forstwirtschaftlichen Flächen in Österreich im Jahr 2007 von 185,9 Mrd. Euro ergab.

Wert der land- und forstwirtschaftlichen Flächen 185,9 Mrd. Euro

Im Jahr 1993 wurden die Wohn- und Wirtschaftsgebäude der heimischen Landwirtschaft mit 0,80 Euro (11,06 ATS) je Quadratmeter landwirtschaftlicher Gesamtnutzfläche bewertet. Zugrunde gelegt wird hier wieder die jährliche Wertsteigerung von 3,7% für land- und forstwirtschaftliche Flächen, woraus sich für das Jahr 2007 1,29 Euro/m² land- und forstwirtschaftlicher Gesamtnutzfläche ergab. Der Wert der land- und forstwirtschaftlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Österreich im Jahr 2007 betrug somit etwa 94,4 Mrd. Euro.

Wert der Wohn- und Wirtschaftsgebäude 94,4 Mrd. Euro

Die Betriebsmittel umfassen schließlich die Pflanzen- und Viehbestände, Maschinen, Geräte, Vorräte, Geld und landwirtschaftlichen Nebenerwerb durch Gästebeherbergung. Im Jahr 1993 wurde dies mit 0,50 Euro (6,83 ATS) je Quadratmeter Gesamtfläche bewertet. Unter Zugrundelegung der allgemeinen Preissteigerung, in den Jahren 1993 bis 2007 von knapp 30%¹⁵¹, ergibt sich daraus ein Wert von 0,65 Euro/m². Dadurch lässt sich ein Gesamtwert aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebsmittel in Österreich im Jahr 2007 von 47,6 Mrd. Euro errechnen.

Wert der Betriebsmittel 47,6 Mrd. Euro

Gesamtwert des Sachvermögens 329,2 Mrd. Euro

Das land- und forstwirtschaftliche Sachvermögen hatte in Österreich im Jahr 2007 somit einen Gesamtwert von 329,2 Mrd. Euro. Zu einem überwiegenden Teil war es Erwerbsvermögen, zu einem geringen Teil Gebrauchsvermögen (wie etwa

¹⁴⁸ vgl. Grunderwerbsstatistik 1995

¹⁴⁹ vgl. Studie vom Februar 2004 des Marktforschungsinstitutes Kreuzer, Fischer und Partner; APA0452, 24.2.2004

¹⁵⁰ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S.37

¹⁵¹ OeNB: www.oenb.at

Wohnungen und Kfz) und zu einem bestimmten Teil auch Spekulationsvermögen (in Form von Bauland).¹⁵²

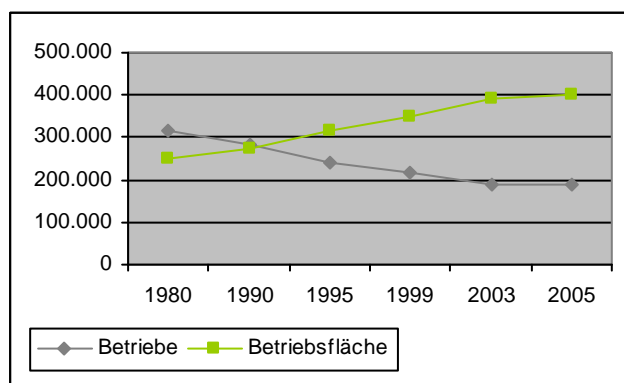
Zur Veranschaulichung noch ein paar Zahlen: 90% der Gesamtfläche Österreichs wurden 2005 von 189.600 land- und forstwirtschaftliche Betrieben bewirtschaftet. Dies stellt gegenüber 1999 einen Rückgang von 27.900 Betrieben oder 13% dar. 74.504 Betriebe (39%) waren Haupterwerbsbetriebe, 106.836 (56%) waren Nebenerwerbsbetriebe, 6.778 Betriebe (4%) waren juristische Personen.¹⁵³ In allen Betrieben zusammen waren 520.984 Menschen beschäftigt, davon 437.809 (-17% zu 1999) familieneigene und 83.175 (+83% im Vergleich zu 1999) familienfremde Personen.¹⁵⁴ 44% der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Flächen waren Wald, 19% Ackerland, 11% Wiesen, 10% Almen und 11% unproduktive Flächen.¹⁵⁵

90% der Gesamtfläche Österreichs von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben bewirtschaftet

Die durchschnittliche Größe eines landwirtschaftlichen Betriebes betrug 1999 34,9 Hektar (349.000 m²). Bis zum Jahr 2005 nahm diese auf 40 Hektar zu. Ein Vollerwerbsbetrieb war durchschnittlich 40 Hektar groß, ein Nebenerwerbsbetrieb nur 16 Hektar, Betriebe juristischer Personen dagegen durchschnittlich 382 Hektar.¹⁵⁶

durchschnittliche Betriebsgröße 40 Hektar

Abbildung 20: Land- und forstwirtschaftliche Betriebe und Betriebsgrößen in m² 1980-2005



Quelle: Statistik Austria: Agrarstrukturerhebung

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist rückläufig. Sie sank von 318.100 im Jahr 1980 kontinuierlich auf 189.600 im Jahr 2005 – das ist ein Minus von 40%. Im Gegenzug dazu erhöhte sich die durchschnittliche Betriebsfläche in diesem Zeitraum von 24,8 Hektar auf 40 Hektar (plus 61%). (siehe Abbildung 20: Land- und forstwirtschaftliche Betriebe und Betriebsgrößen in m² 1980-2005) Ebenfalls zurück geht die Zahl jener, die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt waren. In den 10

Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe sinkt

¹⁵² vgl. AK Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer

¹⁵³ Statistik Austria: Agrarstrukturerhebung 2005, S.19

¹⁵⁴ Statistik Austria: Agrarstrukturerhebung 2005, S.24

¹⁵⁵ Statistik Austria: Agrarstrukturerhebung 2005, S.40 f.

¹⁵⁶ Statistik Austria: Agrarstrukturerhebung 2005, S.20

Jahren von 1995 bis 2005 sank die Zahl der Beschäftigten von 592.900 auf 521.000. Das ist ein Rückgang um 71.900 Personen bzw. 12%.

Wertschöpfung

Die Wertschöpfung der heimischen Land- und Forstwirtschaft betrug 2006 3,87 Mrd. Euro, was 1,5% des BIP betrug. Die Wertschöpfung war damit um 110 Mio. Euro (oder -2,8 %) geringer als 10 Jahre davor. Die Wertschöpfung je Betrieb betrug 2006 durchschnittlich 20.410 Euro.¹⁵⁷

Von den etwa 189.600¹⁵⁸ land- und forstwirtschaftlichen Betrieben Österreichs wiesen im Jahr 2005 nur etwa 25.200 (13%) einen Gewinn aus und zahlten dafür 31 Mio. Euro Einkommensteuer, was durchschnittlich 1.900 Euro pro Steuer zahlendem Betrieb und Jahr oder etwa 1.200 Euro pro einkommensteuerpflichtigem land- und forstwirtschaftlichem Betrieb in Österreich insgesamt entsprach.¹⁵⁹ Nur 15.028 (8%) aller land- und forstwirtschaftliche Betriebe deklarierten 2005 einen Umsatz (von zusammen 1,8 Mrd. Euro)¹⁶⁰ und zahlten dafür insgesamt etwa 240 Mio. Euro Umsatzsteuer (brutto). Mehr als ein Drittel aller steuerbaren Umsätze wurden dabei in Niederösterreich gemacht.¹⁶¹

Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft

Das Gesamteinkommen in der heimischen Land- und Forstwirtschaft je Gesamtfamilien-Arbeitskraft wurde von Statistik Austria im Jahr 2006 mit durchschnittlich 40.513 Euro pro Jahr angegeben, wovon 20.854 Euro (oder 51%) Erwerbseinkommen waren.¹⁶²

Umwidmungs- politik der öffentlichen Hand

Als eine nicht unwesentliche Einkommensquelle der Landwirtschaft sei auch die Umwidmungspolitik der öffentlichen Hand genannt. Laut einer Studie¹⁶³ (aus dem Jahr 2004) werden in Österreich jährlich etwa 100 km² - etwa 1,3 Promille - landwirtschaftlicher Flächen in Bauland umgewidmet. Dies beschere vor allem der heimischen Landwirtschaft (und auch der Kirche) ein jährliches „Körpergeld“ von 3,3 Mrd. Euro.¹⁶⁴

¹⁵⁷ Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1976-2006, S. 27

¹⁵⁸ Statistik Austria:

www.statistik.at/web_de/static/land-_und_forstwirtschaftliche_betriebe_und_deren_gesamtflaeche_1990_1995__022961.pdf
(Stand: 08.07.2008)

¹⁵⁹ Statistik Austria: Statistik der Einkommensteuer 2005, S.42 sowie Kap.1.4

¹⁶⁰ Statistik Austria: Statistik der Umsatzsteuer 2005, S.37

¹⁶¹ Statistik Austria: Statistik der Umsatzsteuer 2005, S.134 f.

¹⁶² Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, 9.18, S.252

¹⁶³ Studie des Marktforschungsinstituts Kreuzer, Fischer und Partner aus dem Februar 2004

¹⁶⁴ APA0452, 24.2.2004

7.2. Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen

Unter Gebrauchsvermögen werden langlebige Güter verstanden, die wohl geeignet wären, Einkünfte zu erzielen, aber – in diesem Fall – dem Eigenbedarf dienen. Verbrauchsvermögen sind Güter, die noch unmittelbarer der Befriedigung eigener Bedürfnisse dienen wie Hausrat, Möbel oder Bekleidung. Im Folgenden wird das Augenmerk auf das Gebrauchsvermögen an Wohnungen und Kraftfahrzeugen gelegt, da diese zugleich die größten Posten bei den Konsumausgaben der Bevölkerung sind, sowie auf das Verbrauchsvermögen Bekleidung und Einrichtungsgegenstände.

Der Mikrozensus 2002, neuere Zahlen sind dazu zur Zeit nicht erhältlich, zählte in Österreich 1,884.600 Wohnungen, die durch deren Eigentümer oder Verwandte als Hauptwohnsitze selbst benützt wurden, sowie weitere 220.000 Wohnungen als Nebenwohnsitze. Insgesamt waren damit etwa 2,1 Mio. Wohnungen in Österreich als Gebrauchsvermögen in Verwendung.¹⁶⁵ Von den knapp 1,9 Mio. selbst benutzten Hauptwohnsitzen waren 1,159.500 Einfamilienhäuser, 365.500 Eigentumswohnungen und 359.600 Wohnungen in Mehrwohnungshäusern.

2,1 Mio.
Wohnungen

Tabelle 39: durchschnittliche Wohnungspreise in Österreich 2007 in Euro

Bundesland	Eigentumswohnungen mittlerer bis guter Wohnwert in Euro/m ²	Zahl der Eigentums- wohnungen 2007	Einfamilienhäuser mittlerer bis guter Wohnwert in Euro/m ²	Zahl der Einfamilien- häuser 2007
Burgenland	750,00 - 1.423,70	2.200	848,00 - 1.624,50	82.100
Kärnten	790,00 - 1.500,00	15.000	950,00 - 1.590,00	106.200
Niederösterreich	550,00 - 1.580,00	44.100	638,90 - 2.265,00	375.300
Oberösterreich	700,00 - 1.569,40	42.900	688,00 - 2.148,00	228.100
Salzburg	1.282,40 - 2.043,40	30.400	1.695,00 - 2.807,70	72.900
Steiermark	550,00 - 1.456,90	57.600	765,00 - 1.856,80	230.300
Tirol	1.100,00 - 2.256,00	44.000	1.195,00 - 2.880,00	96.600
Vorarlberg	1.327,20 - 1.733,90	17.100	1.900,00 - 2.279,50	61.900
Wien	1.127,00 - 3.297,80	107.900	1.100,00 - 2.981,80	61.900
Österreich	1.556	361.300	1.538	1.315.300

Quelle: Immobilienpreisspiegel 2007; Statistik Austria: Wohnen 2007 - Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus, S.172, S.111

Aus den Größen sowie aus den Preisen für gebrauchte Eigentumswohnungen mit mittlerem bis gutem Wohnwert in den Bundesländern errechnen wir unter Berücksichtigung der Zahl der Eigentumswohnungen für 2007 bei einer durchschnitt-

¹⁶⁵ Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Österreich

**Wert der Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser:
315,1 Mrd. Euro**

lichen Größe von 82 m²¹⁶⁶ einen gewichteten Durchschnitt von 1.556 Euro/m². Für Einfamilienhäuser mit mittlerem bis gutem Wohnwert ergab sich für 2007 bei einer durchschnittlichen Größe von 133 m²¹⁶⁷ ein gewichteter Durchschnittspreis von 1.538 Euro/m². Daraus ergab sich ein Gesamtwert der selbstbenützten Eigentumswohnungen in Österreich von 46,1 Mrd. Euro und der selbstbenützten Einfamilienhäuser von 269 Mrd. Euro, zusammen demnach 315,1 Mrd. Euro. (siehe Tabelle 39: durchschnittliche Wohnungspreise in Österreich 2007 in Euro)

**Wert der Mehrwohnhäuser:
9,7 Mrd. Euro**

Den hypothetischen Ertragswert der 359.600 selbstbenützten Wohnungen in Mehrwohnhäusern errechnen wir aus dem durchschnittlichen monatlichen Wohnungsaufwand für Mietwohnungen im Jahr 2002, der vom Mikrozensus mit 322 Euro pro Wohnung errechnet wurde. Abzüglich Umsatzsteuer und Betriebskosten ergäbe sich ein Netto-Ertragswert von 694,7 Mio. Euro p.a. bzw. kapitalisiert auf 14 Jahre ein Wert dieser Wohnungen von etwa 9,7 Mrd. Euro.¹⁶⁸

Kraftfahrzeuge

Ein erhebliches Gesamtvermögen stellen in Österreich auch die 6,415 Mio. Kraftfahrzeuge dar, die Ende 2007 registriert waren. Von diesen waren – wie erwähnt – 1,35 Mio. (21,1%) dem Erwerbsvermögen (der Wirtschaft und Landwirtschaft) zuzurechnen und 181.236 (2,8%) befanden sich im Besitz von Behörden, öffentlichen Unternehmen und Verbänden. Drei Viertel aller Kraftfahrzeuge - 4,882.071 – standen im Eigentum von unselbständig Erwerbstätigen, davon waren 3,650.409 PKW (das waren 86% aller PKW), 396.742 Anhänger, 274.192 Motorfahräder, 190.800 Motorräder, 128.066 Leichtmotorräder, 111.860 Zugmaschinen, 72.190 LKW sowie weitere 57.812 sonstige Fahrzeuge.¹⁶⁹

**Wert der Pkw:
14,1 Mrd. Euro**

Legt man wiederum einen Neuwert eines PKW mit durchschnittlich 20.000 Euro und eine Nutzungsdauer von 10 Jahren sowie einen Wertverlust gemäß AfA zugrunde,¹⁷⁰ so betrug der Wert aller PKW in Österreich im Jahr 2007 14,08 Mrd. Euro. Davon sind 12,1 Mrd. Euro dem Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte zuzurechnen und 1,8 Mrd. Euro dem Betriebsvermögen der Wirtschaft und Landwirtschaft.

Der Neuwert eines Motorrades wird mit durchschnittlich 10.000 Euro festgelegt und jener von einem Motorfahrrad und Leichtmotorrad mit durchschnittlich 4.000 Euro. Unter Zugrundelegung einer Nutzungsdauer von 10 Jahren und einem Wertverlust gemäß AfA ergibt sich für die insgesamt 640.210 einspurigen Kraftfahrzeuge in Österreich ein Gesamtwert von 543 Mio. Euro, wobei 503 Mio. (93%) dem Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte zuzurechnen sind.

¹⁶⁶ Statistik Austria: Wohnen 2007 – Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus, S.34

¹⁶⁷ Statistik Austria: Wohnen 2007 – Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus, S.34

¹⁶⁸ Da die letzte Grunderwerbsstatistik 1995 erschien mussten neue Bewertungskriterien für selbst benutzte Eigenheime und Eigentumswohnung herangezogen werden. Dazu dienten einerseits der Immobilienpreisspiegel als Messgröße und Orientierung (auch wenn es hier bei den Verkaufspreisen je nach Region und Lage große Schwankungen gibt), andererseits die durchschnittlichen kapitalisierten Mieten und Ertragswerte.

¹⁶⁹ Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 31.12.2007, S.318

¹⁷⁰ AK Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer, S.35 f.

Für die Bildung von Verbrauchsvermögen in Form von Bekleidung und Schuhen wendete die Bevölkerung Österreichs 2006 9,10 Mrd. Euro auf, für Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte 10,63 Mrd. Euro. Das waren im Jahr 2006 zusammen 19,53 Mrd. Euro oder 14% der gesamten Konsumausgaben im Inland.¹⁷¹

**2006: 19,5 Mrd.
Euro für
Verbrauchs-
vermögen**

7.3. Spekulationsvermögen

Die Volkswirtschaftslehre definiert als Spekulationsvermögen in erster Linie unbebaute Grundstücke, aber auch bestehende Wohnungen und Geschäftslokale gelten als Spekulationsvermögen. In Erwartung einer Wertsteigerung der Immobilie – häufig durch externe Maßnahmen der Öffentlichkeit (Umwidmung in Bauland, wirtschaftliche, bauliche Tätigkeiten in der Umgebung) – werden keine längerfristigen Nutzungsverträge abgeschlossen bzw. auf einen Wertzuwachs mit darauf folgender ertragreicher Verwertung (durch Veräußerung oder Vermietung) spekuliert.

Spekulation ist in Österreich gesetzlich erlaubt. Das Einkommensteuergesetz definiert Spekulationsgeschäfte mit Grundstücken als Veräußerungsgeschäfte, wo zwischen Anschaffung und Veräußerung nicht mehr als 10 Jahre liegen. Bei Wertpapieren liegt dieser Zeitraum bei nicht mehr als einem Jahr. Die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Veräußerungserlös wäre einkommensteuerpflichtig.¹⁷² Auch das Immobilieninvestmentfondsgesetz sieht in den „Veranlagungsvorschriften“ (§ 21) ausdrücklich auch unbebaute Grundstücke als Vermögenswert vor, der in einen Fonds eingebracht werden kann, und definiert „Aufwertungsgewinne“ explizit als Teil der Gewinne von Immobilienfonds (§ 14).¹⁷³

**Spekulation ist
gesetzlich erlaubt**

Eine Studie der Arbeiterkammer aus 1997 schätzte die unbebauten Grundstücke – unter Annahme von Baulandreserven für mindestens 15 Jahre - in Österreich auf 271 Mio. m² bzw. 158 Mrd. ATS (ca. 11,5 Mrd. Euro). Die Grundverkehrsstatistik des Jahres 1994 ergab, dass in diesem Jahr 37.222 unbebaute Grundstücke ihren Eigentümer wechselten, das waren 21 % aller Grundstückstransfers (einschließlich Eigentumswohnungen) in diesem Jahr. 1995 erschien letztmals eine Grunderwerbsstatistik.

Geht man davon aus, dass sich der durchschnittliche Flächenverbrauch für Einfamilienhäuser (800 m²) sowie für Mietwohnhäuser (3.000 m² bzw. 330 m² je Mietwohnung) seit der AK-Studie nicht wesentlich verändert hat, so würde sich daraus im Jahr 2002 (knapp 15.100 fertig gestellte Ein- und Zweifamilienhäuser und über

¹⁷¹ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S.269

¹⁷² Einkommensteuergesetz § 30

¹⁷³ Immobilieninvestmentfondsgesetz BGBl. 134/2006, §§ 21 und 14

34.200 Wohnungen in Mehrwohnhäusern – aktuellere Zahlen sind nicht verfügbar) ein Flächenverbrauch im Jahr 2002 von 23,37 Mio. m² ergeben.

**2008 Bauland um
3,5 Mrd. Euro
verbraucht**

Ausgehend von den im Immobilienpreisspiegel 2008 veröffentlichten Preisen für Baugrundstücke ergäbe sich für 2008 – bei angenommener gleicher Zahl fertiger Wohnungen - ein durchschnittlicher Preis von 151 Euro/m² bzw. ein Gesamtwert des 2008 verbrauchten Baulands nur für den Wohnbau von etwa 3,5 Mrd. Euro.

Umwidmung

Die Umwidmung von landwirtschaftlichen Flächen in Bauland beschert, wie bereits erwähnt¹⁷⁴, der heimischen Landwirtschaft und Kirche ein Vermögenseinkommen von jährlich 3,3 Mrd. Euro – ein Wert, der mit dem oben errechneten durchaus korreliert. Da sich die meisten Liegenschaften seit mehr als 10 Jahren im Besitz der Verkäufer befinden, werden die Spekulationsgewinne von den Begünstigten fast steuerfrei kassiert. Jährlich werden etwa 100 Mio. m² landwirtschaftliche Fläche in Bauland umgewidmet, die Hälfte davon für Straßen und öffentliche Flächen. Der Quadratmeterpreis für landwirtschaftliche Flächen liegt bei 2,20 Euro, der für Bauland um ein Vielfaches höher. Durch den Akt der Umwidmung alleine wird somit eine Wertsteigerung von oft mehreren tausend Prozent ausgelöst, wenn der Grundstückspreis durch die Bauklassen-Widmung noch weiter gesteigert wird.

Durch die Umwidmungen verteuert sich der Wohnbau, der aus Mitteln der Wohnbauförderung in Höhe von 1,8 Mrd. Euro jährlich versucht wird, erschwinglich zu halten. Die öffentliche Hand begünstigt somit durch die Umwidmungen nicht nur einen kleinen Teil der Bevölkerung, die GrundbesitzerInnen, sondern verordnet sich damit quasi auch gleichzeitig ein Investitionsprogramm, denn die Aufschließungskosten des Baulandes (Straßen, Kanal usw.) können gewöhnlich nur teilweise, zu 20 bis 30%, an die neuen BesitzerInnen weiterverrechnet werden.¹⁷⁵

**Spekulation mit
bestehenden
Gebäuden**

Spekulation mit bestehenden Gebäuden äußert sich darin, meist ältere Gebäude „bestandsfrei“ zu bekommen, also Wohnungen und Geschäftslokale nicht wiederzuvermieten, um an ihrer Stelle nach Sanierungs- oder Neubaumaßnahmen zu besseren Bedingungen zu vermieten oder zu veräußern. In Österreich gab es zuletzt (2001) über 326.000 Wohnungen ohne Wohnsitzangabe, was jedoch nicht unbedingt mit leerstehenden Wohnungen gleichzusetzen ist, da diese Zahl auch Ferienwohnungen enthält. (siehe Tabelle 40: Wohnungen ohne Wohnsitzangabe 2001) Überdurchschnittlich viele Wohnungen ohne Wohnsitzangabe gab es in Kärnten und Burgenland, die vergleichsweise wenigsten in Salzburg und Oberösterreich. Es ist auffallend, dass von den 80.250 Wohnungen ohne Wohnsitzangabe in Wien

¹⁷⁴ vgl. Kapitel „Land- und forstwirtschaftliches Vermögen“

¹⁷⁵ vgl. Studie vom Februar 2004 des Marktforschungsinstitutes Kreutzer, Fischer und Partner; APA0452, 24.2.2004

überdurchschnittlich viele in den „besseren“ Wohngegenden Wiens befanden, vor allem im 1., 4., 13., 14. und 16. bis 19. Bezirk.¹⁷⁶

Tabelle 40: Wohnungen ohne Wohnsitzangabe 2001

Bundesland	Wohnungen ohne Wohnsitzangabe	in % aller Wohnungen
Burgenland	13.105	10,4
Kärnten	28.156	10,8
Niederösterreich	61.672	8,4
Oberösterreich	41.030	6,8
Salzburg	17.283	7,2
Steiermark	45.624	8,6
Tirol	27.026	8,9
Vorarlberg	12.168	8,2
Wien	80.250	8,8
Österreich	326.314	8,4

Quelle: Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 - Hauptergebnisse Österreich, S.13

7.4. Sachvermögen des Staates

Für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben sind in Österreich zahlreiche öffentlich-rechtliche Körperschaften verantwortlich. Die Gebietskörperschaften sind Bund, Bundesländer, Gemeinden und Gemeindeverbände, die auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen agieren. Unsere Darstellung umfasst aber auch die öffentlich-rechtlichen Körperschaften wie Kammern und Sozialversicherungsträger, die inhaltlich ein eingeschränktes Aufgabengebiet erfüllen.

Die Gebarungstatistik behandelt die verfügbaren Verwaltungsdaten der öffentlichen Rechtsträger und ist damit Grundlage dafür, um Ausgaben, Einnahmen, Schulden, Vermögen und Personalstände des Gesamtstaats beurteilen zu können. Die fiskalischen „Vermögensgebarungen“ sind also wesentlich, um die in einem Budgetjahr erfolgten Transaktionen zum Auf- bzw. Abbau von Geld- und Sachvermögen dieser Einrichtungen zu erfassen.

**Vermögens-
gebarungen**

Die Vermögensgebarungen werden wesentlich von den Aktivitäten des Bundes geprägt. Lediglich bei den Investitionen sind Gemeinden und Länder bedeutendere Geldgeber als der Bund.

Öffentliche Investitionen einerseits und der Erwerb und die Veräußerung von öffentlichem Sachvermögen andererseits verändern die Sachvermögensposition.

¹⁷⁶ Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung – Hauptergebnisse Wien, S.15

Rechtliche Ausgliederungen

„Rechtliche Ausgliederungen“ haben in den letzten Jahren zugenommen. Darunter versteht man die Verlagerung von Aufgaben dieser staatlichen Sektoren in den privatwirtschaftlichen Bereich. Dadurch verringern sich die Ausgaben und Direktinvestitionen, aber auch die Einnahmen der öffentlichen Haushalte. In einem mittelfristigen Vergleich ist auffallend, dass die Ausgaben für Investitionsgüter zurückgehen, während die Einnahmen aus Privatisierungen zunehmen.

Gemeinden

Die österreichischen Gemeinden (ohne Wien) investierten 2005 2,15 Mrd. Euro und damit um 6% weniger als im Jahr 2004. Insgesamt sind die Bruttoinvestitionen der Gemeinden zwischen 1997 und 2005 um mehr als 20% zurückgegangen.¹⁷⁷ Die vorgenommenen Ausgliederungen von kommunalen Aufgaben machen es jedoch immer schwieriger, Aussagen über die langjährige Entwicklung der Gemeindeinvestitionen zu treffen. So wurden vor allem Krankenanstalten und viele Gebührenhaushalte ausgegliedert, vor allem um deren Schulden aus der offiziellen Haushaltsrechnung zu bekommen und den Vorgaben der Haushaltskonsolidierungs- und Haushaltsstabilitätspolitik zu entsprechen.

Andere Gebiets- körperschaften

Aber nicht nur bei den Gemeinden hat sich das Investitionsvolumen verringert, auch bei den anderen Gebietskörperschaften setzt sich dieser Trend fort. Während die Gebietskörperschaften im Jahr 1996 noch 4,5 Mrd. Euro selbst investierten, waren es im Jahr 2005 nur noch 2,1 Mrd. Euro. Damit haben sich die Investitionen der Gebietskörperschaften in nur 10 Jahren um über 53% verringert! Gemeinsam mit Wien umfassen die kommunalen Investitionen 58% der öffentlichen Investitionstätigkeit, auf den Bund entfallen dagegen 26,6%. Damit haben die Direktinvestitionen des Bundes nominell sogar um 69,5% abgenommen, jene der Gemeinden um über 55%, während jene der Länder zwischen den Jahren 1996 und 2005 um 25,2% gewachsen sind.¹⁷⁸

Direktinvestitio- nen des Bundes

Die Direktinvestitionen des Bundes gingen seit 1997 zurück. Dies ist einerseits auf die vielen Ausgliederungen der letzten Jahre zurückzuführen, von der Unternehmen wie die ASFINAG, die SCHIG, die BIG oder die Post betroffen waren. Andererseits werden in diesem Bereich in den letzten Jahren verstärkt Sparmaßnahmen gesetzt, verstärkte neue Investitionen in Straßen wurden erst durch die Einführung einer Autobahnmaut möglich. In den Jahren zwischen 1998 (3,2 Mrd.) und 2006 (3,9 Mrd.) hat nur eine geringe Erhöhung der Bundesinvestitionen gegeben, wenn auch die Investitionen in ausgegliederten Gesellschaften hinzugezählt werden. Darin enthalten sind auch die Instandhaltungskosten. Erst für die Jahre 2007 und 2008 war eine deutliche Erhöhung der Investitionen geplant. Zusätzliche Investitionen sollte es vor

¹⁷⁷ Statistik Austria, Österreichischer Städtebund: Statistisches Jahrbuch Österreichischer Städte 2005, S. 30

¹⁷⁸ Statistik Austria, Österreichischer Städtebund: Statistisches Jahrbuch Österreichischer Städte 2005, S. 33

allem in Schiene und Straße geben.¹⁷⁹ (siehe Tabelle 41: Investitionen des Bundes in die Infrastruktur (inkl. ausgegliederte Gesellschaften) in Mio. Euro) Dennoch hat Österreich mit 1,0 % des BIP die mit Abstand geringste öffentliche Investitionsquote aller EU-Staaten (EU 27-Durchschnitt: 2,6%).¹⁸⁰

Tabelle 41: Investitionen des Bundes in die Infrastruktur (inkl. ausgegliederte Gesellschaften) in Mio. Euro

	1998	2000	2002	2004	2005	2006	2007	2008
Direktinvestitionen	1.642	1.471	936	747	614	530	1.066	847
ausgegliederte Gesellschaften	2.352	2.502	2.989	3.230	235	3.476	3.762	3.773
gesamt	3.197	3.348	3.711	3.845	3.716	3.871	4.706	4.508

Quelle: BMF: Budgetbericht 2007/08, S.101

Die öffentliche Finanz- und Investitionspolitik beeinflusst damit ebenfalls die Entwicklung und Verteilung von Einkommen und Vermögen. Sie wirkt auf nahezu alle Politikbereiche, im besonderen Maße aber auf die Konjunktur und Beschäftigung und damit auf die Masseneinkommen und die Einkommen der Unternehmen und damit wiederum auf Konsum, Investitionen, Sparen und Vermögensbildung.

Die Beiträge zum öffentlichen Vermögensaufbau sind in den letzten Jahren gesunken. Zusätzlich werden aber durch Veräußerungen von öffentlichem Eigentum öffentliche Sachvermögen verringert. Der Bund hat in den letzten zwei Jahrzehnten (von 1987 bis 2007) öffentliche Unternehmen und Beteiligungen im Gesamtwert von 16,2 Mrd. Euro veräußert und privatisiert.¹⁸¹ Die größten Brocken darunter betrafen Beteiligungen des Bundes an der ehemaligen verstaatlichten Industrie (10,3 Mrd. Euro), an Banken (wie der P.S.K., der CA und der Bank Austria mit zusammen 2,6 Mrd. Euro), die Energiewirtschaft (1,1 Mrd. Euro) sowie Wohnungen des Bundes (1 Mrd. Euro).

Beiträge zum öffentlichen Vermögensaufbau
16,2 Mrd. Euro veräußert und privatisiert

In den jeweiligen Budgetvoranschlägen des Bundes werden zwar die Zahlungsströme an beziehungsweise von ausgegliederten Institutionen, die Geldvermögen, der Kraftfahrzeugbestand, die Kapitalbeteiligungen des Bundes sowie seine Vermögenstransaktionen erfasst, eine Gesamtbewertung des Bundesvermögens analog einer bilanzmäßigen Bewertung des Sachvermögens (in Form von Anlage- und Umlaufvermögen) erfolgt allerdings nicht. Dies gilt auch für die Budgets der Länder und Gemeinden.

¹⁷⁹ BMF: Budgetbericht 2007/08

¹⁸⁰ European Commission: Economic Forecast, Spring 2008, S.151

¹⁸¹ eigene Berechnungen

**Sachvermögen
des Bundes und
seiner Unter-
nehmen:
320 Mrd. Euro**

Nachdem die Geldvermögensbewertung durch die Notenbank erfolgt und an anderer Stelle des Berichts dargestellt wurde, versuchen wir hier dennoch eine Bewertung der Sachvermögen des „Staates“ durch Heranziehen von Bilanzen von Unternehmen der Gemeinwirtschaft beziehungsweise über das in der Aktivseite ausgewiesene Anlage- und Umlaufvermögen, konkret die Sachanlagen (wie Grundstücke, Bauten, Maschinen, Ausstattung) sowie die Vorräte und Forderungen. Zumindest für die Bundesebene ist eine Bewertung möglich, da in diesem Fall die meisten Anlagen (Gebäude, Grundstücke, Wälder, Seen, Unternehmen, Industrien) ausgegliedert sind und entsprechende Unterlagen im Budgetbericht vorhanden sind. Somit ergibt sich unter Berücksichtigung der entsprechenden prozentuellen Beteiligungen des Bundes ein Sachvermögen von rund 292,3 Mrd. Euro im In- und Ausland.¹⁸² Die größten Sachvermögen bestanden bei der ÖBB (3,2 Mrd. Euro), das mit über 5.700 km Bahnnetz, rund 1.250 Triebfahrzeugen und etwa 21.100 Wagons über das größte Sachvermögen eines Einzelunternehmens in Österreich verfügt. Es folgt die ÖIAG mit großen Beteiligungen an Industrieunternehmen (mit insgesamt 2,2 Mrd. Euro). Dazu kommen die Bundesstraßen, deren Anlagevermögen vom zuständigen Ministerium für das Jahr 2000 mit knapp 38 Mrd. Euro angegeben wurde.¹⁸³ Insgesamt kann das Sachvermögen des Bundes und seiner Unternehmen daher mit beinahe 320 Mrd. Euro angenommen werden.

Für die Länder und Gemeinden ist eine ähnliche Berechnung ihrer Sachvermögen wesentlich schwieriger, weil in der Regel nur ihre Energieversorger bzw. die Dienstleister (Gebührenhaushalte) größerer Städte ausgegliederte, bilanzierende Unternehmen sind. Der Grund- und Gebäudebesitz der Länder und Gemeinden wird dadurch aber kaum erfasst. In den Ländern und Gemeinden gab und gibt es beispielsweise (im Schuljahr 2006/07) 5.160 Pflichtschulen, die im Eigentum der Schulerhalter (Länder und Gemeinden) standen. Müsste man diese Schulen neu errichten, so wäre dafür ein Aufwand von etwa 18,8 Mrd. Euro erforderlich. Von den 7.200 Krippen, Kindertagesheimen und Horten in Österreich sind rund zwei Drittel (4.500) öffentliches Eigentum, meist den Ländern oder Gemeinden zugehörig. Müsste man diese Kindergärten neu errichten, so wäre dafür ein Aufwand von rund 5 Mrd. Euro erforderlich. Außerdem sind Länder und Gemeinden Träger von insgesamt 111 Krankenanstalten, die beinahe 40.000 Krankbetten beherbergen. Ziehen wir zur Bewertung als Vergleich das Sachanlagen- und Umlaufvermögen allein des Wiener Krankenanstaltenverbundes (mit knapp 15.000 Betten) heran, so müsste dieses Sachvermögen der Länder und Gemeinden mit etwa 10,3 Mrd. Euro angenommen werden. Das Straßennetz der Länder und Gemeinden hatte 2005 eine Länge von rund 105.000 Kilometern (71.000 Kilometer Gemeindestraßen und knapp 34.000 Kilometer Landesstraßen), dessen Anlagevermögen vom zuständigen Ministerium bereits im

¹⁸² BMF: www.bmf.gv.at, Bundesbudget 2007/2008, Beilage Kapitalbeteiligungen des Bundes

¹⁸³ BMVIT: Verkehr in Zahlen 2007, S. 217

Jahr 2000 mit 53,5 Mrd. Euro angegeben wurde.¹⁸⁴ Das öffentliche Abwasserversorgungsnetz (die Straßenkanäle) allein der Städte und Gemeinden mit über 10.000 EinwohnerInnen ist insgesamt beinahe 11.800 Kilometer lang, wobei die Mehrzahl der Gemeinden die exakte Länge überhaupt nur näherungsweise, geschweige denn den Anlagenwert angeben kann.¹⁸⁵

Bei den Ländern ergibt sich Sachvermögen vor allem aus dem Besitz bzw. der Beteiligung an großen Energieversorgern bzw. Banken (v.a. Landeshypothekenanstalten), teilweise auch anderen Unternehmen wie Versicherungen oder Flughäfen. Allein dieses Vermögen der Länder (ohne Wien) kann – soweit es aus den Bilanzen nachvollziehbar ist - mit zumindest 59,1 Mrd. Euro angenommen werden (mit Wien als Land und Gemeinde 71,6 Mrd. Euro). Nicht berücksichtigt sind dabei die Wohnungen, die gesondert dargestellt und bewertet werden. Die Unternehmen der Landeshauptstädte (ohne Wien), vor allem die jeweiligen Stadtwerke, repräsentieren einen Wert von weiteren zumindest 1,4 Mrd. Euro.

Allein dieses wesentlichste hier angeführte Sachvermögen der Länder und Gemeinden beträgt insgesamt mehr als 160 Mrd. Euro.

**Sachvermögen
der Länder und
Gemeinden 160
Mrd. Euro**

Die Gebäude- und Wohnungszählung 2001 ergab für Österreich 725.341 Wohnungen, die im Eigentum von Gebietskörperschaften, öffentlich-rechtlichen Einrichtungen sowie gemeinnützigen Bauvereinigungen standen. Bei diesen standen nicht der Erwerbzweck im Vordergrund, sondern soziale Aufgaben der Wohnraumbereitstellung, weshalb wir sie an dieser Stelle bei der Sachvermögensbewertung anführen. Der Mikrozensus 2007 wies für Hauptmietwohnungen einen durchschnittlichen monatlichen Wohnungsaufwand (Miete, Umsatzsteuer und Betriebskosten) von 387 Euro aus.¹⁸⁶ Der reine Mietertrag kann erfahrungsgemäß mit etwa der Hälfte angenommen werden. Daraus ergibt sich für das Jahr 2007 ein Wohnungsaufwand für diese Wohnungen von insgesamt knapp 3,4 Mrd. Euro und ein reiner Mietertrag von knapp 1,7 Mrd. Euro. Kapitalisiert auf 14 Jahre kann der Wert dieser Wohnungen mit zumindest 23,6 Mrd. Euro angegeben werden.

**Wert der
Wohnungen im
Eigentum von
Gebietskörper-
schaften, öffent-
lich-rechtlichen
Einrichtungen:
23,6 Mrd. Euro**

Zu Vergleichszwecken ziehen wir das Unternehmen „Wiener Wohnen“ heran, in dem die Wiener Gemeindebauten (mit ihren Grundstücken, etwa 220.000 Gemeindewohnungen¹⁸⁷, 6.000 Geschäftslokalen und über 47.000 Garagenplätzen)

¹⁸⁴ BMVIT: Verkehr in Zahlen 2007, S. 217

¹⁸⁵ vgl. Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, 14.05, S.305

¹⁸⁶ Statistik Austria:

www.statistik.at/web_de/statistiken/wohnen_und_gebaeude/wohnungsaufwand/mietwohnungen/index.html (Stand: 16.03.08)

¹⁸⁷ www.wien.gv.at/wohnen/wienerwohnen/ (Stand: 16.03.08)

unternehmerisch verwaltet werden. Im Geschäftsbericht 2006 von „Wiener Wohnen“ wurden die Sachanlagen an Gebäuden und Grundstücken mit mehr als 8,8 Mrd. Euro bewertet.

Sachvermögen in Österreich 1.266 Mrd. Euro Insgesamt ergeben sich somit zumindest 1.266 Mrd. Euro an bestehenden Sachvermögen in Österreich, davon etwas mehr als 504 Mrd. Euro in öffentlicher Hand, mehr als 424 Mrd. Euro im Eigentum von Wirtschaft sowie Land- und Forstwirtschaft und schließlich über 337 Mrd. Euro im Eigentum privater Haushalte.

Gesamtvermögen in Österreich 3.440 Mrd. Euro In Österreich bestand somit Ende 2007 ein Gesamtvermögen von in etwa 3.440 Mrd. Euro in Form von Geldvermögen (rd. 2.155 Mrd. Euro), Sachvermögen (rd. 1.266 Mrd. Euro) sowie Verbrauchsvermögen (knapp 20 Mrd. Euro). Diesem stehen Verpflichtungen (Schulden) von etwa 2.171 Euro gegenüber, sodass ein positives Nettovermögen in Österreich von zumindest 2.660 Mrd. Euro bestand.

8. Die Besteuerung von Einkommen und Vermögen

Es wurde in den vorangegangenen Abschnitten nachgewiesen, in welchem hohem Ausmaß die allgemeine Wirtschaftspolitik und -entwicklung, die Lohn- und Beschäftigungspolitik, die Bildungspolitik, die öffentliche Haushaltspolitik, das Geschlecht, die Zinspolitik, Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Spekulation mit Vermögen Unterschiede in den Einkommen und Vermögen der österreichischen Bevölkerung bewirken und verstärken und somit das Entstehen von Armut und Reichtum fördern.

In ganz besonderem Maße tut dies aber die Steuerpolitik. Die Besteuerung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum.

8.1. Besteuerung von Einkommen

Bei der Besteuerung von Einkommen unterscheidet das österreichische Steuerrecht im Wesentlichen zwischen natürlichen und juristischen Personen. Die Besteuerung der natürlichen Personen ist im Einkommensteuergesetz geregelt, die Besteuerung der juristischen Personen im Körperschaftsteuergesetz.

Einer unbeschränkten Einkommensteuerpflicht unterliegen in Österreich natürliche Personen mit inländischem Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Österreich und österreichische StaatsbürgerInnen ohne inländischen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich, wenn ein Dienstverhältnis mit einer österreichischen Körperschaft des öffentlichen Rechts besteht. Ferner natürliche Personen ohne inländischen Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Österreich hinsichtlich ihrer inländischen Einkünfte. Es wird nach dem Prinzip der Individualbesteuerung vorgegangen.

**Einkommen-
steuerpflicht**

Steuergegenstand ist das Einkommen. Es ist dies der Gesamtbetrag der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus einem Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung sowie sonstige Einkünfte nach Ausgleich mit Verlusten, die sich aus den einzelnen Einkunftsarten ergeben, abzüglich Sonderausgaben und bestimmter anderer einkommensmindernder Abzüge.

**Steuergegen-
stand**

steuermindernd Steuermindernd wirken „Sonderausgaben“ (für Renten und dauernde Lasten, für freiwillige Personenversicherungen, Aufwendungen für die steuerbegünstigte Wohnraumschaffung, die Anschaffung von Genussscheinen und jungen Aktien, Steuerberatungskosten, Kirchenbeiträge und begünstigte Spenden), ferner „Außergewöhnliche Belastungen“ (z.B. Krankheitskosten, die Beseitigung von Katastrophenschäden, Begräbniskosten, auswärtige Berufsausbildung von Kindern usw.), „Werbungskosten“ (die zur Ausübung der beruflichen Tätigkeit erforderlich sind) oder auch bestimmte Lebenslagen (Kinderabsetz-, Alleinverdiener-, Alleinerhalter-, Verkehrs-, Arbeitnehmerabsetzbetrag).

Steuerfreie Einkommen Steuerfreie Einkommen sind sehr häufig die Einkünfte aus umverteiltem Einkommen wie etwa Leistungen aus öffentlichen Mitteln (insb. Versorgungsleistungen an Kriegsbeschädigte und Opferrenten; Beihilfen wegen Hilfsbedürftigkeit, zur Kunstförderung, zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, Studienbeihilfen; Arbeitslosengeld, Kinderbetreuungsgeld, Beihilfen nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz, Leistungen nach dem Invalideneinstellungsgesetz; öffentliche Subventionen zur betrieblichen Anlagenanschaffung oder Anlageninstandsetzung; Familienbeihilfen; bestimmte Bezüge der AuslandsbeamtInnen; bestimmte Bezüge an SoldatInnen und Zivildienere; Entschädigungen an Opfer von Verbrechen, Prozesskostenersätze bei Freispruch, Zahlungen der Bewährungshilfe an Entlassene, Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz) und auch bestimmte Teile von Arbeitnehmereinkünften, die der Lohnsteuer unterliegen.

Lohnsteuer Für Einkommen gilt in der Regel eine jährliche Erklärung der Einkünfte in einer Einkommensteuererklärung. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit wird die Einkommensteuer in Form der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber einbehalten bzw. an die Finanzbehörde abgeführt. Bei bestimmten Einkünften aus Kapitalvermögen (insbesondere Dividenden, Wertpapier- und Bankzinsen) werden 25% der Einkünfte durch die kontoführende Bank als Kapitalertragsteuer einbehalten und an die Finanzbehörde weitergeleitet (dieses Prinzip heißt „Quellensteuerabzug“).

Kapitalertragsteuer

Einkommensbesteuerung grundsätzlich progressiv Die Einkommen-, Lohn- und Kapitalertragssteuer sind im Einkommensteuergesetz geregelt. Das System der Einkommensbesteuerung ist grundsätzlich progressiv gestaltet: je höher das Einkommen, umso höher der Prozentsatz, der als Einkommen- oder Lohnsteuer abgeführt werden muss. Diese Tarifstaffelung ist für die Einkommen- und Lohnsteuer gleich. Der Tarif beträgt zwischen 0 und 50%, wobei die Progression einerseits durch die für alle Einkommensgruppen gleich niedrige Besteuerung des 13. und 14. Monatsbezuges (max. 6%) sowie andererseits durch die Höchstbeitragsgrundlage auch bei den Sozialversicherungsbeiträgen gemildert wird.

Mit dem neuen Formeltarif durch die Steuerreform 2005 hat sich daran nur wenig geändert.

Dieses progressive Prinzip gilt allerdings nicht bei der Kapitalertragsteuer, wo ein einheitlicher Steuersatz von 25% gilt, egal wie hoch die Kapitalerträge sind. Zudem bestehen bei der Kapitalertragsteuer zahlreiche Befreiungen. Befreit sind u.a. Kreditinstitute, Kapitalerträge von Körperschaften, Kapitalerträge aus jungen Aktien und Genussscheinen, Einkünfte aus Substanzgewinnen, Kapitalerträge, die einem Immobilienfonds oder einer Privatstiftung zugehen u.a.m.¹⁸⁸

**Kapitalertrag-
steuer**

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer wurden im Bundesfinanzgesetz für 2008 mit 20,0 Mrd. Euro veranschlagt, jene aus der Einkommensteuer mit 2,85 Mrd. Euro und jene aus der Kapitalertragsteuer mit 2,5 Mrd. Euro. Natürliche Personen zahlen somit für ihre verschiedenen Einkünfte und Einkommen im Jahr 2008 zusammen voraussichtlich 25,35 Mrd. Euro Steuern an den Finanzminister. Das entspricht einer Zunahme von etwa 2,8 Mrd. Euro seit unserem ersten Bericht im Jahr 2004.

**25,3 Mrd. Euro
aus Einkommen-
besteuerung
natürlicher
Personen**

Die Lohnsteuerstatistik erfasste zuletzt (2006) knapp 6,010 Mio. Bezüge von ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen in einer Gesamthöhe von mehr als 134,6 Mrd. Euro, von denen nach Abzügen etwa 95,6 Mrd. Euro als Steuerbemessungsgrundlage verblieben bzw. rd. 19,1 Mrd. Euro an Lohnsteuer einbehalten wurden. Die Einkommensteuerstatistik (2004) wies mehr als 787.000 Veranlagungsfälle mit zu versteuernden Einkommen in Höhe von mehr als 21,4 Mrd. Euro aus, für die etwa 6,9 Mrd. Euro an Einkommensteuer festgesetzt und fast 3 Mrd. Euro an Lohnsteuer angerechnet wurden.

Nicht-natürliche, also juristische Personen zahlen für ihre Einkommen Körperschaftsteuer. Einer unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht mit sämtlichen in- und ausländischen Einkünften unterliegen Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Vereine, Stiftungen, sonstige juristische Personen des privaten Rechts, nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts, die ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben; weiters Betriebe gewerblicher Art von inländischen Körperschaften des öffentlichen Rechtes (inländische Körperschaften). Von der Körperschaftsteuer befreit sind vor allem Körperschaften des öffentlichen Rechtes wie die österreichischen Bundesbahnen, gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Vereinigungen, Pensions- und Unterstützungskassen, land- und forstwirtschaftliche Genossenschaften, kollektivvertragsfähige Berufsvereinigungen und auch Privatstiftungen, für die es im Körperschaftsteuergesetz

**Körperschaft-
steuerpflicht**

**Befreiung
von der Körper-
schaftsteuer**

¹⁸⁸ die Fülle der Ausnahmen ist im Einkommensteuergesetz § 94 nachzulesen

Einnahmen aus Körperschaft- steuer

setz sogar ausführliche „Sondervorschriften“¹⁸⁹ gibt. Auch die Körperschaftsteuer ist nicht progressiv gestaltet. Der Steuersatz beträgt seit 2005 nur mehr einheitlich 25% (bis dahin 34%). Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer wurden im Bundesfinanzgesetz 2008 mit 5,9 Mrd. Euro veranschlagt. 2004 waren es 4,3 Mrd. Euro.

Die Körperschaftsteuerstatistik erfasste zuletzt (2004) knapp 103.000 Veranlagungsfälle, die Gewinne von zusammen mehr als 31,3 Mrd. und Verluste von zusammen etwa 5,7 Mrd. Euro auswiesen. Von den etwa 103.000 Veranlagungsfällen waren 2004 knapp 44.000 „Nullfälle“, die keine Gewinne oder Verluste auswiesen. Insgesamt wurden zu versteuernde Einkommen von 15,3 Mrd. Euro festgestellt und etwa 5,3 Mrd. Euro (ca. 34%) an Körperschaftsteuer festgesetzt.

Steuergegenstand ist das nach den Vorschriften des Einkommen- und des Körperschaftsteuergesetzes ermittelte und in einem Kalenderjahr erzielte Einkommen. Auch das Körperschaftsteuergesetz kennt steuerfreie Einkünfte. Erwähnt sei das „Schachtelprivileg“: ist eine Körperschaft an einer anderen beteiligt, so bleiben die auf die Beteiligung entfallenden Gewinnanteile steuerfrei. Es dürfen ferner zahlreiche Betriebsausgaben Steuer mindernd geltend gemacht werden, wie etwa der Verlustabzug (Verlustvortrag), der Gewinnen aus anderen Jahren gegen gerechnet werden kann. Für Kapitalerträge und Einkünfte von Privatstiftungen ist nur der halbe Körperschaftssteuersatz von 12,5% zu zahlen.

Steuerrecht besteuert in sehr unterschiedlicher Weise

Das Steuerrecht in Österreich besteuert also Einkommen in sehr unterschiedlicher Weise: Erwerbseinkommen von unselbständig oder auch selbständig Erwerbstätigen werden mit einem progressiven Steuertarif besteuert, der von Null bis zum höchsten Steuersatz 50% reicht. Erwerbseinkommen von Körperschaften werden dagegen einheitlich mit 25% besteuert. Auch Einkommen, das nicht durch Erwerbstätigkeit, sondern durch Kapitalvermögen entsteht, wird nicht progressiv, sondern einheitlich mit 25% besteuert. Einkommen aus unselbständiger und selbständiger Erwerbsarbeit ist damit steuerlich benachteiligt gegenüber Einkommen aus Körperschaften und Kapital.

Die Steuereinnahmen des Finanzministers aus unselbständiger und selbständiger Arbeit werden 2008 (mit zusammen 22,85 Mrd. Euro) fast viermal so hoch sein wie Einnahmen aus der Körperschaftssteuer (mit 5,9 Mrd. Euro).

¹⁸⁹ Körperschaftsteuergesetz 1988 in der Fassung BGBl. 80/2003 § 13

8.2. Besteuerung von Einkommensverwendung (Umsatz und Verbrauch)

Umsatzsteuer, Verkehrs- und Verbrauchsteuern erfassen die Einkommensverwendung. Die Umsatzsteuer sowie die meisten Verkehrssteuern besteuern den „Markteintritt“ von Gütern und Leistungen, Verbrauchssteuern dagegen die „Marktentnahme“. Sie werden an die EndverbraucherInnen überwältigt, die in ihrer Masse ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen sind.

Die Umsatzsteuer in ihrer heutigen Form wurde in Österreich 1973 als „Mehrwertsteuer“ eingeführt, womit ein Zusammenhang hergestellt werden sollte zur Besteuerung jenes „Mehrerts“, der als Differenz zwischen dem Wert der Arbeit und dem Wert der damit hergestellten Produkte und Leistungen definiert wurde. Eine Umsatzbesteuerung gab es in Österreich schon davor. Neu war 1973 der Vorsteuerabzug, sodass Umsatzsteuer nicht mehr auf jeder Wirtschaftsstufe erhoben wurde, was Produkte verteuerte und die Wettbewerbsfähigkeit einschränkte. Die Mehrwertsteuer betrug zunächst 16%, ab 1976 18% und seit 1994 20%.

Umsatzsteuer

Die „Mehrwertsteuer“ ist im Umsatzsteuergesetz geregelt. Steuergegenstand sind das Entgelt für entgeltliche Lieferungen und sonstige Leistungen, der Eigenverbrauch (in der Regel der Einkaufspreis zuzüglich Nebenkosten oder die Kosten bzw. Selbstkosten), bei der Einfuhr der Zollwert zuzüglich Eingangsabgaben und beim innergemeinschaftlichen Erwerb das Entgelt (im Verbringungsfall der Einkaufspreis zuzüglich Nebenkosten- bzw. Selbstkosten). Befreit sind bestimmte kulturelle und soziale Leistungen (z.B. Schulen, Theater) und bestimmte Leistungen von Banken, Versicherungen, ferner Grundstücksumsätze und KleinunternehmerInnen. Für bestimmte Produkte (vor allem landwirtschaftliche Produkte) und Leistungen gelten ermäßigte Steuersätze.

**Umsatzsteuer-
gesetz**

Die Umsatzsteuer ist mit einem veranschlagten Ertrag von 21,7 Mrd. Euro im Jahr 2008 nach wie vor die ertragreichste Steuer in Österreich. Das sind um 2,7 Mrd. Euro mehr als noch 2004, dem Zeitpunkt der Veröffentlichung unseres ersten Berichtes.

**ertragreichste
Steuer in
Österreich**

Zwischen 1978 und 1994 bestand in Österreich eine Sonderform der Umsatzsteuer, die „Luxussteuer“, eine Umsatzsteuer auf wertvolle Gegenstände wie Autos, Schmuck, Teppiche, Pelzmäntel, Antiquitäten usw. in Höhe von zunächst 30%, ab 1984 32%. Das Abwandern von Kaufkraft ins Ausland führte aber zu einer Abschaffung bei Autos ab 1992 und mit dem EU-Beitritt 1995 zu ihrer gänzlichen Abschaffung.

Luxussteuer

**Verbrauchs-
steuern
5,46 Mrd. Euro**

Verbrauchssteuern zählen historisch zu den ältesten Formen der Besteuerung. Zu den Verbrauchsteuern werden in Österreich die Tabak-, Bier-, Mineralöl-, Alkoholsteuer gezählt. Die Schaumweinsteuer wurde mit der Steuerreform 2005 abgeschafft. Die Steuersätze sind für bestimmte Verbrauchsmengen festgelegt. Ihr Gesamtertrag wurde für 2008 mit 5,46 Mrd. Euro veranschlagt, wobei die Mineralölsteuer (mit 3,8 Mrd. Euro) und die Tabaksteuer (mit 1,35 Mrd. Euro) für den Großteil der Einnahmen sorgen sollen. Gegenüber 2004 ist der Gesamtertrag nur um 320 Mio. Euro höher veranschlagt.

Verkehrssteuern

Verkehrssteuern knüpfen an Vorgänge des Rechts- und Wirtschaftsverkehrs an. Die Umsatzsteuer wird von der Volkswirtschaftslehre als „allgemeine“ Verkehrssteuer definiert. Dazu kommt eine ganze Reihe „spezieller“ Verkehrssteuern. Verkehrssteuern besteuern in der Praxis den Verbrauch (wie etwa die Energieabgabe), spezielle Umsätze (wie Versicherungsverträge, Wetteinsätze, Werbemaßnahmen u.a.m.), vor allem aber den Erwerb und Betrieb von Kraftfahrzeugen. In diesem Fall sind Verkehrssteuern – wenn Kraftfahrzeuge als Gebrauchsvermögen gesehen werden – sogar eine Form von Vermögensbesteuerung.

Die wichtigsten Verkehrssteuern in Österreich sind die motorbezogene Versicherungssteuer (für zugelassene Kfz; Ertrag 2008 1,42 Mrd. Euro), die Versicherungssteuer (einmaliger Betrag beim Abschluss vor allem von Personenversicherungsverträgen; Ertrag 2008 1,07 Mrd. Euro) und die Energieabgabe (für die Lieferung von Strom und Gas, seit 2004 auch von Kohle; Ertrag 2008 750 Mio. Euro). Weiters die Normverbrauchsabgabe (beim Verkauf von Kraftfahrzeugen durch den Kfz-Händler zu bezahlen; Ertrag 2008 530 Mio. Euro), die Spielbankabgabe und Konzessionsabgabe (für Wetteinsätze und Spieleinnahmen bzw. den Spielbetrieb und progressiv gestaltet; Ertrag 2008 zusammen 272 Mio. Euro), Kapitalverkehrssteuern (für den Ersterwerb von Gesellschaftsrechten an inländischen Kapitalgesellschaften; Steuersatz 1%; Ertrag 2008 150 Mio. Euro), die Werbeabgabe (für Werbeleistungen; Ertrag 2008 120 Mio. Euro), die Kraftfahrzeugsteuer (für Fahrzeuge, die nicht der motorbezogenen Versicherungssteuer unterliegen; Ertrag 2008 90 Mio. Euro), die Sicherungsabgabe (die von Passagieren für Flüge zu bezahlen ist, die von inländischen Zivilflugplätzen angetreten werden; Ertrag 2008 60 Mio. Euro) und der Altlastenbeitrag (für das Deponieren von Abfällen; Ertrag 2008 50 Mio. Euro). Der Gesamtertrag dieser speziellen Verkehrssteuern (ohne die Grunderwerbsteuer, die im Rahmen der Besteuerung von Grund und Boden behandelt wird) wurde für 2008 mit 4,51 Mrd. Euro veranschlagt. Gegenüber 2004 ist der Gesamtertrag sogar um 60 Mio. Euro geringer veranschlagt.

**Gesamtertrag
4,51 Mrd. Euro**

Diese Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern machen (ohne die Grunderwerbsteuer) mit zusammen fast 31,7 Mrd. Euro im Jahr 2008 (2004: 28,7 Mrd. Euro) veranschlagten Einnahmen fast die Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes aus, nehmen aber auf die persönliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen kaum Rücksicht. Indirekte Steuern belasten kleine Einkommen relativ stärker als höhere. Es gibt nur wenige Ausnahmen von der Steuerpflicht. Auch progressive Elemente sind nur in ganz wenigen Steuern vorhanden (vor allem bei den Kfz-Steuern, allerdings aus ökologischen Gründen). Es wird also lediglich eine „aufwendigere Lebensweise“ stärker besteuert als ein sparsamere, zu der Einkommensschwächere ohnehin gezwungen sind.

**indirekte Steuern
belasten kleine
Einkommen
relativ stärker
als höhere**

8.3. Besteuerung von Vermögen

Die Besteuerung von Vermögen war historisch meist die Hauptsteuer, eine direkte Steuer auf Eigentum an Sachgütern und wirtschaftlich verwertbaren Rechten, die entweder direkt die Vermögenssubstanz oder nur den Vermögensertrag (Zinsen, Mieten, Dividenden) oder auch den Vermögensverkehr besteuert hat. Dem ist heute nicht mehr so. Im Gegenteil: Vermögenssteuern machen in Österreich nur einen geringen Teil der Steuern aus. Österreich ist bei der Vermögensbesteuerung innerhalb der OECD sogar Schlusslicht.¹⁹⁰

8.3.1. Besteuerung von Geldvermögen

„Österreich ist ein Steuerparadies für Reiche“ und „Österreich ist ein guter Platz für Reiche, die ungern Steuer zahlen“ titelten Österreichs Tageszeitungen, als im Frühjahr 2003 ein Studie der Hypo Investmentbank Liechtenstein veröffentlicht wurde, die Österreich als „*steueroptimalen Wohnsitz*“ für Reiche empfahl.¹⁹¹ Österreich sei auch „für die Erben ein Steuerparadies“.

Seit der Abschaffung der Vermögenssteuer 1994 ist die Kapitalertragsteuer die wichtigste Steuer in Österreich, die am Geldvermögen ansetzt, allerdings nur am Kapitalertrag, also den Einkünften aus dem Kapital, nicht am Kapital selbst. Sie beträgt 25% der Kapitaleinkünfte, also der Zinsen und Dividenden. Angesichts des Umstandes, dass die Oesterreichische Nationalbank zu Jahresende 2007 Geldvermögen in Österreich von insgesamt 2.154,8 Mrd. Euro auswies, machte sich der Erlös der Kapitalertragssteuer im Jahr 2007 mit etwa 2,4 Mrd. Euro (2003: 2,21

**Kapitalertrag-
steuer**

¹⁹⁰ vgl. dazu: Karl Goldberg: Vermögensbesteuerung – ein internationaler Vergleich, ÖGPP 2008

¹⁹¹ Hypo Investmentbank Liechtenstein: Steueroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse

Mrd. Euro) bescheiden aus. Dies waren gerade einmal 0,1% p.a. gemessen an den gesamten Geldvermögen.

Erbschafts- und Schenkungssteuer

Der Erbschafts- und Schenkungssteuer unterlagen bislang sowohl Geld- wie auch andere Sachvermögen. ErwerberInnen eines Geld- oder Sachvermögens durch Schenkung (im Schenkungsfall: auch der Geschenkgeber) unterlagen der Schenkungssteuerpflicht. Der Erwerb eines Sachvermögens von Todes wegen unterlag der Erbschaftssteuer. Geldvermögen, die bereits durch die Kapitalertragssteuer erfasst und „endbesteuert“ wurden, waren von der Erbschaftsteuer befreit. Erfasst wurden Erbanfälle, Vermächtnisse, Pflichtteilsansprüche, Versicherungsansprüche, Schenkungen unter Lebenden und Zweckzuwendungen abzüglich darauf ruhender oder übernommener Schulden und Lasten (wie auch Sterbefall- und Bestattungskosten). Befreit waren bestimmte Zuwendungen zu kirchlichen, mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken. Die Steuer bemaß sich bei Grundstücken am dreifachen Einheitswert. Der Steuersatz war sehr progressiv und betrug 2 bis 60%, leibliche Kinder zahlten aber maximal 15%. Der Tarif war in fünf Klassen nach dem Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erblasser und Erben eingeteilt. Für 2008 veranschlagte der Finanzminister noch einmal einen Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer von 135 Mio. Euro. (2004: noch 150 Mio. Euro)

Gesamtertrag 135 Mio. Euro

2005 wurden laut Finanzministerium 56.594 Fälle für Erbschaftssteuer und 30.295 Fälle für Schenkungssteuer festgestellt. Die AK errechnete die durchschnittliche steuerliche Belastung des geerbten oder geschenkten Vermögens mit nur 0,7% seines Werts.¹⁹² 80% des Ertrags der Steuer kamen von nur 6% der Fälle, was auf eine extrem hohe Vermögenskonzentration schließen lässt.¹⁹³

Durch Abschaffung entstand Besteuerungslücke

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer ist mit Ende Juli 2008 ausgelaufen. Der Verfassungsgerichtshof hatte es 2006 für gleichheitswidrig erkannt, dass „alte“ Grundwerte für die Bemessung herangezogen werden. Am Prinzip der Erbschafts- und Schenkungssteuer selbst hatte der Verfassungsgerichtshof nicht gezweifelt, denn durch ihre Abschaffung würde sogar eine Besteuerungslücke entstehen, die den finanzwissenschaftlichen Besteuerungsgrundsätzen der Allgemeinheit, Gleichmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit widersprechen wird. Seit 1.8.2008 sind Schenkungen, deren Wert unter Nicht-Angehörigen 15.000 Euro in 5 Jahren und bei Angehörigen 50.000 Euro innerhalb eines Jahres überschreitet, der Finanzbehörde einfach nur mehr zu melden.¹⁹⁴

¹⁹² AK Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich, S.41 f.

¹⁹³ vgl. Karl Goldberg: Vermögensbesteuerung – ein internationaler Vergleich

¹⁹⁴ Schenkungsmeldegesetz 2008

8.3.2. Besteuerung von Grund und Boden

Eine essenzielle Komponente des Liegenschaftsmarktes ist die Besteuerung des immobilien Vermögens. Steuern auf Liegenschaften sind ein wichtiger Bestandteil des modernen Steuersystems, an ihr Wirken werden verschiedene allokativen, distributiven wie auch fiskalische Anforderungen geknüpft.

Der Besitz und der Erwerb von Grund und Boden werden in Österreich besteuert, und auch – zumindest teilweise - die Nichtnutzung. Allerdings in sehr geringem Maße.

Inländischer Grundbesitz wird in Österreich mit der Grundsteuer besteuert, die im Grundsteuergesetz geregelt ist. Für Grundstücke gilt dabei im Wesentlichen eine Steuermesszahl von 0,2% des Einheitswertes, für geringe Einheitswerte etwas weniger, für höhere etwas mehr, bei Einfamilienhäusern mehr, im Mehrgeschosswohnungsbau weniger. Der Steuermessbetrag wird sodann noch durch einen Hebesatz erhöht. Nach dem derzeit geltenden Finanzausgleichsgesetz 2008 sind die Gemeinden ermächtigt, die Hebesätze bis zum Fünffachen des Steuermessbetrages festzusetzen, wodurch sich dann der tatsächliche Jahresbetrag ergibt. Durch das Zusammenwirken von Steuermesszahlen und Hebesätzen ergibt somit im Allgemeinen eine Grundsteuer in der Höhe von rund 0,8% des Einheitswertes pro Jahr, wodurch sie „nicht ins Gewicht fällt“, wie die Studie der Liechtensteinischen Bank feststellte.¹⁹⁵

Grundsteuer

**0,8% des
Einheitswertes
pro Jahr**

Ausgenommen von der Grundsteuerpflicht sind öffentlich genutzter Grundbesitz, die ÖBB, gemeinnützige, mildtätige, kirchliche Einrichtungen, Sportvereine, Krankenanstalten, der öffentliche Verkehr, Friedhöfe, diplomatische und berufskonsularische Vertretungen im Fall von Gegenseitigkeit und aufgrund zahlreicher landesgesetzliche Befreiungen vielfach auch der Eigenheimbau.

Die letzte Einheitswertfeststellung in Österreich erfolgte zum 1.1.1973. Da eine weitere Einheitsbewertung nicht mehr zustande kam, behalf man sich zunächst (1977, 1980 und 1983) mit pauschalen Einheitswerterhöhungen um 10, 20 bzw. 35%. Seit 1983 – und somit seit zweieinhalb Jahrzehnten - gab es trotz nachweislicher Wertzuwächse bei Grund und Boden keine Einheitswerterhöhung mehr. Man behalf sich durch die Anhebung der erwähnten Hebesätze.

**Einheitswert-
erhöhungen**

Die Erträge aus der Grundsteuer betragen im Jahr 2005 528,6 Mio. Euro.¹⁹⁶ (1999 waren es etwa 450,6 Mio. Euro) Rückgerechnet ergeben sich daraus Einheitswerte für Grund und Boden in Österreich von 66,1 Mrd. Euro. Der tatsächliche Wert jener

Erträge

¹⁹⁵ Hypo Investmentbank Liechtenstein: Steueroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse, S.14

¹⁹⁶ OECD Revenue Statistics (2006)

Grundstücke und Gebäude der Wirtschaft, Landwirtschaft und Privaten, die in dieser Arbeit bewertet wurden, liegt aber bei etwa 695 Mrd. Euro und damit um etwa das Zehneinhalbfache höher. Dies entspricht auch jenen Ergebnissen der Arbeiterkammerstudie zu den Vermögen in Österreich aus 1997, die das land- und forstwirtschaftliche Vermögen mit dem Neuneinhalbfachen des Einheitswertes bewertete, das Roh-Betriebsvermögen abzüglich Schulden und Rücklagen mit dem Zehnfachen des saldierten Einheitswertes und für die Bauten in der Kapitalstockrechnung das Elfache des Einheitswertes der Betriebsgrundstücke errechnete.

Bodenwert- abgabe

Die Bodenwertabgabe soll als Zusatzbesteuerung zur Grundsteuer die Spekulation durch Nichtnutzung eindämmen. Bemessungsgrundlage ist ebenfalls der Einheitswert. Die Steuerhöhe beträgt allerdings nur 1% des den Betrag von 14.600 Euro übersteigenden Einheitswertes. Der Finanzminister veranschlagte die Erträge aus der Bodenwertabgabe im Jahr 2008 mit lediglich 5 Mio. Euro. Gegenüber 2004 bedeutet das keine Veränderung.

Abgabe von land- und forst- wirtschaftlichen Betrieben

Die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben haben die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe für ihre betrieblich genutzten Flächen zu bezahlen. Sie bemisst sich, da land- und forstwirtschaftliches Vermögen vor allem in Form von Grundbesitz besteht, ebenfalls am Messbetrag für die Grundsteuer sowie an ähnlich den Hebesätzen gestalteten, aber bundesgesetzlich einheitlich geregelten Erhöhungsbeträgen, die allerdings seit ebenfalls 1985 unverändert sind. Ihr Ertrag für 2008 wurde vom Finanzminister mit nur 20 Mio. Euro veranschlagt. Gegenüber 2004 bedeutet das keine Veränderung.

Grunderwerb- steuer

Mit der Grunderwerbsteuer wird in Österreich der Kauf bzw. die Einbringung von Grund und Boden in eine Gesellschaft und dergleichen besteuert. Sie ist zwar eine Verkehrssteuer, besteuert aber eigentlich den Aufbau von Vermögen. Sie wird als einzige Steuer auf Grund und Boden nicht nach dem Einheitswert bemessen, sondern nach „*dem Wert der Gegenleistung*“, also in der Regel dem Kaufpreis und beträgt im allgemeinen 3,5%, bei Erwerben zwischen nahen Angehörigen nur 2%, zuzüglich 1% Grundbuchseintragungsgebühr. Der für 2008 veranschlagte Ertrag wurde vom Finanzministerium mit 650 Mio. Euro angegeben. Allein gegenüber 2004 bedeutet das eine Zunahme um 170 Mio. Euro oder 35%. Die Entwicklung der Einnahmen im zeitlichen Verlauf spiegelt aber weniger die Zunahme der Grundverkehrsgeschäfte als vielmehr jene der Grundstückswerte wieder. Die Einnahmen haben sich gegenüber 1995 nahezu verdoppelt. 2005 waren die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer erstmals höher als die Einnahmen aus der Grundsteuer.

650 Mio. Euro

Der Ertrag aus der Besteuerung von Grund und Boden beträgt somit in Österreich jährlich etwa 1,2 Mrd. Euro, unter Einrechnung der Erbschafts- und Schenkungssteuer etwa 1,3 Mrd. Euro. Gegenüber unserem letzten Bericht im Jahr 2004 ist das eine Zunahme von nur etwa 200 Mio. Euro, die hauptsächlich auf Mehreinnahmen der Grund- und Grunderwerbsteuer zurückzuführen sind. Gemessen am Grundvermögen in Österreich – etwa 695 Mrd. Euro – ist die Grundbesteuerung mit etwa 0,2% p.a. aber ebenso gering wie die Besteuerung von Geldvermögen.

Grundbesteuerung nur etwa 0,2% pro Jahr

Es ist daher festzustellen: Erwerbseinkommen haben im Wege von Steuern und Sozialabgaben ungleich höhere Beiträge zum Allgemeinwohl zu leisten als Vermögen. Die Höhe der Einkommen und ihrer Besteuerung entscheidet allerdings wesentlich über die Möglichkeit zur Vermögensbildung. Ist Vermögen einmal vorhanden oder gebildet, entzieht es sich in Österreich weitgehend steuerlicher Beiträge zum Allgemeinwohl. Die Steuerlasten liegen einseitig auf den Erwerbseinkommen und ihrer Verwendung.

8.3.3. Steuerparadies Privatstiftungen

Per 1.9.1993 wurden durch einen einstimmigen Beschluss des Nationalrates „Privatstiftungen“ ermöglicht. Bis dahin mussten Stiftungen in Österreich gemeinnützig und mildtätig sein, seither nicht mehr. Nach Angaben des Verbandes österreichischer Privatstiftungen gab es in Österreich Ende 2007 3.200 Privatstiftungen, in denen Vermögen (Geld, Wertpapiere, Immobilien usw.) im Wert von 60 Milliarden Euro Steuer schonend veranlagt waren.¹⁹⁷ Auf eine Privatstiftung entfielen damit Vermögen von durchschnittlich knapp 19 Mio. Euro.

3.200 Privatstiftungen

„Bei Vermögen von 5 bis 10 Millionen Euro empfiehlt sich im Laufe der Zeit die Errichtung einer österreichischen Privatstiftung“, rät die bereits zitierte Studie des Liechtensteinischen Bankhauses, welche die Vorteile der Privatstiftungen für Reiche in besonderem Maße lobt und beschreibt. Und „der Steuervorteil der Privatstiftung vergrößert sich, wenn der Umfang des Stiftungsvermögens zunimmt.“¹⁹⁸ Während Einkommen aus Arbeit also progressiv besteuert werden, werden Vermögen in und in Folge auch Einkommen aus Privatstiftungen in Österreich tendenziell depressiv belastet.

¹⁹⁷ Verband österreichischer Privatstiftungen (www.stiftungsverband.at), APA0334 vom 17.12.2007

¹⁹⁸ Hypo Investmentbank Liechtenstein: Steueroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse, S.16

steuerliche Erleichterungen

Die Beliebtheit der Privatstiftungen erklärt sich aus ihren „*erheblichen steuerlichen Erleichterungen*“.¹⁹⁹ Völlig steuerfrei sind Dividenden aus in- und ausländischen Aktien, die direkt oder in österreichischen Fonds gehalten werden. Völlig steuerfrei sind alle Einkünfte aus Kursgewinnen von Anleihen sowie Einkünfte aus Kursgewinnen direkt gehaltener Aktien. Kursgewinne von Aktien in Fonds unterliegen einer Zwischensteuer von 2,5%. Mit einer Zwischensteuer von 12,5% belegt sind Einkünfte aus Forderungswertpapieren in- und ausländischer Emittenten sowie Dividenden aus Aktien ausländischer Fonds. Auch „*die Erbschaftssteuervorteile der österreichischen Privatstiftung sind beträchtlich*“, meint die Bank-Studie: Denn in einer Stiftung betrug sie nur ein Drittel des sonst üblichen Maßes.²⁰⁰ Durch den Wegfall der Erbschafts- und Schenkungssteuer haben sich diese Vorteile weiter vergrößert. So wurden die 5% vom Vermögen, die als Eingangssteuer bei Gründung der Stiftung zu zahlen war und eine Form der Schenkungssteuer war und 2008 auf 2,5% halbiert wurden, offensichtlich gerne in Kauf genommen, zumal nach dem Tod des Stifters auf die Gesamtdauer einer Stiftung – das können bis zu 200 Jahre sein – keinerlei weitere Erbschaftssteuer mehr anfiel. Nur 25% Steuer (abzüglich der bereits erbrachten Zwischensteuern) zahlt man bei Entnahme von Vermögen aus der Stiftung etwa auch in Form eines laufenden Einkommens oder bei Auflösung der Stiftung. Dem 25%igen Körperschaftssteuersatz unterliegen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieben sowie Vermietung und Verpachtung aus Vermögen, das in eine Privatstiftung eingebracht wurde.

Stiftungsvermögen

Mehr als die Hälfte des Stiftungsvermögens (55%) entfällt nach Angaben des Stiftungsverbandes auf Unternehmensbeteiligungen, rund ein Fünftel (21%) auf Immobilien. Knapp 16% des Stiftungsvermögens entfällt auf Wertpapiere - Aktien, Anleihen, Investmentfonds u.ä. - die restlichen 8% sind Liquidität. Der Anteil von Unternehmensbeteiligungen am Gesamtvermögen habe sich in den vergangenen Jahren merklich erhöht.

Privatstiftungen werden auch als Holding internationaler Beteiligungen eingesetzt, weil der Stiftung ebenso das internationale Schachtelprivileg für steuerfreie Dividenden, Einnahmen sowie die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen bei der Veräußerung von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften im Inland wie im Ausland zukommt.

Die Privatstiftungen haben – so ein häufiges Argument - auch Reichtum nach Österreich gebracht. Der 2006 verstorbene deutsche Industrielle Friedrich Karl Flick wurde dadurch der reichste Österreicher. Faktum ist allerdings, dass sich unter den größten Privatstiftern zum größten Teil ÖsterreicherInnen befinden. Denn der Vorteil,

¹⁹⁹ Hypo Investmentbank Liechtenstein: Steueroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse, S.11

²⁰⁰ Hypo Investmentbank Liechtenstein: Steueroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse, S.16

dass Eigentümer großer Unternehmen nicht Personen, sondern Privatstiftungen sind, ist weniger ein volkswirtschaftlicher, sondern ein individueller steuerlicher. Und tatsächlich wird sehr oft als „Stiftungszweck“ schlicht die Versorgung des Stifters oder seiner Nachkommen angegeben. Ein anderes beliebtes Motiv ist, Erbstreitereien unter Nachkommen zu verhindern und das Vermögen vor dem Zugriff von Gläubigern und Finanz zu schützen. Zu den großen Stiftern gehören in Österreich der alte Adel (Auersperg, Czernin, Schwarzenberg), viele große Unternehmerfamilien (Essl, Fürnkranz, Hartlauer, Hrachowina, Kapsch, Lugner, Michelfeit, Palmers, Quester, Radatz, Wiesbauer, Wlaschek, Zgonc u.a.m.), aber auch Medienzare (wie Dichand oder Fellner) und einflussreiche Politikerfamilien wie Prinzhorn, Bartenstein oder Haselsteiner, weshalb es auch keine öffentliche Diskussion über die Abschaffung ihrer Steuerprivilegien gab und gibt.

8.3.4. Gesamtertrag der Vermögenssteuern

Die gesamten hier genannten Vermögenssteuern auf Geld- und Sachvermögen (Kapitalertragsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer und die Steuern auf Grund und Boden) betragen derzeit in Österreich etwa 3,8 Mrd. Euro. Angesichts vorhandener Geld- und Sachvermögen in Österreich von zusammen etwa 3.440 Mrd. Euro entspricht das etwa 0,1% p.a.. Zieht man vom Gesamtvermögen noch die Verpflichtungen (2.171 Mrd. Euro) ab, so wird das Nettogesamtvermögen in Österreich von 1.269 Mrd. Euro mit 0,3% p.a. besteuert.

Besteuerung des Vermögens mit nur 0,1%

Gegenüber 1994 (Ertrag aus diesen Steuern 2,6 Mrd. Euro) – also innerhalb von einem guten Jahrzehnt – sind die Vermögenssteuern in Österreich damit um etwa 600 Mio. Euro oder 23% gestiegen. Die Lohnsteuer ist im gleichen Zeitraum allerdings um 10,2 Mrd. Euro oder 104% gestiegen, die „Unternehmenssteuern“ Einkommen- und Körperschaftssteuer um 4,9 Mrd. Euro oder 130%. Auch die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchsteuern sind um 9,9 Mrd. Euro bzw. 58% gestiegen. (siehe Tabelle 42: Veränderung wichtiger Steuereinnahmen 1994 - 2008) Das heißt: die Besteuerung von Einkommen aus Erwerbstätigkeit ist von 1994 bis heute mehr als vier- bis fünfmal so stark gestiegen als die Besteuerung von Vermögen.

Besteuerung von Einkommen aus Erwerbstätigkeit vier- bis fünfmal so stark gestiegen als Besteuerung von Vermögen

Tabelle 42: Veränderung wichtiger Steuereinnahmen 1994 - 2008

Steuer	1994	2008	Veränderung	Veränderung in %
	in Mrd. Euro			
Lohnsteuer	9,8	20	10,2	104%
Einkommen- und Körperschaftsteuer	3,8	8,75	4,95	130%
Umsatz-, Verkehrs-, Verbrauchssteuern	20,4	32,3	11,9	58%
Vermögenssteuern	2,6	3,2	0,6	23%

Quelle: BMF (www.bmf.gv.at)

Fast 90% der Steuern kommen aus Einkommen und dessen Verwendung

Insgesamt tragen Steuern auf Arbeit (Lohn-, Einkommen-, Körperschaftsteuer) 2008 mit zusammen 28,75 Mrd. Euro fast 44% zu den Steuereinnahmen des Finanzministers (65,9 Mrd. Euro) bei, Steuern auf Konsum (Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern) mit zusammen 32,3 Mrd. Euro sogar 49%, Vermögenssteuern, die der Bund erhält, mit 3,2 Mrd. Euro dagegen nur 5%.

8.4. Steuerrückstände und Steuerhinterziehung

Summe der Steuerrückstände gestiegen

Die Summe der Steuerrückstände ist in den Jahren 2002 bis 2006 laut einem Bericht des Rechnungshofes um 9,1% gestiegen. Danach betrug Ende 2006 der gesamte Abgabenrückstand in Österreich mehr als 6,6 Milliarden Euro, davon waren knapp 1,8 Mrd. Euro auch vollstreckbar.

Vorgeschriebene Steuern mit Verzögerung zu bezahlen hat seine Ursache häufig in Liquiditätsproblemen. Sie aber überhaupt nicht zahlen zu wollen, ist eine Möglichkeit, individuelles Einkommen und Vermögen auf riskante und illegale Weise zu erhöhen. Dass Steuerhinterziehung in Österreich ein Problem ist, bewies die Debatte um eine „Steueramnestie“ im Zuge der Steuerreform 2005.

Allein im Jahr 2001 wurden durch Umsatzsteuer-Sonderprüfungen 1,34 Mrd. Euro an hinterzogenen Steuern entdeckt, wobei das Finanzministerium die hinterzogene Summe am 3 bis 5 Mrd. Euro schätzte.²⁰¹ Die alljährliche Schätzung der Schwarzarbeit in Österreich durch den Linzer Universitätsprofessor Friedrich Schneider ergab zuletzt (2007) einen Betrag von 20,8 Mrd. Euro, wodurch dem Staat etwa 2 bis 2,5 Mrd. Euro an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen entgehen würden.²⁰²

Weit weniger bis keine „Gestaltungsmöglichkeiten“ hinsichtlich ihrer Steuerleistung bei der Umsatz-, Einkommen- oder Körperschaftssteuer als Selbständige, Unternehmen und Privatstiftungen haben die unselbständig Erwerbstätigen, deren Einkommensteuer in Form der Lohnsteuer vom Arbeitgeber ganz einfach einbehalten und an den Fiskus abgeführt wird. Von Vorteil für den Finanzminister hat sich jedenfalls erwiesen, Kapitaleinkommen nicht mehr der Einkommensteuerpflicht zu unterwerfen, sondern die Kapitaleinkommensteuer als Quellensteuer zu konstruieren, die direkt durch das Konten führende Institut abgezogen und an den Fiskus abgeliefert wird. Die Einnahmen sind dadurch wesentlich höher geworden.

²⁰¹ vgl. APA0386, 20.3.2002

²⁰² APA0276, 21.1.2008

8.5. Internationaler Vergleich

In der Debatte um Steuerreformen in Österreich werden immer wieder internationale Steuervergleiche unterschiedlicher Quellen zitiert, um damit bestimmte Forderungen zu unterstützen. Da diese Steuervergleiche auch widersprechende Aussagen hatten, erarbeitete die ÖGPP bereits 2004 einen internationalen Steuervergleich²⁰³, um eine Debatte auf objektiveren Grundlagen zu ermöglichen. Die Vergleiche der wichtigsten Steuersätze in den Mitgliedstaaten der EU25 basierten durchwegs auf Studien bzw. Veröffentlichungen der EU-Kommission, der OECD sowie des Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO.

Die Vergleiche zeigten, dass Österreich in etlichen Bereichen keineswegs das vielzitierte „Hochsteuerland“ ist. Dies galt für die Besteuerung von Einkommen und im besonderen Maß für die Besteuerung von Vermögen.

**Österreich kein
Hochsteuerland**

Bei der Einkommensteuer lag der Spitzensatz in Österreich mit 50% nur um 2% über dem EU-Durchschnitt. Der effektive nominale Spitzensteuersatz erreichte aufgrund der Steuerbegünstigung des 13. und 14. Monatsgehaltes für unselbständig Erwerbstätige de facto nur 43%, womit er deutlich unter dem EU15-Durchschnitt von 49,1% lag. Der Spitzensteuersatz der zehn Beitrittsländer wurde 2004 im Durchschnitt mit etwa 33% errechnet. Der Anteil der Lohn- und Einkommensteuern an den gesamten Steuereinnahmen lag in Österreich 2004 mit 22,7% sowohl unter dem EU15-Durchschnitt von 24,6% wie auch unter dem OECD-Schnitt von 24,5%. Gemessen am BIP lagen die Lohn- und Einkommensteuern in Österreich 2004 mit 9,6% über dem OECD-Schnitt (9,1%), aber unter dem EU15-Schnitt (10,1%).²⁰⁴

**Einkommens-
besteuerung
unter dem EU15-
Durchschnitt**

Österreich hatte bereits vor der Senkung der Körperschaftssteuer 2005 die niedrigste effektive Unternehmensbesteuerung in der EU15. Der effektive Steuersatz lag in Österreich mit 17,7% nicht nur deutlich unter dem EU15-Durchschnitt von 26,9%. Nur zwei Länder – Irland und Portugal – hatten einen noch geringeren effektiven Körperschaftssteuersatz. Diese Entwicklung wurde durch die Senkung des nominellen Steuersatzes auf 25% im Zuge der Steuerreform 2005 noch verstärkt. Im Jahr 2004 - also vor der Steuerreform - war in Österreich der Anteil der Körperschaftssteuer an den gesamten Steuereinnahmen mit 5,4% deutlich niedriger als in den EU15 (8,2% Anteil an den Gesamtsteuereinnahmen) und in der OECD (9,6% Anteil an den Gesamtsteuern). Auch gemessen am BIP lag die Körperschaftssteuer 2004 in Österreich mit einem Anteil von 2,3% sowohl unter dem EU15-Schnitt (3,1%) wie auch unter dem OECD-Schnitt (3,4%).²⁰⁵

**niedrigste
effektive
Unternehmens-
besteuerung**

²⁰³ ÖGPP: Steuern in der EU

²⁰⁴ OECD Revenue Statistics (2006)

²⁰⁵ OECD Revenue Statistics (2006)

Umsatzsteuer knapp über EU15- Durchschnitt	Bei der Umsatzsteuer lag Österreich mit einem Satz von 20% nur knapp über EU15-Durchschnitt von 19,6%. Der Anteil der Verbrauchssteuern an den Gesamtsteuereinnahmen lag in Österreich 2004 mit 28,2% sowohl unter dem EU15-Durchschnitt (30,7%) wie auch unter dem OECD-Schnitt (32,3%). Gemessen am BIP lagen die Verbrauchssteuern 2004 in Österreich mit einem Anteil von 12% ebenfalls zwischen OECD (11,4%) und EU-15 (12,1%).
bei Vermögens- steuern ist Öster- reich günstigstes Land der OECD	Bei den Vermögenssteuern (also im Wesentlichen der Erbschafts- und Schenkungssteuer und der Grundbesteuerung) war und ist Österreich sogar das mit Abstand günstigste Land der OECD. Die Vermögenssteuern erbrachten im Durchschnitt der OECD 2005 (mit 5,6%) etwa viermal so viel Ertrag als in Österreich (1,3% der Gesamtabgaben). Gemessen am BIP betragen die Vermögenssteuern in Österreich nur 0,55%, in der OECD dagegen 1,9%, in der EU-15 fast 2,1%. Das bedeutet eine Halbierung seit 1980 (1,12% gemessen am BIP).
Besteuerung von Zinsen deutlich günstiger als im EU15- Durchschnitt	Die Besteuerung von Zinsen ist in Österreich mit dem einheitlichen Steuersatz von 25% vor allem für Gutverdiener deutlich günstiger als im EU-15 Durchschnitt des Jahres 2004 (33,1%), da Zinserträge oft (auch) der Einkommensbesteuerung und damit einer höheren Progression unterliegen. Und europaweit attraktiv haben sich die Steuerprivilegien für Privatstiftungen erwiesen.
hohe Sozial- versicherungs- beiträge in Österreich	Höher als in vielen anderen Staaten sind in Österreich dagegen die Sozialversicherungsbeiträge, die 2004 33,9% aller Steuern und Abgaben ausmachten. In der EU15 waren es nur 28,8%, in der OECD nur 25,9%. Gemessen am BIP betragen die Sozialversicherungsbeiträge in Österreich 2004 14,4%, in der EU 15 11,3%, in der OECD 9,4%. Allerdings gilt auch die soziale Qualität Österreichs als überdurchschnittlich.

9. Armut und Reichtum

9.1. Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen – eine etwas andere Definition

Armut als auch Reichtum wurden bisher meist aus einer rein einkommensorientierten Sichtweise behandelt, da dies die einzige methodische Vorgehensweise ist, um Armut und Reichtum quantitativ zu definieren (wir haben darauf im Kapitel 1 hingewiesen). Mittlerweile wurden jedoch andere theoretische Ansätze entwickelt, denn Armut und Reichtum sind Lebensumstände, die weit über die monetäre Sichtweise hinaus wirken. Das Konzept der Verwirklichungschancen von Amartya Sen²⁰⁶ etwa wird als Grundlage zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung immer wichtiger. Mehrfach wird bereits versucht, diese Ideen in die Erhebungen mit ein zu beziehen, eine umfassende Bewertung der Lage in Österreich nach diesem Konzept ist bislang jedoch noch nicht erfolgt. Da es sich aber um eines der wichtigsten Zukunftskonzepte zu diesem Thema handelt, soll dieser Teil des Bericht zumindest diesem Konzept folgen.

**Amartya Sen:
Konzept der
Verwirklichungs-
chancen**

9.1.1. Grundlegende Begriffe dieser Theorie

Bevor anhand dieser Theorie Definitionen vorgenommen werden können, ist die Klärung einiger grundlegender Begriffe notwendig. Verwirklichungschancen sind nach Sen gleichbedeutend mit der Fähigkeit und vor allem Freiheit, das Leben nach eigenen Lebensplänen zu gestalten. So sollte es jedem Menschen möglich sein, frei von vermeidbaren Krankheiten zu leben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen oder eine Religion auszuüben. Wichtig ist hier immer, dass jedem Menschen die Wahl, etwas zu tun oder nicht, selbst überlassen bleibt. Wohlergehen ist nur dann möglich, wenn aus den vorhandenen Verwirklichungschancen frei gewählt werden kann. So ist beispielsweise freiwilliges Fasten (aus religiösen oder gesundheitlichen Gründen) anders zu bewerten als Hungern aufgrund fehlender Nahrungsmittel oder Mangel an finanziellen Mitteln, um diese zu erwerben. *„Die Menge an Verwirklichungschancen (Capability Set) eines Menschen bedeutet daher ein Potenzial an realisierbaren Lebensentwürfen, aus dem er (...) seine tatsächliche Lebensgestaltung, im Einklang mit eigenen Lebensplänen und Präferenzen auswählt.“*²⁰⁷

**Verwirklichungs-
chancen**

Daraus folgt, dass Armut auch als Mangel an Verwirklichungschancen definiert werden kann, während Reichtum sich durch ein sehr hohes Maß an Verwirklichungschancen und entsprechenden Freiheiten definiert.

²⁰⁶ Amartya Sen erhielt 1998 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für seine Arbeiten zur Wohlfahrtsökonomie

²⁰⁷ Jürgen Volkert, Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen, S.12

„Konzeptionell ist Einkommen damit lediglich ein Mittel zum Erreichen jener Verwirklichungschancen und Ziele, denen ein tatsächlicher intrinsischer Wert beigemessen wird.“²⁰⁸ Allerdings ist für unterschiedlichste Verwirklichungschancen Geld als Ressource notwendig, um diese zu ermöglichen.

9.1.2. Armut an Verwirklichungschancen

**Einkommens-
armut ist
wichtigste
Ursache für
Mangel an
Verwirklichungs-
chancen**

Armut bedeutet, Ziele gemäß der eigenen Lebensvorstellung nicht erreichen zu können. In reichen Geldwirtschaften, zu denen Österreich gezählt werden kann, ist Einkommensarmut die wichtigste Ursache für den Mangel an Verwirklichungschancen. Jedoch greifen Einkommensanalysen – wie erwähnt - für eine Darstellung der tatsächlichen Situation zu kurz. Einkommen alleine sagt nicht zwingend etwas über die Güterausstattung aus, da die Unterstützung von sozialen Netzen oder öffentliche Sachleistungen ebenso wenig wie eine ineffiziente Haushaltsführung beurteilt werden können. *„Persönliche, gesellschaftliche und umweltabhängige Umwandlungsfaktoren, die sich zugleich wechselseitig beeinflussen, entscheiden über die Fähigkeit, Einkommen in Verwirklichungschancen umzuwandeln.“*²⁰⁹

So haben Alter, Geschlecht, Bildungsstand und Gesundheit oder Behinderung ebenso Einfluss auf die Umsetzung von Verwirklichungschancen wie der Zugang zum Arbeitsmarkt und die Arbeitsbedingungen, oder der Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem oder auch die Möglichkeit, seinen Anliegen politisch Ausdruck zu verleihen. Ausgrenzung und Privilegierung zeigen sich als komplexe gesellschaftliche Prozesse, die zwar über die monetäre Ressourcendefinition von Armut und Reichtum hinausgeht, in der Praxis jedoch oft eng aneinander gekoppelt ist.

**Grundmaß an
sozialen Chancen
notwendig, um
Armut zu
verhindern**

Um Armut zu verhindern, ist also ein Grundmaß an sozialen Chancen notwendig, das durch den gleichen Zugang zu Institutionen ermöglicht werden muss. Gerade hier müssen Defizite aufgearbeitet werden, um auch finanziell schlechter gestellten Menschen ein faires Ausmaß an Verwirklichungschancen zu bieten.

9.1.3. Reichtum an Verwirklichungschancen

Reichtum wird in der traditionellen Berichterstattung als sehr hohes Maß an materiellen Ressourcen, also Vermögen oder Einkommen, verstanden. Dennoch sollte auch hier ein umfassenderer Ansatz angedacht werden. So sollten auch nicht-monetäre Ressourcen wie Gesundheit und Bildung und der Zugang zu diesen Bereichen berücksichtigt werden. Damit ist Reichtum ein Anreiz für das Erreichen von

²⁰⁸ Jürgen Volkert, Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen, S.15

²⁰⁹ Jürgen Volkert, Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen, S.85

verschiedenen, teilweise unbekanntem Lebenszielen. So bieten finanzielle Mittel eine Sicherungsfunktion, die unabhängig von staatlichen Leistungen macht. Man erlangt Unabhängigkeit im Konsum und kann die vorhandenen Mittel durch Erbschaften oder Schenkungen konservieren, um so auch nahestehenden Personen diese Privilegien zukommen zu lassen. Materielle Ressourcen sind damit ein unabdingbarer Bestandteil zur Teilnahme an der modernen Konsumgesellschaft. Monetäre Mittel sollen die Möglichkeit einer freizügigen Lebensgestaltung bieten, ist dies nicht so, empfinden Betroffene Scham. Gleichzeitig macht es die Verwendung des gesamten Einkommens für die Deckung der Alltagsbedürfnisse unmöglich, Teile des Einkommens für Sparen aufzuwenden, sodass ein Ausfall (eines Teils) des Einkommens die Existenz dieser Menschen gefährdet. *„Nimmt materieller Reichtum in extremem Umfang zu, so erweitern sich die Verwirklichungschancen erheblich und übersteigen die, mit materiellen Mitteln, erreichbaren Ziele.“*²¹⁰ Reiche verwenden ihr Einkommen demzufolge dafür, sich bestehende Möglichkeiten offen zu halten. Damit erklärt sich die *„Besitzstandwahrung von Ultra-Reichen mit allen politischen und sonstigen Mitteln aus der Angst vor Verlusten“*²¹¹.

**Besitzstand-
wahrung**

Neben den materiellen Mitteln sollten hier aber auch nichtmaterielle Ressourcen nicht vergessen werden. Als einer der wichtigsten Indikatoren für die Wahrnehmung von Verwirklichungschancen gilt Gesundheit. *„Gesundheit entscheidet mithin darüber, inwieweit die übrigen reichumsrelevanten Potenziale und Chancen überhaupt wirksam werden können.“*²¹² Das bedeutet nicht, dass jeder Gesunde reich ist. Es soll aber verdeutlichen, dass ein befriedigender Gesundheitszustand in der Regel eine notwendige Bedingung für Reichtum im Sinne eines sehr hohen Maßes an Verwirklichungschancen ist. Ebenso haben Menschen mit individuellen Fähigkeiten und Qualifikationen deutlich höhere Möglichkeiten, gebotene Verwirklichungschancen auch tatsächlich wahrzunehmen.

Gesundheit

9.2. Armutsgefährdete Gruppen in Österreich

In der österreichischen Bevölkerung sind nicht alle Menschen im gleichen Ausmaß vom Risiko der Armut betroffen. Obwohl die Armutsgefährdungsquote in Österreich im Jahr 2006 bei durchschnittlich 12,6 Prozent lag, somit mehr als eine Million Menschen in Haushalten mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle lebten, ist zu erkennen, dass einzelne Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich stark von Armut betroffen sind; dazu zählen vor allem alleinstehende Pensionistinnen, Arbeitslose, Menschen mit geringer formaler Bildung, kinderreiche Haushalte und Eltern-Haushalte sowie MigrantInnen. Die Gründe für eine erhöhte Armutsgefährdung

**einzelne
Bevölkerungs-
gruppen über-
durchschnittlich
stark von Armut
betroffen**

²¹⁰ Jürgen Volkert, Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen, S.293

²¹¹ Jürgen Volkert, Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen, S.293

²¹² Jürgen Volkert, Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen, S.295

sind vielfältig, entscheidend ist jedoch die Beteiligung am Arbeitsmarkt. Das folgende Kapitel stellt die gegenwärtige Situation armutsgefährdeter Gruppen in Österreich dar und zeigt die Folgen ungleicher Güterverteilung.

9.2.1. Arbeit und Ausbildung

Das Ausmaß und die Art der Tätigkeit sowie die generelle Möglichkeit einer bezahlten Arbeit entscheiden in der Regel die Lebensumstände einzelner Personen und auch ganzer Haushalte. Die Auswirkung von Arbeit und deren Verlust, aber auch die der beruflichen Qualifikation auf die Armutsgefährdung sollen im Folgenden dargestellt werden.

„working poor“

In den letzten Jahren wird eine neue Entwicklung zunehmend zum Problem, immer mehr erwerbstätige Menschen müssen als „working poor“ charakterisiert werden. Der Ursprung dieses Begriffs ist in den USA zu finden, wo dieses Phänomen schon seit den 1970er Jahren zu beobachten ist. In den letzten Jahren zeigt sich diese Entwicklung aber auch zunehmend in Europa, auch Österreich ist im zunehmenden Ausmaß davon betroffen. Als „working poor“ bezeichnet die Statistik Austria *„all jene Personen, die aktuell erwerbstätig und zwischen 20 und 64 Jahre alt sind und deren Haushalteinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt“*.²¹³ Bislang galt eine bezahlte Erwerbsarbeit als guter Schutz vor Armutsgefährdung und Armut, auch für die im Haushalt lebenden Personen. Doch für mehr als 230.000 oder 7% der Erwerbstätigen reichte das Einkommen im Jahr 2006 nicht mehr aus, um sich selbst und/oder ihre Familien vor Armut zu schützen. 131.000 Männer und 100.000 Frauen waren trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet. Auch wenn die Armutsgefährdung Erwerbstätiger unter dem allgemeinen Durchschnitt liegt, üben 41% aller Armutsgefährdeten im Erwerbsalter eine Erwerbstätigkeit aus und sind dennoch von Armut betroffen.

230.000 (7%) der Erwerbstätigen betroffen

Die Intensität der Erwerbsbeteiligung eines gesamten Haushaltes steht ebenfalls in direktem Zusammenhang damit, wie hoch dessen Armutsrisiko ist. Ebenfalls entscheidend sind Qualität und Ausmaß der Erwerbstätigkeit. In den letzten Jahren hat in Österreich ein Strukturwandel am Arbeitsmarkt stattgefunden. „Normalarbeitsplätze“, also ganzjährige Vollzeitbeschäftigungen, werden immer seltener, während prekäre Arbeitsverhältnisse zunehmen.²¹⁴

Strukturwandel am Arbeitsmarkt

Erwerbsintensität der Haushalte

Zunächst soll auf die Erwerbsintensität der Haushalte eingegangen werden. Im Jahr 2006 waren 4% der Haushalte mit voller Erwerbstätigkeit (alle Personen im erwerbsfähigen Alter gehen ganzjährig einer Vollzeitbeschäftigung nach) dennoch

²¹³ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.34

²¹⁴ mehr dazu im Kapitel „ArbeitnehmerInnenentgelte“

einkommensarm, 2004 lag dieser Wert bei 3%.²¹⁵ In Haushalten, in denen einer Erwerbsarbeit nur teilweise nachgegangen wurde, betrug die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2006 bereits 15%, 2004 lag sie noch bei 9%. Am deutlichsten zeigt sich die negative Entwicklung jedoch bei Haushalten ohne Erwerbstätigkeit. Hier ist die Armutsgefährdung von 12% im Jahr 2004 auf 32% im Jahr 2006 sprunghaft angestiegen.

Vor allem neue Erwerbsformen wie geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung und Zeitarbeit, die zu unregelmäßiger, nicht ganzjähriger Beschäftigung führen, haben die Armutsgefährdung der Erwerbstätigen in den letzten Jahren deutlich erhöht. *„Beschäftigungen, die weniger als 12 Monate im Jahr andauern, und Arbeitsverhältnisse mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz (freie Dienst- oder Werkverträge) sind im überdurchschnittlichen Ausmaß mit Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle verbunden. (...) In Anbetracht der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, weg von „Normalarbeitsverhältnissen“ hin zu weniger stark reglementierten, sozialversicherungslosen und diskontinuierlichen Beschäftigungen, werden immer mehr Menschen in Zukunft von derartigen prekären Arbeitsverhältnissen abhängig; dies kann das Risiko steigern, zumindest zeitweilig unter die Einkommensgefährdungsschwelle zu rutschen. Und das auch, weil diese Beschäftigungsformen keinen Anspruch auf bestimmte Leistungen der sozialen Absicherung in Österreich zur Folge haben.“*²¹⁶

neue
Erwerbsformen

Auch andere empirische Untersuchungen widmen sich verstärkt diesem – für Österreich - neuen Phänomen und stellen dabei folgendes fest: *„Aus unregelmäßigen Beschäftigungen entstehen nicht nur direkte Einkommensnachteile, sie sind oft auch mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz verbunden und führen vor allem auch längerfristig zu finanziellen Nachteilen (geringerer oder kein Pensionsanspruch, keine Sonderzahlungen, teurere Selbstversicherung...).“*²¹⁷

Am häufigsten sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Österreich unter Frauen bis 40 Jahren und bei Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen zu finden. Von den 528.000 in Österreich prekär Beschäftigten sind 316.000 (60%) Frauen. Auch Beschäftigungsverhältnisse von weniger als 12 Stunden pro Woche werden aufgrund des geringen Einkommens als prekäre Beschäftigungen bezeichnet. Hiervon sind vor allem Frauen betroffen, die 89% aller Teilzeiterwerbstätigen darstellen. Männer erwirtschaften damit noch immer den Großteil des Haushaltseinkommens, ohne ein zusätzliches Einkommen der Frau ist eine Familie jedoch heute zunehmend schwerer zu erhalten. Wenn die Frau keine Erwerbstätigkeit ausübt, liegt die Armutsgefährdungsquote bei überdurchschnittlich 17%. Die Erwerbspartizipation der

Prekäre
Beschäftigungs-
verhältnisse

²¹⁵ Aufgrund des veränderten Erhebungsinstruments sind längerfristige Vergleiche nicht möglich.

²¹⁶ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.218

²¹⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2004, S.46 und 48

Frauen ist damit ein entscheidendes Mittel, um Familien ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu ermöglichen.

Frauen

Frauen haben in Österreich mit 74,3% noch immer eine deutlich niedrigere Erwerbstätigenquote als Männer (82,6%).²¹⁸ Ob Frauen erwerbstätig sind oder nicht, hängt in erster Linie von Anzahl und Alter der Kinder ab. Ist das jüngste Kind im Haushalt unter 3 Jahre alt, beträgt die Erwerbsbeteiligung lediglich 29%, wobei mehr als die Hälfte (57%) davon Teilzeit erwerbstätig sind. Ist das jüngste Kind zwischen 4 und 6 Jahren alt, steigt die Erwerbsbeteiligung zwar auf 62% an, jedoch sind davon 67% teilzeitbeschäftigt.

Die Haushaltszusammensetzung beeinflusst die Möglichkeiten, am Erwerbsleben teilzunehmen wesentlich, vor allem aber die Erwerbstätigkeit der Frau. Die zweite bedeutende Einflussvariable auf die Erwerbstätigkeit ist Bildung.

Qualifikation

Ob und in welcher Qualität eine Erwerbsarbeit ausgeübt werden kann, hängt stark von der Qualifikation ab. Das Einkommen steigt mit der Qualifikation und der Stellung im Beruf, gleichzeitig sinkt das Armutsgefährdungsrisiko. So haben beispielsweise 76% der „working poor“ als höchsten Bildungsabschluss maximal Lehre oder mittlere Schule, höhere Bildungsgruppen sind von dieser Entwicklung also weniger stark betroffen. Eine geringe Ausbildung hat nicht nur Auswirkungen auf die Verdienstmöglichkeiten, sondern auch auf die Möglichkeit, überhaupt erwerbstätig zu sein, wie der folgende Abschnitt zeigt.

Verlust der Erwerbsarbeit

Der Verlust der Erwerbsarbeit erhöht schlagartig das Armutsrisiko der betroffenen Haushalte. Die Armutsgefährdungsquote steigt bei Haushalten mit einem Arbeitslosen sprunghaft auf 33% an. Im Jahr 2006 waren ein Drittel der Arbeitslosen von Armut betroffen. Lebt ein/e Langzeitarbeitslose/r im Haushalt, sind sogar 40% dieser Haushalte in Österreich armutsgefährdet.²¹⁹ Die Lücke dieser Haushalte zwischen ihrem tatsächlichen Einkommen und dem, für einen angemessenen Lebensstandard notwendigen Einkommen ist in dieser Gruppe mit 22% eine der höchsten.

Personen mit geringer Qualifikation haben Nachteile am Arbeitsmarkt

Im Jahresdurchschnitt 2007 waren in Österreich 222.248 Menschen arbeitslos. Vor allem Personen mit geringer Qualifikation haben Nachteile auf dem Arbeitsmarkt. Von den Männern mit Pflichtschulabschluss sind nur 59% erwerbstätig, bei Frauen mit Pflichtschulabschluss sogar nur 42%. Liegen höhere Bildungsabschlüsse vor, so waren 80 bis 90% der Männer erwerbstätig und 60 bis 70% der Frauen. Während der Anteil der Arbeitslosen bei Männern mit geringer Bildung deutlich höher ist als bei höheren Bildungsniveaus, finden sich Frauen mit geringeren Erwerbschancen häufig im Haushalt wieder (31% der Frauen mit Pflichtschulabschluss sind im Haushalt tätig).

²¹⁸ AMS: Arbeitsmarktprofil 2007

²¹⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.53

Wie schwer die Situation für Betroffene ist, zeigt sich, wenn man die durchschnittlichen Höhen von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe betrachtet, die unter der Armutsgrenze liegen. Das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld lag bei Männern 2007 um bis zu 83 Euro, bei arbeitslosen Frauen bis zu 230 Euro unter der Armutgefährdungsschwelle des Jahres 2006 und damit im Bereich der „erhöhten Armutgefährdung“. Die Notstandshilfe lag sowohl bei Männern als auch bei Frauen deutlich (um 260 bzw. knapp 400 Euro) unter der Armutgefährdungsschwelle. Bei Haushalten mit Kurzarbeitslosen machen Sozialleistungen 23% des Einkommens aus, bei Langzeitarbeitslosen im Haushalt aber 57%. Da diese Sozialleistungen jedoch nicht ausreichen, um Armut zu verhindern, sind Arbeitslose eine der am stärksten von Armut betroffenen Personengruppen.

**Arbeitslose stark
von Armut
betroffen**

Welche Chancen Menschen am Arbeitsmarkt haben, wird wesentlich von ihrer Bildung bestimmt. Von den im Jahr 2007 arbeitslosen Menschen verfügten 47% als höchste formale Ausbildung über einen Pflichtschulabschluss, weitere 33% über einen Lehrabschluss. Bildung spielt im Erwerbsleben jedoch eine doppelte Rolle. Sie ist nicht nur ausschlaggebend dafür, ob ein Beschäftigungsverhältnis zustande kommt, sie beeinflusst zusätzlich die Höhe des Erwerbseinkommens. *„Gute Ausbildung und österreichische Herkunft sind Merkmale unterdurchschnittlicher Armutgefährdung.“*²²⁰ Unter Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss ist die Armutgefährdungsquote mit 22% überdurchschnittlich hoch, alle höheren Abschlüsse haben mit einer Armutgefährdungsquote von maximal 10% eine unterdurchschnittliche Armutgefährdung. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt wirkt sich die soziale Herkunft nach wie vor stark auf Bildung und die berufliche Platzierung aus.

Bildung

Wie auch das Kapitel 9.4. zeigt, sind die Aufstiegschancen aus einer niedrigeren sozialen Schicht gering, denn auch die Möglichkeit auf Bildung wird „vererbt“.

9.2.2. Haushaltzusammensetzung

Die Haushaltzusammensetzung wirkt sich in doppelter Hinsicht auf eine mögliche Armutgefährdung aus. Einerseits wird die Möglichkeit, am Erwerbsleben teilzunehmen, vor allem bei Frauen durch Kinder sowie Betreuungs- und Pflegetätigkeiten beschränkt. Zum anderen kann die Familie ausgleichend wirken, wenn ein Einkommen entfallen sollte.

„Single-Haushalte bzw. Haushalte, in denen es nur eine Verdienlerin oder einen Verdiener geben kann, sind wesentlich stärker von manifester Armut betroffen als

Single-Haushalte

²²⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.34

*Mehrpersonenhaushalte.*²²¹ Vor allem alleinlebende Frauen sind in jedem Alter stärker von Armutsgefährdung betroffen als Männer. Ein-Personen-Haushalte haben trotz oftmals erhöhter Erwerbsintensität ein überdurchschnittliches Armutsgefährdungsrisiko aufgrund der höheren Fixkosten (wie für Wohnen), aber vor allem durch die fehlenden Ausgleichsmöglichkeiten bei geringen oder ausbleibenden Einkommen durch andere Haushaltsmitglieder. Soziale Nachteile oder geringes Einkommen wirken sich bei Single-Haushalten unmittelbar aus. Deutlich ist hier auch der Geschlechterunterschied. Alleinstehende Frauen haben mit 26% eine beinahe doppelt so hohe Armutsgefährdung wie Männer (15%). Verstärkt zeigt sich dieses Phänomen bei alleinlebenden PensionistInnen.

Pensionistinnen

Frauen haben in allen Altersstufen ein geringfügig höheres Armutsgefährdungsrisiko als Männer, bedingt durch ihre oft eingeschränkte Erwerbstätigkeit, die sich großteils aus den familiären Verpflichtungen ergibt. Alleinlebende Pensionistinnen sind besonders oft von Armut betroffen. Sie haben mit 28% ein doppelt so hohes Armutsgefährdungsrisiko als die Gesamtbevölkerung Österreichs, 123.000 alleinlebende Pensionistinnen sind armutsgefährdet. Bedingt wird dies vor allem durch die früher meist geringe Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen und die daraus entstehenden geringeren Pensionsansprüche. Während bei verheirateten oder in Partnerschaft lebenden älteren Frauen die geringen finanziellen Mittel durch die Pensionen der Partner zumeist ausgeglichen werden können, gibt es diese Möglichkeit bei alleinlebenden Frauen nur eingeschränkt.²²²

Wie stark sich die Einkommensunterschiede aus dem aktiven Erwerbsleben auch in der Pension fortsetzen, zeigen folgende Zahlen. *„Der Einkommensnachteil von Frauen macht sich besonders im Alter bemerkbar. Frauen über 65 Jahre verfügen wiederum um ein um zehn Prozent niedrigeres Äquivalenzeinkommen als der Durchschnitt, wohingegen das Einkommen von Männern in dieser Altersgruppe über dem Durchschnitt liegt.“*²²³ Bei alleinstehenden Pensionsbezieherinnen liegt das Haushaltseinkommen sogar um 21% oder 3.800 Euro unter dem durchschnittlichen österreichischen Jahreseinkommen.

Während die durchschnittliche Pension eines Arbeitnehmers in Österreich im Jahr 2006 jährlich 18.196 Euro netto (=zirka 1.300x14) betrug, lag die durchschnittliche Pension einer österreichischen Arbeitnehmerin bei 12.413 Euro (=zirka 885x14).²²⁴ Der Durchschnitt liegt sowohl bei Männern als auch bei Frauen zwar über der Armutsgefährdungsschwelle, jedoch kann dadurch noch keine Aussage über die Bandbreite und die Unterschiede der Pensionshöhe getroffen werden.

²²¹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.45

²²² Zwar gibt es Witwer- und Witwenpensionen als soziale Absicherung für die/den Hinterbliebene/n, diese beträgt jedoch nur zwischen 0 und 60% des ursprünglichen Einkommens.

²²³ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.28

²²⁴ Statistik Austria: Statistik der Lohnsteuer 2006; sie weist 1.065.926 Frauen und 855.096 Männer auf und enthält auch die PensionsbezieherInnen des öffentlichen Dienstes

Um BezieherInnen von niedrigen Pensionen dennoch ein Mindesteinkommen zu sichern, gibt es für sie die Möglichkeit, ihr Einkommen durch den Bezug von Ausgleichszulagen aufzustocken. Im Dezember 2007 verfügten 11,3% (239.515) der PensionistInnen über so geringe Eigenpensionen, dass sie zusätzlich Ausgleichszulage erhielten. Da diese jedoch nur der Armutsgefährdungsschwelle von 2004 entsprach, war sie für die Bedürfnisse des Jahres 2007 kaum ausreichend, und auch schon 2006 lagen diese Richtsätze um zumindest 39 Euro pro Monat (für Einzelpersonen) unter der Armutsgefährdungsschwelle.

Kinder erhöhen im Allgemeinen das Risiko einer Armutsgefährdung, besonders schwerwiegend kommt dies bei AlleinerzieherInnen oder Haushalten mit mehreren Kindern zum Tragen. Die Armutsgefährdungsquote liegt sowohl bei Ein-Eltern-Haushalten mit 27% als auch bei Paaren mit drei oder mehr Kindern mit 16% deutlich über dem Durchschnitt. Unterdurchschnittlich zeigt sich hingegen die Quote bei Familien mit nur einem Kind (8%) oder zwei Kindern (11%).

**Alleinerzieher-
Innen und
Haushalte mit
mehreren
Kindern**

In etwa jede fünfte Familie mit Kindern ist ein AlleinerzieherInnen-Haushalt (zirka 301.900 der 1.124.100 Familien mit Kindern des Jahres 2007)²²⁵. In diesen Haushalten lebten zuletzt etwa 424.100 Kinder, 160.000 oder 38% von ihnen waren unter 15 und damit in einem mehr oder weniger betreuungsbedürftigen Alter. 90.000 Menschen, die in Alleinerzieherhaushalten leben, sind damit von Armut betroffen, etwa 54.000 davon sind Kinder und Jugendliche.²²⁶

Das durchschnittliche Einkommen von Ein-Eltern-Haushalten liegt um 24% oder 4.300 Euro p.a. unter dem Durchschnittseinkommen der ÖsterreicherInnen, auch weil Alleinerzieherinnen mit 62% eine unterdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung aufweisen. Sozialleistungen machen 37% des Einkommens von AlleinerzieherInnen aus. Die dennoch hohe Armutsgefährdungsquote macht jedoch deutlich, dass die staatlichen Leistungen auch hier oft nicht ausreichen, um Armut zu verhindern.

Aber auch Familien mit drei oder mehr Kindern sind mit 16% deutlich häufiger vom Risiko, in Armut zu leben, betroffen. In Österreich gibt es 174.100 Familien, in denen drei oder mehr Kinder leben; das sind 15% aller Familien mit Kindern. In 45% dieser Familien sind alle Kinder unter 15 Jahre alt²²⁷; die Betreuungsaufgaben sind hier besonders umfangreich. Daraus resultiert auch die geringe Erwerbsbeteiligung der Frauen in diesen Haushalten, die mit 48% deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt liegt. Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen ist in dieser Gruppe mit 49% besonders hoch (der Durchschnitt liegt bei 35%) und liegt auch über jenem der

²²⁵ Statistik Austria:

www.statistik.at/web_de/static/familien_nach_familientyp_zahl_der_kinder_und_bundeslaender_n_-_jahresdurch_023081.pdf (Stand: 02.06.2008)

²²⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.47

²²⁷ Statistik Austria:

www.statistik.at/web_de/static/familien_nach_familientyp_und_zahl_der_kinder_unter_15_jahren_und_bundesla_023082.pdf (Stand: 02.06.2008)

**Geringere
Erwerbsbeteili-
gung der Frauen**

AlleinerzieherInnen (44%). 127.000 Menschen, die in Familien mit drei oder mehr Kindern leben, sind armutsgefährdet, 78.000 davon sind Kinder und Jugendliche. Ob Kinder in einem armutsgefährdeten Haushalt aufwachsen, hängt in erster Linie von der Erwerbsintensität des Haushaltes ab. Besonders zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang die Erwerbsbeteiligung der Frauen, da sie in der Regel ihre Erwerbsintensität zugunsten der Kinder vermindern. Besonders gravierend wird dies bei AlleinerzieherInnen, die gleichermaßen Erziehungspflicht und Erwerbsarbeit nachkommen müssen.

**Betreuungs-
pflichten und
mangelnde
außerfamiliäre
Betreuungs-
angebote**

Sind alle im Haushalt lebenden erwachsenen Personen erwerbstätig, beträgt das Armutsrisiko nur 4%. In den meisten Haushalten besteht jedoch nur teilweise Erwerbsintensität, da Frauen aufgrund der familiären Verpflichtungen ihre Erwerbstätigkeit vermindern oder sogar einstellen; dadurch steigt das Armutsrisiko sprunghaft auf 17% an.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen hat sich in den letzten Jahren zwar gesteigert, 39% der Frauen (aber nur 4% der Männer) arbeiten jedoch nur Teilzeit. Frauen stellen damit 89% der Teilzeitbeschäftigten. Betreuungspflichten und mangelnde außerfamiliäre Betreuungsangebote sind Haupthinderungsgrund für die Aufnahme einer (Vollzeit-) Erwerbstätigkeit. Je jünger das Kind ist, desto seltener sind Frauen erwerbstätig und wenn, dann vor allem Teilzeit. Frauen mit einem Kind unter 3 Jahren haben eine Erwerbsbeteiligung von nur 29%. Ist das Kind zwischen 4 und 6 Jahren alt steigt die Erwerbsbeteiligung zwar auf 62% an, 67% davon sind jedoch Teilzeit erwerbstätig.²²⁸

Wenn keine der erwachsenen Personen in einem Haushalt erwerbstätig ist, beträgt das Armutsrisiko sogar 58%. Rund 113.000 Kinder und Jugendliche leben in Haushalten, in denen zumindest eine Person langzeitarbeitslos ist. 126.000 Kinder und Jugendliche haben ein erhöhtes Armutsrisiko, da die Erwerbsmöglichkeiten einer erwachsenen Person im Haushalt durch Behinderung eingeschränkt sind.²²⁹

Da der Beitrag der Frau zum Haushalteinkommen also zumeist über Armutsgefährdung entscheidet, ist die Möglichkeit, Kinderbetreuungsplätze in Anspruch zu nehmen, wesentlich für den Lebensstandard der Familien. Eine ausreichende Anzahl an möglichst kostengünstigen Kinderbetreuungsplätzen kann somit als wichtige Maßnahme der Armutsbekämpfung genannt werden. Auch der Sozialbericht nennt ausdrücklich „das Problem mangelnder externer Kinderbetreuung“²³⁰, durch das sich Frauen aus dem Erwerbsarbeitsprozess zurückziehen müssen. 57% der Frauen mit Kleinkindern (bis 6 Jahre) in Österreich können nur Teilzeit arbeiten und sind damit abhängig von dem Erwerbseinkommen eines Lebenspartners.

²²⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.36

²²⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.46

²³⁰ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/04, S.217

In Österreich waren im Jahr 2006 rund 1.403.500 Kinder unter 15 Jahre alt²³¹ und damit in einem Alter, wo noch mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. Davon waren 479.600 Kinder unter 6 Jahre alt, also im Vorschulalter. Laut Kindertagesheimstatistik 2007/08 befanden sich davon aber nur 233.700 in Betreuungseinrichtungen. Das heißt, dass nur 47% der Vorschulkinder in Betreuungseinrichtungen untergebracht waren, aber 53% zu Hause oder in einer anderen Form (Tagesmütter, Spielgruppen, Verwandte und so weiter) betreut wurden. Die größten Betreuungsmängel gibt es in Österreich bei den Kleinstkindern zwischen 0 und 2 Jahren, von denen nur 11,8% in einer Betreuungseinrichtung versorgt wurden. *„Eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen durch ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zu ermöglichen, ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Reduzierung von Armutsrisiken für Familien.“*²³²

**nur 47% der
Vorschulkinder in
Betreuungs-
einrichtungen**

Kinder und Jugendliche bis 26 Jahre (miteinbezogen werden hier auch Jugendliche, die noch in Ausbildung, also vor allem finanziell abhängig von ihren Eltern sind) liegen mit einer Armutsgefährdungsquote von 14% über dem österreichischen Durchschnitt. Sie stellen damit zahlenmäßig mit rund einem Viertel eine der größten armutsgefährdeten Gruppen in Österreich dar. Im Jahr 2006 lebten 122.000 Buben und 128.000 Mädchen in Österreich in armutsgefährdeten Haushalten. Die Armutsgefährdungsquote der unter 16-Jährigen ist dabei mit 15% noch höher als die der noch vom Elternhaus abhängigen Jugendlichen (11%).

**Kinder und
Jugendliche**

101.000 Kinder und Jugendliche leiden in Folge des geringen Einkommens auch an Deprivation in zentralen Lebensbereichen. 10% der Kinder leben in Haushalten, die bei der Ernährung sparen müssen, jeweils 5% der Haushalte können es sich nicht leisten, ihre Wohnung ausreichend warm zu halten oder abgetragene Kleidung zu ersetzen. 30% können sich keine unerwarteten Ausgaben oder einen Urlaub im Jahr leisten. Das geringe Einkommen der Eltern wirkt sich auch auf die Wohnsituation der Familien aus. 13% der Kinder und Jugendlichen müssen in überbelegten Wohnungen leben, deutlich mehr als der Bevölkerungsschnitt (7%). Sie haben somit keinen ausreichenden Platz zum Spielen oder Lernen. Unter den armutsgefährdeten Kindern muss sogar knapp ein Drittel in beengten Verhältnissen leben.

**101.000 Kinder
leiden an
Deprivation**

Haushalte mit Pflegebedürftigen oder Personen mit besonderen Bedürfnissen haben ein erhöhtes Armutsrisiko, selbst wenn Leistungsbezüge in Form von Pflegegeld oder einer erhöhten Familienbeihilfe zur Verfügung stehen und in Anspruch genommen werden. Die Armutsgefährdungsquote von Personen im Erwerbsalter mit Behinderung liegt bei 17%, 124.000 Menschen sind davon betroffen. Die Einkommenslücke, die sich aus dem realen Einkommen dieser Haushalte und der Armutsgefährdungsschwelle ergibt, liegt bei 20%.

**Haushalte mit
Pflegebedürfti-
gen oder
Personen mit
besonderen
Bedürfnissen**

²³¹ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, 2.12, S.48

²³² Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.38

Als Haupteinkommensquelle geben 60% dieser Haushalte selbständige oder unselbständige Arbeit an, viele sind jedoch von Sozialleistungen und Pensionen abhängig. Insgesamt stammen 58% des verfügbaren Einkommens aus Sozialleistungen und Pensionen. Gerade diese Gruppe ist durch die Einschränkung ihrer Erwerbsarbeit (und auch der Erwerbstätigkeit ihrer Angehörigen) besonders von öffentlichen, solidarischen Leistungen abhängig.

In dieser Gruppe befinden sich nicht nur überdurchschnittlich viele Armutsgefährdete, vor allem das Risiko, in manifester Armut zu leben, ist mit 13% gegenüber der Gesamtbevölkerung (6%) besonders hoch. „Haushalte mit Personen mit Behinderung [...] zeigen eine mehr als doppelt so hohe Betroffenheit von manifester Armut.“²³³

**42% von
Deprivation
betroffen**

Besonders hoch (42%) ist in dieser Gruppe der Anteil an von Deprivation betroffenen, in der Gesamtbevölkerung liegt der Anteil bei 19%.²³⁴

21% der Haushalte mit Behinderung sind von primärer Benachteiligung betroffen, 8% von ihnen auch von sekundärer Benachteiligung. So können es sich 42% dieser Haushalte nicht leisten, einmal im Jahr Urlaub zu machen, ebenso vielen ist es nicht möglich, unerwartete Ausgaben zu tätigen.

9.2.3. MigrantInnen

**AusländerInnen
und MigrantInnen
mit
österreichischer
Staatsbürger-
schaft**

Im Jahr 2001 lebten in Österreich 710.926 AusländerInnen, das waren 8,9% der österreichischen Bevölkerung. Weitere 408.488 Personen (5,1% der Bevölkerung) erlangten mittlerweile die österreichische Staatsbürgerschaft, wurden aber im Ausland geboren.²³⁵

Die Zahl ausländischer MitbürgerInnen hat sich im Vergleich zur letzten Volkszählung 1991 um 37% (193.236 Personen) erhöht. Im Jahr 1991 lag der Anteil an AusländerInnen in der Bevölkerung noch bei 6,6%.²³⁶

Der größte Teil der Zuwanderer kommt aus den jugoslawischen Nachfolgestaaten (45%) sowie aus der Türkei (18%). Immer größer wird auch der Anteil der deutschen Einwanderer, sie machten 2001 10% der Einwanderer aus.²³⁷

Der AusländerInnenanteil schwankt in den Bundesländern beträchtlich. Den größten Anteil von ausländischen BewohnerInnen gab es in Wien (16%) und Vorarlberg (13%), den geringsten in der Steiermark und dem Burgenland mit jeweils 4,5%.²³⁸

²³³ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.55

²³⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.162

²³⁵ Statistik Austria: Volkszählung 2001: Hauptergebnisse I – Österreich, S.76

²³⁶ Statistik Austria: Volkszählung 2001: Hauptergebnisse I – Österreich, S.15 f.

²³⁷ Statistik Austria: Volkszählung 2001: Hauptergebnisse I – Österreich, S.15 f.

²³⁸ Statistik Austria: Volkszählung 2001: Hauptergebnisse I – Österreich, S.16

MigrantInnen, also Menschen, die in Österreich leben und eine andere Staatsbürgerschaft besitzen, aber auch jene, die mittlerweile eingebürgert sind, stellen ebenfalls eine überdurchschnittlich von Armut gefährdete Gruppe dar. Die Armutsgefährdungsquote bei MigrantInnen aus dem EU-Raum lag im Jahr 2006 bei 14%, jene von Einwanderern aus dem Nicht-EU-Raum lag mit 28% noch deutlich darüber. Auch der Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft verbessert die Situation der Betroffenen kaum, denn auch die Armutsgefährdungsquote Eingebürgerter liegt bei überdurchschnittlichen 21%. Demzufolge waren im Jahr 2006 in Österreich 59.000 eingebürgerte österreichische StaatsbürgerInnen armutsgefährdet und sogar 200.000 in Österreich lebende Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, wobei 170.000 davon nicht aus dem EU-Raum stammten.²³⁹ Insgesamt lebten 27% aller Armutsgefährdeten in Haushalten mit Migrationshintergrund.²⁴⁰ Unter ihnen sind viele Kinder und Jugendliche, denn sie stellen 39% der von Armut betroffenen Kindern und Jugendlichen dar. Die hohe Armutsgefährdung dieser Bevölkerungsgruppe hat auch Auswirkungen auf ihren Gesundheitszustand. Überdurchschnittlich viele leiden an chronischen Krankheiten und Schmerzen, nur wenige bezeichnen ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut.²⁴¹

**überdurchschnittlich
armutsgefährdet**

Ein Grund für die hohe Armutsgefährdung vieler MigrantInnen ist ihre niedrige formale Schulbildung. Bei der formalen Schulbildung von MigrantInnen muss zwischen den in Österreich lebenden Staatsangehörigen der EU 25 und jenen aus klassischen Einwanderungsländern wie der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien unterschieden werden, denn Staatsangehörige aus den EU 25-Ländern verfügen über ein vergleichsweise hohes Bildungsniveau. Der Anteil der PflichtschulabsolventInnen²⁴² lag bei ihnen bei etwa nur 11%, bei den in Österreich lebenden TürkInnen jedoch bei 74% und bei den Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien bei immerhin noch 39%. Alarmierend ist, dass 85% der türkischen Mädchen in Österreich als höchsten Abschluss nur Pflichtschule vorzuweisen hatten (bei den Burschen waren es 64%). Das gute Ausbildungsniveau der Personen aus der EU 25 zeigt sich daran, dass 27% unter ihnen einen Universitätsabschluss²⁴³ hatten. Bei den türkischen Staatsangehörigen waren es nur 1,5% und bei jenen aus dem ehemaligen Jugoslawien 2%.²⁴⁴ Für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ist der Bildungsaufstieg schwer. Die meist schlechte Bildung der MigrantInnen „vererbt“ sich auf die Kinder.²⁴⁵

**niedrige formale
Schulbildung**

**Bildungsaufstieg
schwer**

²³⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.139

²⁴⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.52

²⁴¹ Statistik Austria, BMGFJ: Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit, Auswertung der Daten aus der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007, S.7

²⁴² 27% der österreichischen Staatsbürger hatten einen Pflichtschulabschluss

²⁴³ 7% der österreichischen Staatsbürger hatten einen Universitätsabschluss

²⁴⁴ Statistik Austria Arbeiterkräfteerhebung 2006, S.30

²⁴⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.60

**schlecht bezahlte
Anstellungen**

**dreimal so hohes
Armutsrisiko für
Erwerbstätige
aus dem Ausland**

**71% der
MigrantInnen
haben Ein-
kommen
unter dem
Median-
einkommen**

Im Jahr 2006 waren 90% der in Österreich Erwerbstätigen Inländer. Die restlichen 10% stammten zu 3,5% aus den EU-Staaten, wobei der Großteil davon aus Deutschland (1,5%) kam, sowie zu 4% aus dem ehemaligen Jugoslawien und zu 1% aus der Türkei.²⁴⁶ Die Bildungssituation wirkt sich unmittelbar auf das Erwerbseinkommen der MigrantInnen aus. Denn niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache dafür, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Anstellungen bekommen. So sind 49% aller AusländerInnen (und sogar 62% aller nicht EU/EFTA-AusländerInnen) als HilfsarbeiterInnen tätig, bei den ÖsterreicherInnen liegt dieser Wert bei nur 17%. Weitere 26% der MigrantInnen sind als FacharbeiterInnen tätig. Die Anzahl von AusländerInnen in höheren Berufsgruppen ist so gering, dass sie statistisch nicht ausweisbar ist. Durch eine Einbürgerung verbessert sich die Situation kaum, 45% sind weiterhin als HilfsarbeiterInnen tätig, wobei Einbürgerung nicht Ursache einer besseren Integration, sondern meist nur Folge ist.²⁴⁷ „Diese ungleiche Qualifikations- und Beschäftigungsstruktur von in- und ausländischen Beschäftigten findet ihren Niederschlag in einem beinahe drei Mal so hohen Armutsrisiko für Erwerbstätige aus dem Ausland.“²⁴⁸

Aufgrund der überwiegend niederen Berufe ist es nicht verwunderlich, dass die Arbeitszufriedenheit bei ausländischen Erwerbstätigen geringer ist als bei ÖsterreicherInnen. 77% der ÖsterreicherInnen, aber nur 66% der AusländerInnen (bei nicht EU/EFTA-AusländerInnen liegt dieser Wert gar nur bei 60%) und 67% der Eingebürgerten sind mit ihrer beruflichen Tätigkeit sehr zufrieden.²⁴⁹

Fast die Hälfte der AusländerInnen (44%), aber „nur“ etwa ein Viertel (23%) der ÖsterreicherInnen befanden sich 2006 im untersten Einkommensviertel, 21% der AusländerInnen und 9% der ÖsterreicherInnen davon sogar im untersten Einkommenszehntel. Der Anteil der AusländerInnen im obersten Einkommensviertel ist mit 9% sehr gering²⁵⁰, aber 27% aller ÖsterreicherInnen sind hier zu finden.²⁵¹

71% der MigrantInnen (einschließlich der Kinder und Älteren) (und sogar 79% aller nicht EU/EFTA-AusländerInnen) müssen mit einem Einkommen unter dem oder in der Höhe des Medianeinkommens leben²⁵², nur 29% verfügen über ein höheres Einkommen. Sogar noch schlechter ist die Lage für Eingebürgerte, von denen 74% ein Einkommen unter oder in der Höhe des Medianeinkommens erreichen.²⁵³

²⁴⁶ Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2006, S.110

²⁴⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.152

²⁴⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.35

²⁴⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.157

²⁵⁰ Bei den AusländerInnen, die nicht aus dem EU/EFTA-Raum stammen ist die Situation weitaus gravierender. Nur 4% befinden sich im obersten Einkommensviertel, wohingegen sich 49% im untersten Einkommensviertel und davon die Hälfte sogar im untersten Einkommenszehntel lag.

²⁵¹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.110

²⁵² 48% der ÖsterreicherInnen haben ein Einkommen unterhalb oder in der Höhe des Medianeinkommens

²⁵³ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.114

Sozialleistungen und Pensionen machen bei MigrantInnen einen geringeren Teil des Einkommens aus als bei ÖsterreicherInnen. Der relative Anteil von Sozialleistungen am verfügbaren Einkommen betrug im Jahr 2005 in Haushalten mit AusländerInnen (ohne EU/EFTA) 28%, in Haushalten mit eingebürgerten Personen 23%²⁵⁴. Bezieht man zu den Sozialleistungen Pensionen noch hinzu, dann liegt der Anteil am Einkommen bei AusländerInnen bei nur 30% (der Durchschnitt liegt bei 36%), bedingt dadurch, dass noch wenige AusländerInnen Pensionen beziehen.²⁵⁵

**Sozialleistungen
machen
geringeren Anteil
am Einkommen
aus**

Die Probleme geringen Einkommens von Einzelpersonen wirken sich bei Haushalten mit Migrationshintergrund drastischer aus als bei anderen Haushalten, denn die klassische Rollenverteilung ist hier noch viel häufiger zu finden als in österreichischen Haushalten. Während etwa 65% der Frauen zwischen 15 und 64 mit österreichischer Staatsbürgerschaft erwerbstätig sind, liegt der Anteil der Frauen mit türkischer Staatsbürgerschaft bei lediglich 26,6%. Der Anteil an erwerbstätigen Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien entspricht hingegen in etwa dem österreichischen Durchschnitt (wobei hier noch keine Aussagen über Qualität und Bezahlung der Arbeit getroffen werden können).²⁵⁶ Mit nur einem Erwerbseinkommen ist die Lebenshaltung heute für Familien meist jedoch schwierig.

**Geringe Erwerbs-
beteiligung der
Frauen**

AusländerInnen sind aber nicht nur überdurchschnittlich oft von Einkommensarmut betroffen (12% oder 98.000 Personen), weitere 102.000 Personen sind von manifester Armut betroffen.²⁵⁷ *„Rund 22% aller manifest Armen haben keine österreichische Staatsbürgerschaft, Ausländerinnen und Ausländer sind demnach in der Gruppe der gleichzeitig deprivierten und einkommensarmen Bevölkerung überproportional vertreten.“*²⁵⁸

**MigrantInnen
überdurch-
schnittlich oft
von manifester
Armut betroffen**

Die Situation der Einkommensarmut verbessert sich bis zum Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft nicht, denn die Quote der Einkommensarmut der eingebürgerten Personen unterscheidet sich nicht von jener der ÖsterreicherInnen, allerdings sind immer noch mehr eingebürgerte Personen (11%) von manifester Armut betroffen.

²⁵⁴ Insgesamt liegt der Anteil bei 16%

²⁵⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.39

²⁵⁶ Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2006, S.113

²⁵⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.143

²⁵⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.46

9.3. Reichtum in Österreich

Entsprechend der zu Beginn des Berichtes getroffenen Definition sah die Verteilung der hohen und sehr hohen Einkommen im Jahr 2005 in Österreich folgendermaßen aus:

Tabelle 43: Personen mit hohem und sehr hohem Einkommen 2005

	Personen mit hohem Einkommen	Einkommensreiche	insgesamt
Unselbständig Erwerbstätige	357.390	47.900	405.280
selbständig Erwerbstätige	86.850	15.010	101.860
Insgesamt	444.240	62.910	507.140

Quelle: Statistik Austria: Statistik der Lohn- und Einkommensteuer, eigene Berechnungen

**Über 507.000
haben hohes
Einkommen**

Damit verfügten in Österreich zuletzt zumindest 444.240 Menschen über ein hohes Einkommen von mehr als 36.000 Euro (bis 72.000 Euro), weitere 62.910 ÖsterreicherInnen verfügten sogar über mehr als 72.000 Euro pro Jahr, waren also einkommensreich. Die in diesen Fällen zumeist auch vorhandenen Geld- und Sachvermögen bleiben dabei noch vollkommen unbeachtet.

**hohe Einkommen
haben deutlich
zugenommen**

Da die Einkommenssteuerstatistik zum Zeitpunkt der Berichterstattung nur bis zum Jahr 2005 verfügbar ist, beziehen wir die Grenzen für hohe Einkommen und Einkommensreichtum auf dieses Jahr 2005. Beachtet man jedoch die bereits vorhandenen Daten der Lohnsteuerstatistik 2006, die einen Blick auf die weitere Entwicklung ermöglicht, so zeigt sich eine Steigerung der Zahl der hohen Einkommen allein unter den Lohnsteuerpflichtigen von 11% in nur einem Jahr. Diejenigen unter den Lohnsteuerpflichtigen, die als einkommensreich zu bezeichnen sind, haben im gleichen Zeitraum sogar um 12,5% zugenommen. Unter der Annahme, dass Lohn- und Einkommensteuerstatistik sich ähnlich entwickeln, und das war in den vergangenen Jahren der Fall, verfügten im Jahr 2006 damit bereits 570.530 ÖsterreicherInnen über hohe Einkommen, etwa 88.600 von ihnen waren als einkommensreich zu bezeichnen.

**680.000
Menschen in
Haushalten mit
hohen
Einkommen**

Im längerfristigen Vergleich hat die Zahl der Personen mit hohen Einkommen von 2002 bis 2005 (bei Berücksichtigung der Einkommensgrenzen des Jahres 2005) von 374.500 auf 444.240, also um 69.730 Personen oder 19% deutlich zugenommen. Die Zahl der Einkommensreichen hat von 2002 bis 2005 von 53.490 auf 62.910 Personen oder 18% zugenommen.

Laut EU-SILC 2006 lebten 2006 in Österreich 680.000 Menschen in Haushalten, die über hohe Einkommen (in dem Fall mehr als 180% des Medianeinkommens) zur Verfügung hatten, Das waren 8% der Bevölkerung. Überdurchschnittlich viele befanden sich in der Altersgruppe der 40- bis 65jährigen und lebten in Wien. 13% aller MaturantInnen und sogar 28% aller AkademikerInnen leben in Haushalten mit hohen

Einkommen. Sehr schwach vertreten unter Haushalten mit hohen Einkommen sind dagegen junge Menschen, AusländerInnen, Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss, alleinstehende Frauen und Haushalte mit Kindern.²⁵⁹

Nicht nur die Zahl der Personen mit hohen Einkommen nimmt überdurchschnittlich zu, auch deren Einkommen steigen überdurchschnittlich. Während sich die Einkommen in den untersten drei Einkommensdezilen in den Jahren 1995 bis 2005 nur um insgesamt 5,6% erhöhten, stiegen sie in den drei obersten Einkommensdezilen um mehr als 30%, worauf bereits im Kapitel 2.1. hingewiesen wurde.

Ohne Frage sind hohe Einkommen eine gute Voraussetzung für die Bildung von Geld- und Sachvermögen, weil sie das verfügbare Einkommen, das nicht zur gewöhnlichen Lebensführung (Wohnen, Energie Nahrungsmittel usw.), sondern für die Vermögensbildung aufgewendet werden kann, deutlich erhöht. Nicht nur hohe Einkommen nehmen in Österreich stark zu, auch Vermögen, wie in den Kapiteln 5 und 7 dargelegt wurde.

Auf eine ähnlich dynamische Entwicklung weist auch der jährliche „World Wealth Report“²⁶⁰ hin, der weltweit die Geldvermögen wohlhabender und reicher Menschen darstellt. Demnach darf man sich „wohlhabende Privatperson“ (high net worth individual) nennen, wenn man über ein Vermögen von zumindest 1 Million Dollar (Mitte 2008 etwa 670.000 Euro) verfügt, wobei Verbrauchsgüter und selbst genützte Immobilien nicht miteinbezogen werden. Der Bericht zeigt, dass allein in Österreich in den Jahren 2004 und 2005 die Zahl solcher Reicher um 6,9% auf 67.700 Personen zugenommen hat, womit Österreich sogar leicht über dem weltweiten Durchschnitt von 6,5% lag.²⁶¹ Insgesamt hat sich die Zahl der Dollar-Millionäre in Österreich allein zwischen 1999 und 2005 mehr als verdoppelt. 2006 hat sich ihre Zahl um weitere 7,2% auf bereits 72.600 erhöht.

Laut den ExpertInnen von Cap Gemini, Ernst&Young und Merrill Lynch sind rund ein Prozent der erwachsenen Bevölkerung in „reifen Märkten“ Millionäre, in Afrika dürfte dieser Wert nur bei 0,25% der Bevölkerung liegen. Die Konzentration des Vermögens bei den Reichen nehme außerdem deutlich zu, ihre Vermögen sind von 2006 bis 2007 um beachtliche 11,5% angewachsen. Die meisten Reichen veranlagen ihr Vermögen in Wertpapieren und Immobilien. Die oft gepriesene Großzügigkeit der Reichen scheint sich hingegen nur auf sie selbst und ihre nähere Umgebung auszuwirken, gespendet wurden nämlich weniger als ein Prozent des Gesamtvermögens.²⁶² Im Jahr 2007 wurde man erstmals nicht mehr auf der *Forbes List* der reichsten Menschen weltweit erwähnt, wenn man nicht über zumindest 1 Milliarde Dollar verfügte.

**Einkommen
steigen über-
durchschnittlich**

**Hohe Einkommen
gute Voraus-
setzung für
Bildung von
Vermögen**

**„World Wealth
Report“**

**Zahl der Dollar-
Millionäre
zwischen 1999
und 2005 mehr
als verdoppelt**

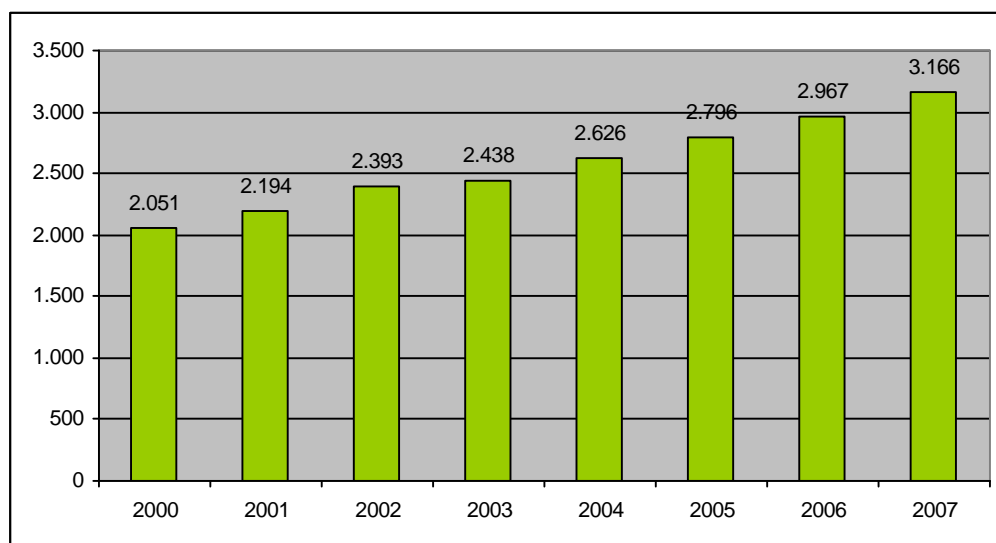
²⁵⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.112

²⁶⁰ herausgegeben von Capgemini und MerrillLynch

²⁶¹ Standard, 29.07.06

²⁶² Standard, 29.07.06

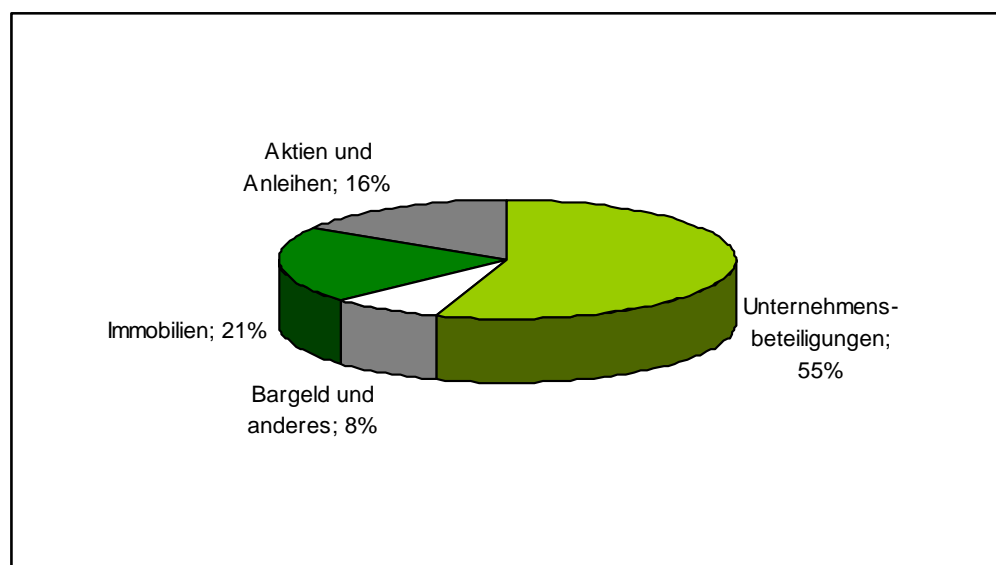
Abbildung 21: Anzahl der Privatstiftungen in Österreich



Quelle: VÖP, Presseunterlagen zu „Privatstiftung ist wesentlicher Faktor der österreichischen Volkswirtschaft geworden“ vom 17.12.2007

Die Zunahme Reicher und Vermögender in Österreich ist jedoch keineswegs verwunderlich, denn auch *Wifo*-Experte Alois Guger meint: „*Wer vermögend ist, kann in Österreich gut Steuern sparen!*“.²⁶³ Die Zahl der Reichen in Österreich hat sich auch durch das Stiftungsrecht erhöht. Viele Vermögende bringen ihr Vermögen aus steuerrechtlichen Gründen in Privatstiftungen ein.

Abbildung 22: Vermögen in Privatstiftungen 2005



Quelle: VÖP, Presseunterlagen zu „Privatstiftung ist wesentlicher Faktor der österreichischen Volkswirtschaft geworden“ vom 17.12.2007

²⁶³ Standard, 29.07.06

Wie schnell sich die Vermögen der in Privatstiftungen angelegten Vermögen erhöhen, wird durch Studien belegt. So sind allein die Vermögen, welche in 20% der größten Stiftungen untergebracht sind, zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2005 von 12,6 Mrd. auf 20 Mrd. Euro, also um 60%, gestiegen.

Mehr als die Hälfte (55%) des Stiftungsvermögens sind Unternehmensbeteiligungen, ein Fünftel Immobilien und weitere 16% sind Aktien und Anleihen. Das restliche Vermögen, etwa 8% besteht aus Bargeld und anderem. (siehe Abbildung 22: Vermögen in Privatstiftungen 2005)

Eine offizielle Liste aller Privatstiftungen gibt es laut Verband Österreichischer Privatstiftungen nicht, schließlich soll die „Diskretion der Stifter“ gewahrt werden. Mit Hilfe verschiedener Quellen wurde von dennoch eine Liste der bedeutendsten Privatstiftungen erstellt, die - wenig überraschend - nahezu identisch ist mit der Liste der reichsten ÖsterreicherInnen.

Tabelle 44: Die reichsten Österreicher und ihre Privatstiftungen, Platz 1 bis 16

	Name	Vermögen in Mio. Euro	Privatstiftung	Bundesland
1	Die Piechs & Porsche	30.500	Louise Piech Privatstiftung	Salzburg
2	Die Flick Erben	6.100	Dr. Flick'sche Privatstiftung Rottenmann	Kärnten
3	Mateschitz, Dietrich	4.200	Dietrich Mateschitz Privatstiftung	Salzburg
4	Schaeffler, Maria-Elisabeth & Georg	4.100		Wien
5	Liechtenstein, Erbprinz Alois & Fam.	4.000		Wien
6	Graf, Johann	3.500	Moy'sche Privatstiftung	NÖ
7	Horten, Heidi	3.400	Humana- und Privatissimo-Stiftung	Kärnten
8	Wlaschek, Karl & Fam.	3.000	Karl Wlaschek Privatstiftung	Wien
9	Die Spar-Dynastien (Familien Drexel, Maier, Staudinger, Fuchs, Poppmeier, Landgraf, Wild, Philipp, Reisch)	2.500	JHD-, LD- und BGU-Privatstiftung	Salzburg
10	Stronach, Frank	2.200		NÖ
11	Kahane, Emil Alexander & Patricia	2.000		Wien
12	Meinl, Julius V. & Fam.	2.000		Wien
13	Der Swarovski-Clan	2.000	Gernot Langes-Swarowski Privatstiftung	Tirol
14	Sohmen, Helmut	1.800		Wien
15	Haselsteiner, Hans Peter	1.700	Haselsteiner Familienprivatstiftung	Kärnten
16	Kaufmann, Michael, Andreas, Christian	1.700		Kärnten

Quelle: Trend. Das österreichische Wirtschaftsmagazin. 7/2008

Tabelle 45: Die reichsten Österreicher und ihre Privatstiftungen, Platz 17 bis 50

	Name	Ver- mögen in Mio. Euro	Privatstiftung	Bundes- land
17	Pappas, Alexander & Catharina	1.500	Pappas Privatstiftung	Salzburg
18	Turnauer, Stanislaus & Fam.	1.400	Turnauer-Stiftung	Wien
19	Castelbajac, Christine de	1.400		Salzburg
20	Prinzhorn, Thomas	1.200	Thomas Prinzhorn Privatstiftung	NÖ
21	Esterházy, Melinda	1.200	Fürst Esterhazy'sche Privatstiftung Burg Forchtenstein	Burgenland
22	Mayr-Melnhof-Saurau, Franz VI. & Fam.	1.200	Pfannberg Privatstiftung	Steiermark
23	Pecik, Ronny	1.000	RPR Privatstiftung	Wien
24	Stumpf, Georg	1.000	MILLENIUM Privatstiftung	Wien
25	Greiner, Peter, Axel & Fam.	1.000	Privatstiftung Hermann Greiner	OÖ
26	Glock, Gaston	950	Glock Privatstiftung	Wien
27	Doppelmayr, Michael & Fam.	950	Artur-und-Michael-Doppelmayr-Stiftung	Vorarlberg
28	Fam. Breiteneder	850	SUNRISE Privatstiftung - B-Privatstiftung, der JB&B-Privatstiftung und der "TGP" Privatstiftung	Wien
29	Falk, Noah & Samuel	850	Perspektive- und Vision-Privatstiftung	Wien
30	Schwarz, Georg & Fam.	786	Irene und Georg Schwarz Privatstiftung	OÖ
31	Schlaff, Martin	784	MS Privatstiftung, AES Privatstiftung	Wien
32	Dichand, Hans & Fam.	750	Dichand Privatstiftung	Wien
33	Seifert, Richard & Andreas	700	WSF Privatstiftung, AS Privatstiftung	OÖ
34	Dujsik, Erben	700	Hans Dujsik Privatstiftung	NÖ
35	Palfinger, Hubert & Fam.	700	PALFINGER Privatstiftung	Salzburg
36	Koch, Herbert & Friederike & Fam.	650		NÖ
37	Palmers, Christian & Fam.	650	G-Privatstiftung	Wien
38	Schweighofer, Gerald	650	Schweighofer Privatstiftung	NÖ
39	Leitner, Wolfgang & Cattina	600	Custos Privatstiftung	Steiermark
40	Kaindl, Familie	550	Kaindl's Söhne Privatstiftung	Salzburg
41	Pühringer, Peter	500	POK Pühringer Privatstiftung	Wien
42	Böhm, Erben	470	Familie Böhm Privatstiftung	Wien
43	Fries, Rudolf	430	Dr. Rudolf FRIES Familien-Privatstiftung	NÖ
44	List, Hans Christoph	420	List- und H.L.M.-Privatstiftung	Wien
45	Trierenberg, Elfriede; Christian & Fam.	420	Cheops-, Monte Rosa- und Xanthos-Privatstiftung	OÖ
46	Karajan, Elette & Fam.	420	Herbert von Karajan Stiftung	Salzburg
47	Andlinger, Gerhard	420		OÖ
48	Androsch, Hannes	370	Androsch Privatstiftung	Steiermark
49	Eliasch, Johan	370		Salzburg
50	Essl, Karlheinz & Fam.	350	Karl Heinz und Agnes Essl Privatstiftung	NÖ

Quelle: Trend. Das österreichische Wirtschaftsmagazin. 7/2008

Über die reichsten Österreicher der Plätze 51 bis 100 lässt sich kein genaues Ranking erstellen.

Tabelle 46: Die reichsten Österreicher, Platz 51 bis 100

Name	Bundesland	Name	Bundesland
Kovats, Mirko	Wien	Scherb, Walter & Fam.	OÖ
Kapsch, Georg & Elisabeth	Wien	Asamer, Hans	OÖ
Bablik, Maria Theresia	Wien	Fehrer, Monika	OÖ
Baha, Christian	Wien	Weissenbacher, Andreas	OÖ
Beurle, Kretz, Falkensammer, Mauterner Markhof, Fam.	Wien	Schwarz Müller, Egon, Wilhelm & Fam.	OÖ
Hawelka, Reinhild & Fam. Rosenbauer	Wien	Theurer, Josef, Elisabeth, Viktoria u.a.	OÖ
Dogudan, Attila	Wien	Lehner, Alwin & Günter	OÖ
Gürtler, Elisabeth & Fam.	Wien	Mitterbauer, Peter	OÖ
Hartlauer, Robert & Fam.	Wien	Riedel, Georg	OÖ
Kerbler, Günter	Wien	Schmied, Arnold & Klaus	OÖ
König, Peter	Wien	Umdasch, Hilda & Fam.	NÖ
Leopold, Rudolf	Wien	Grupp, Cornelius	NÖ
Michelfeit, Josef	Wien	Habsburg-Lothringen, Fam.	NÖ
Moskovits, Thomas	Wien	Heinzel, Alfred	NÖ
Muzicant, Ariel	Wien	Hoyos, Hans & Fam.	NÖ
Petrikovits, Karl	Wien	Huemer, Angelika	NÖ
Pressel, Hans	Wien	Bartenstein, Martin & Ilse	Steiermark
Puck, Wolfgang	Wien	Pierer, Stefan	Steiermark
Schlaff, Andrea	Wien	Schwarzenberg, Karl & Fam.	Steiermark
Schmidt-Chiari, Guido	Wien	Egger, Michael & Fritz	Tirol
Soravia, Familie	Kärnten	Benko, René	Tirol
Liaunig, Herbert	Kärnten	Schwarzkopf, Michael & Hilde	Tirol
Hirsch, Hermann & Robert	Kärnten	Rauch, Jürgen, Roman & Fam.	Vorarlberg
Aluta-Oltyan, Dietmar	Salzburg	Zumtobel, Jürg	Vorarlberg
Kiener, Heinrich	Salzburg	Blum, Herbert & Fam.	Vorarlberg

Quelle: Trend. Das österreichische Wirtschaftsmagazin. 7/2008

9.4. Folgen von Armut und Reichtum

Dieses Kapitel soll zeigen, dass die Folgen von Armut und Reichtum nicht ausschließlich auf den Besitz bzw. den Verzicht von materiellen Gütern beschränkt sind, sondern dass die finanziellen Verhältnisse der Haushalte Auswirkungen auf die Gesundheit, die Wohnsituation, die Verwirklichungschancen der Kinder und die soziale Teilhabe an der Gesellschaft haben.

Auswirkungen auf Gesundheit, Wohnqualität, Verwirklichungschancen von Kindern und soziale Teilhabe

Zu einigen der genannten Bereiche gibt es bereits empirisches Datenmaterial, einiges davon ist für Österreich (noch) unerforscht, soll jedoch zumindest in theoretischen Grundzügen dargestellt werden.

Gesundheit

Lange Zeit über wurde den Auswirkungen, die Armut auf die Gesundheit der Betroffenen hat kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Zahlreiche Studien haben mittlerweile die „(...)Zusammenhänge zwischen belasteten Lebensbedingungen und dem Gesundheitszustand durch niedrige Einkommen und schlechte Bildungszugänge aufgezeigt“²⁶⁴. Trotz der sozialen Absicherung im Krankheitsfall und dem hohen Standard der medizinischen und pflegerischen Versorgung sind „sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen häufiger in einem schlechten Gesundheitszustand“²⁶⁵. Hier zeigt sich eine Wechselwirkung. Armut führt einerseits zu gesundheitlichen Beschwerden durch die schlechteren Lebensumstände, umgekehrt führt ein schlechter Gesundheitszustand jedoch zu niedrigeren Erwerbschancen und damit niedrigerem Einkommen.

armutsgefährdete Personen leiden häufiger an chronischen Krankheiten und Gesundheits- problemen

„Deutliche Effekte (der Einkommenshöhe, Anm. d. Verfasser) zeigen sich für den subjektiven Gesundheitszustand und dem Risiko chronischer Erkrankungen.“²⁶⁶ Armutgefährdete Personen leiden häufiger an chronischen Krankheiten und Gesundheitsproblemen wie Fettleibigkeit, Depressionen und Kopfschmerzen. Armutgefährdete Frauen haben zudem ein erhöhtes Risiko, an Diabetes und Bluthochdruck zu erkranken. „Die Wahrscheinlichkeit, dass Männer und Frauen in der höchsten Einkommensstufe ihren Gesundheitszustand als sehr gut und gut einschätzen ist 3,1 bzw. 2,6 Mal höher als für Männer und Frauen in der Armutrisikogruppe.“²⁶⁷ Die Höhe des Einkommens wirkt sich auch auf die Teilnahme an Schutzimpfungen und Vorsorgeuntersuchungen aus, die von der einkommensstärkeren Bevölkerung häufiger genutzt werden als von Einkommensschwachen.

Bildungsstand hat Auswir- kungen auf Gesundheit

Auch der formale Bildungsstand hat Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen. Da gute Bildung zumeist mit einem höheren Einkommen verbunden ist, zeigen sich hier die Auswirkungen von niedriger Bildung besonders stark. Denn Bildung wirkt sich nicht nur auf den Gesundheitszustand aus, sondern vor allem auf

²⁶⁴ Thomas Altgeld: Gesundheitliche Chancengleichheit; In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung.

²⁶⁵ Statistik Austria, BMGFJ: Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit, Auswertung der Daten aus der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007, S.15

²⁶⁶ Statistik Austria, BMGFJ: Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit, Auswertung der Daten aus der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007, S.7

²⁶⁷ Statistik Austria, BMGFJ: Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit, Auswertung der Daten aus der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007, S.7

das Gesundheitsverhalten. „Höher gebildete Personen fühlen sich gesundheitlich besser, leiden seltener an chronischen Krankheiten und Schmerzen und neigen weniger häufig zu einem gesundheitsriskanten Verhalten.“²⁶⁸ Vor allem chronische Krankheiten wie Wirbelsäulenbeschwerden, Arthrose, Arthritis und Diabetes sind in den niedrigen Bildungsschichten häufiger vertreten.

Ausschlaggebend für das Risiko, an solchen Krankheiten zu leiden, sind auch die Lebensgewohnheiten und das gesundheitsrelevante Verhalten. „Die Häufigkeit von starkem Übergewicht ist bei niedrigem Bildungsniveau größer.“²⁶⁹ Zusätzlich rauchen Männer und Frauen mit niedriger und mittlerer Schulbildung deutlich häufiger (25%) als jene mit höherer Bildung (17%). Sportliche Aktivitäten werden von niedrig gebildeten dagegen seltener durchgeführt als bei höher gebildeten, was das Krankheitsrisiko weiter erhöht.

EU-SILC 2006 stellte fest, dass unter jenen Personen, die maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügen, nur 69% ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut bezeichnen würden, wohingegen 90% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss dies angaben.

In der österreichischen Bevölkerung zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen niedrigem Einkommen und schlechter Gesundheit. „Armutgefährdete sind mit 10% häufiger in ihrer Gesundheit beeinträchtigt“, während unter den nicht-armutgefährdeten der Anteil bei 6% liegt.²⁷⁰ 12% der Armutgefährdeten geben eine starke Beeinträchtigung durch eine Behinderung an (7% der Gesamtbevölkerung), 23% von ihnen geben an, chronisch krank zu sein (17% der Gesamtbevölkerung).²⁷¹

**Zusammenhang
zwischen
niedrigem
Einkommen und
Gesundheit**

Ob Menschen am Erwerbsleben teilnehmen können oder nicht, hat deutliche Auswirkungen auf ihren Gesundheitszustand. „Arbeitslose Personen fühlen sich gesundheitlich schlechter, leiden häufiger an ausgewählten chronischen Krankheiten und Schmerzen und rauchen häufiger täglich.“²⁷² Arbeitslose leiden besonders häufig unter Depressionen und Angstgefühlen, Männer haben ein 7,6-fach höheres und Frauen ein 4,4-fach höheres Risiko als Erwerbstätige, daran zu erkranken.

**Auswirkungen
von Erwerbsteil-
nahme auf
Gesundheits-
zustand**

Laut EU-SILC 2006 bezeichnen 85% der Erwerbstätigen ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut, während es unter den Arbeitslosen nur 64% sind. Auch die berufliche Stellung ist von Bedeutung - nur 75% der Hilfsarbeiter bewerten ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut. Personen mit mittlerer, höherer oder hochqualifizierter Tätigkeit geben hier dagegen zu rund 90% gut oder sehr gut an.

²⁶⁸ Statistik Austria, BMGFJ: Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit, Auswertung der Daten aus der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007, S.8

²⁶⁹ Statistik Austria, BMGFJ: Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit, Auswertung der Daten aus der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007, S.8

²⁷⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.43

²⁷¹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.44

²⁷² Statistik Austria, BMGFJ: Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit, Auswertung der Daten aus der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007, S.9

Wohnqualität

Die Wohnqualität ist ebenfalls an finanzielle Ressourcen gebunden, womit sich Armutsgefährdung hier direkt auswirkt. Von Wohnproblemen sind in der österreichischen Bevölkerung 3% betroffen, unter den Armutsgefährdeten liegt der Anteil bei 7%. So sind 14% der Armutsgefährdeten von Feuchtigkeit und Schimmel in der Wohnung betroffen, 10% müssen ihr Auslangen in dunklen Räumen finden.²⁷³ Des Weiteren sind Armutsgefährdete häufiger von Problemen im Wohnumfeld wie Lärm, Umweltverschmutzung und Kriminalität betroffen.

Die Wohnkosten sind in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark gestiegen. Laut Verbraucherpreisindex sind die Ausgaben für Wohnen, Wasser und Energie zwischen 2000 und 2007 um 25,4% gestiegen, die durchschnittliche Kostensteigerung betrug 14,6%. Weitere Kostensteigerungen stehen bevor oder wurden schon durchgeführt, die Lohnerhöhung der letzten Jahre wurde von der Inflation häufig zunichte gemacht. Auch das WIFO rechnete mit einem Netto-Reallohnverlust von 0,5% für ArbeitnehmerInnen allein für das Jahr 2008.²⁷⁴

Konsumgüter

Niedriges Einkommen zeigt sich an den vorhandenen Konsumgütern, die sich auf die Lebensführung auswirken. So können es sich 55% der Armutsgefährdeten nicht leisten, Urlaub zu machen (aber auch 22% der nicht armutsgefährdeten), 13% können abgetragene Kleider nicht durch neue ersetzen, 8% können ihre Wohnung aus finanzielle Gründen nicht angemessen warm halten und für 61% ist es unmöglich, unerwartete Ausgaben, wie beispielsweise Reparaturen, zu tätigen. 8% der Armutsgefährdeten sind bereits mit Zahlungen im Rückstand, was eine zusätzliche Belastung für diese Personen bedeutet.

Armutsgefährdete sind aber auch in anderen Bereichen ihrer Lebensführung benachteiligt. Für 15% (3% der Gesamtbevölkerung) ist ein PKW finanziell nicht erschwinglich, 12% können sich keinen Computer leisten und für weitere 18% ist ein Internetanschluss nicht zu finanzieren.

Aufwirkungen auf die Lebenszufriedenheit

Die Benachteiligung der Armutsgefährdeten in Österreich ist also vielfältig. Diese Beeinträchtigungen der Lebensführung haben auch Auswirkungen auf die Lebenszufriedenheit. So kommt es praktisch nicht vor, dass nicht arme Personen mit ihrem Leben unzufrieden sind, unter den manifest Armen geben dies jedoch 19% an. Nur 47% der unter manifester Armut leidenden Bevölkerung sind mit ihrem Leben ziemlich oder sehr zufrieden, bei der nicht armen Bevölkerung liegt der Wert bei 87%. Vor allem Arbeitslose sind mit ihrem Leben unzufrieden (23%), was deutlich über dem Durchschnitt von 5% liegt.²⁷⁵

starker Einfluss der sozialen Herkunft

Die soziale Herkunft einer Person, also zum Beispiel Bildung und Einkommen der Eltern, hat immer noch starken Einfluss auf ihre zukünftigen Lebens- und

²⁷³ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.44

²⁷⁴ OTS0107, 14.07.2008

²⁷⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.146

Einkommenschancen der Kinder. Daher stellt sich die Frage, ob Personen, die in einem von Armut betroffenen Haushalt aufwachsen, auch in ihrem späteren Leben mit höherer Wahrscheinlichkeit von Armut betroffen sind.

Bildung, die wohl bedeutendste Variable im Bezug auf die späteren Erwerbs- und Einkommenschancen, wird noch immer durch *„soziale Selektivität und die eher gering ausgeprägte Mobilität im österreichischen Bildungssystem“*²⁷⁶ gekennzeichnet. *„Höhere Bildung verbessert die Chancen am Arbeitsmarkt und ermöglicht besser bezahlte berufliche Positionen.“*²⁷⁷ Während die Armutsgefährdungsquote von Personen mit Pflichtschulabschluss bei 19% liegt, liegt jene von UniversitätsabsolventInnen mit 7% deutlich darunter. *„Die geringe Bildungsmobilität kann damit auch ein Indiz für eine Übertragung bzw. Reproduktion von Armut sein.“*²⁷⁸ Das österreichische Bildungssystem ist noch immer sozial selektiv und erschwert Kindern aus bildungsfernen Haushalten den Aufstieg. 80% der 10- bis 14-Jährigen aus armutsgefährdeten Haushalten besuchen eine Hauptschule. In nicht armutsgefährdeten Haushalten liegt dieser Anteil bei nur 63%. Nur jedes fünfte Kind aus einem armutsgefährdeten Haushalt hat die Möglichkeit eine AHS zu besuchen, während 37% der Kinder aus nicht armutsgefährdeten Haushalten eine AHS besuchen können. Die Folge ist, dass 46% der Kinder aus Akademikerhaushalten selbst einen Universitätsabschluss erlangen, während nur 5% der Nachkommen bildungsferner Haushalte selbiges gelingt.

Einfluss auf den späteren Bildungsabschluss hat auch die finanzielle Situation der Haushalte. Personen aus Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation verfügen zu 36% nur über einen Pflichtschulabschluss, während 7% einen Universitätsabschluss erlangen. Umgekehrt ist die Lage bei finanziell sehr gut ausgestatteten Haushalten. Nur 7% erlangen hier ausschließlich einen Pflichtschulabschluss, über ein Viertel dagegen einen akademischen Grad.

Bildung hat starken Einfluss auf das spätere Einkommen der Kinder und da die Bildungsmöglichkeiten der Kinder in engem Zusammenhang mit dem Einkommen ihrer Eltern stehen, ist auch dieses zu beachten. Personen aus Haushalten mit sehr guter finanzieller Situation haben auch später ein deutlich höheres Medianeinkommen als Personen aus schlechter gestellten Haushalten, wobei auch hier natürlich Bildung eine wichtige Rolle einnimmt.

Bildung ist jedoch nicht nur ein individuelles Recht, die *„Höherqualifizierung der Bevölkerung [trägt] zu einer Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit bei“*²⁷⁹. Es ist daher Aufgabe des Staates, allen Menschen

**Geringe
Bildungs-
mobilität**

**Bildungssystem
sozial selektiv**

**Finanzielle
Situation der
Haushalte**

**Einfluss von
Bildung auf
späteres
Einkommen der
Kinder**

²⁷⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.59

²⁷⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.61

²⁷⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.61

²⁷⁹ WIFO-Vorträge Nr. 103, 2008 Gudrun Biffl: Bildung und Arbeitsmarkt aus ökonomischer Sicht, S.1

**geringe Bildung
Ursache und
Folge von
erhöhter Armuts-
gefährdung und
niedrigem
Einkommen**

die gleichen Möglichkeiten für Bildung zukommen zu lassen.

EU-SILC 2005 zeigte, wie stark sich die soziale Herkunft auf den Bildungsabschluss und das Einkommen der Personen auswirkt und dass sich diese Situation in den letzten Jahrzehnten kaum verbessert hat. Auch wenn viele Faktoren Auswirkungen auf eine mögliche zukünftige Armutsgefährdung haben, ist die soziale Herkunft immer noch ein Bereich mit großem Einfluss. Geringe Bildung muss damit sowohl als Ursache, als auch als Folge von erhöhter Armutsgefährdung und niedrigem Einkommen gesehen werden.²⁸⁰

**unmittelbare
Lebensführung**

Armut wirkt sich auf die unmittelbare Lebensführung der betroffenen Personen aus. Wenn Personen von Armutsgefährdung und/oder Deprivation betroffen sind, *„haben diese Personen erheblich weniger Kontakt zu Personen außerhalb des Haushalts und sind auch seltener in Vereinen und Organisationen aktiv“*²⁸¹.

**einkommens-
arme Personen
leben überdurch-
schnittlich oft
alleine**

Einkommensarme Personen leben überdurchschnittlich oft alleine. Unter ihnen sind vor allem Arbeitslose, Pensionistinnen und Ein-Eltern-Haushalte zu finden. Aber auch die sozialen Beziehungen außerhalb des Haushalts werden durch das Einkommen beeinflusst. Das Fehlen regelmäßiger Kontakte zu Verwandten, FreundInnen oder der Nachbarschaft tritt bei depriviert Armen doppelt so häufig auf wie bei nicht Armen, bei manifest Armen verstärkt sich dieser Effekt bei Frauen auf das Dreifache.

*„Neben wesentlich selteneren Kontakten im sozialen Netzwerk ist die empfundene Belastbarkeit der sozialen Beziehungen bei Personen in benachteiligten Lebenslagen ebenfalls beeinträchtigt.“*²⁸² So gehen 7% der nicht armen Personen davon aus, dass sie im Notfall keine Hilfe von Verwandten, FreundInnen und der Nachbarschaft erwarten können, aber 13% der Personen aus deprivierten Haushalten.

soziale Kontakte

Vereine, Gruppen und andere Organisationen sind eine weitere Ebene, die soziale Kontakte und Zugang zu sozialen Netzwerken ermöglichen. *„Den mit Abstand stärksten Organisationsgrad haben nicht arme Personen (34%).“*²⁸³ Einkommensarme und deprivierte Menschen liegen mit 29% bzw. 25% unter diesen Werten, während manifest Arme mit nur 18% einen sehr geringen Organisationsgrad aufweisen. Zusammenfassend lässt sich sagen: *„Je höher der Lebensstandard ist, desto stärker sind diese Personen in allen erhobenen Bereichen aktiv und integriert.“*²⁸⁴

**Einschränkung
der kulturellen
Teilhabe**

Armutsgefährdete Personen sind aber nicht nur in ihren sozialen Kontakten eingeschränkt, *„aufgrund des mit kulturellen Aktivitäten verbundenen finanziellen Aufwands sind von Armut Betroffene in ihrer kulturellen Teilhabe eingeschränkt“*²⁸⁵. So kommt es dazu, dass manifest arme Personen kulturelle Veranstaltungen wie

²⁸⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.59ff.

²⁸¹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.16

²⁸² Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.66

²⁸³ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.67

²⁸⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.69

²⁸⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.16

Konzerte, Kino, Museen, Musicals oder Theater nur halb so oft (39%) besuchen wie nicht Arme (82%). „Einkommensarme Personen sind tendenziell stärker aktiv als deprivierte Personen und haben bei einigen Tätigkeiten ähnlich hohe Anteile wie nicht arme Personen.“²⁸⁶ „Personen, die in Bezug auf Einkommen und Lebensstandard doppelt benachteiligt sind, (...) [haben] die geringste Partizipation im kulturellen Bereich.“²⁸⁷

All diese zuvor angeführten Daten können für Haushalte mit hohem Einkommen nicht ausgewiesen werden, denn Statistiken dazu existieren nicht. Denn noch schwieriger messbar als Einkommen, Geld- und Sachvermögen sind die Folgen hoher Einkommen und Vermögen wie bessere individuelle Bildungsmöglichkeiten, stärkere kulturelle Teilhabe, intensivere soziale Beziehungen und zugleich auch höherer gesellschaftlicher Einfluss etwa auf Politik, Gesetzgebung, Medien, die öffentliche Meinungsbildung, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes sowie Sicherung und Mehrung des eigenen Wohlstandes. Vermögen vermag mehr. Was Vermögen in einer Gesellschaft vermag, ist eine eminent politische Frage.

Haushalte mit
hohem
Einkommen

Folgen hoher
Einkommen und
Vermögen

Soziales Kapital²⁸⁸ bildet sich durch die Möglichkeiten, die sich aus den jeweiligen Beziehungen innerhalb einer Gruppe ergeben. Das Kennen und das Anerkennen in einem Netz sozialer Beziehungen bieten Ressourcen durch gegenseitige Unterstützung, Hilfeleistung und Gefälligkeiten. Um diese Ressourcen nutzen zu können, muss jedoch die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe gegeben sein. Die Zugehörigkeit zu bevorzugten, einflussreichen Gruppen in der Gesellschaft ermöglicht demjenigen, von diesen Gruppen zu profitieren. Die Eliten reproduzieren sich selbst.

soziales Kapital

Eliten
reproduzieren
sich selbst

Dieser Bericht versucht eine Quantifizierung des vorhandenen Reichtums in Österreich. Wie die Kürze dieses Kapitels aber zeigt, ist über die gesellschaftlichen Folgen von Reichtum für den einzelnen jedoch wenig erforscht.

9.5. Armut und Reichtum in der politischen Diskussion in Österreich

Bis Mitte der 1990er Jahre wurden in Österreich politische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung fast ausschließlich im Zusammenhang mit der Verstärkung von Entwicklungshilfe in Ländern der sogenannten Dritten Welt gesehen. Erstmals wurde 1996 Armut auch in Österreich als zunehmendes Problem im öffentlichen Dialog benannt, wobei sich zuerst zivilgesellschaftliche Organisationen (wie die Caritas und die Armutskonferenz) zu Wort meldeten. 1998 enthielt der Sozialbericht der Bundes-

Armutsbe-
kämpfung

1998
Sozialbericht der
Bundesregierung

²⁸⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.69

²⁸⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.69

²⁸⁸ im Sinne von Bourdieus Theorie der Reproduktion der Klassen

regierung erstmals ein Kapital zur Armutsbekämpfung, ein Jahr später lag ein erster ExpertInnenbericht der Bundesregierung zur Armutsbekämpfung in Österreich vor. Das Thema Armut fand danach Eingang in die Diskussionen auch der politischen Parteien in Österreich.

**nationale
Aktionspläne
gefordert**

Diese verstärkten sich ab dem Jahr 2000 nach dem Regierungswechsel infolge einiger Maßnahmen, die von etlichen Seiten als Sozialabbau gesehen wurden. Beim EU-Gipfel von Nizza Ende 2000 wurden die Mitgliedstaaten erstmals aufgefordert, nationale Aktionspläne gegen die Armut zu erarbeiten. Auch Arbeiterkammer und ÖGB traten massiver für Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auf. Die Forderung nach einer bundeseinheitlichen Gestaltung der Sozialhilfe sowie einer bedarfsorientierten Grundsicherung wurde von mehreren Seiten erhoben. Ein Sozialstaat-Volksbegehren wurde 2002 von über 717.000 Menschen unterzeichnet und spiegelte wachsendes Bewusstsein für das Thema wieder.

**2002 Sozialstaat-
Volksbegehren**

Die Umwandlung des Karenz- in ein Kinderbetreuungsgeld ab dem Jahr 2002 wurde von der Bundesregierung dagegen ebenso als Maßnahme zur Armutsbekämpfung gesehen wie die Inflationsabgeltung im Zuge der Pensionsanpassung 2003 oder ein vorgezogenes „Familienpaket“ zur Steuerreform 2004/2005 (mit Erhöhungen des allgemeinen Absatzbetrages, der Negativsteuer sowie der Pendlerpauschale).

**2006 Regierungs-
wechsel**

2006 kam es zum Beschluss einer „Kärntner Grundsicherung“, nach den Nationalratswahlen im Herbst des Jahres zu einem Regierungswechsel in Österreich. Armutsbekämpfung wurde zu einem vorrangigen Ziel erklärt und mehrere Maßnahmen unter diesem Aspekt beschlossen. Noch während der Regierungsverhandlungen 2006 einigte man sich unter dem Titel Armutsbekämpfung auf eine abschlagsfreie Pension für Schwerarbeiter vor dem 65. Lebensjahr, die Halbierung der Abschläge bei der Korridor pension, die Valorisierung der Beitragsgrundlage bei Kindererziehungszeiten, die Verlängerung der Hacklerregelung bis 2010, die Anhebung der Notstandshilfe auf 60 % des letzten Einkommens sowie höhere Zuschläge für Kinder und die Anhebung des Ausgleichszulagenrichtsatzes ab 2007 auf 726 Euro (die damals aktuelle Armutsgefährdungsgrenze aus 2004).

**1.000 Euro
Mindestlohn**

2007 folgten unter dem Titel Armutsbekämpfung die Sozialpartnereinigung über 1.000 Euro Mindestlohn, Mehrarbeitszuschläge für Teilzeitarbeitskräfte, eine Steuergutschrift für einkommensschwache PendlerInnen in Höhe von 90 Euro, die Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes, die Anhebung des Mehrkindzuschlags bei der Familienbeihilfe sowie eine weitere Erhöhung des Ausgleichszulagenrichtsatzes um 2,9% (auf 747 Euro, was wiederum der aktuellen Armutsgefährdungsgrenze von 2005 entsprach) ab 2008. In Wien erfolgte unter diesem Aspekt der Beschluss über einen „Mobilpass“, der für sozial Schwache begünstige Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln ermöglicht.

2008 einigte sich die Bundesregierung unter dem Titel Armutsbekämpfung auf eine Verlängerung der „Hacklerregelung“, eine vorgezogene Pensionserhöhung um 3,4%, die Erhöhung des Pflegegeldes, die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages

bei kleinen Einkommen sowie die Gewährung von Heizkostenzuschüssen des Bundes. Auch die Länder gewährten unter dem Titel Armutsbekämpfung Heizkostenzuschüsse. Und sie einigten sich (mit Ausnahme von Kärnten) auf eine „bedarfsorientierte Mindestsicherung“ in Österreich.

bedarfsorien-
tierte Mindest-
sicherung

2008 – rund 10 Jahre nach den ersten Diskussionen - bekannten sich in Österreich alle Parlamentsparteien zur Notwendigkeit der Armutsbekämpfung, wenngleich Auffassungsunterschiede über die konkrete Wege und Maßnahmen bestanden.

Armuts-
bekämpfung

Das BZÖ forderte in seinem Wahlprogramm 2008 zur Armutsbekämpfung die Erhöhung der Heizkostenzuschüsse und Wohnbeihilfen.

BZÖ

Die FPÖ bekannte sich in ihrem „Handbuch für freiheitliche Politik“ vor allem zu einem „*Lebensabend ohne Armut*“, der durch das Drei-Säulen-Modell und Pensionsanpassungen in Höhe des Pensionistenpreisindex gesichert werden soll. Im Wahlprogramm 2008 gab es zur Armutsbekämpfung keine konkreten Forderungen.

FPÖ

Die Grünen widmen der „*Überwindung der Armut*“ in ihrem Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2001 zwar ein eigenes Kapitel, konzentrieren sich darin aber in erster Linie auf die Armut weltweit. Sie machen an anderen Stellen allerdings aufmerksam auf die wachsende Armutsgefährdung verschiedener Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch Erwerbstätiger und hier im Besonderen von Frauen. Ihre Forderung ist eine bedarfsorientierte Grundsicherung, ein garantiertes Grundeinkommen zumindest in der Höhe der Armutsgefährdungsschwelle. In Ergänzung dazu wird ein bedarfsgerechtes Wohngeld vorgeschlagen, weil überteuerter Wohnraum ein weiterer Hauptgrund für Armutsgefährdung sei.

Die Grünen

Die ÖVP versprach in ihrem Wahlprogramm 2008, die Armut von Kindern durch eine 13. Familienbeihilfe bekämpfen zu wollen. Armut im Alter soll verhindert werden durch einen Pflegefonds, aus dem Anhebungen des Pflegegeldes finanziert werden sollen. In ihrem Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1995 stellte sie fest, dass der Staat zur Bekämpfung der Armut beitragen, aber dabei nicht die alleinige Verantwortung tragen solle.

ÖVP

Die SPÖ widmete der „Armutsbekämpfung und Mindestsicherung“ in ihrem Wahlprogramm 2008 ein eigenes Kapitel und konzentrierte sich dabei einerseits auf gut bezahlte Erwerbsarbeit, andererseits auf die Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Auch Arbeitslosengeld und Notstandshilfe müssten „armutsfester“ gemacht werden. Als Ziel werden auch Maßnahmen gegen die Kinderarmut formuliert. Armutsbekämpfung wird schließlich auch im Zusammenhang mit Entwicklungszusammenarbeit als Ziel formuliert. Im geltenden Parteiprogramm aus 1998 wird wirkungsvoller Schutz vor Armut als ein Element von Sicherheit und Wohlfahrt definiert.

SPÖ

Anders sieht es mit dem Verhältnis der politischen Parteien zu hohem Einkommen, Vermögen und Reichtum aus.

Vermögen und
Reichtum

BZÖ

Das BZÖ setzte sich im Wahlprogramm 2008 lediglich für eine Abschaffung der Vermögensgrenze bei der Förderung von Betreuung und Pflege ein sowie für eine Anhebung jener Einkommensgrenze, ab welcher der Spitzensteuersatz gilt. Und das BZÖ versprach eine „Steuerersparnis“ auch für Spitzeneinkommen.

FPÖ

Auch die FPÖ verwendete den Begriff „Reichtum“ in ihrem Handbuch nicht. Ebenso wie das BZÖ fordert sie eine Abschaffung der Vermögensgrenze bei der Förderung von Betreuung und Pflege. Diese Forderung fand sich auch im Wahlprogramm 2008. Die FPÖ warnte weiters vor einer Pensionsvorsorge auf Grundlage des Kapitaldeckungsverfahrens, weil damit ein Vermögensaufbau für künftige Generationen nicht möglich wäre. Wer Einkünfte aus Kapitalvermögen bezieht, solle auch einen „*angemessenen Beitrag für die Erhaltung des Staates*“ leisten, was durch „*moderate Maßnahmen im Steuerrecht*“ verwirklicht werden solle. Bei durch Finanzspekulationen verursachten Vermögensschäden solle die persönliche Haftung „*der Täter*“ ausgeweitet werden. Eine Absenkung des Spitzensteuersatzes wird abgelehnt.

Die Grünen

Die Grünen dagegen traten bereits in ihrem Grundsatzprogramm für eine „*politische Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums*“ ein. Kritisiert wird, dass materieller Reichtum Umweltverbrauch und soziale Zerstörung verursache, dass die Gewinn- und Vermögensbesteuerung in Österreich im internationalen Vergleich gering sei, dass die Reichsten aufgrund des Stiftungsrechtes fast keine Steuern zahlen. Ein neues Steuerrecht müsse Ressourcenverbrauch, Gewinne und Vermögen höher besteuern. Insgesamt müsse die Verteilung von Einkommen und Vermögen neu organisiert werden. Auch in ihrem Wahlprogramm 2008 kritisierten sie Steuergeschenke für die Privatstiftungen – etwa auch durch die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Sie wollen „*Reiche in die Pflicht*“ nehmen und forderten eine „*vernünftige*“ Vermögensbesteuerung unter Gewährung hoher Freibeträge bei gleichzeitiger Abschaffung der Grundsteuer, damit es zu keiner Doppelbesteuerung kommt. Stiftungen sollen „*zur Kassa*“ gebeten, der Einbringungssteuersatz auf 5 Prozent verdoppelt und eine Vermögenszuwachssteuer eingeführt werden. Außerdem soll die Steuerbegünstigung des 13. und 14. Gehalts bei hohen Einkommen fallen.

ÖVP

Die ÖVP beschäftigte sich in ihrem Grundsatzprogramm aus 1995 nicht mit diesen Fragen. In ihrem Wahlprogramm 2008 forderte sie ebenfalls den Wegfall der Vermögensgrenze bei der Förderung der 24-Stunden-Betreuung sowie die Abschaffung des Rückgriffs auf das Vermögen der Kinder. Garantiert werde, dass die Erbschafts- und Schenkungssteuer nicht wieder eingeführt werde. Und auf europäischer Ebene sollen besonders spekulative Anlageformen besteuert werden.

SPÖ

Die SPÖ tritt in ihrem Parteiprogramm für eine „*gerechte Verteilung*“ insbesondere auch von Einkommen und Vermögen ein. Kapital- und Vermögenseinkommen dürften nicht gegenüber Arbeitseinkommen begünstigt werden. Das Steuer- und Abgabensystem müsse eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung gewährleisten. In ihrem Wahlprogramm 2008 trat sie für eine

Vermögenszuwachssteuer zur Finanzierung des Gesundheitssystems und des steigenden Pflegeaufwands ein. Auch die Streichung der Vermögensgrenze bei der Förderung der 24-Stunden-Pflege wurde angekündigt.

Regierungs-
programm
2008-2013

Die neue SPÖ-ÖVP-Bundesregierung widmet in ihrem Regierungsprogramm für die Jahre 2008 bis 2013 der Armutsbekämpfung ein eigenes Kapitel. Unter anderem soll die Armut unter Kindern und Jugendlichen um ein Drittel verringert werden durch bessere Kinderbetreuung, mehr Bildungschancen und bessere Erwerbsmöglichkeiten der Eltern. Es soll die bedarfsorientierte Mindestsicherung eingeführt werden. Im Unterhaltsvorschussgesetz sollen Lücken für AlleinerzieherInnen geschlossen werden. Es soll Fahrpreisermäßigungen bei öffentlichen Verkehrsmitteln geben und Förderungen bei der Nutzung öffentlicher Kultureinrichtungen sowie von Informations- und Kommunikationstechnologien. Für einkommensschwache Haushalte sollen Energiekostenzuschüsse vereinheitlicht werden. Und Österreich werde 2010, dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, einen „substanziellen inhaltlichen Beitrag leisten“. Armut wird schließlich auch als eine der großen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gesehen. Allerdings sollen durch eine Steuerreform auch rund 70.000 der obersten EinkommensbezieherInnen (mit einem Grenzsteuersatz von 50%) steuerlich entlastet werden.

Insgesamt lässt sich somit feststellen, dass zwar das Thema Armut in Österreich und die Notwendigkeit von Armutsbekämpfung in der österreichischen Politik von allen Parteien im Laufe der vergangenen zehn Jahre eine Verankerung gefunden haben, jedoch nur teilweise auch ein Zusammenhang mit Reichtum und einer gerechten Verteilung zum Zwecke der Armutsbekämpfung hergestellt wird. Dennoch scheinen die Entwicklungen der vergangenen Jahre Bewegung in die Diskussion gebracht zu haben.

Zusammenfassung

Nach wie vor leben in Österreich etwa 1 Million Menschen in Haushalten mit Einkommen (von durchschnittlich 16%) unter der Armutsgefährdungsgrenze. Die Armutsgefährdungsquote war bis zuletzt (2006) unverändert hoch (zwischen 12 und 13% der Bevölkerung). Aber bis zu 2 Millionen Menschen haben Probleme, mit ihrem Einkommen auszukommen.

**Armut bis 2006
auf hohem
Niveau**

Von Armutsgefährdung betroffen sind weiterhin Arbeitslose, Menschen mit prekärer Arbeit oder mit geringen Bildungsabschlüssen, AlleinerzieherInnen, kinderreiche Familien und MigrantInnen. Armut hat negative Folgen vor allem auf die Gesundheit, die Wohnqualität, die Bildung der Kinder, die individuellen Verwirklichungschancen und die soziale Teilhabe.

Gleichzeitig nahm in Österreich der Reichtum zu. Die Zahl von Erwerbstätigen mit hohen und sehr hohen Einkommen hat seit dem ersten Bericht deutlich von 374.500 (um rund 196.030 Personen oder 52%) auf 570.530 Personen zugenommen. Rund 700.000 Menschen (oder 8% der Bevölkerung) leben in Österreich in Haushalten mit hohen Einkommen.

**Hohe
Einkommen,
Vermögen und
Reichtum
nahmen
deutlich zu**

Auch die Zahl der Reichen und Super-Reichen hat weiter zugenommen: in Österreich gibt es mittlerweile mehr als 70.000 Dollar-Millionäre/innen (plus 10.000 bzw. 17% gegenüber 2003). Ebenso hat die Zahl der Privatstiftungen zugenommen (von 2.500 auf 3.200 = plus 28% seit dem letzten Bericht). Die Liste der reichsten Österreicher/innen ist nahezu identisch mit jener der bedeutendsten Privatstiftungen.

Die Geldvermögen wurden in Österreich in den letzten 10 Jahren auf fast 2.155 Mrd. Euro mehr als verdoppelt, wobei das Wachstum bei Finanzwirtschaft und Wirtschaft doppelt so stark war als bei Privaten Haushalten und Organisationen. Es bestanden zuletzt in Österreich Geldvermögen in achtfacher Höhe des Bruttonlandsprodukts. Den Großteil davon besaßen die Finanzwirtschaft (1.298 Mrd. Euro) und die Wirtschaft (297 Mrd. Euro), nur etwa ein Fünftel (454 Mrd. Euro) die privaten Haushalte und Organisationen, knapp 105 Mrd. Euro der öffentliche Sektor.

**Geldvermögen in
Österreich auf
2.155 Milliarden
Euro verdoppelt**

Die Bewertung des Sachvermögens in Österreich (des Erwerbsvermögens der Wirtschaft, des Gebrauchsvermögens in Form langlebiger Güter wie Wohnungen und Kraftfahrzeuge und des Verbrauchs- und Spekulationsvermögens) ergab einen Wert von etwa 1.266 Mrd. Euro.

Seit der letzten Erhebung haben Sachvermögen in Österreich damit um 62% oder 484 Mrd. Euro) zugenommen. Geld- und Sachvermögen sind insgesamt von 2.105 auf 3.440 Mrd. Euro und somit um 63% (oder 1.335 Mrd. Euro) gestiegen.

**Geld- und
Sachvermögen
um 63 % auf
3.440 Mrd. Euro
gestiegen**

Kleine Einkommen stiegen schwach, hohe Einkommen stark Die Analyse der Einkommensentwicklung macht deutlich, in welche Richtung es in den letzten Jahren ging: Der Anteil der ArbeitnehmerInnen-Entgelte (insgesamt ca. 125 Mrd. Euro p.a.) am Bruttoinlandsprodukt ist weiter zurückgegangen und hat 2004 erstmals 50% des Bruttoinlandsproduktes unterschritten. Im untersten Einkommensdrittel sind die Einkommen in den letzten 10 Jahren nur um insgesamt 9% gestiegen, im obersten Einkommensdrittel dagegen um über 40%.

Immer weniger „Normalarbeitsplätze“, rd. 230.000 „working poor“ Nur mehr 57% der unselbständigen Beschäftigungen waren zuletzt (2006) „Normalarbeitsplätze“, also ganzjährige Vollzeitbeschäftigungen. Der Anstieg atypischer Beschäftigungen mit geringen Einkommen wird immer stärker spürbar. Die Zahl der Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet sind („working poor“), beträgt rund 230.000 (plus 12% gegenüber 2003).

Nach wie vor erheblich sind die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen – am geringsten sind sie im öffentlichen Dienst, am höchsten bei Angestellten. Innerhalb Österreichs ist bei den Erwerbseinkommen ein Nord-Süd-Gefälle festzustellen.

Selbständigen-einkommen und Betriebsüberschüsse stiegen Bei den Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüssen (zusammen mehr als 105 Mrd. Euro p.a.) ist der Anteil am Bruttoinlandsprodukt dagegen gestiegen und hat 2005 erstmals 40% überschritten, wobei sich die Einkommenszuwächse zusehends von den Wachstumsraten der Wirtschaft entkoppelt haben. Die Einkommensunterschiede des obersten Quartils zum untersten sind noch größer als bei den unselbständig Erwerbstätigen. Auch bei den Selbständigen verdienen Männer deutlich mehr als Frauen.

Vermögens-einkommen zugenommen Auch die Vermögenseinkommen haben weiter (auf über 62 Mrd. Euro) zugenommen. Vor allem Zinsen haben eine stark umverteilende Wirkung nach oben. Wo Geld vorhanden ist, vermehrt es sich weiter.

Sozialquote stagniert Die Einkünfte aus umverteilten Einkommen bzw. ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt (die „Sozialquote“) stagnierten in den letzten 10 Jahren (bei knapp 29%) und betragen zuletzt knapp 71 Mrd. Euro. Überdurchschnittlich sind in den letzten Jahren vor allem die Ausgaben für Arbeitslose und Sozialhilfe gestiegen. Andere Versicherungs- und Transferleistungen wurden nicht oder kaum erhöht, manche sogar gekürzt. Sozial- und Sozialversicherungsleistungen machen bei Haushalten mit kleinen Einkommen oft einen entscheidenden Anteil am Einkommen aus. Ohne Sozial- und Sozialversicherungsleistungen wären in Österreich 43% der Bevölkerung armutsgefährdet.

Zu wichtigen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen zählen die Leistungen bei Arbeitslosigkeit. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld und die durchschnittliche Notstandshilfe liegen in Österreich jedoch unter der Armutsgefährdungsgrenze.

**Trotz
Sozialleistungen
bestehen Armut
und Armuts-
gefährdung**

Die Durchschnittspensionen liegen wohl über der Armutsgrenze, Pensionist/innen-Haushalte weisen dennoch eine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf. Vor allem hinken die Ausgleichszulagenrichtsätze den aktuellen Armutsgrenzen hinterher, sodass Ausgleichszulagenbezieher/innen (zuletzt fast 240.000) in die Armutsgefährdung rutschen.

Öffentliche Pflegeleistungen verringern einerseits die Armutsgefährdung von Menschen, die Betreuung und Pflege brauchen, erhöhen aber im Gegenzug die Armutsgefährdung von betreuenden und pflegenden Angehörigen, wenn diese ihre Erwerbstätigkeit einschränken (müssen), was häufig bei Frauen der Fall ist.

Familienleistungen gibt es in sehr verschiedenen Ausprägungen, sie reichen von finanziellen Leistungen bis zu Kinderbetreuungseinrichtungen. Dennoch ist die Armutsgefährdung von Haushalten mit Kindern überdurchschnittlich, vor allem von kinderreichen, von alleinerziehenden und von Haushalten mit kleinen Kindern. Insgesamt lebten in Österreich zuletzt (2006) rund 260.000 Kinder in armutsgefährdeten Haushalten (plus 33.000 oder 15% gegenüber 1999).

Schließlich bezogen in Österreich zuletzt (2006) mehr als 191.000 Menschen Sozialhilfe, was gegenüber 1996 einen starken Anstieg (plus 83.000 oder 77%) bedeutet.

Die Veränderungen im Bereich der Einkommen haben negative Auswirkungen auf die Einkommensverwendung. Sowohl das Wachstum des Konsums wie auch die Sparquote lagen in den letzten Jahren unter dem langjährigen Durchschnitt. Durch die preislichen Entwicklungen der letzten Jahre sind vor allem die Ausgaben für Wohnen und Energie überdurchschnittlich gestiegen.

**Konsum-
wachstum und
Sparquote unter
langjährigem
Durchschnitt**

Auch die Verschuldung hat deutlich zugenommen, wobei alle Sektoren (Finanzwirtschaft, Wirtschaft, Private Haushalte und Staat) betroffen sind. Eine negative finanzielle Vermögensbilanz (mehr Schulden als Finanzvermögen) wiesen vor allem die Wirtschaft und der öffentliche Sektor aus, eine ausgeglichene die Finanzwirtschaft und eine positive die Privaten Haushalte und Organisationen. Allerdings gibt es zahlreiche Belege, dass die Überschuldung und Privatkonkurse privater Haushalte deutlich zunehmen.

**Verschuldung hat
deutlich
zugenommen**

- Einfluss der Steuerpolitik auf Armut und Reichtum** Die Steuerpolitik hat maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung von Armut und Reichtum in Österreich. Die Steuern auf Erwerbsarbeit und Einkommensverwendung sind auch in den letzten Jahren (seit 2004) stärker – um zusammen rund 7 Mrd. Euro - gestiegen als Steuern auf Vermögen bzw. Vermögenseinkommen (nur plus 200 Mio. Euro), obwohl – oder weil - beispielsweise die Zahl der Privatstiftungen seit dem ersten Bericht (2004) von rund 2.500 um 700 (oder 28%) auf etwa 3.200 zugenommen hat. Die Steuern auf Erwerbseinkommen und deren Verwendung betragen 2008 voraussichtlich 60,4 Mrd. Euro (2004: 53,4 Mrd. Euro). Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Österreich kein Hochsteuerland ist, bei der Vermögensbesteuerung sogar die geringste der gesamten OECD aufweist.
- 2 Milliarden Euro, um Armut zu beenden** Zwei Milliarden Euro, etwa 0,8% des BIP, wären ausreichend, um die Einkommen aller Armutsgefährdeten in Österreich auf den Schwellenwert von 60% des Medieneinkommens zu heben und damit die strukturelle Armut zu beenden. Wer Armut bekämpfen will, muss neben ausreichendem Einkommen (etwa durch eine bedarfsorientierte Mindestsicherung) aber vor allem für Verwirklichungschancen (durch Bildung, Einkommen, soziale und öffentliche Dienste usw.) sorgen.
- Armut wurde Thema der politischen Diskussion** Armut und die Notwendigkeit von Armutsbekämpfung hat in der österreichischen Politik im Laufe der vergangenen zehn Jahre eine Verankerung gefunden. Es ist Bewegung in die Diskussion gekommen. Allerdings wird der Zusammenhang mit Reichtum und einer gerechten Verteilung zum Zwecke der Armutsbekämpfung nicht immer hergestellt.

Quellennachweis

- Altgeld, Thomas: Gesundheitliche Chancengleichheit; In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung, 2003
- AMS: Arbeitsmarktdaten (auf www.ams.at)
- AMS: Arbeitsmarktlage 2007
- AMS: Jahresfolder 2007 (auf www.ams.at)
- AMS: Zeitreihe – Arbeitsmarktlage seit 1946 (auf www.ams.at)
- AMS: Zeitreihen: Arbeitsmarktlage der Männer und Frauen (auf www.ams.at)
- Arbeiterkammer Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich, Wien 1997
- Bundesministerium für Finanzen: Budgetbericht 2007/08
- Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Bericht über die soziale Lage 2001/2002, Wien 2002
- Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, Wien, Februar 2005
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie: Verkehr in Zahlen 2007, Wien, November 2007
- Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen (21. Ausgabe, August 2008) (auf www.sozialversicherung.at)
- EU-Kommission: Economic Forecast, Spring 2008
- Gabler-Wirtschaftslexikon, Wiesbaden 2007
- Hypo Investmentbank Liechtenstein: Steueroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse, April 2002
- Immobilienpreisspiegel 2008
- Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001
- Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, März 2005
- Nemeth, Claudia, Pochobradsky, Elisabeth: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004
- OECD Revenue Statistics (2006)
- OECD Economic Outlook No. 80 - Statistical Annex Tables
- Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP): Karl Goldberg, Vermögensbesteuerung – ein internationaler Vergleich, Wien 2008

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP): Steuern in der EU, Jänner 2004 (auf www.politikberatung.or.at)

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP): Wichtige Kennzahlen der börsennotierten Unternehmen 2003-2007

Österreichische Nationalbank: Finanzmarktstabilitätsbericht 7, Juni 2004

Österreichische Nationalbank: Finanzmarktstabilitätsbericht 15, Juni 2008

Österreichische Nationalbank: Statistiken – Daten & Analyse, Q3/08 (auf www.oenb.at)

Österreichische Nationalbank: Statistisches Monatsheft 2/2004

Österreichische Nationalbank: Statistische Monatshefte

Schuldenreport 2008 (auf www.schuldnerberatung.at)

Volkert, Jürgen: Armut und Reichtum an Verwirklichungschancen. Amartya-Sens-Capability-Konzept als Grundlage der Armuts- und Reichtumsberichterstattung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 1.Auflage 2005

Statistik Austria: Agrarstrukturerhebung 2005, Wien, 2006

Statistik Austria: Allgemeiner Einkommensbericht 2006, Wien 2006

Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2006 – Ergebnisse des Mikrozensus, Wien, Juli 2007

Statistik Austria: Arbeitsstättenzählung 2001 – Hauptergebnisse Österreich, Wien, Dezember 2004

Statistik Austria: Bevölkerungsvorausschätzung 2006 - 2050

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen - Ergebnisse aus EU-SILC 2004, Wien, März 2006

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus EU-SILC 2005, Wien, April 2007

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus EU-SILC 2006, Wien, März 2008

Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2006 – Ergebnisse des Mikrozensus, Wien, Juli 2007

Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Wien, Wien 2004

Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Österreich, Wien, August 2004

Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002

Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2007/08, Wien, Juni 2008

Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 1996-2006

Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 2006

Statistik Austria: Statistik der Einkommensteuer 2005, Wien April 2008

Statistik Austria: Statistik der Körperschaftsteuer 2004, Wien, Mai 2008

Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 31.12.2007

Statistik Austria: Statistik der Landwirtschaft 2007, Wien, September 2008

Statistik Austria: Statistik der Lohnsteuer 2006, Wien 2007

Statistik Austria: Statistik der Lohnsteuer 2005, Wien 2006

Statistik Austria: Statistik der Umsatzsteuer 2005, Wien, Mai 2008

Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007

Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008

Statistik Austria: Verbrauchsausgaben 2004/05 – Hauptergebnisse der Konsumerhebung, Wien 2006

Statistik Austria: Verdienststrukturerhebung 2002

Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1976 - 2005

Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1976 - 2006

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I – Österreich, Wien, November 2002

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Österreich

Statistik Austria: Wohnen 2007 – Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus
Jahresdurchschnitt 2007, Wien 2008

Statistik Austria, Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend: Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit, Auswertung der Daten aus der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007, Wien 2008

Statistik Austria, Österreichischer Städtebund: Statistisches Jahrbuch Österreichischer Städte 2005, Wien, Oktober 2006

Trend. Das österreichische Wirtschaftsmagazin. 7/2008

WIFO-Vorträge Nr. 103, 2008. Biffl, Gudrun: Bildung und Arbeitsmarkt aus ökonomischer Sicht

Onlinequellen:

Arbeiterkammer: www.arbeiterkammer.at

Arbeitsklimaindex: www.arbeitsklimaindex.at

Arbeitsmarktservice: www.ams.at

Armutskonferenz: www.armutskonferenz.at

Bundesministerium für Finanzen: www.bmf.gv.at

Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend: www.bmgfj.at

Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: www.bmsk.at

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur: www.bmukk.gv.at

Eurostat: epp.eurostat.ec.europa.eu

Hauptverband der Sozialversicherungsträger: www.hauptverband.at

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung: www.politikberatung.or.at

Österreichischer Gewerkschaftsbund: www.oegb.at

Österreichische Nationalbank: www.oenb.at

Österreichische Sozialversicherung: www.sozialversicherung.at

Schuldnerberatung: www.schuldnerberatung.at

SLC-Europe: www.slc-europe.com

Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft: esv-sva.sozvers.at

Verband österreichischer Privatstiftungen: www.stiftungsverband.at

Webservice der Stadt Wien: www.wien.gv.at

www.help.gv.at

Die ÖGPP ...

Die „**Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung**“ (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Erste Anerkennung erwarb sich die ÖGPP mit der Aufarbeitung und kompakten Darstellung der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU 25 sowie auch der Wahlsysteme in der EU 27. 2004 fand vor allem der erste „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ Beachtung. Es folgten etliche weitere Arbeiten zur Armut in den Bundesländern. Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind Wirtschaft, Staat, Bildung und Europa. 2008 erfolgte die Präsentation eines internationalen Vermögenssteuervergleichs.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.

AutorInnen der Studie „2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich“:

Dr. Andreas Höferl, Generalsekretär und wiss. Leiter der ÖGPP

Barbara Hauenschild, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP

Susanne Halmer, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP